

# Das Parlament

Berlin, Montag 19. Oktober 2015

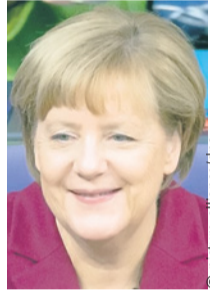
www.das-parlament.de

65. Jahrgang | Nr. 43-45 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Kanzlerin unter Druck

Angela Merkel Als „schwierigste Situation in ihrer Kanzlerschaft“ hat Angela Merkel selbst die Flüchtlingskrise auf einer CDU-Konferenz vergangene Woche im sächsischen Schleuditz bezeichnet. Dort war der Kanzlerin und CDU-Chefin der Unmut der Parteibasis über ihre Politik der offenen Grenzen entgegen geschlagen. Zuvor war Merkel deshalb in der Unions-Bundestagsfraktion heftig attackiert worden. Doch Merkel hält trotz steigenden Unmuts und sinkenden Umfragewerten an ihrer Politik fest. Das machte sie auch am Donnerstag im Bundestag deutlich, wo Asyl-Verschärfungen verabschiedet wurden. „Abschottung im 21. Jahrhunderts des Internets ist eine Illusion“, sagte Merkel. Sie setzt in dieser Frage stark auf Außenpolitik und tritt beim EU-Gipfel in Brüssel am gleichen Tag für mehr europäische Flüchtlingshilfe. Am Sonntag war ein Türkeibesuch geplant, um den Flüchtlingsstrom über die Ägäis zu bremsen. *kru*



## ZAHLE DER WOCHE

303.443

Menschen haben von Januar bis Ende September 2015 in Deutschland einen Asylantrag gestellt – so viele wie noch nie in diesem Zeitraum. In den ersten drei Quartalen 2014 gab es 136.039 Asylanträge. Die Anerkennungsquote lag 2015 bis Ende September bei 39,1 Prozent.

## ZITAT DER WOCHE

»Das ist ein Armutszeugnis für Europa.«

Sahra Wagenknecht, Fraktionschefin der Linken im Bundestag, in der Asyldebatte am Donnerstag mit Blick auf die Haltung in der EU zur Flüchtlingskrise

## IN DIESER WOCHE

**EUROPA UND DIE WELT**  
Türkei Ein aufgewühltes Land steht vor Parlamentswahlen Seite 5

**KULTUR UND BILDUNG**  
Breslau Schlesiens Metropole als Europas Kulturhauptstadt 2016 Seite 7

**INNENPOLITIK**  
Vorratsdaten Bundestag beschließt Gesetz zur Speicherung Seite 11

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
Maritime Wirtschaft Regierungsbericht zu den Zukunftsperspektiven Seite 14

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Bund gibt Eilpaket auf

FLÜCHTLINGE Große Mehrheit in Bundestag und Bundesrat für umstrittene Asylrechtsreformen

Für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist es „eine gute Botschaft an die Menschen“: Nur drei Wochen nach dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern haben Bundestag und Bundesrat vergangene Woche ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bewältigung des Flüchtlingsandrangs über die parlamentarischen Hürden gehoben. Das „zeigt, dass unser Land nicht nur in Finanzkrisen schnell, flexibel und im Geiste des Miteinanders reagieren kann“, freute sich Merkel in einer Regierungserklärung zum EU-Gipfel (siehe Seite 4). Bund und Ländern sei es gemeinsam gelungen, ein „gutes nationales Gesamtpaket zu vereinbaren“. Im Bundestag stimmten 475 von 599 Abgeordneten für das „Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz“ (18/6185) in modifizierter Fassung (18/6386). 68 Parlamentarier – darunter geschlossen die Linksfraktion – votierten dagegen. 56 Abgeordnete, zu denen die meisten Grünen-Parlamentarier zählten, enthielten sich. Im Bundesrat stimmte auch eine Reihe von Ländern mit grüner Regierungsbeteiligung der Vorlage zu und verhalten ihr so zur erforderlichen Mehrheit.

»Neue Wege« Merkel betonte, mit dem „in kürzester Zeit erarbeiteten Paket“ werde zum 1. November die Voraussetzung dafür verbessert, „dass diejenigen, die aus wirtschaftlicher Not zu uns kommen und sich daher zu Unrecht auf unser Grundrecht auf Asyl berufen, unser Land schneller als bisher wieder verlassen“, damit die tatsächlichen Kriegsflüchtlinge besser und effizienter als bislang Hilfen bekommen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) wertete den Gesetzesentwurf im Bundestag als „größte und umfassendste Veränderung des Asylrechts seit Anfang der 90er Jahre“ (siehe Text unten). Damit gehe man „neue Wege“, um der „großen Herausforderung“ der Flüchtlingskrise gerecht zu werden, sagte der Ressortchef. Die Zahl derer, die in diesem Jahr nach Deutschland kommen, sei „einfach zu hoch“. Man arbeite „international, europäisch und national“ mit Hochdruck daran, sie zu verringern. Dazu leiste das Gesetzespaket einen wichtigen Beitrag. „Die Alternative ist nicht totale Abschottung oder totale Öffnung – es ist eine Frage des Maßes“, fügte der Minister hinzu. Zugleich stellte er klar: „Wir bekennen uns zur Aufnahme und Integration der schutzbedürftigen Flüchtlinge.“ SPD-Fraktionsvize Eva Högl betonte, Deutschland sei ein starkes, weltoffenes

## Verschärfungen und Erleichterungen

NEUREGELUNGEN Der Gesetzgeber reagiert mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog auf den Flüchtlingsandrang

Das vergangene Woche beschlossene Gesetzespaket zum Asylrecht ist Ergebnis des Flüchtlingsgipfels von Bund und Ländern vom 24. September. Danach werden die Asylverfahren beschleunigt, die Rückführungen vollziehbar Ausreisepflichtiger vereinfacht und „Fehlansätze, die zu einem weiteren Anstieg ungerechtfertigter Asylanträge führen können, beseitigt“, wie es in dem von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Entwurf des „Asylverfahrenbeschleunigungsgesetzes“ (18/6185, 18/6386) heißt. Um die Unterbringung der Flüchtlinge gewährleisten zu können, kann zudem für einen befristeten Zeitraum von geltenden Regelungen und Standards abgewichen werden. Weitere Maßnahmen zielen auf eine verbesserte Integration der Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive. Wie im vergangenen Jahr schon Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien, werden nun auch Albanien, Kosovo und Montenegro als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft, um Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Länder zu beschleunigen. Zugleich wird für Angehörige der Westbalkan-Staaten die Möglichkeit zur legalen



Mit Bundestagsabgeordneten drängten sich vergangene Woche mehr als 100 Menschen auf der Spree in einem früheren Flüchtlingsboot.

© picture-alliance/Geisler-Fotopress

und reiches Land, das die Menschen willkommen heißen und hilfsbereit sei. Auch brauche die Bundesrepublik Einwanderung. Um aber auch helfen zu können, dürften nicht dauerhaft 10.000 Flüchtlinge täglich nach Deutschland kommen. Daher müsse man die Zuflucht begrenzen.

»Offener Verstoß« Für die Fraktion Die Linke äußerte ihr stellvertretender Vorsitzender Jan Korte scharfe Kritik an der Gesetzesvorlage. Die Verpflichtung, in einer Erstaufnahmeeinrichtung sechs statt drei Monate zu leben, nannte Korte ebenso „inakzeptabel“ wie den Wechsel von Bargeld- zu Sachleistungen für Flüchtlinge. Zugleich warf er der Koalition einen „offenen Verstoß gegen ein klares Urteil des Bundesverfassungsgerichtes mit Blick auf die Leistungskürzungen“ vor. Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz sah in dem Gesetzespaket „gute Instrumente“, aber auch „zahlreiche schlechte, verfassungsrechtlich problematische und viel-

fach einfach untaugliche“. Seine Fraktion bejahen eine strukturelle und dauerhafte finanzielle Entlastung der Länder und Kommunen sowie ein einfacheres Planungsrecht, „das möglichst viele Flüchtlinge vor dem kommenden Winter hoffentlich aus den Zelten holt“, sagte Notz. Zugleich wandte er sich wie Korte entschieden gegen die Einstufung weiterer Westbalkan-Staaten als sichere Herkunftsländer sowie die vorgesehenen Leistungskürzungen und den Wechsel von Geld- zu Sachleistungen. Demgegenüber mahnte Unions-Fraktionsvize Hans-Peter Friedrich (CSU), man könne nur so viele Flüchtlinge aufnehmen, „wie wir integrieren können, ohne unsere Kultur, unsere Identität zu gefährden“. „Allerwichtigstes Ziel“ sei es jetzt, „die Außengrenzen Europas wirksam und lückenlos zu schützen und dafür zu sorgen, dass nur so viele nach Europa kommen, wie wir verkraften können“.

»Die ganze Flüchtlingskrise betrifft uns alle.«

Thomas de Maizière (CDU),  
Bundesinnenminister

Die Kanzlerin kündigte in der Debatte an, dass den Maßnahmen des Gesetzespakets „weitere folgen“ werden: Derzeit rede man über die Umsetzung zweier EU-Richtlinien, „inklusive der Option eines Transitverfahrens im Landgrenzbereich“, fügte sie hinzu.

Streit um Transitzonen SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann zeigte sich von dieser Option „wenig überzeugt“. Man sei sich „einig, dass die Flüchtlinge mit Bleiberecht schnell integriert und die ohne Bleiberecht schnell zurückgeführt werden sollen“ und „die Geschwindigkeit, mit der die Flüchtlinge zu uns kommen, deutlich verringert werden muss“, sagte er. „Grenzhaftlager für Tausende von Flüchtlingen“ seien aber mit der SPD nicht zu machen. Auch Korte warnte für Die Linke, wenn man das mache, „schafft man Massenhaftanstalten“. Auch mache dies nur Sinn, „wenn die Grenzen komplett geschlossen und neue Mauern gebaut werden“. Dagegen betonte CSU-Mann Friedrich, Transitzonen an den deutschen Grenzen würden gebraucht, „weil das ein notwendiges Stoppsignal“ sei, „das gesendet werden muss, damit es verstanden wird“. *Helmut Stoltenberg*

## EDITORIAL

### Reden über Politik

VON JÖRG BIALLAS

Es wird viel geschimpft in diesen Tagen. Die Bundesregierung, ist zu hören und zu lesen, habe die Flüchtlingskrise nicht im Griff und böte keine zielführenden Ansätze zur Lösung der Probleme. Länder und Kommunen würden bei der Versorgung der Migranten von der Bundespolitik nicht ausreichend unterstützt. Und überhaupt: So könne es doch nicht weitergehen, wo das denn hinführen solle? Die Sorgen sind nachvollziehbar. Der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen geht einher mit wachsenden Schwierigkeiten in den Aufnahmeeinrichtungen. Hierzu zählen auch körperliche Auseinandersetzungen, sexuelle Übergriffe, kleine kriminelle Delikte. Dieses Verhalten ist ein Affront gegen einen Gastgeber, der sich große Mühe gibt, die Asyl suchenden Menschen fair und gesetzeskonform zu behandeln. An diese Grundsätze müssen sich selbstverständlich auch die Gäste halten. Schließlich suchen sie Schutz in einem Rechtsstaat. Gemessen an der Masse der Flüchtlinge verzerrt die Berichte über Gesetzesverstöße einzelner Migranten allerdings das tatsächliche Bild. Die allermeisten benehmen sich nämlich anständig. Um jenen zu helfen, sind in Deutschland Tausende im Einsatz. Es ist nicht abgedroschen, diesen Menschen immer wieder zu danken. Das sehen auch die Abgeordneten im Bundestag so, jenseits des Streits über die richtige Flüchtlingspolitik, der in der vergangenen Woche breiten Raum einnahm. Kaum beachtet wird indes ein Effekt der Debatte, der in diesen Tagen an Schulen und Hochschulen, am Arbeits- und auf dem Sportplatz, in der Straßenbahn und im Supermarkt zu beobachten ist: Die Leute reden über Politik und über Politik. Das tun sie zwar oft kritisch, aber keineswegs nur negativ, plump und herabwürdigend. Der von Verachtung geprägte Pegida-Faktor ist deutlich niedriger als angesichts der bedrohlich wirkenden Herausforderungen zu befürchten wäre. Das ist ermutigend und widerspricht der pauschalen These derer, die lautstark wie einfüllig vortragen, Politik sei den Bürgern egal. Politik ist nichts Abstraktes, nichts Theoretisches, nichts, das im stillen Kämmerlein verhandelt wird. Politik ist konkret, die Folgen sind vor der eigenen Haustür zu besichtigen. Im besten Fall mit Antworten auf drängende Fragen. Mitunter auch mit Problemen, die noch ungelöst sind. Über Politik nur zu schimpfen, hilft nicht weiter. Darüber zu reden hingegen schon.



Ein Flüchtling am Zaun einer Erstaufnahmeeinrichtung

planungsrecht. Auch unterstützt der Bund Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen. Zudem beteiligt er sich „strukturell, dauerhaft und dynamisch an den gesamtstaatlichen Kosten, die in Abhängigkeit von der Zahl der Aufnahme der Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen“.

Der Bundestag verabschiedete vergangene Woche zudem bei Enthaltung der Grünen und Ablehnung der Linksfraktion einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Unterbringung ausländischer Kinder und Jugendlicher (18/5921) in der Ausschussfassung (18/6392). Danach sollen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge künftig bundesweit auf alle Jugendämter verteilt werden. Bislang ist für die Inobhutnahme von unbegleiteten Flüchtlingskindern stets jenes Jugendamt zuständig, bei dem das Kind nach seiner Einreise nach Deutschland erstmals registriert wird. Zudem wird mit der Neuregelung die Altersgrenze für Aufenthalts- und Asylverfahren von 16 auf 18 Jahre angehoben werden. Auch dieser Vorlage, die ebenfalls zum 1. November in Kraft treten soll, stimmte der Bundesrat einen Tag nach dem Bundestagsbeschluss zu. *sto*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

EHNEITLICHE ASYLSTANDARDS IN DER EU?

Europäische Lösung

PRO



Rudi Wais  
»Augsburger Allgemeine«

Angela Merkel hat aus einem europäischen Problem ein deutsches gemacht, als sie den Flüchtlingen in Ungarn die Türen in die Bundesrepublik weit geöffnet hat. Auf Dauer jedoch wird das Problem nur europäisch zu lösen sein – mit halbwegs gerechten Quoten für die Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedsländer und mit möglichst einheitlichen Asylstandards. Wenn EU-Europa sich tatsächlich als Wertegemeinschaft begreift, ist das vergleichsweise großzügige deutsche Grundrecht auf Asyl unverhandelbar: Darunter geht es nicht. Alles, was danach kommt, muss aber nicht jedes Land für sich selbst regeln. Ein gemeinsames Asylrecht beginnt damit, dass sich alle EU-Staaten auf eine für alle verbindliche Liste mit sicheren Herkunftsändern einigen – und es endet mit einem für alle verbindlichen Leistungskatalog für die Menschen, die kommen: Lebensmittel, Unterkunft, Sprachkurse, das Anerkennen von Berufsabschlüssen, der Umgang mit Härtefällen. Im Moment ist Deutschland für Flüchtlinge ja vor allem deshalb so attraktiv, weil sie sich dort ein ungleich besseres Leben versprechen als in Bulgarien, Estland oder Spanien und weil das Risiko einer Abschiebung gering ist. Sobald jedoch jeder Flüchtling in jedem Land annähernd gleich behandelt wird, ist Deutschland nur noch ein mögliches unter vielen Zielen. Ein einheitliches europäisches Asylrecht muss nicht zwangsläufig eine Nivellierung nach unten bedeuten. Wie hieß es so schön in einer Werbekampagne der Betonindustrie? „Es kommt drauf an, was man draus macht.“ Den Ländern, die sich dieses neue Asylrecht nicht leisten können oder wollen, kann geholfen werden – wenn es sein muss auch mit Geld aus Deutschland.

In 100 Jahren nicht

CONTRA



Ulrike Winkelmann,  
Deutschlandfunk

Seit Mitte der 1980er Jahre bastelt die EU an einer gemeinsamen Asylpolitik – Schengen, Eurodac, Dublin I bis III sind alles Schritte zur berühmten „immer engeren Union“ auch im Umgang mit Flüchtlingen. Da kann es doch nicht so schwer sein, auch die Standards zu vereinheitlichen, nach denen Flüchtlinge behandelt werden? Doch. Das hat zwei Gründe, einen europäischen und einen nationalstaatlichen. Die europäische Asylpolitik hat seit jeher nur ein Ziel: fernhalten. Alle neuen Regeln dienen stets dem Ausbau der „Festung Europa“. Humanitären Vorgaben etwa dazu, dass Kinder wie Kinder zu behandeln seien, waren stets Beiwerk und wurden von den Nationalstaaten auch genauso, sprich nach Gusto umgesetzt. Es gibt daher kein EU-Gerüst für gemeinsame Standards etwa bei der Unterbringung oder materiellen Versorgung, und der jammervolle Zustand der EU lässt eine solche Wende derzeit auch nicht zu. Zum zweiten, nationalstaatlichen Grund. „Gemeinsame Standards“ bedeuten natürlich: kleinsters gemeinsamer Nenner. Nicht nur Finanzminister Wolfgang Schäuble denkt derzeit laut darüber nach, wie sich das Taschengeld für Flüchtlinge absenken ließe (nein, sie bekommen keinen Hartz-IV-Satz ausgezahlt). Dazu hat das Bundesverfassungsgericht 2012 gesagt: Ein Existenzminimum ist genau das – ein Minimum. Drunter ist unwürdig. Flüchtlinge können nicht deutlich schlechter gestellt werden als Langzeitarbeitslose. Innenpolitisch werden die Flüchtlings-Leistungen nicht nur hierzulande daran gemessen, was anderen Armen zusteht. Gleiche Standards gibt es erst bei gleichen Lebensverhältnissen von Athen bis Stockholm. Also nicht in diesem Jahrhundert.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 4. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Bosbach, derzeit wird über Asylverfahren an der Grenze in sogenannten Transitzonen gestritten. Reichen die eben beschlossenen Asyl-Reformen nicht, den Flüchtlingsandrang zu bewältigen?

Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ist richtig und wichtig. Es dient verschiedenen Zwecken. So sollen die Rückführung von ausreisepflichtigen Personen beschleunigt und die Integrationschancen der Menschen mit Bleiberecht deutlich verbessert werden. Auch werden die Länder und Kommunen vom Bund finanziell deutlich besser gefördert und durch Änderungen im Bau- und Vergaberecht wollen wir sicherstellen, dass leichter als nach geltender Rechtslage rasch angemessene, winterfeste Unterkünfte errichtet werden können. Das Gesetz enthält aber keine Regelungen für eine deutlich schnellere Bearbeitung offensichtlich unbegründeter Asylanträge schon an der Grenze. Eine Möglichkeit, solche Anträge in einem vereinfachten Verfahren zu bearbeiten, gibt es zurzeit nur an einigen Flughäfen der Bundesrepublik. An unseren Landgrenzen wäre das rechtlich erst dann möglich, wenn wir die einschlägigen EU-Richtlinien umgesetzt haben. Daran arbeiten wir.

Schon das jetzt beschlossene Reformpaket wird kritisiert: Kürzungen des Existenzminimums aus migrationspolitischen Motiven verstießen gegen ein Verfassungsgerichtsurteil.

Das Existenzminimum wird sichergestellt, aber es sollen für vollziehbar Ausreisepflichtige künftig nur noch Sachleistungen gewährt werden. Ich finde das richtig: Wir sollten alles unterlassen, was einen Anreiz bieten könnte, unter Berufung auf das Asylrecht, tatsächlich aber aus asylfremden Gründen nach Deutschland einzureisen, um hier ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu bekommen.

Beim Vorrang für Sachleistungen, wird beklagt, müssen die überlasteten Helfer diese Dinge auch noch verteilen.

Wenn man sagt, Geldleistungen seien einfacher zu organisieren als Sachleistungen, dann mag das stimmen. Aber das löst nicht unser Problem. Im Vergleich zu den allermeisten EU-Ländern sind die bei uns gewährten Leistungen ausgesprochen hoch. Auch dies dürfte ein Grund sein, warum seit Monaten weit mehr als die Hälfte aller Asylbewerber in Europa nach Deutschland kommen, obwohl viele wussten oder hätten wissen müssen, dass ihr Asylantrag unter keinem rechtlichen Aspekt Erfolg haben kann, weil sie weder vor Krieg noch Bürgerkrieg oder politischer Verfolgung geflohen sind. Wenn gesagt wird, dass niemand für 140 Euro seine Heimat verlässt, ist das nur zur Hälfte richtig. Bei der Wahl der Zielländer spielen sicherlich auch die dort gewährten Leistungen eine große Rolle, und für die allermeisten Flüchtlinge sind Barleistungen wesentlich attraktiver als Sachleistungen.

Drohen bei längeren Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen nicht mehr Konflikte unter den Flüchtlingen?

Je kleiner die Aufnahmeeinrichtungen, desto eher können Konflikte vermieden werden. In vielen Kommunen sind aber viele dezentrale Aufnahmeeinrichtungen gar nicht möglich. Viele Gemeinden sind ja heilfroh, wenn sie etwa leere Hotels oder Turnhallen haben, um möglichst viele Menschen rasch unterbringen zu können.

Zurück zu den Transitzonen an den Grenzen. Wie soll das praktikabel sein?

Zunächst müssen wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, ein solches Verfahren überhaupt durchführen zu können. Dann wäre es wichtig, dass in der Öffentlichkeit nicht mit völlig falschen Zahlen operiert wird. Derzeit wird der Eindruck

»Völlig falsche Zahlen«

WOLFGANG BOSBACH Der CDU-Innenexperte über die Reformen im Asylrecht und die Entscheidung der Kanzlerin zur Öffnung der Grenzen



© picture-alliance/Eventpress

erweckt, dass es darum gehe, in Grenznähe Zehntausende längere Zeit in Lager unterzubringen. Das ist grober Unfug. Am 12. Oktober kamen ungefähr 6.000 Flüchtlinge nach Deutschland, davon etwa drei Prozent – also etwa 180 Personen – aus den Staaten des westlichen Balkan. Bei Flüchtlingen, die aus Kriegs- oder Krisengebieten wie Syrien, Irak oder Afghanistan kommen, ist eine Unterbringung in einer Transitzone weder geplant noch notwendig. Anders ist es bei ungeklärter Identität und Nationalität oder wenn mit einem ho-

hen Maß an Wahrscheinlichkeit unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt ein Bleiberecht gewährt werden kann, etwa weil jemand aus einem sicheren Herkunftsland kommt. Wir sprechen – Stand heute – bei den Transitzonen also von einer überschaubaren Zahl von Flüchtlingen, die für kurze Zeit festgehalten werden können. Das Landgrenzenverfahren würde ermöglichen, offensichtlich unbegründete Anträge schon an der Grenze abzulehnen und die Einreise zu verweigern. Es geht definitiv nicht um Zehntausende.

Die Grenzkontrollen, laut Schengen nur für eine bestimmte Zeit zulässig, müsste es dann aber länger geben?

Zurzeit weisen wir niemanden an den Grenzen zurück, sondern versuchen mühsam, alle Ankommenden zu registrieren. Solange sich die Lage aber nicht grundlegend ändert – wofür es derzeit keinen Anhaltspunkt gibt –, müssen wir die jetzigen Kontrollen beibehalten und durch ein Landgrenzenverfahren komplettieren.

Aber betroffene Flüchtlinge könnten doch solche Transitzonen umgehen und einfach über die grüne Grenze kommen?

Das kann man in der Tat nicht in jedem Fall verhindern. Aber das ist doch kein Argument, auf das Landgrenzenverfahren zu verzichten. Mit diesem Argument stellt man auch der Bundespolizei zu Unrecht das Zeugnis aus, dass sie ihre Aufgabe der Grenzsicherung nicht hinreichend wahrnehmen kann. Da sollten wir ihr doch mehr zutrauen.

Innenminister de Maizière plädiert dafür, dass die EU feste Kontingente zur Aufnahme von Flüchtlingen festlegt und die Aufnahme damit begrenzt. Ist das mit dem Grundrecht auf Asyl vereinbar?

Das Grundrecht auf Asyl kennt weder Höchstzahlen noch Quoten. Aber das bedeutet im Umkehrschluss doch nicht, dass die Aufnahme- und Integrationskraft Deutschlands unbegrenzt ist. Schon heute stellt sich doch die Frage, ob die Grenzen unserer Aufnahmefähigkeit im Jahre 2015 nicht schon überschritten sind, wenn alleine Deutschland mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge aufnimmt, die in die EU kommen. Daher kann ich es verstehen, dass der Bundesinnenminister vehement ein Verfahren für eine gleichmäßigere Verteilung der Flüchtlinge in der EU fordert.

De Maizière fordert zudem ein einheitliches EU-Asylrecht auch bei den Leistungsstandards. Müsstem das nicht die deutschen Leistungen absenken werden?

Ein einheitliches Leistungsniveau dürfte schon deshalb nicht durchsetzbar sein, weil 140 Euro in Deutschland eine viel geringere Kaufkraft haben als etwa in Rumänien. Aber zumindest sollte das Niveau nicht so unterschiedlich sein wie jetzt. Doch darüber entscheiden die Staaten in eigener Verantwortung. Eine deutliche Absenkung unter das derzeitige Niveau dürfte bei uns an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts scheitern.

Was sagen Sie zur Entscheidung der Kanzlerin, die Grenzen für die in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge zu öffnen?

Diese Entscheidung kann ich nachvollziehen, denn es war eine Maßnahme in einer ganz besonderen Situation zur Abwehr einer humanitären Katastrophe. Es wäre aber gut gewesen, wenn wir von Anfang deutlich gemacht hätten, dass es sich um eine Einzelfallentscheidung handelt und warum wir nach der Einreise der Flüchtlinge sofort Grenzkontrollen einführen müssen. Wir haben damit aber eine gute Woche gewartet, so dass öffentlich der Eindruck erweckt wurde, dass hier eine zumindest partielle Kurskorrektur stattfindet – was ja auch tatsächlich der Fall war. Diese Kurskorrektur war allerdings im wahrsten Sinne des Wortes notwendig.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg. ||

Wolfgang Bosbach (63), bis September 2015 Vorsitzender des Innenausschusses, gehört dem Bundestag seit 1994 an.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Oppositionelle: Ulla Jelpke

lob für die Bundeskanzlerin kommt Ulla Jelpke von der Linkspartei normalerweise nicht über die Lippen. Bei Angela Merks Flüchtlingspolitik der offenen Grenzen macht sie aber eine Ausnahme: „Ich sehe es als positives Zeichen, wenn die Kanzlerin sagt: Wir schaffen das.“ Und schränkt ein wenig ein: „Nur müssen diesen Worten auch Taten folgen.“ Für die Obfrau der Linken im Innenausschuss ist es eine „Frage des politischen Willens“, den gewaltigen Flüchtlingszustrom nach Deutschland zu stemmen. Trotz Alarmmeldungen von Landräten und Bürgermeistern angesichts fehlender Unterbringungsplätze und einer zunehmend gereizten Stimmung im Land sagt Jelpke: „Über Begrenzungen zu diskutieren, halte ich für das falsche politische Signal.“ Ohnehin würden sich Flüchtlinge „den Weg nehmen, den sie brauchen“. Sinnvoller sei es, die Ursachen von Flucht anzugehen. Da brauche die Politik eine Gesamtstrategie. Beispiel Massenunterkünfte in Syriens Anrainerstaaten: „Die internationalen Organisationen sind alleine nicht mehr in der Lage, die Menschen zu versorgen, auch weil sich reiche Länder der Finanzierung entzogen haben“, sagt Jelpke. Sie selbst habe kürzlich Flüchtlingslager im Irak besucht: „Fast alle Menschen dort haben gesagt, sie wollten nicht weggehen. Sie würden aber dazu gezwungen, weil es an vielem fehle, etwa an Schulen.“ Eine weitere Fluchtursache ist für Ulla Jelpke der weltweite Waffenexport – mit einer Bundesrepublik Deutschland als drittgrößtem Waffenausfuhrer. Oder die „verfehlten Agrarsubventionen“ der EU, die Afrika schädigten. Was hält die 64-Jährige vom Asyl-Gesetzpaket, das der Bundestag jetzt verabschiedet hat? Jelpke: „Das Gesetz ist ein gefährlicher Mix aus Verschärfungen, verfassungswidrigen Leistungseinschränkungen und Ab-

schreckungsmaßnahmen.“ So solle es nach der Ablehnung von Asylanträgen nur noch für einen Monat Versorgung geben. „Man will die Flüchtlinge hierzulande offenbar aushungern und vertreiben.“ Dabei gebe es genügend Geduldete wie aus den Westbalkanstaaten, die aus verschiedenen Gründen nicht ausgewiesen werden könnten. Jelpke empört sich auch über die EU mit ihren 28 Mitgliedsstaaten, wo nur wenige Länder wie Deutschland, Schweden oder Österreich den Flüchtlingszustrom schulterten. „Von einer großen Solidargemeinschaft



© DBT/Achim Meide

»Das Gesetz ist ein gefährlicher Mix aus Verschärfungen, Leistungseinschränkungen und Abschreckungsmaßnahmen.«

EU kann in der Flüchtlingspolitik keine Rede sein“, sagt die gebürtige Hamburgerin. Dies auch in anderer Hinsicht, denn Deutschland etwa Ländern wie Rumänien oder Bulgarien Fachkräfte wegnehme oder durch Niedriglohnpolitik Exporterfolge zulasten anderer Länder feiere. Ihr halbes Leben hat Ulla Jelpke in Parlamenten zugebracht – in den 1980er Jahren acht Jahre für die Grün-Alternative Liste in der Hamburger Bürgerschaft und dann seit 1990 – mit drei Jahren Unterbrechung –

für die PDS bzw. Linkspartei im Bundestag. Dabei scheint der zierlichen Frau mit dem rötlichen Haarschopf eine linke Oppositionsrolle in den Genen zu liegen: Mit den 68ern kämpfte sie für Frauen- und Friedensbelange, war im Kommunistischen Bund aktiv, bei den linken Hamburger Grünen stand sie am linken Flügel, und heute in der Linkspartei kämpft sie in der Strömung „Antikapitalistische Linke“ gegen „herrschende Eigentums- und Machtstrukturen“. Im Bundestag vertritt Jelpke den Wahlkreis Dortmund für den antikapitalistischen Linken-Landesverband Nordrhein-Westfalen. „Ich bin immer grüdnalig in meinen Positionen gewesen“, sagt Ulla Jelpke und ist ein wenig stolz darauf, in ihrem politischen Leben nie zu viel Kompromisse geschlossen zu haben. Deshalb hat sie auch keine Vorstandsämter in der Partei oder Fraktion angestrebt. Ulla Jelpke kommt aus kleinen Verhältnissen in Hamburg und hat sich von der gelernten Friseurin zur Diplom-Soziologin hochgearbeitet. Im Bundestag hat sie sich über die Jahre den Ruf der „Miss Kleine Anfragen“ erworben. Seit Jahren führt sie zahlenmäßig die Fragen-Liste an. In dieser Wahlperiode hat sie schon mehr als 540 Kleine Anfragen an die Regierung gestellt – von Bundeswehr, Neonazis, Geheimdiensten bis hin zu Asyl. „Damit kann man der Regierung wichtige Informationen entlocken, die sie gerne unter den Tisch fallen lassen würde“, sagt Jelpke. „Klar, dass sich die Regierung davon gepiesackt fühlt.“ Sie versteht es auch als Stück „Behördenumzerklung“, wenn Ämter nach ihren Fragen etwa zum Thema Rechtsextremismus ihre Sichtweise auf „ignorierte“ Probleme ändern. Was bleibt Ulla Jelpke, die in sitzungsfreien Wochen in Bochum wohnt, an Hobbys? Konzerte, zum Beispiel vom nordrheinischen Musiker Van Morrison. Hans Krump ||

**DasParlament**

Herausgeber **Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Anschrift der Redaktion**  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 227-3 05 15  
Telefax (0 30) 227-3 05 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Chefredakteur**  
Jörg Biallas (fb)

**Verantwortliche Redakteure**  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stell. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

**Fotos**  
Stephan Roters

**Redaktionsschluss**  
16. Oktober 2015

**Druck und Layout**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhreusenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

**Anzeigen-Vertriebsleitung**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main

**Leserservice/Abonnement**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

**Anzeigenverkauf**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [karin.kortmann@fs-medien.de](mailto:karin.kortmann@fs-medien.de)

**Anzeigenverwaltung, Disposition**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Anzeigenabteilung  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 74  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [anzeigenverwaltung@fs-medien.de](mailto:anzeigenverwaltung@fs-medien.de)

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

# Mit vollem Risiko

**AFGHANISTAN** Immer mehr Menschen zweifeln an der Zukunft ihres Landes und machen sich auf eine gefährliche Reise

**K**abul – Es herrscht Stille in dem altersschwachen Bus. Ein paar wenige Frauen ziehen im Halbdunkel der schummrigen Innenbeleuchtung voller Scheu ihre Schleier übers Gesicht. Ein halbes Dutzend älterer Männer mit ausgemergelten Gesichtern drücken kleine Bündel auf den Schoß. Die meisten der 56 Fahrgäste sind junge Burschen in verstaubten Kleidern. Einer starrt sehnsüchtig in das kleine Fenster eines Ladens, in dem Glühbirnen verlockende afghanische Süßigkeiten beleuchten. Aber es gibt keine Kunden. Die Fahrgäste halten ihr Geld lieber beisammen während dieser letzten Minuten vor ihrem großen und lebensgefährlichen Abenteuer. „Wir wollen alle nach Europa, Präsident Ashraf Ghani kann Afghanistan für sich alleine haben“, sagt Naquib, ein 26-jähriger Mann aus der bei Kabul gelegenen Provinz Kapisa.

**»Wir wollen alle nach Europa. Der Präsident kann sein Land für sich haben.«**

Naquib (26 Jahre alt)

Das Gefährt, in dem die Afghanen an einem Busbahnhof im Westen der Hauptstadt Kabul die erste Etappe ihrer vielleicht monatelangen Reise ins Ungeheure antreten, ist sozusagen das schrottreife Symbol des Ziels ihrer Träume: Ein alter Mercedes-Bus, der noch ein Kennzeichen aus dem Landkreis Starnberg trägt. Das vollbärtige Gesicht des 22-jährigen Fahrers Nisar Ahmad flackert im Licht des Feuerzeugs, mit dem er sich um fünf Uhr morgens noch schnell eine Zigarette vor der zehn Stunden, manchmal 18 Stunden langen Fahrt vom schlammigen Busbahnhof im Westen Kabuls in die staubtrockene afghanische Provinz Nimruz ansteckt. „Wir sind die Letzten heute Morgen“, sagt Ahmad und lehnt sich gegen die Fahrertür mit der Aufschrift Rollbo GmbH Hamburg, „jeden Morgen ab ein Uhr fahren hier 30 vollbesetzte Busse nach Nimruz ab. Das geht schon seit März so.“

**Schleichwege in den Iran** Keiner der Passagiere der durch Krieg und Hoffnungslosigkeit ausgelösten Völkerwanderung trägt einen Pass oder eine Identitätskarte bei sich. Stattdessen hüten die Männer neben einem sorgfältig versteckten Bargeldvorrat wie ihren Augapfel die Telefonnummer des Besitzers eines kleinen und armseligen Hotels (wie in Afghanistan Restaurants genannt werden) am Rand der Provinzhauptstadt Zaranj. Dieser Mann hilft gegen die Summe von 30.000 Afghanis (zirka 500 US-Dollar) bei der Überwindung der zwei-

ten Etappe ihrer Reise: Er schmuggelt die Afghanen auf Schleichwegen ins Nachbarland Iran. Dort müssen sich Männer bis nach Teheran durchschlagen. In Irans Hauptstadt warten kurdische Schlepper für die nächste Etappe.

„Die Kurden beherrschen den Markt“, sagt der 35-jährige Mohammad Amin, „sie lassen niemanden sonst zu.“ Amin betreibt ein sogenanntes Reisebüro. Seine Ausrüstung hält er in der Hand: Je ein brandneues Smartphone der beiden weltweit bekanntesten Fabrikate.

„Nach Teheran folgt der gefährlichste Teil der Reise“, sagt Amin, „ein acht bis neun Stunden langer Fußmarsch über die Berge in die Türkei.“ Erst vor drei Wochen haben laut Amin iranische Grenzwachter eine junge Afghanin mit ihrem Sohn sowie eine weiteren Mann erschossen, als sie auf der Schmuggelroute in den Bergen gestellt wurden.

„Ich empfehle niemandem, den Weg über den Iran zu nehmen“, sagt Amin, dessen Geschäft darin besteht, Afghanen die legale Reise samt Pass und Visa in den Iran zu ermöglichen. Er weiß, dass die meisten seiner Kunden von Teheran den Weg nach Europa versuchen. „Die beliebtesten Ziele sind Deutschland, Schweden und London“, sagt er, „aber es ist besser, sich hier ein türkisches Visum zu besorgen und dann von Istanbul nach Europa weiter zu ziehen.“

**Schwarzmarkt für Visa** Aber bei der Suche nach einem Leben ohne Bomben entscheidet nicht das Risiko der Route, sondern Geld. Selbst ein hoher Anteil der Generäle, die zur Fortbildung nach Deutschland geschickt werden, setzt sich ab. 6.000 bis 7.000 US-Dollar kostet ein türkisches Visum. Ankaras Botschaft bestreitet zwar heftig jeden Schwarzhandel. Aber Afghanen wissen: Mitarbeiter des afghanischen Vizepräsidenten, ehemaligen Kriegsfürsten und Türkei-Verbündeten Rashid Dostum können monatlich bis zu zehn Visa verkaufen. Ein Schengen-Visum wird auf Afghanistans Straßen für über 25.000 US-Dollar, deutsche Visa für 15.000 US-Dollar angeboten. Oft sind sie gefälscht oder werden auf dem Umweg über Indien besorgt. Ali Ahmed kann solche Summen nicht aufbringen. Sechs Jahre lang arbeitete er als Wächter bei der deutschen „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit“ (GIZ) in der Stadt Kunduz. Der Vater von zwei jungen Söhnen musste Ende



Lebensmittelverteilung Anfang Oktober in Kunduz, während afghanische Sicherheitskräfte versuchen, die Stadt wieder unter Kontrolle zu bekommen.

© picture-alliance/dpa

September vor den heranrückenden Talibanmilizen aus seiner Heimatstadt fliehen. „Ich will das Leben meiner Familie nicht auf dem Leben über den Iran riskieren“, sagt er. Ahmed erfuhr nach der Eroberung der 300.000 Einwohner zählenden Stadt am eigenen Leibe, was Todesangst bedeutet: „Zwei Talibankämpfer tauchten vor meinem Haus auf, einer hat mit dem Kolben seiner Kalaschnikow auf mich eingeschlagen und immer wieder gefragt: Warum hast du für die Deutschen gearbeitet?“ Ahmed überlebte, weil die jungen Taliban erst noch etwas kämpfen und später zurückkehren wollten. Aber die radikalislamischen Milizen besitzen ein längeres Ge-

dächtnis als deutsche Stellen in Afghanistan. Die GIZ, bei der Ahmed seit 2009 arbeitete, kündigte ihm Ende Juli. Begründung laut Entlassungsurkunde: „Änderungen bei der GIZ“. Als die Taliban nach Kunduz kamen, musste er seine Haut auf eigene Faust retten. „Wenn die Deutschen mir nicht helfen, ist das Verrat“, sagt er nun voller Verbitterung.

**Fotos und Gerüchte** „Der Fall von Kunduz hat jahrelange Bemühungen zunichte gemacht, in der Stadt Bürgerrechte zu etablieren“, sagt ein Diplomat, „keine einzige afghanische Menschenrechtsorganisation ist willens, dorthin zurückzukehren.“ Afghanistans Bevölkerung wiederum ist zu-

sätzlich verunsichert, weil bis Ende September niemand damit rechnete, eine Provinzhauptstadt könne in die Hände der Taliban fallen. „Ich frage mich, ob ich meine Ersparnisse auf der Bank in Kabul lassen soll, wenn die Taliban übernehmen, verschwindet das alles vielleicht“, befürchtet der Autohändler Ashraf Shah. Neu sind die Zweifel an Afghanistans Zukunft nicht. Die Massenflucht vom Hindukusch wurde durch den Abzug westlicher Truppen ausgelöst. Familien beginnen ein Vabanquespiel, um sich einen Weg nach Europa zu ebnet. Sie verkaufen ihre Häuser. Oder sie landen im Schmuckladen von Ahmed Wali Akhundzai auf dem Mandae, dem größten Markt der Hauptstadt Kabul.

„Ich habe keine Käufer mehr, nur noch Leute, die verkaufen wollen“, klagt er. Universitätsabgänger fänden keine Arbeit, die Angst vor den Taliban und IS wachse. „Wer will da noch bleiben?“, fragt Akhundzai. Die Glücklichen, denen die Flucht gelang, feuern mit Fotos auf Facebook den Neid und Nachahmungswillen von Freunden und Nachbarn an. Selbst für die hartnäckigsten Zweifler kennen die Schlepper ein – frei erfundenes – Argument. „Es heißt, nach Weihnachten werden die Grenzen geschlossen, wer es schaffen will, muss jetzt los“, sagt Amin.

Willi Germund

Der Autor reist als Journalist regelmäßig nach Afghanistan.

## Zerplatzte Träume in Deutschland

**SACHSEN** Jamal ist die Flucht von Afghanistan nach Dresden gelungen. Er kann nicht bleiben – und will es auch nicht

„Schon als kleines Kind war es mein Traum, nach Deutschland zu kommen“, sagt Jamal. Und fügt lachend hinzu: „Das wollen bei uns zu Hause alle. Sie sagen: Wenn du in Deutschland bist oder in Kanada, dann hast du es geschafft.“ Jamal hat es geschafft. Er sitzt am Tisch im „Human Care“-Büro eines Übergangsheims für Asylbewerber im Dresdener Westen. Seit drei Monaten lebt er hier, gemeinsam mit seinem Vater Ali und seinem Bruder Tarik. Ist der Traum nun in Erfüllung gegangen? „Nein. Eigentlich wollen wir nur noch weg.“

**Angepöbelt** Es ist eine wilde Geschichte, die Familie Tarzi erzählt. Eigentlich heißen sie nicht so, aber sie wollen keinesfalls, dass jemand daheim erfährt, dass sie nun in Deutschland sind. Nicht einmal der Onkel, der es inzwischen nach Berlin geschafft hat, soll davon erfahren. In Afghanistan leben die Tarzis schon lange nicht mehr. „Mein Vater hat dort für das Militär und

damit für die damalige kommunistische Regierung gearbeitet“, erzählt Jamal. Aber in ihrem Dorf hätten alle anderen zu den Mudschaheddin gehört, Guerilla-Gruppen, die gegen das sowjetische Regime kämpften und Anfang der 1990er Jahre die Macht übernahmen, bis sie wiederum von den islamistischen Taliban verdrängt wurden. Sein Vater sei angegriffen worden, man habe eine Granate in das Haus der Familie geworfen. „Damals ist mein Bruder von Splintern getroffen worden. Seitdem ist er auf einem Auge blind.“ Die Familie sei dann in den Iran geflüchtet. Doch im Nachbarland ergehe es Afghanen nicht gut. „Wir waren dort nichts wert. Wir durften nicht in die Schule, nicht studieren. Es gab keine Zukunft für uns.“ Er habe als Hausmeister gearbeitet, erzählt Jamal, sein Bruder Tarik als Klempner und der Vater als Schweißer. Und dann habe sich die ganze Familie auf den Weg nach Deutschland gemacht. Angekommen ist nur ein Teil: Ihre Mutter sei mit den beiden anderen Brüdern in Griechenland, lebe dort in einem Lager.

Doch glücklich ist auch der Teil der Tarzis nicht, der es bis Dresden geschafft hat. „Es ist schrecklich. Wir fühlen uns unwohl, niemand will uns hier.“ Jamal erzählt davon, wie er und sein Bruder im Bus gepöbelt und getreten wurden, „niemand antwortet einem, wenn man um Hilfe fragt“. Die Tarzis sind im Pegida-Land gelandet: Wohl nirgendwo sind die Vorbehalte gegen Asylsuchende und Fremde so groß wie in Sachsen. Und nirgendwo sind die Angriffe so massiv: Erst waren Jamal und seine Familie in Freital untergebracht. Dort versammelten sich tagelang vermeintlich besorgte Bürger vor der Erstaufnahmeeinrichtung, um lautstark ein Verschwinden der Flüchtlinge zu fordern. Dann ging es nach Dresden. Das Übergangsheim hier ist neu, bis vor wenigen Monaten war das Gebäude ein Hotel. Als der Besitzer es der Stadt für die Unterbringung



Jamal (Mitte) mit seinem Vater und Bruder in Dresden.

© suk

von Flüchtlingen anbot, gab es innerhalb weniger Tage eine Reihe von Angriffen – mit Steinen, Böllern, Buttersäure. Er verstehe nicht, warum er und die anderen hier im Heim von den Leuten draußen so gehasst werden, sagt Jamal. „Das ist total verrückt: Es gibt diese Leute, die nur wollen, dass wir verschwinden. Und dann gibt es Helfer, die sind noch viel freundlicher als wir es von Muslimen kennen. Wieso ist das so, dass die Deutschen so unterschiedlich sind?“ Auf die Frage, ob es auch etwas gibt, das er an Deutschland gut finde, lacht Jamal. „Ja, natürlich. Dass alle Bürger hier die gleichen Rechte haben. Und dass sogar wir Rechte haben, obwohl wir keine Bürger sind. Das ist unglaublich. Ganz anders als zu Hause.“ Doch viel Zeit in Deutschland wird den Tarzis nicht mehr bleiben. Weil die Brü-

der in Österreich registriert wurden, müssen sie im Rahmen des Dublin-Verfahrens dorthin zurück. „Wir können es eigentlich gar nicht mehr abwarten. In Österreich ist jeder freundlich, die Leute sagen Hallo und wollen helfen. Das ist besser als hier.“ Ob aus dem Traum, Tarik könne irgendwann Musik studieren, Jamal eine Ausbildung zum Polizisten machen, in Österreich etwas wird? „Ich weiß es nicht. Die Hauptsache ist, wir können irgendwann wieder mit meiner Mutter und meinen Brüdern zusammenleben. Wenn das in Europa nicht klappt, gehen wir zurück.“ In den Iran? Oder sogar in das kriegsgebeutelte Afghanistan? „Ja, das ist mir ganz egal, die Familie ist das Wichtigste.“ Ohne sie sei der schönste Traum in der Realität nichts wert.

Susanne Kailitz

## Der lange Atem

**ENTWICKLUNG** Vier Milliarden Euro zivile Hilfen seit 2001

Ist das bereits eine Kehrtwende? Die USA wollen den Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan hinauszögern, bis zu 10.000 Soldaten sollen nunmehr bis Ende 2016 am Hindukusch bleiben. Auch aus der Bundesregierung gab es in den vergangenen Tagen solche Signale: Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sprach sich dafür aus, keinen konkreten Abzugstermin zu bestimmen, sondern sich nach der Lage vor Ort zu richten. Die Bundeswehr hat sich Ende 2014 zwar mit dem Ende des ISAF-Mandats aus dem Kampfeinsatz zurückgezogen, ist aber weiterhin als Teil der Nato-geführten „Ausbildungs-, Trainings- und Unterstützungsmission“ Resolute Support Mission (RSM) mit bis zu 850 Soldaten vor Ort. Grund für das Umdenken dürfte der Vormarsch der Taliban auf Kunduz Ende September sein. Zwar gelang es der afghanischen Armee, die Stadt im Norden wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Doch weckte der Zwischenfall erneut Zweifel, ob die afghanischen Kräfte in der Lage sind, landesweit für Sicherheit zu sorgen. In Berlin wird nun befürchtet, dass die Verschärfung der Situation zu einem weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen führen könnte. Im laufenden Jahr wurden bis Ende September in Deutschland mehr als 50.000 Flüchtlinge aus Afghanistan registriert. Gemessen an der Zahl der Asylanträge zwischen Januar und September dieses Jahres gehört das Land hinter Syrien, Albanien und neben dem Irak bereits heute zu den Hauptherkunftsländern. Nach wie vor spielen auch Befürchtungen eine Rolle, dass in Afghanistan neben den Taliban auch Terrornetzwerke wie Al-Qaida oder der „Islamische Staat“ Fuß fassen und sich das Schicksal des Iraks wiederholen könnte. Vor einem solchen Szenario warnte jüngst der EU-Beauftragte Franz-Michael Melbin.

Auf dem Spiel stünde damit auch das seit 2001 währende deutsche Engagement, das stets viel mehr umfasste als den Einsatz der

Bundeswehr. Deutschland ist nach wie vor der drittgrößte Geber in Afghanistan nach den USA und Japan. Der Gesamtbetrag, den die Bundesrepublik im Zeitraum 2001 bis 2015 für zivilen Wiederaufbau und Entwicklung bereitgestellt hat, beträgt nach Angaben der Bundesregierung rund 4,1 Milliarden Euro. Allein in diesem und im nächsten Jahr sollen jeweils 430 Millionen Euro an zivilen Mitteln nach Afghanistan fließen, davon 250 Millionen als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit und 180 Millionen Euro für den Stabilitätspakt Afghanistan. Unterstützt werden zudem im Rahmen einer Nato-Vereinbarung die Afghanischen Nationalen Sicherheitskräfte mit etwa 150 Millionen Euro pro Jahr.

**Korruption** All diese Hilfen sind an konkrete Reformschritte der afghanischen Regierung gekoppelt, dazu gehört zum Beispiel der Kampf gegen Korruption und die organisierte Kriminalität. Die Zusammenarbeit soll vor allem auch dazu beitragen, in Afghanistan eine „selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung“ zu ermöglichen – zum Beispiel beim Aufbau von Wertschöpfungsketten, bei Fragen der Bildung und Ausbildung, bei der Wissenschaftsförderung und der Kreditfinanzierung für kleine und mittlere Unternehmen sowie bei der Rohstoffförderung. All dies sind Hilfen, die vor allem der jungen Generation in Afghanistan Perspektiven bieten sollen und die sich druchaus unter das Schlagwort „Fluchtursachen bekämpfen“ zusammenfassen lassen. Mit dem Vormarsch der Taliban auf Kunduz hat sich nun einmal mehr gezeigt, dass dieses Vorhaben einen wirklich langen Atem braucht.

aha

### STICHWORT

#### Flüchtlinge in Deutschland

**> Asylanträge** Im September nahm das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rund 40.000 Erstanträge auf Asyl entgegen. Gegenüber August ist das ein Anstieg um 21 Prozent.

**> Herkunftsländer** Syrien liegt mit 40 Prozent auf Platz 1, gefolgt von Albanien (16 Prozent) und Afghanistan (6,7 Prozent).

**> Afghanistan** Seit Beginn des Krieges 2001 starben fast 70.000 Menschen. 2014 waren es knapp 4.000.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die EU bewegt sich in der Flüchtlingskrise auf die Türkei zu. Die Mitgliedstaaten einigten sich beim EU-Gipfel Ende vergangener Woche im Grundsatz auf einen Aktionsplan, mit dem die Türkei dazu gebracht werden soll, Flüchtlinge nicht weiter ausreisen zu lassen. Im Gegenzug soll das Land Milliarden-Hilfen und Visafreiheit erhalten. Ein genauer Zeitplan dafür ist aber noch nicht festgelegt. „Wir brauchen Steuerung, wir brauchen Ordnung, wir brauchen Planbarkeit“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach Abschluss des Treffens in Brüssel. Die Abmachungen mit der Türkei sollen, gemeinsam mit der ebenfalls beschlossenen verstärkten Grenzsicherung, dafür sorgen, dass der Zustrom von Flüchtlingen nach Europa sinkt.

Keinen Fortschritt haben die Staats- und Regierungschefs in der zentralen Frage der Umverteilung der Flüchtlinge erzielt. Merkel gestand ein, dass es dazu noch „unterschiedliche Meinungen“ gebe. „Wir haben da noch ein großes Stück Arbeit vor uns.“ Die Kanzlerin gestand ein, dass sich die osteuropäischen Staaten, die sich bisher gegen einen permanenten Umverteilungsmechanismus wenden, schlecht behandelt fühlen, „aus Gründen, die ich noch nicht genau verstehe“.

Aus dem Europäischen Parlament kam deutliche Kritik an den Gipfel-Beschlüssen. Der Vorsitzende der konservativen EVP-Fraktion, Manfred Weber (CDU), sagte: „Die Ergebnisse des Gipfels sind für die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise eindeutig zu wenig. Zu viele EU-Staaten glauben immer noch, dass sie sich mit einer Augen-zu-Strategie durchmogeln können.“ Er wertete den Gipfel allenfalls als Zwischenschritt: „Die Staats- und Regierungschefs müssen nacharbeiten, schnell und mit viel mehr Engagement.“

Der Fraktionsführer der Liberalen im Europäischen Parlament, Guy Verhofstadt, warnte davor, das Flüchtlingsproblem auf die Türkei abzuwälzen. „Die Staats- und Regierungschefs täuschen sich, wenn sie glauben, dass sich die Krise durch Outsourcing lösen lässt.“ Die Fraktionsführerin der Grünen, Rebecca Harms, befürchtet, dass Milliarden-Zusagen für die Türkei eine Wahlkampfhilfe für Präsident Recep Tayyip Erdogan darstellen könnte (siehe Seite 5). Sie forderte eine klare Verurteilung des Kurses von Erdogan: „So richtig die erneute Einsicht ist, dass die EU und die Türkei sich gegenseitig brauchen, so falsch ist es, dass die Vertreter der EU und die Regierungschefs zu der politischen Eskalation in der Türkei schweigen.“

Die Kanzlerin hat die Gespräche mit der Türkei am Sonntag fortgesetzt. Sie hatte sich zuvor offen für die finanziellen Forderungen von Ankara gezeigt. Konkret hat die Türkei eine Summe von drei Milliarden Euro genannt. Die Kanzlerin befürwortete eine „Lastenteilung“ mit der Türkei und verwies darauf, dass das Land in den vergangenen Jahren sieben Milliarden Euro für Flüchtlinge aufgewandt habe. Merkel stellte klar, dass das Geld nicht nur aus dem EU-Haushalt, sondern auch von den EU-Mitgliedstaaten kommen müsse.

**Visafreiheit für Türken** Die Staats- und Regierungschefs haben sich in Brüssel auch dafür ausgesprochen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wiederzubeleben. Geplant ist zudem, die für Herbst 2017 vorgesehene Visafreiheit für türkische Staatsbürger vorzuziehen. „Alles in allem sind wir in der Mitte eines Arbeitsprozesses“, resümierte Kanzlerin Merkel. Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans hatte zuvor darauf hingewiesen, dass die Krise nur gelöst werden könne, wenn alle Vorschläge umgesetzt würden, „und das zur selben Zeit auf allen Ebenen: europäisch, national, lokal“. Wie schwierig die Umsetzung im Einzelfall allerdings ist, lässt sich am Konzept der „Hotspots“ ablesen, denen die Staats- und Regierungschefs beim vorübergehenden Gipfel Mitte November auf die Mitgliedstaaten beimaßen. Bisher ist es noch immer nicht ganz klar, ob es sich dabei um einen Ort oder ein mobiles Team handelt. Die „Hotspots“ sollen dabei helfen, die Flüchtlinge zu registrieren und dann zu entscheiden, ob sie in ein anderes Land verteilt oder abgeschoben werden.

Weder Griechenland noch Italien verstehen aber die Hotspots als Camp, in dem die Flüchtlinge darauf warten, dass über ihr weiteres Schicksal entschieden wird. EU-Diplomaten bekämpfen nun, dass das Konzept der Hotspots sinnlos sei, wenn die Flüchtlinge zum Zeitpunkt der Entscheidung längst weiter gereist seien. Sinnlos sind die Hotspots auch, so lange die Umverteilung der Flüchtlinge nicht geklärt ist. Noch ist völlig unklar, ob und wann sich die Staats- und Regierungschefs in diesem Punkt einigen werden.



Flüchtlingslager nahe Adana im Süden der Türkei

© picture-alliance/AA

Nächster wichtiger Termin ist der Valletta Gipfel Mitte November auf Malta, bei dem die EU mit afrikanischen Staats- und Regierungschefs über die Rücknahme von Flüchtlingen, aber auch über die Bekämpfung illegaler Einwanderung und legale Einwanderungsmöglichkeiten verhandeln will. Ein Fonds über 1,8 Milliarden Euro soll helfen, die Armut in den Staaten zu lindern. Bisher haben aber nur Deutschland, Spanien und Luxemburg jeweils drei Millionen Euro eingezahlt. Merkel zeigte sich optimistisch, dass andere Länder bald nachziehen werden. *Silke Wetzach* //

# Erste Schritte

**EUROPA** Die EU stimmt einem Aktionsplan zu, der Milliarden Euro an Unterstützung für die Türkei bringen könnte. Weiterhin umstritten ist die Flüchtlingsverteilung

## STICHWORT

### Ergebnisse des EU-Gipfels

- > Aktionsplan** Die Türkei soll die Situation der Flüchtlinge im Land verbessern und seine Grenzen besser kontrollieren. Die EU will dafür Visa-Erleichterungen beschleunigen. Ankara verlangt außerdem drei Milliarden Euro an Hilfen.
- > Grenzschutz** Die Grenzschutzagentur Frontex und das Asyl-Unterstützungsbüro EASO sollen mehr Mitarbeiter auf der Sicherung der EU-Außengrenzen bekommen.
- > Registrierung** Um schneller über das Bleiberecht von Flüchtlingen entscheiden zu können, sollen Registrierungszentren („Hotspots“) in Griechenland und Italien eingerichtet werden.

## Die Flüchtlinge sind im Land kaum integriert

**TÜRKEI** Immer weniger Migranten wollen bleiben

Es ist ein regnerischer Nachmittag in der Istanbul Innenstadt. Alper Haydar, 40, hat sich in einer Passage untergestellt und sieht den syrischen Bettlern auf der Straße zu. Zwei Millionen Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland hat die Türkei in den vergangenen vier Jahren aufgenommen. Zwar bringt Haydar wie viele andere Türken nach wie vor großes Mitgefühl mit den Neuankömmlingen auf, doch er sieht auch die Probleme. Weil es den Syrern schlecht gehe, seien sie bereit, für Hungerlöhne zu arbeiten, sagt Haydar. „Die Jobs gehen an Syrer, weil die Türken zu teuer sind.“ Dass viele der Flüchtlinge weiter nach Europa wollen, kann er gut verstehen. „Ich habe gehört, dass Flüchtlinge dort 500 Euro im Monat kriegen – das verdiente ja ich kaum.“

Die Türkei spielt eine Schlüsselrolle bei den Bemühungen der EU, den Zustrom von syrischen Flüchtlingen zu begrenzen. Brüssel und Ankara haben sich daher auf eine Zusammenarbeit geeinigt, die dazu führen soll, dass mehr Flüchtlinge als bisher in der Türkei bleiben (siehe Text links). Doch ein Blick auf die Lage im Land macht deutlich, dass dies nicht einfach sein wird. Nach Einschätzung von Experten hat die Türkei den Übergang von der Erstaufnahme der Menschen hin zu einer wirklichen Integration versäumt. Gleich zu Beginn des syrischen Konflikts bekannte sich die türkische Regierung zu einer „Politik der offenen Tür“, die jedem Flüchtling ein Bleiberecht zusprach. Syrer, die nicht bei Verwandten unterkommen konnten, wurden in Flüchtlingslager gebracht, von denen es inzwischen mehr als 20 gibt und die als vorbildlich gelten. In den Containersiedlungen gibt es Moscheen, Krankenstationen und Schulen für die Kinder. Flüchtlinge erhalten ein Handgeld, mit dem sie sich in den ebenfalls im Lager eingerichteten Supermärkten selbst versorgen können.

Allerdings ist der Zustrom der Menschen so stark angeschwollen, dass die Lager nicht mehr ausreichen. Heute leben nur noch 15 Prozent der Flüchtlinge in den Lagern, die anderen wohnen bei Verwandten oder auf der Straße oder haben sich Wohnungen gemietet. Da das türkische Recht Flüchtlinge aus Nahost-Staaten nicht als asylberechtigter anerkennt, gelten die Syrer als „Gäste“. Das höre sich freundlich an, habe aber einen Pferdefuß, sagt der Migrationsforscher Murat Erdogan: „Gäste haben keine Rechte, Flüchtlinge schon.“

So dürfen die Syrer in der Türkei offiziell nicht arbeiten. Deshalb heuern viele Flüchtlinge, denen nach den Jahren in der Fremde das Geld ausgeht, als Schwarzarbeiter auf dem Bau oder in der Landwirtschaft an. Dies drückt in einigen Gebieten das Lohnniveau, während gleichzeitig vielerorts wegen der Nachfrage der Syrer die Wohnungsmieten steigen. Probleme gibt es auch bei der Einschulung syrischer Kinder. Rund 400.000 der 600.000 Minderjährigen unter den Flüchtlingen gehen nicht zur Schule. Das Bildungsministerium warnt vor einer „verlorenen Generation“, die in die Kriminalität abrutschen könnte. Arabische Ladenschlitterer gehören in vielen türkischen Städten längst zum Alltag; die Stadt Kilis an der Grenze wurde kürzlich zur ersten türkischen Kommune, in der mehr Syrer als Türken leben. Das schafft Ressentiments. Immer wieder beschwerten sich türkische Kleinunternehmer, dass syrische Schnellimbisse oder Krämerläden keine behördlichen Auflagen erfüllen müssen, weil die Verwaltungen froh sind, dass die Flüchtlinge in Lohn und Brot sind. Einige der dramatischsten Stimmenverluste bei der Parlamentswahl im Juni verzeichnete die Regierungspartei AKP von Präsident Recep Tayyip Erdogan daher in den Regionen entlang der syrischen Grenze. Die immer schwieriger werdenden Lebensbedingungen von Flüchtlingen in der Türkei treiben viele Menschen in die Arme der Schlepper und auf die Boote nach Griechenland. In der Türkei sehen sie keine Zukunft mehr. Ein Zeichen für die Tatsache, dass Europa für Flüchtlinge am Bosphorus eine wachsende Anziehungskraft entwickelt, ist die Tatsache, dass syrische Pässe auf dem Schwarzmarkt in Istanbul für heiß begehrte Ware geworden sind; Flüchtlinge, die sich als syrische Bürger ausweisen können, haben gute Chancen, in der EU als Asylberechtigte anerkannt zu werden. Türkische Regierungspolitikern ließen sich mit der Bemerkung zitierten, mit freigelegten Sozialleistungen hätten Länder wie Schweden oder Deutschland einen Sog ausgelöst. Experten sehen die Antwort auf die Frage, warum viele Syrer die Türkei verlassen wollen, nicht im europäischen Sozialstaat, sondern in der Türkei selbst. Sie fordern, die Regierung müsse sich damit abfinden, dass die Flüchtlinge auf Dauer bleiben werden. Ein solcher Mentalitätswandel sei erst recht vonnöten, wenn die Türkei im Rahmen ihres Deals mit der EU mehr Syrer als bisher im Land behalten soll. Die Türkei tue immer noch so, als werde der syrische Präsident Baschar al-Assad jeden Moment gestürzt und die Syrer könnten bald alle wieder nach Hause gehen, sagt Migrationsforscher Erdogan. Doch dies werde nicht geschehen, deshalb müsse die Türkei ihnen außerhalb der Lager den geordneten Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheitssystem ermöglichen. Dies allerdings wäre angesichts steigender Arbeitslosigkeit und nachlassender Konjunktur sehr unbeliebt bei den türkischen Wählern, räumt Experte Erdogan ein. Vorübergehend erwogene Pläne für begrenzte Arbeitsgenehmigungen für Syrer verschwanden deshalb wieder in den Schubladen. An diesen Problemen werde auch die in Aussicht gestellte EU-Finanzhilfe nichts ändern. Erdogan: „Das wird die ganze Welle nicht stoppen.“ *Susanne Güsten* //

Die Autorin ist freie Korrespondentin in der Türkei.

**Zu Beginn des Syrien-Krieges bekannte sich die Regierung zu einer Politik der offenen Tür.**

**»Die Türkei tut immer noch so, als würde Assad jeden Moment gestürzt.«**

Murat Erdogan, Migrationsforscher

Die Autorin ist freie Korrespondentin in der Türkei.

## »Konjunkturprogramm für StacheldrahtHersteller«

**BUNDESTAG** Die Regierung will die EU-Außengrenzen besser sichern. Die Opposition warnt vor einer Abschottungspolitik

„Sie haben als Regierungschefin versagt.“ Derart harsche Kritik musste Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am vergangenen Mittwoch im sächsischen Schkeuditz bei einem Auftritt an der ostdeutschen CDU-Basis einstecken. Die für ihre Flüchtlingspolitik so Gescholtene gab sich souverän und konterte all jenen, die Grenzschließungen und einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge forderten: „Abschotten, das hat schon in der DDR nicht sonderlich gut geklappt.“

Die Kanzlerin scheint angesichts des massiven Gegenwinds aus den eigenen Reihen unbeeinträchtigt. Und doch dürfte ihr der nächste Morgen gut getan haben. Da nämlich spendete ihr die Unionsfraktion minutenlang und geradezu demonstrativ Beifall, nachdem sie im Bundestag ihre Regierungserklärung zum EU-Gipfel abgegeben hatte – ein bisschen „Wir schaffen das“-Atmosphäre in Berlin. Einige hundert Kilometer weiter ging es kurz darauf in Brüssel erneut um die Frage, wie Europa die Flüchtlingskrise in den Griff bekommen kann (siehe Text oben). Merkel erzählte den Abgeordneten im Kern nichts anderes

als den CDUern am Vorabend in der Schkeuditzer Kongresshalle: dass die Bundesregierung Menschen ohne Bleibeperspektive schneller abschicken und die EU-Außengrenzen besser sichern will. Dass sie sich in Brüssel weiter für einen dauerhaften und fairen Verteilungsmechanismus in Europa um die Bekämpfung von Fluchtsachen einsetzen wird. Sie hielt aber auch fest, dass sie Abschottung im 21. Jahrhundert angesichts des Internets für eine „Illusion“ hält.

Abschotten will Merkel Europa zwar nicht. Den Flüchtlingsstrom eindämmen hingegen schon. Deshalb reiste die Kanzlerin am Wochenende in die Türkei, um mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan über eine Verbesserung des Grenzschutzes und die gemeinsame Bekämpfung von Schlepperbanden zu sprechen. Eine Reise, die ihr im Vorfeld heftige Kritik einbrachte und die Grüne und Linke im Bundestag zwei Wochen vor den Parlamentswahlen in der Türkei als „Wahlkampfhilfe“ für Erdogan gälten (siehe Seite 5).

Die Türkei, das machte Merkel jedoch klar, spiele in der aktuellen Situation eine „Schlüsselrolle“, weshalb man mit Erdogan reden müsse. Aber nicht nur mit ihm: Auch die EU-Mitglieder nahm die Kanzlerin in die Pflicht. Sie sollten zum Beispiel endlich mehr Personal an die EU-Außengrenzen und die EU-Grenzschutzagentur Frontex entsenden, wie dies die EU-Kom-

mission schon seit Längerem fordere. Bisher hätten sich außer Deutschland und Österreich nur wenige Länder gemeldet. Positiv hob Merkel hervor, dass die so genannten Hotspots der EU in Italien und Griechenland spätestens Ende November „voll funktionsfähig“ sein sollen. In diesen Registrierungszentren sollen Flüchtlinge bereits an den Außengrenzen auf ihre Schutzbedürftigkeit überprüft werden.

**Reisefreiheit schützen** Als einen „ersten Schritt“ bezeichnete SPD-Fraktionschef Thomas Opperman die Einigung auf Hotspots, genauso wie die Verteilung von 120.000 Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten. „Dem müssen jetzt weitere folgen“, mahnte er jedoch. Gleich bekräftigte Opperman die Ablehnung seiner Partei gegenüber der Einrichtung von Transitzonen an der deutschen Außengrenze. Sie werden insbesondere aus den Reihen der CSU gefordert. „Grenzhaftlager für Tausende von Flüchtlingen“ seien mit der SPD nicht zu machen, konstatierte Opperman. Aufgabe Europas sei es jetzt vielmehr, die Außengrenzen zu sichern, um die Reisefreiheit und Freizügigkeit in der EU und damit das Schengen-System zu erhalten. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) warnte ebenfalls: „Schengen kann nur funktionieren, wenn jeder seine Außengrenze sichert.“ Hierfür trage Europa eine gemeinsame Verantwortung und hier-

für seien auch die Hotspots notwendig. Darüber hinaus forderte Kauder, warf der EU vor, ihre Einigkeit bestehe im Moment darin, „mehr in die Abschottung der EU-Außengrenzen zu investieren – ein Konjunkturprogramm für die Stacheldrahthersteller und für die Schleusermafia statt einer verantwortungsvollen europäischen Flüchtlingspolitik“. Wagenknecht forderte die EU auf, „real etwas dafür zu tun“, dass es auf der Welt weniger Krieg und Terror gebe – indem sie Waffenexporte in Spannungsgebiete verbiete, eine eigenständige Politik gegenüber den USA betreibt und die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in und um Syrien verbessere. *Johanna Metz* //

## Umstrittene Kandidatin

**UNO** Nachfolger von Flüchtlingskommissar nominiert

In diesem Jahr endet die Amtszeit des UN-Flüchtlingskommissars António Guterres. Als besonders aussichtsreiche Kandidatin für seine Nachfolge gilt ausgerechnet die ehemalige dänische Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt, die für eine harte Asylpolitik bekannt ist. Unter der Führung der Sozialdemokratin hat Dänemark die Asylregeln drastisch verschärft und unter anderem den Familiennachzug erschwert. Thorning-Schmidt verlor zwar die Parlamentswahl im Juni, wurde aber vor kurzem von ihrem Nachfolger im Amt des Premiers als Chef des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) nominiert. Aus Deutschland kandidiert Achim Steiner, derzeit Chef des UN-Umweltprogramms.



Die Dänin Helle Thorning-Schmidt steht für eine harte Asylpolitik.

Die strenge dänische Asylpolitik, die nach Thorning-Schmidts Abwahl im Sommer von ihrem Nachfolger weiter verschärf wurde, passt auf den ersten Blick kaum zum UNHCR. Schließlich soll er die Rechte von Flüchtlingen sichern und dafür sorgen, dass diese Asyl beantragen und eine sichere neue Heimat finden können. Dänemark hingegen wird vorgeworfen, Probleme auf die Nachbarländer Deutschland und Schweden abzuwälzen. Es gilt deshalb als „Ungarn des Nordens“. Doch die strikte Haltung könnte Thorning-Schmidts Vorteil werden. Denn Politiker vieler Länder stehen der dänischen Position näher als der deutschen. Angesichts der zunehmenden Anzahl von Flüchtlingen sehen sie sich und ihre Länder überfordert. In ihrer Heimat allerdings regt sich Kritik daran, ausgerechnet Thorning-Schmidt zur Flüchtlingskommissarin zu machen. „Ernennt Steiner!“, überschrieb die linksalternativen Zeitung „Information“ einen Kommentar. Der deutsche Kandidat sei fachlich besser qualifiziert, hieß es. Der Publizist Herbert Pundik kritisierte Thorning-Schmidts Asylpolitik als „kleinlich“. Es sei jetzt allenfalls „opportunistisch“, wenn sie sich nun plötzlich für Flüchtlinge einsetzen solle. *Clemens Bomsdorf* //

Der Autor ist freier Nordeuropa-Korrespondent.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## Klares Ja zum Atomdeal

**IRAN** Die Islamische Republik Iran hat ein Parlament, in dem mitunter heftig debattiert wird. Diese schlichte Tatsache sollte man festhalten, denn der Iran wird meist als autoritärer Staat beschrieben, als eine Diktatur. Und das ist ja nicht falsch. Die Islamische Republik wird vom Obersten Geistlichen Führer Ali Chameini beherrscht. Sein Wort hat in allen Fragen die letzte Gültigkeit. Wer das System in Frage stellt, wird ins Exil getrieben oder ins Gefängnis geworfen, der muss mit Folter und Tod rechnen.

Im „Madschles“, dem Teheraner Parlament, in dem zur Zeit 250 Abgeordnete aus vier Parteien sowie unabhängige Vertreter religiöser Minderheiten sitzen, wird davon unbenommen sehr offen diskutiert und abgestimmt – zuletzt über das Atomabkommen, das zwischen Iran, den fünf EU-Vetomächten und Deutschland geschlossen wurde. Es erlaubt dem Land künftig die zivile Nutzung der Atomtechnologie, soll es aber zugleich am Bau von Atombomben hindern. 161 Abgeordnete stimmten vergangene Woche für den umstrittenen Deal, 59 dagegen, 13 enthielten sich der Stimme. Damit kann der Vertrag am 18. Oktober offiziell in Kraft treten. Freilich hätte ein Nein der Abgeordneten keinen Einfluss auf den Lauf der Dinge gehabt. Der Oberste Geistliche Führer hatte das Abkommen schon abgesegnet. Das Parlament gab lediglich seinen Stempel drauf, damit es ein wenig demokratischer aussieht.

**Zeitungsverbot** Doch in der Islamischen Versammlung ist immer wieder zu beobachten, wie die unterschiedlichen politischen Strömungen, die es im Iran gibt, aufeinanderprallen. Das war auch bei der Abstimmung über das Atomabkommen so. Die Debatte, bei der es sehr hitzig zugeht, wurde live im Staatsfernsehen übertragen. Der Atomunterhändler der Regierung, Ali Akbar Salehi, rief immer wieder in das Plenum, aus dem lautstarker Protest zu hören war: „Hört doch zu! Hört doch zu!“ Den Konservativen warf er vor, dass „ein kompromissloser Widerstand gegen das Abkommen nur zum Leid von 80 Millionen führen wird“. Diese aber forderten Änderungen am Gesetzestext, da dieser den USA mehr nütze als dem Iran, wie der Abgeordnete Alesia Sakani urteilte. Der Abgeordnete Hamid Rasai sprach vom Ausverkauf nationaler Interessen.

Rasai ist Herausgeber einer Zeitung, die das Atomabkommen heftig kritisiert hatte, gegen Weisung des Kulturministeriums, „Kommentare, die den Erfolg der Atomverhandlungen in Frage stellen, oder Kontroversen innerhalb der Staatsführung suggerieren“ zu unterlassen. Rasais Zeitung wurde daraufhin verboten. Hoch her geht es in Teheran auch bei anderen Debatten, etwa wenn es um das militärische Engagement des Landes in Syrien geht, das im Iran nicht umstritten ist. Auch die Kleidungsregeln, denen die Iraner zu gehorchen haben, sorgen immer wieder für Kontroversen. De facto aber hat das Parlament aber keine Macht, dabei hat es eine außergewöhnliche, revolutionäre Geschichte: 1906 trat es zum ersten Mal zusammen und verabschiedete eine Verfassung mit bürgerlichen Grundrechten – als erstes Land im Nahen Osten. Es ist anzunehmen, dass die Islamische Republik das hundertjährige Jubiläum dieser Verfassungsrevolution nicht feiern wird. Dafür stehen 2016 Parlamentswahlen im Iran an.

Ulrich Ladurner

Der Autor ist Auslandskorrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit“.

## Gratulation zum Nobelpreis

**TUNESIEN** Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat dem Präsidenten der tunesischen Volksrepräsentantenversammlung, Mohamed Ennaceur, zum Verleihung des Friedensnobelpreises für das „Quartett für den nationalen Dialog“ gratuliert. Mit der Entscheidung des Nobelpreiskomitees werde der unermüdete Einsatz zivilgesellschaftlicher Akteure für das Vorantreiben des Demokratisierungsprozesses in Tunesien gewürdigt. Dank der herausragenden Arbeit des Quartetts sei es gelungen, Grundlagen für einen nationalen Zusammenhalt zu schaffen und der Weg für einen friedlichen Dialog in Tunesien zu ebnen. „Gerade in so beunruhigenden Zeiten, wie wir sie gegenwärtig erleben, bedeutet diese hohe Auszeichnung umso mehr Ermutigung, Hoffnung und Zuversicht für die Zukunft und ist ein Ansporn für zivilgesellschaftliches Engagement überall, aber besonders auch in der arabischen Welt“, betonte Lammert.

Zu dem nationalen Quartett in Tunesien hatten sich im 2013 der Gewerkschaftsbund UGTT, der Arbeitgeberverband UTICA, die Menschenrechtsliga LTDH und die Anwaltskammer zusammengeschlossen. Als das Land am Rande des Bürgerkriegs gestanden habe, habe das Quartett einen „alternativen, friedlichen politischen Prozess etabliert“, heißt es in der Begründung des Nobel-Komitees.



Der Chef der Kurden-Partei HDP, Selahattin Demirtas (links) wirft dem Staat vor, in den blutigen Anschlag vom 10. Oktober verwickelt zu sein. Präsident Recep Tayyip Erdogan (rechts, hier mit seiner Frau am Anschlagort, um der fast 100 Opfer zu gedenken) weist die Anschuldigungen zurück.



© picture-alliance/AA

# Im Schatten der Gewalt

**WAHL IN DER TÜRKEI** Unter dem Eindruck des Anschlags von Ankara wählen die Bürger ein neues Parlament

In normalen Zeiten sind Wahlkämpfe in der Türkei farbenfrohe und laute Angelegenheiten. An jeder Straßenerleuchtung wehen Wimpel und Fahnen mit den Symbolen von Parteien und Kandidaten. Wahlkampfbusse mit aufmontierten riesigen Lautsprechern beschallen Straßen und Plätze mit Liedern und markigen Parolen. Doch diesmal ist alles anders. Vor der Parlamentswahl am 1. November wirft der Terroranschlag von Ankara seinen Schatten auf den Wahlkampf. Nach dem Attentat mit fast hundert Toten unterbrechen die islamisch-konservative Regierungspartei AKP und die säkularistische Oppositionspartei CHP ihre Massenveranstaltungen, die Kurdenpartei HDP sagte ihre Kundgebungen ganz ab. Die Partei von HDP-Chef Selahattin Demirtas verlor bei dem Doppel-Selbstmordanschlag vom 10. Oktober mehrere Dutzend Anhänger. Schon vor der Wahl im Juni waren bei einem Bombenanschlag auf eine HDP-Veranstaltung vier Menschen getötet worden. Demirtas wirft dem Staat vor, in den verurteilten Terroristen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) begangenen Gewaltakt verwickelt gewesen zu sein. Nach Presseberichten kannten die Sicherheitsbehörden

»Um die Gewalt zu beenden, müssen die Wähler zu Erdogan Nein sagen.«

Hasan Cemal, Journalist

die beiden Selbstmordattentäter, schritten aber nicht ein. Seine Partei wolle die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen, sagte Demirtas. „Der 1. November ist die erste Stufe dabei.“ Andere Erdogan-Gegner denken ähnlich. Bei aller Trauer und Wut sei es wichtig, die anstehende Wahl nicht aus dem Auge zu verlieren, schrieb der Journalist Hasan Cemal, einer der prominentesten Kritiker von Präsident Recep Tayyip Erdogan. Um die Wahl zu beenden, müssten die Wähler „zu Erdogan Nein sagen“. Im Gegensatz bemüht sich Erdogans Regierungspartei AKP, sich selbst als Garant der inneren Sicherheit und die HDP als Terrorhelferin der kurdischen PKK-Rebellen hinzustellen. Erdogan versprach eine Aufarbeitung von Pannen der Sicherheitsbehörden im Vorfeld des Anschlags, wies die Vorwürfe einer staatlichen Verwicklung aber zurück. Ministerpräsident Ahmet Davutoglu äußerte unterdessen den abenteuerlich anmutenden Verdacht, der IS und die PKK könnten bei dem Anschlag zusammengearbeitet haben – obwohl sich beide Gruppen im Nordirak und in Syrien bekämpfen. Die regierungsnahen Medien verbreiten die Theorie, der Anschlag sei eine Art blutige Wahlkampfhilfe für die HDP gewesen.

Diese Hinweise auf angebliche Verschwörungen könnten der AKP am Wahltag helfen. Schon bei früheren Anschlägen habe sich gezeigt, dass bis zu 40 Prozent der türkischen Wähler an ein finstres Komplott des Auslands glauben, sagt der Meinungsforscher Murat Geziçi. Von Vorteil für die AKP sei zudem, dass die Sorgen vieler Wähler um die steigende Arbeitslosigkeit und die lahrende Konjunktur wegen des Anschlags in den Hintergrund getreten seien. Umfragen regierungsnaher Institute sehen die AKP nur noch knapp unter der Marke von 276 Parlamentssitzen, die eine Alleinregierung ermöglichen würden; im Juni war die Partei von fast 50 auf 41 Prozent der Wählerstimmen abgestürzt und hatte ihre Mehrheit verloren. Erdogan ließ die Neuwahl in der Hoffnung ansetzen, dass diese Scharke ausgewetzt wird. Sein Fernziel bleibt es, das derzeitige parlamentarische System durch ein Präsidialsystem zu ersetzen, das ihm weitgehende Vollmachten einräumen würde. Doch Meinungsforscher Geziçi ist überzeugt, dass die Erdogan-Partei erneut ohne eigene Mehrheit dastehen wird, weil viele Kurden der HDP ihre Stimme geben werden. In dem Umfragen liegt die Kurdenpartei zwischen 10,5 und 13 Prozent. Soll-

»Der türkische Staat muss jetzt ordnungsgemäße Wahlen sicherstellen.«

Niels Annen (SPD)

te die Wahl auch diesmal keine AKP-Aleinregierung hervorbringen, wird Erdogan kaum eine weitere Wiederholung anordnen können. Seinen Traum vom Präsidialsystem wird er dann begraben müssen. **Sorge im Bundestag** Die angespannte Lage in der Türkei nach dem blutigen Anschlag in Ankara hat zwei Wochen vor der Wahl auch den Bundestag beschäftigt. In einer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten Aktuellen Stunde forderte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Niels Annen, vergangene Woche den türkischen Staat auf, „ordnungsgemäße Wahlen sicherzustellen und die Meinungsfreiheit zu garantieren“. Erdogan sollte außerdem den Friedensprozess mit der PKK wieder aufnehmen. Sevdim Dagdelen (Die Linke) sah mit dem Anschlag die „blutige Saat Erdogans“ aufgegangen, „Andersdenkende als Terroristen zu diffamieren und sie zur Zielscheibe zu erklären“. Er führe Krieg „ausgerechnet gegen diejenigen, die sich dem barbarischen Islamischen Staat am effektivsten entgegenstellen“, sagte sie mit Blick auf die Kurden. Andreas Nick (CDU) verwies jedoch darauf, dass bei aller Kritik an der türkischen Regierung, nicht übersehen werden dürfe,

das es sich bei der PKK um eine terroristische Vereinigung handle, „die auch in Deutschland zu Recht verboten ist“. Claudia Roth (Grüne) fragte angesichts des dritten Terroranschlags auf türkische Oppositionelle in diesem Jahr besorgt: „Wo ist Sicherheit für die, die sich für Frieden und ein Ende der Gewalt in der Türkei einsetzen?“ Erdogan warf sie vor, einen Wahlkampf zu führen, „in dem jedes Mittel geheiligt scheint“ und das Land zu einer „Autokratie à la Putin“ umbauen zu wollen. Kritisch bewertete die Opposition auch die avisierte Türkeireise von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Wochenende. Sie wollte dort mit Erdogan über Möglichkeiten zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms nach Europa sprechen. Merkel unterstütze damit „de facto den Wahlkampf von Erdogan“, warf Roth der Regierungschefin vor und forderte sie auf, in der Türkei neben Erdogan auch Oppositionspolitiker und Vertreter der Zivilgesellschaft zu treffen und „klare Worte“ zu sprechen. Dagdelen urteilte: Auch weil Erdogan „erwiesenermaßen“ Waffen an „islamistische Terrorbanden“ in Syrien liefere, dürfe er kein Partner für die Bundesregierung sein. In ihrer Regierungserklärung zum EU-Gipfel (siehe Seite 4) ging Merkel auf die Kritik ein und versicherte: Im Gespräch mit Erdogan würden neben der Flüchtlingskrise „alle Fragen auf den Tisch kommen“, auch Menschenrechte und Kampf gegen den Terrorismus. Susanne Güsten/Peter Stützel

## Wählen, bis es passt

**ÄGYPTEN** Gestern haben die lange erwarteten und immer wieder verschobenen Parlamentswahlen begonnen

In Ägypten herrscht Angst. Am Tahrir-Platz in Kairo wird dies besonders deutlich. Nur wenige Touristen verirren sich noch dorthin, um sich die atemberaubenden Ereignisse aus den Zeiten des „Arabischen Frühlings“ zu vergegenwärtigen. Die Ägypter selbst hasten zur U-Bahn oder stehen in Autoschlängen, um ihre Fahrzeuge in die Tiefgarage zu fahren, die unter dem Tahrir-Platz entstanden ist. Keiner von ihnen verharret mehr im Gedenken an die Zeit, als die Nilbewohner ihre Angst überwunden hatten, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wollten und das Land ein anderes zu werden schien. Inzwischen ist die Angst zurückgekehrt und größer denn je geworden. Niemand sagt offen seine Meinung, politische Diskussionen finden im öffentlichen Raum nicht statt und sobald ein Mikrofon auftaucht, verstummen die Angesprochenen. In diesem Klima finden seit vergangener Sonntag die lange erwarteten, aber immer wieder verschobenen Parlamentswahlen statt. Das Land ist seit Sommer 2012 ohne Volksvertretung. Damals löste das Verfassungsgericht das zuvor gewählte Repräsentantenhaus auf. Ursprünglich sollte nach dem Sturz Präsident Mursis sofort ein Parlament gewählt werden und danach ein neuer Präsident. Doch der neue Machthaber Abdel Fatah al-Sisi entschied anders. Zuerst wollte

er sich zum Staatschef wählen lassen, danach sollte über die Volksvertretung abgestimmt werden. Ein für Demokratien undenkbarer Schritt, doch an eine Demokratisierung Ägyptens glaubt mittlerweile ohnehin niemand mehr. Mit dem Verweis auf die instabile Situation wurden die Wahlen immer wieder verschoben: zunächst für Frühjahr 2013, dann für Herbst 2013, dann für 2014, dann für Frühjahr 2015 und zuletzt für Sommer 2015. „Vielleicht hängen die im nächsten Monat ein paar Plakate hier auf“, antwortet ein Passant am Tahrir-Platz auf die Frage nach der Wahlwerbung und möchte auf keinen Fall seinen Namen nennen. „Aber das nützt dann auch nichts mehr, es ist sowieso schon alles entschieden.“ Der Urnengang findet in drei Etappen statt. Zu Beginn dieser Woche wird in 14 von insgesamt 27 Provinzen gewählt, der Rest wählt einen Monat später. Dazu zählen Kairo und der Tahrir-Platz, Giza, am linken Nilufer bei den Pyramiden, wählt in der ersten Runde. Dort leben besonders viele Islamisten, die man anscheinend im Auge behalten will. Genauso in Alexandria am Mittelmeer. Unweit der Sechsmillionen-Stadt haben die Muslimbrüder ihren Gründungskongress vor mehr als 80 Jahren abgehalten, hier sind die Salafiten mit ihrem Hauptquartier vertreten. Und hier sitzt Mohammed

Mursi im Gefängnis. Die Muslimbrüder sind als Partei verboten, die salafistische Nur-Partei ist jedoch zu den Wahlen zugelassen. Das Wahlverhalten Alexandrias wird also ganz besonders von den Herrschenden in Kairo unter die Lupe genommen werden. Sollten die beiden Wahltermine keine eindeutigen Mehrheiten ergeben, findet Anfang Dezember eine Stichwahl statt. „Wählen, bis es passt“, nennt der Tahrir-Passant den Wahlmarathon.



Wahlkampf in der Stadt Al-Minya

Damit es passt, wurde das Wahlgesetz geändert. Nur 20 Prozent der fast 600 Sitze im ägyptischen Parlament werden über Parteienlisten vergeben, der Rest geht an Direktkandidaten. Bei den letzten Wahlen war das Verhältnis umgekehrt. Die Folge ist ein erbitterter Kampf in den Parteien um Listenplätze. Den Zusammenbruch des ägyptischen Parteiensystems nennt Nabil Zaki, Sprecher der oppositionellen Tagammu-Partei das, was derzeit in Ägypten geschieht. Die Änderung des Wahlgesetzes habe Geschäftsleute, die eng mit dem Mubarak-Regime verbunden waren und ehemalige Mitglieder von Mubarak Einheitspartei NDP ermutigt, für das Parlament zu kandidieren. Auf die 286 Parlamentssitze, für die in den nächsten Tagen gewählt wird, bewerben sich sechs Parteienkoalitionen und 2573 sogenannte unabhängige Kandidaten. Birgit Svensson

Die Autorin berichtet als freie Journalistin aus dem Irak und Ägypten.



Anzeige

### Kürschners Handbuch Bundesregierung Ausgabe 2015/16

www.kuerschners.de

**Inhalt:**

- Biografien und Bilder der Mitglieder der Bundesregierung, der Staatssekretäre und Abteilungsleiter
- Beauftragte der Bundesregierung
- nachgeordnete Behörden
- alle Bundeskabinette seit 1949

ISBN 978-3-87576-789-6  
362 Seiten, Broschur, EUR 16,80

**Kürschners Politikkontakte**  
E-Mail: vertrieb@ndv.info  
Datenbank: www.kuerschners.info  
Shop: www.ndv.info/buchshop  
Hauptstraße 74 • 53619 Rheinbreitbach  
Telefon 02224 3232 • Telefax 02224 78639

## Verstöße gegen Grundwerte

**EUROPA** SPD und Grüne auf der einen Seite, Union und Linksfraktion auf der anderen – so sah das Stimmungsbild während der Debatte vergangenen Donnerstag über einen Grünen-Antrag (18/4686) aus, in dem die Fraktion ein neues Instrumentarium gefordert hatte, um Verstöße in EU-Mitgliedstaaten gegen Europäische Grundwerte – wie etwa die Pressefreiheit oder den Minderheitenschutz – zu ahnden. Das Abstimmungsergebnis sah aber anders aus: Aus Gründen der Koalitionsdisziplin weise seine Fraktion den Antrag zurück, obwohl man inhaltlich das Anliegen der Grünen teile, sagte Lars Castellucci (SPD).

Die Grünen hatten ihren Vorstoß unter anderem damit begründet, dass die EU gegenüber beitragswilligen Staaten auf Grundlage der sogenannten Kopenhagener Kriterien fordernd und disziplinierend auftreten und ihnen strenge Auflagen machen könne, nach deren Beitritt aber nicht mehr. Dies dürfe nicht sein.

Auf der Ebene des Europarats gebe es durchaus funktionierende Strukturen, wie etwa die Venedig-Kommission, die auch schon geplante Gesetze aufgehalten habe, sagte Andrej Hunko (Die Linke). Er sprach sich dafür aus, Doppelstrukturen zu vermeiden. „Das schwächt eher die Strukturen“, sagte er. Unbedingt gestärkt werden muss seiner Ansicht nach die Europäische Menschenrechtskonvention, der die EU noch immer nicht beigetreten sei.

„Wir wollen keine neuen Institutionen schaffen“, sagte auch Thomas Dörflinger (CDU). Er räumte ein, dass die Strafe des Stimmenentzugs nach Artikel 7 EU-Vertrag „zu drakonisch“ sei. Daher sei eine europäische Rechtsstaatsinitiative auf den Weg gebracht worden. Sie stelle ein Format dar, in dem zunächst im Dialog über die Problematik gesprochen werde.

Das Anprangern von Verstößen gegen die Menschenrechte reiche nicht, sagte Franziska Brantner (Grüne). Gebraucht werde ein neues Instrument. Dieses im Antrag geforderte unabhängige Expertengremium soll nach den Vorstellungen ihrer Fraktion teils durch das Europaparlament, teils durch die nationalen Parlamente benannt werden. Eine Konkurrenz zum Europarat sah Brantner in dem Gremium nicht. Vielmehr sei dies „absolut komplementär“. **hau**



Premierministerin Ewa Kopacz (oben) und ihre Herausforderin Beata Szydło

© picture-alliance/NurPhoto/ZUMAPRESS

## Kirchner vor dem Ende

**ARGENTINIEN** Am 25. Oktober wählen die Argentinier 130 Abgeordnete für den Nationalkongress, 24 Senatoren, zwölf Gouverneure und nicht zuletzt ein neues Staatsoberhaupt. Als aussichtsreichster Kandidat für diesen Posten gilt Daniel Scioli von der Regierungspartei FPV. Scioli ist Gouverneur der bevölkerungsreichsten Provinz Buenos Aires und soll die seit 2007 amtierende Präsidentin Cristina Fernández Kirchner beerben, die nicht erneut antreten kann. Gelingt es ihm nicht, die Wahlen



Daniel Scioli (58) will Argentiniens neuer Präsident werden.

mit zehn Prozent Vorsprung vor seinem ärgsten Rivalen, dem Mitte-Rechts-Kandidaten und Bürgermeister von Buenos Aires, Mauricio Macri, zu gewinnen, muss er in die Stichwahl. Scioli will der galoppierenden Inflation, die in Argentinien bei 30 Prozent jährlich liegt, und der Abwertung der Landeswährung Einhalt gebieten und das Land sanft reformieren. Dabei unterscheidet er sich wenig von den Aussagen seines politischen Gegners Macri. Dieser will vor allem die von Kirchner aufgebauten Handels- und Währungsbarrieren abbauen, die Investitionen im Land hemmen.

Bis vor wenigen Jahren kannte der „Kirchnerismus“ praktisch keine Rivalen. Doch wegen der andauernden Wirtschaftskrise musste die Koalition bei der Parlamentswahl vor zwei Jahren starke Stimmenverluste hinnehmen und konnte nur knapp ihre Mehrheit im Kongress behaupten. Kirchner hat vor ihrem Abgang Getreue auf Schlüsselpositionen platziert. So soll ihr Sohn, der 38-jährige Máximo, als Abgeordneter in den Kongress einziehen und so auf eine spätere Präsidentschaftskandidatur vorbereitet werden. **Susann Kreuztzmann**

Die Autorin berichtet als freie Journalistin über Südamerika.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

# In die Mitte

## POLEN Jaroslaw Kaczynskis nationalkonservative Partei gibt sich ein moderates Gesicht und führt in den Umfragen vor der Sejm-Wahl

Jaroslaw Kurski hisst bereits die weiße Fahne. „Alle Macht in den Händen der PIS“, überschrieb der Chef-Kommentator der liberalen „Gazeta Wyborcza“ einen resignativen Leitartikel zum Wahlkampf in Polen und prophezeite der Partei des Rechtspopulisten Jaroslaw Kaczynski einen Sieg bei der Abstimmung am 25. Oktober.

Tatsächlich kommen seit Wochen alle Umfragen zu ähnlichen Ergebnissen. Demnach dürfte Kaczynski national-konservativer Partei „Prawo i Sprawiedliwość“ (Recht und Gerechtigkeit), die zwischen 2005 und 2007 bereits regierte, die Rückkehr an die Macht gelingen. Aktuell rangiert die PIS bei gut 40 Prozent, während die seit acht Jahren regierende liberal-konservative Bürgerplattform (PO) von Ministerpräsidentin Ewa Kopacz und ihrem Vorgänger und heutigem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, auf kaum mehr als 25 Prozent kommt – ein Absturz um fast 15 Punkte.

Alle übrigen Parteien, die in den Sejm einziehen könnten, erreichen nur fünf bis maximal elf Prozent. Darunter ist auch die lange Zeit hoch gehandelte Protestbewegung des Rockmusikers Pawel Kukiz. Eine absolute Mehrheit für Kaczynskis PIS ist angesichts dieser Zahlen nicht sicher, aber keineswegs ausgeschlossen. Mehr noch: Die Alternative, ein buntes Bündnis „Alle gegen Kaczynski“, halten selbst liberale Publizisten wie Jaroslaw Kurski für „das größere Übel“. Der Staat werde auf diese Weise schwer bis unregierbar.

**Konfrontation** Dazu trüge auch die Tatsache bei, dass der PIS-Kandidat Andrzej Duda im Mai überraschend die Präsidentschaft gewählt hat. Der Staatschef hat in Polen ein Mitspracherecht in der Außenpolitik und verfügt in innenpolitischen Fragen über ein aufschiebendes Veto. Bislang hat Duda die Kohabitation mit Kopacz zwar nicht bis zur offenen Konfrontation getrieben. Das aber dürfte vor allem dem Wahlkampf geschuldet sein, in dem sich die PIS möglichst für breite Schichten wählbar zu präsentieren versucht.

Die PIS strebt in die Mitte. Für diese Strategie steht vor allem die zentrale Personalie der Partei: Nicht Kaczynski tritt als Spitzenkandidat für das Amt des Premierministers an, sondern die weithin unbekanntere Beata Szydło. Die gelernte Kulturmanagerin und Sejm-Abgeordnete ist 52 Jahre jung, verheiratet und Mutter zweier Söhne, kurz: eine von Skandalen unbefleckte Politikerin, vor der niemand in Polen Angst haben müsste. Der liberale Warschauer Soziologe Aleksander Smolar erklärt: „Die Kandidatin Szydło ist ein Signal an die Wähler: Fürchtet euch nicht, Kaczynski wird nicht selbst regieren!“

Der 66-jährige ehemalige Regierungschef steht im kollektiven Gedächtnis der Polen noch immer für jene rechtsnationale Politik, die er 2006/07 betrieben hat. Damals hatte es sich der PIS-Premier im Schulterschluss mit seinem Zwillingbruder, dem Präsidenten Lech Kaczynski, innerhalb kürzester Zeit mit den Nachbarn Deutschland und Russland, mit der EU und vor allem den eigenen Bürgern verworden. Die Kaczynskis wollten den jungen EU-Staat Polen in eine autoritär regierte „Vierte Republik“ umbauen. Schon 2007 jagten die Bürger den Premier vom Regierungshof an den Warschauer Ujazdowski-Alleen. Präsident Lech Kaczynski starb im April 2010 bei der Flugzeugtragödie von Smolensk.

An die Zeit der doppelten Kaczynski-Herrschaft erinnert Amtsinhaberin Kopacz im laufenden Wahlkampf immer wieder und beschwört die Menschen: „Kaczynski ist mächtig. Er ist ein Puppenspieler, der Szydło wie eine Marionette auf der Bühne tanzen lässt.“ Doch die Mahnungen verfangen bei den Wählern nicht, wie die Umfragen belegen. Mehr noch: Manche professionelle Beobachter halten es durchaus für fraglich, ob Kaczynski wirklich die Fäden zieht und Szydło „tanzen“ lässt.

Der Soziologe Smolar ist davon überzeugt, dass die große Mehrheit der PIS-Politiker inzwischen schlicht glaubt, mit Kaczynski an der Spitze keine Wahl mehr gewinnen und vor allem nicht dauerhaft regieren zu kön-

nen. Das aber wollen die jungen, aufstrebenden Rechtskonservativen unbedingt, glaubt Smolar. „Sie treten an, um Ämter und Macht zu erringen.“ Vor diesem Hintergrund prophezeit der Soziologe: „Wenn die PIS an die Regierung käme, würde sie kein radikales Programm umsetzen. Sie vertritt keine revolutionären Lösungen mehr wie vor zehn Jahren.“ Kaczynski müsste draußen bleiben.

**Durch die Hintertür** Gegen diese These spricht, dass die PIS mit der Personalie Szydło zu einer Strategie greift, die in Polen bestens bekannt ist. Zehn Jahre ist es her, dass sich Kaczynski den Weg an die Macht bahnte, indem er sich selbst vorübergehend aus dem Rennen nahm, um die Politbühne wenig später umso kraftvoller durch die Hintertür wieder zu betreten. 2005 schickte die PIS den weithin unbekannteren Kazimierz Marcinkiewicz ins Rennen – und gewann. Marcinkiewicz wurde Premier, bis ihm Kaczynski 2006 das Vertrauen entzog und selbst das Ruder übernahm.

Ein ähnliches Schicksal könnte Szydło drohen, denn sicher ist: Kaczynski bleibt PIS-Vorsitzender. Sicher ist damit auch, dass die polnische Innenpolitik spannend und bis zu einem gewissen Grad schwer berechenbar bleiben wird. Aus Sicht der europäischen Partner Polens ist festzuhalten: Das Wirtschaftswunderland im Herzen des Kontinents, das mit Wachstum durch die Krisenjahre der jüngeren Vergangenheit steuerte, droht zu einer Problemzone zu werden. Die neue Stärke der PIS wird Polen verändern. Auch die Richtung der Veränderung ist bereits abzusehen. Der größte und wichtigste osteuropäische EU-Staat wird nationaler werden und damit in Brüssel lauter, vor allem aber widerspenstiger. Kaczynskis politisches Credo lautet seit jeher: Konfrontation statt Kooperation. Als Vorgesmack auf das Kommende kann die polnische Haltung in der Flüchtlingskrise gelten. Selbst die liberale Kopacz-Regierung hat sich mit Macht gegen feste EU-Asylquoten gewehrt. Im laufenden Wahlkampf konnte es sich kein Politiker in Warschau erlauben, einer neuen Willkommenskultur das Wort zu reden. **Ulrich Krökel**

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Warschau.

## Streit um Parlamentsrechte

### ENTWICKLUNG I Handelsabkommen mit Westafrika

Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen können sich nicht mit ihrer Forderung durchsetzen, das geplante Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) der EU mit der Westafrikanischen Wirtschaftsunion dem Bundestag zur Abstimmung vorzulegen. Ein gemeinsamer Antrag der beiden Oppositionsfraktionen (18/5096) scheiterte vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am Votum der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD. Laut Bundesregierung soll die Zustimmung des Parlaments zum Abkommen nicht erforderlich sein, weil es fast ausschließlich in die EU-Zuständigkeit falle beziehungsweise ein „Abkommen von eher technischer Natur“, schreibt die Opposition in ihrem Antrag. „Diese Haltung ist für ein Abkommen zwischen der EU und einer Vielzahl afrikanischer Staaten mit einer eminenten entwicklungspolitischen Bedeutung nicht nachvollziehbar.“ Da es sich um ein „gemischtes Abkommen“ handle, werde auch die Bundesre-

publik völkerrechtlicher Vertragspartner. Ein Vertreter der Grünen warnte im Ausschuss davor, ein Exempel dafür zu statuieren, dass künftige sogenannte „gemischte Abkommen“ am Parlament vorbei geschlossen werden könnten. Er kündigte an, vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Die Fraktion Die Linke verwies auf die „politisch-ökonomischen Tragweite“ und die „direkten entwicklungspolitischen Implikationen“ des Abkommens, die in die nationale Kompetenz fallen und damit ein Votum des Bundestages erfordern würden. Ein Vertreter der SPD-Fraktion nannte den Antrag der Opposition „in Ordnung“ – auch nach seiner Auffassung würde mit dem Abkommen eine Schwelle überschritten, die eine Zustimmung des Bundestages erforderlich mache. Ein Vertreter der CDU/CSU-Fraktion sprach von einer „Grundsatzfrage“. Es müsse jedoch im Auge behalten werden, dass die Zustimmungsverfahren der EU-Mitgliedstaaten möglichst einheitlich blieben. **ahf**

## Besserer Start ins Leben

### ENTWICKLUNG II Initiative zu Bildung und Kindergesundheit

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD setzen sich für eine Verbesserung der Situation von Kindern in Entwicklungsländern ein. Das Aufwachsen unter schwierigen Lebensumständen wie Armut, Krieg, Flucht, Hunger, Menschenhandel, Zwangsarbeit, schlechten Bildungschancen und unzureichender Gesundheitsversorgung schaden nicht nur der individuellen Entwicklung, sondern auch der Entwicklung von Gesellschaften, heißt es in einem Antrag (18/6329), der am vergangenen Freitag in die Ausschüsse überwiesen wurde. Derartige Bedingungen seien ein „in einigen Staaten massenhaft auftretendes und langfristig wirksames Entwicklungshemmnis“.

Die Abgeordneten sehen die Bundesregierung in der Pflicht, von den Partnerländern „mehr Eigenverantwortung bei der Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit, also dem Auf- beziehungsweise Aus-

bau von Gesundheitssystemen“ ebenso einzufordern wie bei beim Auf- und Ausbau von Bildungssystemen. Die Bundesregierung solle zudem „bei ihrem Beitrag zur Umsetzung der 2030-Agenda Schwerpunkte auf die ganzheitliche Gesundheitsförderung“ und die „ganzheitliche und inklusive Bildungsförderung“ für Kinder legen. Weitere Forderungen zielen unter anderem auf den Schutz von Kindern vor Gewalt, die gezielte Förderung von jungen Frauen und Mädchen, Programme zur außerschulischen Hygiene, Ernährungs- und Gesundheitsbildung sowie zur Schulumgebung für einkommensschwache Gruppen. Grundsätzlich sei zudem bei den Rahmenbedingungen die „Bildungsfürsorge durch existenzsichernde Arbeit zu unterstützen, die Familien in die wirtschaftliche Lage versetzt, ihren Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen.“ **ahf**

## Die Zeichen stehen auf Machtkampf

### MYANMAR Aung San Suu Kyi könnte die Wahl im November gewinnen, doch das Militär hält an seinem Einfluss fest

Als 2010 die letzten Parlamentswahlen abgehalten wurden, war Myanmar noch ein anderes Land. Friedensnobelpreis-Trägerin Aung San Suu Kyi stand damals noch unter Hausarrest. Hunderte weitere Dissidenten saßen in Haft. Die Menschen sprachen, wenn überhaupt, nur unter vorgehaltener Hand über Politik. Die Spitze des Militärs waren überall. Auch weil Suu Kyis Nationalliga für Demokratie (NLD) die Wahlen damals boykottierte, gewann die „Unionspartei für Solidarität und Entwicklung“ (USDP) der Generäle die damalige Abstimmung spielend.

**Pressefreiheit** Heute, fünf Jahre später, sitzt Suu Kyi als Abgeordnete im Parlament. Straßenstände biegen sich unter der Vielfalt von Zeitungen und Magazinen, die seit den Lockerungen bei der Pressefreiheit entstanden sind. Die Politiker der NLD halten offen Wahlkampfveranstaltungen ab. Wenn am 8. November wie geplant die nächsten Parlamentswahlen abgehalten werden, dürfte die NLD einen Erdrutschsieg einfahren.

Myanmar ist trotzdem noch weit davon entfernt, eine echte Demokratie zu sein. Armeechef Min Aung Hlaing betonte erst kürzlich, dass die Armee auch zukünftig eine Rolle in der Politik spielen werde. Im zukünftigen Parlament wird ohnehin niemand um die Armee herumkommen: Ein Viertel der Sitze in beiden Kammern sind für Soldaten reserviert. Präsidentin wird Suu Kyi auch nach dem erwarteten Wahlsieg nicht werden können. Seit sie 2012 bei Nachwahlen ins Parlament gewählt wurde,

streitet sie für eine Änderung der Verfassung, die das Militärregime 2008 erlassen hat. Mehrere Artikel darin sind ganz offensichtlich eigens dazu geschaffen worden, um Suu Kyi vom Präsidentenamt fernzuhalten. So darf der Staatspräsident etwa keine direkten Angehörigen haben, die Ausländer sind. Beide Söhne Suu Kyis haben britische Pässe. Im Juni ist die NLD mit dem Versuch, diese Gesetze zu ändern, im Parlament gescheitert. Das kam nicht überraschend: Verfassungsänderungen bedürfen einer Dreiviertelmehrheit. Die Armee verfügt somit über ein effektives Vetorecht im Parlament. Dessen ungeachtet erklärte Suu Kyi erst kürzlich, sie werde nach den Wahlen im November die Regierung anführen. Wie sie das angesichts der rechtlichen Hürden bewerkstelligen möchte, erklärte sie nicht.

Gerade in letzter Zeit hat sich Suu Kyi, die jahrelang weltweit als Demokratie-Ikone gefeiert wurde, zunehmend von ihrer autoritären Seite gezeigt. So dürfen etwa Kandidaten der NLD nicht mit der Presse sprechen. Kritik duldet die Parteichefin nicht. Als vor wenigen Wochen einige Parteimitglieder daran Anstoß nahmen, dass Suu Kyi die Kandidaturen mehrerer altgedienter Parteimitglieder ablehnte, ließ sie zehn von ihnen aus der Partei werfen. Ihrem Ansehen bei den Wählern dürfte das dennoch kaum schaden.

**Moralisches Kapital** Suu Kyis Ansehen im Ausland hat jedoch Kratzer bekommen. Seit 2012 haben buddhistische Mobs mehrmals pogromartige Ausschreitungen gegen Rohingya verübt, eine muslimische Minderheit, die im Westen des Landes lebt. Zigttausende von ihnen sitzen seitdem in Flüchtlingslagern fest. Die Gewalt hat sich auch auf andere Landesteile ausgeweitet. Radikale Mönche schüren Hass. Hoffnungen, Suu Kyi werde ihr enormes moralisches Kapital einsetzen und sich gegen die Gewalt aussprechen, blieben unerfüllt. Führende Menschenrechtsorganisationen zeigen sich auch über die generelle Menschenrechtslage ernüchtert. Die Repressionen gegen Kritiker der Armee und der Regierung nehmen wieder zu. Amnesty International beschreibt in einem Bericht die vorgebliche Verbesserung der Menschenrechte als eine „Illusion“, die geschaffen worden sei, um die internationale Gemeinschaft zufriedener zu stellen. **Sascha Zastiral**



Aung San Suu Kyi

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Bangkok.

**KURZ REZENSIIERT**

**Benjamin Höhne:**



**Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments**

**Barbara Budrich, Opladen 2013; 449 S., 49,90 €**

Lange Zeit galt das Europäische Parlament als Endstation oder gar Abstellgleis für so manch politische Karriere. Das hat sich mit der Verabschiedung des Lissabonner Vertrages und dem damit verbundenen Kompetenzzuwachs für das EU-Parlament durchaus gewandelt. Inzwischen genießen Europa-Abgeordnete einen deutlich höheren Stellenwert in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung.

Für seine Dissertation, für die er in diesem Jahr mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages ausgezeichnet wurde, hat sich der Politikwissenschaftler Benjamin Höhne an die Fersen der deutschen Kandidaten von CDU, CSU, SPD, FDP, Linken und Grünen geheftet, die bei den Europawahlen im Jahr 2009 angetreten sind. In seiner multi-methodischen und empirisch breit angelegten Studie – an seiner schriftlichen Befragung beteiligten sich mehr als 1.500 Parteimitglieder – zeigt er, nach welchen Kriterien und Spielregeln die Parteien ihre Kandidaten für die Europawahl auswählen und nominieren, wie demokratisch dieser Prozess abläuft und welche innerparteilichen Akteure maßgebliche Rollen spielen. Ein langfristiges und intensives Engagement in der Partei gekoppelt mit der Übernahme möglichst hoher Partei-Ämter sowie die Unterstützung durch den Bundesvorstand seien die Garantien für eine erfolgreiche Kandidatur.

Auch wenn sich die Dissertation sprachlich und inhaltlich naturgemäß an ein wissenschaftliches Fachpublikum richtet, hat Höhne nicht auf handfeste Vorschläge für eine Reform der Kandidatenaufstellung verzichtet. Im Zentrum seiner Überlegungen stehen die Verwirklichung von Transparenz, Partizipation, Legitimation und Professionalität ohne dabei jedoch die Parteien als zentrale Akteure der Demokratie zu schwächen. Auch dem amerikanischen Modell der Vorwahlen erteilt Höhne eine Absage. Diese würden zwar zu einer hohen Bürgerbeteiligung, gleichzeitig aber zu einer Verengung des Zugangs zu einer Kandidatur führen, die mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden sei. **aw**

**Tim Neu:**

**Die Erschaffung der landständischen Verfassung**

**Böhlau Verlag, Köln 2013; 581 S., 79,90 €**

Mit der Unterzeichnung der Deutschen Bundesakte am 10. Juni 1815 durch 39 Staaten wurde der Deutsche Bund gegründet. Die Bundesakte regelte unter anderem, dass in jedem der Mitgliedstaaten eine landständische Verfassung zu gelten hat. Diese landständischen Verfassungen, die das politische Verhältnis zwischen den herrschenden Fürsten und den Ständen, zum Beispiel Adel, Klerus und Städte, regelte, waren seit dem Spätmittelalter bis in die frühe Neuzeit entstanden.

Der Historiker Tim Neu zeichnet die Entstehung einer solchen landständischen Verfassung am Beispiel der Landgrafschaft Hessen von Anfang des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts nach. In seiner Dissertation, die in diesem Jahr mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages ausgezeichnet wurde, präsentiert Neu die Genese dieser Verfassung als eine Abfolge von politischen Kämpfen und Auseinandersetzungen, die viel stärker von Diskontinuitäten geprägt waren als von Kontinuitäten. Auch wenn die damaligen Akteure stets beteuert hätten, ihr Handeln sei durch altbewährte Traditionen legitimiert.

Nach Neu liegt eine landständische Verfassung dann vor, wenn „der allgemeine Landtag (...), in der die Gesamtheit der Landstände als korporativer Träger politischer Teilhaberechte und Repräsentant des Gemeinwesens auf- und dem Landesherrn gegenübertritt, gleichermaßen in der politischen Praxis effektiv verankert und normativ anerkannt ist“. Bis zum Ende des 16. Jahrhunderts habe in Hessen aber eben keine landständische Verfassung in diesem Sinne existiert, sondern sich erst im Verlauf des Erbfolgekampfes Anfang des 17. Jahrhunderts herausgebildet. Und erst mit der Vereinbarung von 1655 mit dem Landgrafen Wilhelm VI. sei die Gesamtheit der Landstände als Repräsentantin des Landes gegenüber dem Landesherrn in politischen Fragen anerkannt gewesen.

Tim Neus Arbeit ist ein höchst anspruchsvoller Beitrag sowohl zur hessischen Landes- wie auch zur deutschen Verfassungsgeschichte. **aw**

**D**as Kronjuwel von Breslau ist der Rynek. Das Globetrotter schlägt höher auf dem Marktplatz, der in Europa seinesgleichen sucht. Mitten in barocker Häuserpracht pulsiert das Leben, herrscht mediterrane Atmosphäre, flanieren Scharen von Menschen in abendlicher Sonne. Gaukler und Komödianten geben ihr Bestes. Ein Straßenkünstler pustet Seifenblasen, so groß wie Wolken. Atemlos rennen Kinder ihnen begeistert hinterher. Eine Violinistin spielt auf ihrer Geige. Ein Hauch von Melancholie. Der Klang löst Erinnerungen an die düstere Vergangenheit Breslaus aus, das bis 1945 deutsch war und nach dem Anschluss an Polen in Wroclaw umgetauft wurde.

Der Weltenbummler vermag sich bei all der Lebensfreude und dem fröhlichen Getümmel ringsum kaum mehr die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und der zu fast 75 Prozent zerstörten Stadt vorzustellen. Breslau ist schon lange wieder aufgestanden und erstrahlt besonders seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 in höchstem Glanz, als erhebliche finanzielle Mittel die hervorragende Renovierung der farbigen Prachtbauten erst möglich machten.

**Deutsche Minderheit** Die Europäische Union hat nun Breslau neben dem spanischen San Sebastian zur Kulturhauptstadt 2016 gekürt und rückt damit die polnische Großstadt mit ihren rund 670.000 Einwohnern ins internationale Rampenlicht. Damit richtet sich die Aufmerksamkeit auch auf die deutsche Minderheit, die noch in Breslau und Niederschlesien lebt. Über achtzehn Millionen Deutsche sind nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben worden.

Die heute so beschauliche Dampferfahrt über die Oder lässt kaum ahnen, dass hier so manches Herz gebrochen ist, weil die Schlesier „ihr“ Breslau, die „Schöne an der Oder“, verlassen mussten. Breslau-Wroclaw, das ist Melodie in Dur und Moll, ihre strahlende Schönheit heute und ihre tragische Geschichte damals, das macht die reizvolle Spannung dieser Stadt aus. Nur einige deutsche Facharbeiter durften 1945 bleiben. Sie sollten Polen beim Aufbau helfen. Darunter war auch der Vater von Renata Zajaszkowska, die damals 14 war. Die heute 84-jährige Zeitzeugin erinnert sich: „Der Krieg war verloren. Wir waren von allen verlassen. Es hat sich niemand um uns gekümmert. Wir waren zu Hause und von einem auf den anderen Tag in einem fremden Land. Es kamen sofort die polnischen Flüchtlinge aus Lemberg, obwohl es noch gar nicht beschlossen war, dass der deutsche Teil Polen zugesprochen wird.“

**Schlesische Tradition** Mit der Straßenbahn fahren wir zur Deutschen Sozialkulturellen Gesellschaft. Im Büro von Renata Zajaszkowska fällt als Erstes ihre Ehrenfotogalerie mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundespräsident Joachim Gauck auf. Die Erste Vorsitzende hat die Staatsoberhäupter in der Villa der deutschen Minderheit empfangen. Diese ist die „Heimat“ der Schlesier. Mit Gartenfesten und schlesischer Kultur auf der hauseigenen Bühne werden die Traditionen erhalten. Die Gemeinschaft sei für die wenigen Deutschen wichtig, die in Polen verblieben sind, meint Renata Zajaszkowska: „Ich habe einen Polen geheiratet. Es war ein schönes – aber schweres Leben. Wir wurden nirgends eingeladen, aber wir kamen gut miteinander zurecht.“

Wroclaw hat den Wettbewerb um den Titel „Kulturhauptstadt“ als erste polnische Metropole gewonnen, sogar gegen Warschau und Danzig. Das hat seine Gründe. Wer



Impressionen aus Breslau: Blick über die schlesische Metropole und die Oder (oben). Die Skulpturengruppe „Anonymer Fußgänger“ des Künstlers Jerzy Kalina (links unten) und die barocken Häuser am mittelalterlichen Markt (Rynek). © picture-alliance/ZB

# Die Schöne

**KULTUR** Breslau wird 2016 Kulturhauptstadt Europas. Ein Reisebericht aus der schlesischen Metropole

**STICHWORT**

**Kulturhauptstadt Europas**

**> Entstehung** Seit 1985 wird auf Initiative der damaligen griechischen Kulturministerin Melina Mercouri der Titel Kulturhauptstadt Europas vergeben. Seit 2009 werden zwei Städte benannt, eine aus den alten EU-Mitgliedstaaten, eine aus den 2004 und 2007 beigetretenen neuen Mitgliedstaaten.

**> 2016** Neben Breslau ist auch die nordspanische Küstenstadt San Sebastian in der Autonomen Gemeinschaft Baskenland Kulturhauptstadt. San Sebastian hatte sich gegen 14 andere spanische Bewerber durchgesetzt.

im Rathaus im „Schweidnitzer Keller“ einkehrt, liest die Namen aller großen Dichter und Denker in die Wände eingeritzt, die sich in Breslau bei einem Glas Wein ein Stelldichein gaben: Von Chopin bis Goethe oder Gerhart Hauptmann, dessen berühmtes Drama „Die Weber“ in Niederschlesien angesiedelt ist. Jerzy Grotowski, der polnische Avantgarde-Theatermann, inszenierte in Wroclaw seine ersten „Happenings“. Roman Polanski begann hier seine Filmkarriere. Er wurde mit drei Oscars für „Der Pianist“ ausgezeichnet: das Schicksal des polnisch-jüdischen Klavierspielers Wladyslaw Szpilman, der das Warschauer Ghetto überlebte.

**Jüdische Gemeinde** „Aus der Tiefe rufe ich, Herr, zu Dir“. Dieser Psalm auf einer Gedenktafel an der Synagoge „Zum Wei-

ßen Storch“ erinnert daran, dass die Breslauer Juden 1941 bis 44 von diesem Platz durch die Nationalsozialisten in die Konzentrationslager deportiert wurden. Die Synagoge schimmert in hellem cremeweißen Ton. Früher gehörten 23.000 Mitglieder der drittgrößten Jüdischen Gemeinde in Deutschland an. Heute suchen rund 300 Gläubige den „Weißen Storch“ auf. Die norwegisch-jüdische Schauspielerinnen Bente Kahan hat die Sanierung der Synagoge mit ihrer Stiftung entscheidend vorangetrieben. Sie hat im „Storch“ auch ein Kulturzentrum gegründet. Die Schauspielerinnen tritt hier ab und zu selbst auf. Auch Klezmer-Musiker geben Konzerte. Um die Ecke entdeckt der Wanderer von Breslau die Jüdische Bibliothek mit Jugendstil-Café, wo man die besten koscheren Torten kaufen kann. Kein Besucher

sollte sich das kleine Jüdische Viertel entgehen lassen, das etwas was ganz Besonderes ist. Auf der Dominsel stehen über 20 Menschen vorm Beichtstuhl Schlange. Die Schar ist bunt gemischt: junge Mädchen in Hot Pants, Mutter mit Kinderwagen, in der Mitte eine Nonne. Die Klappen des geheimnisvoll abgeschotteten holzschnitzten Throns, vor dem die Sünder knien werden, sind nur einen Spalt geöffnet. Der Priester vergibt Wartezettel. Der Glaube ist aus dem polnischen Leben nicht wegzudenken. Die Polen sind zu 95 Prozent Katholiken und zu 50 Prozent aktiv praktizierend. In Breslau, das berühmt ist für seine 17 gotischen Kirchen, pilgern Religiöse und Touristen gleichzeitig in die Gotteshäuser.

**Programm** Die Bar Barbara ist lichtdurchflutet und trendig gestaltet. Die Info-Zentrale der Kulturhauptstadt, nur drei Minuten zu Fuß vom Rynek, soll ansprechen, und zwar in modernem und kreativem Design. Hier kann der Besucher bei einem Cappuccino die Programme durchstöbern und in einer kleinen, aber feinen Ausstellung die verrücktesten Stühle von Goldthron bis Stachelstisch bestaunen. Auch eine kleine Bühne für Lesungen und Künstlergespräche ist im „Barbara“ integriert. Das Festival Impart, das mit 57 Mitarbeitern die Idee der europäischen Kulturhauptstadt realisieren soll, setzt 2016 nicht nur auf eine Fülle von über 500 Veranstaltungen aller Künste, sondern Breslau soll selbst zur öffentlichen Bühne werden und seine Bewohner die Akteure. Der Regisseur Chris Baldwin ist für die Performance „Flow“ engagiert, die sich im Sommer 2016 auf 130 Oderbrücken und in der Innenstadt abspielen wird. Baldwins „Open-Air-Ereignis“ soll die Entstehung, Zerstörung und den Wiederaufbau einer Metropole erzählen, die seit 70 Jahren an einer neuen Identität arbeitet, als das deutsche Breslau zum polnischen Wroclaw wurde: „Mein Ziel ist der Dialog im Herzen einer kulturell vielfältigen Stadt, einem Schmelztiegel der polnischen, ukrainischen, israelischen und deutschen Kultur.“

**Nachtleben** Der Wanderer von Breslau verlässt die Stadt nach und nach. Abends beendet er seinen Tag wieder am Rynek. Hier und im Umkreis von einem halben Quadratkilometer spielt sich das Nachtleben ab. Nach einer Portion „Bigos“ auf dem Marktplatz, dem typischen polnischen Gericht aus geschmortem Schweinefleisch mit Sauerkraut, oder einem halbgen Thunfischsteak in einem der Nouvel Cuisine Restaurants in den günstigeren Seitengassen, hat er die Wahl zwischen Oper, Avantgarde Theater im Grotowski-Studio oder einem Chopin-Klavierkonzert. Danach kehrt er in den Jazz Club Vertigo ein und erlebt bei dem einen oder anderen Drink namenhafte polnische Jazzmusiker auf der Bühne.

Nachts steuert der schlaftrunkene Breslauer Liebhaber sein Hotel an. Der gute Chopin-Wodka ist ihm zu Kopf gestiegen. Während er über den nächtlichen Rynek wandelt, die geschwungenen Barockgiebel rings um ihn magisch leuchten, der große Springbrunnen vor sich hinplätschert, hört er die Melodie der Geigerin von ferne und fragt sich, ob das Wirklichkeit ist – oder alles nur ein Traum von seiner „Schönen an der Oder“.

Ulrike Keding

Die Autorin ist freie Journalistin.



Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**  
Jetzt auch als E-Paper.  
Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

## Kinderlärm und quakende Frösche

**SPORT** Auf der Suche nach einem Kompromiss zwischen Ruhe und Aktivität

Im Grunde sind sich alle einig. Sport und Wohnen soll auch künftig in räumlicher Nähe miteinander vereinbar sein. Diese Forderung ist der Ausgangspunkt eines Antrags der Grünen (18/4329), der vergangenen Donnerstag in erster Lesung beraten wurde. Es müsse einen Kompromiss geben, zwischen dem Ruhebedürfnis der Anwohner und der Möglichkeit, wohnortnah Sport treiben zu können, forderte Monika Lazar (Grüne) in der Debatte. Zwei Stell-schrauben stellte Lazar dabei in den Vor-

dergrund: Zum einen den Altanlagenbonus und zum anderen die Privilegierung von Kinderlärm. Der Altanlagenbonus sorgt dafür, dass Anlagen, die vor dem Inkrafttreten der Sportanlagenlärmschutzverordnung Anfang der 1990er Jahre baurechtlich genehmigt oder errichtet wurden, auch bei einer geringen Lärmüberschreitung ohne eingeschränkte Betriebszeiten genutzt werden dürfen. Das Problem dabei ist aber laut Lazar: Saniert ein Verein seine Sportanlage, läuft er Gefahr, nach den

neueren, weitaus strengeren Grenzwerten bemessen zu werden. „Das ist absurd“, befand die Abgeordnete. Ebenso wie die Tatsache, dass Kinder zwar entsprechend der Kinderlärm-Privilegierung auf Spielplätzen Lärm machen dürfen. Tun sie das aber als Mitglied eines Vereins auf dem Sportplatz, drohe dem Verein die Einschränkung der Nutzungszeit.

Auch aus Sicht von Karsten Möhring (CDU) gibt es in diesen Fragen Klärungsbedarf. Es dürfe nicht sein, dass die Umwandlung eines Ascheplatzes zu einem Kunstrasenplatz zu einem völlig neuen Genehmigungsverfahren führt. Außerdem müsse das, „was wir beim Kinderlärm in Bezug auf Kits und Spielplätze beschlossen haben, auch für Sportanlagen gelten“, forderte er. Ralph Lenkert (Die Linke) verwies auf Plkw, die mit 59 Dezibel durch Wohngebiete rauschen würden und Frösche, die man bis 70 Dezibel ertragen müsse. „Welchen Grund gibt es also für Grenzen von 50 oder gar 45 Dezibel für Sportanlagen und Freizeitsport?“, fragte er. Michaela Engelmeier (SPD) kündigte konkrete Taten an. „Wir werden das Bundes-Immissionsschutzgesetz ergänzen und die Sportanlagenlärmschutzverordnung sport- und kinderfreundlich weiterentwickeln“, sagte sie. **Götz Hausding**



Quell der Freude und des Lärms: Jugendfußball

© picture-alliance/dpa



Lichterglanz an der Spree: Viele Menschen verfolgen vor dem Reichstag in Berlin die Feierstunde des Deutschen Bundestages.

© picture-alliance/dpa

# 25 Jahre Wiedervereinigung

**3. OKTOBER** Impressionen der Feierlichkeiten vor dem Reichstag in Berlin und in der Alten Oper in Frankfurt



Liv Migdal spielt vor dem Reichstagsgebäude. © DBT/Marco Urban



Bundespräsident Joachim Gauck beim Festakt in der Alten Oper in Frankfurt am Main

© picture-alliance/bild pressehaus



Kanzlerin Angela Merkel und der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière (beide CDU) in Berlin

© picture-alliance/dpa



EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor der Alten Oper in Frankfurt

© picture-alliance/dpa



Schattenspielszenierung in der Alten Oper

© picture-alliance/bild pressehaus



Ballertänzerinnen vor dem Reichstagsgebäude

© Deutscher Bundestag/Marco Urban



Bundestagspräsident Norbert Lammert in Berlin

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Die UN werben Ende September an ihrem Sitz in New York für die nachhaltigen Entwicklungsziele - das wohl umfassendste Programme in der 70-jährigen Geschichte der Organisation.

© picture-alliance/fandor

# Die UN-entbehrliche

**VEREINTE NATIONEN** Die Organisation bleibt zur Lösung globaler Probleme ohne Alternative

Für den Höhepunkt der 70. UN-Generalversammlung im September hat UN-Generalsekretär Ban Ki Moon festliche Worte gewählt. Vor 70 Jahren seien die Vereinten Nationen aus der Asche des Zweiten Weltkrieges emporgestiegen mit einer visionären Charta, die den Völkern der Welt gewidmet sei. „In diesem Jubiläumsjahr müssen wir die Botschaft der Charta beherzigen und die Stimmen von uns, den Völkern hören – nur so können wir die schreckliche Realität der Gegenwart überwinden und die außergewöhnlichen Gelegenheiten nutzen, die unsere Ära uns bietet.“

**Charta** „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“ – so beginnt das am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnete Dokument, das die Welt wohl mehr als einmal vor Krieg und möglichem Verderben bewahrt hat. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren, heißt es in Artikel 1: „Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Im Koreakrieg und in der Kubakrise, im Kampf gegen Kolonisierung und Apartheid, bei der Versorgung von Kriegsflüchtlings und der Ausrottung von Epidemien und schließlich der Koordinierung von globalem Umweltschutz: Immer spielten die UN eine entscheidende Rolle, auch dank der Architektur des Sicherheitsrats, der mit seinen fünf Vetomächten für die Lage im Kalten Krieg gemacht war. Hier stießen Ost und West aufeinander und wurden zum Kompromiss gezwungen. Durchsetzen konnten sich weder die Sowjetunion noch die USA. Die Fähigkeit des Menschen zur Vernunft habe die Vereinten Nationen möglich gemacht, sagte Willy Brandt (SPD) nach dem Beitritt beider deutscher Staaten zu den UN 1973. „Der Hang des Menschen zur Unvernunft macht sie notwendig.“

70 Jahre nach der ersten UN-Generalversammlung und mehr als ein Vierteljahrhundert nach Ende des Kalten Krieges gilt das immer noch. Die UN und ihre Unterorganisationen sind acht Mal mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Europa verlässt sich derzeit gerade wieder auf die Expertise des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Das Welternährungsprogramm WFP hilft bei Hungerkatastrophen, UN-OCHA koordiniert die Arbeit von Hilfsorganisationen im Katastrophenfall und das UN-Entwicklungsprogramm UNDP verwaltet Projekte in allen Entwicklungsländern der Erde. Dazu kommen das UN-Kinderhilfswerk Unicef, die Weltgesundheitsorganisation WHO, das UN-Umweltprogramm UNEP, der UN-Hochkommissar für Menschenrechte und viele weitere mehr. Mehr als 125.000 Frauen und Männer sind derzeit an insgesamt 16 UN-Friedensmissionen beteiligt. Ganze Politikbereiche sind von der Staatengemeinschaft an die UN übertragen worden. Eine Weltpolitik ohne sie scheint undenkbar.

Dabei sind die UN nach wie vor ein fragiles und oftmals schwerfällig konstruiertes Gebilde. Nirgends gilt das so sehr wie im UN-Sicherheitsrat. Der Nahost-Experte Carne Ross hat Großbritannien Ende der 1990er Jahre im UN-Sicherheitsrat vertreten und sagt, die Vetomächte innerhalb der UN entschieden alles von Belang. „Sie sagen dem Generalsekretär, was er tun und lassen soll; sie entscheiden, wem er Posten verschaffen und wen er feuern soll, und sie entscheiden natürlich, was der UN-Sicherheitsrat beschließt.“ Detaillierte Berichte und pointier-

te Analysen aus Gremien wie dem in Genf tagenden Menschenrechtsrat werden vom Sicherheitsrat kaum in Betracht gezogen – eine Tatsache, die nicht nur der derzeitige Vorsitzende des Rates, der deutsche Botschafter in Genf, Joachim Rücker, kritisiert und ändern möchte.

Überhaupt wird derzeit bei den UN viel von Reformen geredet. Doch die Bemühungen auch Deutschlands, die Zusammensetzung des Gremiums zu ändern, gelten als gescheitert. Am Rande der UN-Generalversammlung nannte selbst ein hochrangiger, für die

Erweiterung des Sicherheitsrats werbender Regierungschef das Projekt im Vertrauen „gestorben“. Die Erneuerung der UN soll jetzt zunächst über eine transparentere Wahl des nächsten UN-Generalsekretärs erreicht werden, dessen Amtszeit 2017 beginnt. Der Ausgang ist offen. Chancen auf zumindest ein bisschen Erneuerung gibt es vielleicht, weil der Sicherheitsrat in den größten Krisen der Gegenwart – Syrien, Ost-Ukraine, Jemen – keine Entscheidungen trifft. Statt Kompromissen herrscht Stillstand. Der Bürgerkrieg in Syrien tobt seit mehr als vier Jahren, doch der Sicherheitsrat schafft es auch am Rande der historischen 70. Generalversammlung nicht, sich auch nur auf die Einberufung einer neuen Friedenskonferenz zu einigen.

Die größte Chance auf eine Reform der UN liegt womöglich in der Nachhaltigkeitsagenda, die die Staats- und Regierungschefs aus gut 150 Ländern am Rand der Generalversammlung einstimmig beschlossen haben. In 17 Hauptzielen und 169 detaillierten Zielen sind mehr oder weniger konkrete Schritte gegen Armut, Ungleichheit, Umweltzer-

störung und Klimawandel festgehalten. Eine „Erweiterung der UN-Charta“ und eine „Aufgabenliste für die Menschheit und den Planeten“ nennt sie Ban Ki Moon. Die Ziele gelten als besonders fortschrittlich, auch deshalb, weil sie nicht in den gewohnten diplomatischen Zirkeln debattiert wurden. In einer offenen Arbeitsgruppe durfte die Zivilgesellschaft drei Jahre lang lautstark mitreden. Acht Millionen Menschen, die meisten jung, weiblich und aus Entwicklungsländern, beteiligten sich über das Internet. Die Umsetzung ist allerdings fraglich. Wird Saudi-Arabien bis 2030 die volle Gleichberechtigung von Frauen einführen, wie es die Nachhaltigkeitsziele fordern? Werden die USA Reiche stärker besteuern, um den Ärmsten mehr Lohn zu verschaffen? Und wird Deutschland die Mittel für seine Entwicklungszusammenarbeit nahezu verdoppeln? All das darf bezweifelt werden.

**Agenda** Für eine Institution aber hat die Umsetzung dessen ungeachtet schon begonnen: für die UN, die jetzt eines der konkretesten Programme in ihrer 70-jährigen Geschichte besitzt und – so verspricht es UNEP-Chef Achim Steiner – endlich das Schachteldenken aufgeben will. „Viele UN-Organisationen planen bereits, wie sie ihre Arbeit an die Agenda 2030 anpassen können.“ Dazu soll auch die Zusammenarbeit mit UN-Organisationen gehören, die sich bisher spinnefeind waren. Ein Problem lässt sich damit allerdings nicht lösen. Die UN, ein Verbund der Nationalstaaten, ist nur so stark wie Staatlichkeit an sich. Und die ist derzeit in der Krise. Immer mehr Konflikte werden von nichtstaatlichen Akteuren geführt, warnt der Diplomat Carne Ross. „Niemand ist darauf ordentlich vorbereitet: Die UN wurden geschaffen, um zwischenstaatliche Konflikte zu regeln – aber bei der Mehrzahl der Konflikte heute handelt es sich um

Konflikte innerhalb von Staaten unter Beteiligung nichtstaatlicher Gruppen, die mal legitimiert sind, mal nicht.“ Der sogenannte Islamische Staat in Syrien und im Irak, Rebellengruppen in Libyen oder Boko Haram in Nigeria lassen sich von Resolutionen nicht beeindrucken. Sanktionen gegen sie zu verhängen ist schwierig. Und die Tatsache, dass viele dieser Gruppen nicht einmal aus Rücksicht auf eine spätere Anerkennung durch die UN auf brutalste Gewalt verzichten, macht die Lage besonders kompliziert. Dazu kommt das Problem einer wachsenden Zahl separatistischer Bewegungen, die zwar auf Anerkennung dringen, diese aber nicht bekommen. „Einzelne Staaten wollen natürlich die Bildung neuer Staaten verhindern, denn schließlich entstehen neue Staaten auf den Ruinen der bisherigen – und wer stimmt schon gerne für seine eigene Zerstörung“, sagt Ross, der inzwischen eine Organisation namens „Unabhängige Diplomaten“ gegründet hat, die benachteiligte Staaten und solche, die es werden wollen, unterstützt – vorausgesetzt, sie halten sich an die Standards der UN-Charta.

**Globale Zusammenarbeit** 70 Jahre nach der Gründung stehen die UN vor großen Herausforderungen. Doch selbst ihre Kritiker halten sie für unentbehrlich. In einer Ära globaler Herausforderungen gebe es keine Alternative zur globalen Zusammenarbeit, sagt Ex-UN-Generalsekretär Kofi Annan. Sein Nachfolger Ban Ki Moon rief die Staats- und Regierungschefs zum 70. UN-Geburtstag auf, ernst zu machen mit dem Auftrag der Völker: „Wir müssen alles tun, um die Lücke zwischen der Welt wie sie ist und der Welt, wie sie sein soll, zu schließen – das ist die Aufgabe der Vereinten Nationen.“ Marc Engelhardt

Der Autor berichtet aus Genf und New York von den Vereinten Nationen.

»Die Fähigkeit des Menschen zur Vernunft hat die UN möglich gemacht.«

Willy Brandt (SPD)

## Da geht noch mehr zum Jubiläum

**DEBATTE** Die Fraktionen im Bundestag fordern größeres Engagement der Staaten für die Vereinten Nationen ein – und meinen damit auch Deutschland

Mancher hält das Gremium in seiner heutigen Zusammensetzung für einen Anachronismus: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) mit seinen fünf ständigen Mitgliedern und Vetomächten USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich hat sich in den vergangenen Jahren häufig als wenig handlungsfähig erwiesen und nirgends tritt das deutlicher zutage als im Falle Syriens. Ende September, bei der 70. Generalversammlung der UN in New York, unterstrichen die Regierungschefs von Deutschland, Brasilien, Indien und Japan die Notwendigkeit einer Reform des mächtigen Gremiums: „Ein repräsentativer, legitimer und wirksamer Sicherheitsrat“ werde mehr denn je gebraucht, um die globalen Krisen und Konflikte anzugehen. Die vier Staaten („G4“) unterstützen sich schon seit längerem gegenseitig in ihrem Bemühen, als ständige Mitglieder aufgenommen zu werden. Dass es um weit mehr als um Einfluss im exklusiven Zirkel der größten Atomkräfte

geht, zeigte vergangene Woche eine Regierungserklärung im Bundestag und die anschließende Debatte zum 70. Jubiläum der Vereinten Nationen.

**Reformen** Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) bekräftigte die Notwendigkeit von Reformen und mehr Engagement der Staaten innerhalb der UN zur Ausstattung von Hilfsprogrammen wie dem Flüchtlingshilfswerk und dem Welternährungsprogramm. Ziel müsse sein, die Repräsentanz der Mitgliedstaaten in den UN-Organisationen und im UN-Sicherheitsrat auf den heutigen Stand zu bringen: „Die Legitimation leidet, wenn die Institutionen der Vereinten Nationen nur ein Spiegelbild der Verhältnisse der Jahre 1949, 1950, 1955 sind“, sagte Steinmeier. Deutschland bestehe auf einer Reform der UN und auch des Sicherheitsrats, dessen Entscheidungen transparenter werden und dessen ständige Mitglieder ihr Vetorecht begrenzen sollten. „Es kann schlichtweg

nicht sein, dass dieses Privileg die gesamte Weltorganisation dazu verdammt, im Angesicht größter Verbrechen gegen die Menschlichkeit untätig zu bleiben.“

Der Vorsitzende der Linksfraktion, Dietmar Bartsch, warb für einen ständigen Sitz für Länder des Südens im Sicherheitsrat. Für Deutschland müsse es darum gehen, die UN „real zu stärken“ – etwa durch höhere Beiträge an die UN-Hilfsorganisationen und nicht durch die Unterstützung „elitäre Zusammenschlüsse wie G7“. Deutschland selbst werde der Charta der Vereinten Nationen nicht gerecht, wenn es mit seiner Politik die Ursachen für Armut und für 60 Millionen Flüchtlinge auf dem Globus ignoriere oder

gar vertiefe, statt sie zu bekämpfen. „Das bedeutet zuallererst, dass wir keine Waffen und keine Soldaten mehr in alle Welt schicken.“

Jürgen Hardt (CDU) nannte die UN-Charta von 1945 und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948 einen „epochalen Schritt“. Keine Organisation habe mehr für den Weltfrieden getan. Dennoch blieben etwa mit 60 Millionen Flüchtlingen weltweit und 800 Millionen Hungernden große Aufgaben für die Völkergemeinschaft. „Deshalb müssen wir mit einer Reform der UN und mit unseren Bemühungen vorankommen, unseren Beitrag zur Entwicklung der Welt im Rah-

men der UN zu leisten“, sagte Hardt. Ein „relativ abzustellender Missstand“ sei die chronische Unterfinanzierung der UN-Hilfswerke. Hier müsse es um einen Mechanismus gehen, „bei dem wirksame Maßnahmen gegen Staaten möglich sind, die ihren Verpflichtungen, in diese Hilfswerke einzuzahlen, nicht nachkommen“, sagte Hardt. Tom Koenigs (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte – wie bereits Steinmeier zuvor – daran, dass die UN nur so stark sein könnten, wie die Mitglieder sie machen würden. „Aber tun wir wirklich alles, um sie einig zu machen?“ Deutschland entsende derzeit lediglich 19 Polizisten für UN-Missionen, künftig nochmals 45 mehr. „Damit stellen wir gerade einmal ein halbes Prozent der insgesamt 13.000 Polizisten. Damit liegt Deutschland irgendwo hinter Guatemala. Da geht mehr“, sagte Koenigs. Die UN bräuchten „mehr Prävention, weniger Reaktion, mehr Mediation und weniger Zwang.“

### 70 JAHRE VEREINTE NATIONEN

**Juni 1945** Vertreter von 50 Ländern treffen zur Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco (USA) zusammen. Gemeinsam mit Polen bilden sie die 51 Gründungsstaaten der United Nations (UN).

**Oktober 1945** Offizieller Gründungstag der UN, nachdem unter anderem die USA, die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und China die UN-Charta ratifizieren. Seitdem wird der 24. Oktober als Tag der UN gefeiert.

**Januar/Februar 1946** Erste UN-Generalversammlung in Westminster, London. 14 Tage später wird die erste Resolution verabschiedet, in der die Zerstörung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen gefordert wird. Erstmals tagt der UN-Sicherheitsrat. Am 1. Februar 1946 wird der Norweger Trygve Lie erster UN-Generalsekretär.

**Juni 1948** Die erste UN-Beobachtermission wird nach Palästina entsandt.

**Dezember 1948** Die UN-Generalversammlung ergänzt die UN-Charta um die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

**Juni 1950** Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet in Abwesenheit der Sowjetunion eine Resolution, die die Mitgliedsstaaten aufruft, die Invasion Nord-Koreas im Süden zurückzuschlagen. Der erste militärische Test für die UN endet 1953 mit einem bis heute gültigen Waffenstillstand.

**1954** Das UN-Flüchtlingshilfswerk erhält für seine Flüchtlingshilfe in Europa den ersten von zwei Friedensnobelpreisen. Die UN und ihre Unterorganisationen sind bis heute acht Mal mit dem Preis ausgezeichnet worden.

**1960** 17 ehemalige Kolonien, davon 16 aus Afrika, werden Mitglied der UN – so viele Staaten wie noch nie in einem Jahr.

**Juni 1968** Die UN-Generalversammlung verabschiedet das Abkommen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen.

**September 1973** Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR werden Mitglieder der UN. Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 erlischt die Mitgliedschaft der DDR.

**Mai 1980** Die Weltgesundheitsorganisation erklärt die Pocken für besiegt.

**Juni 1992** Der „Erdgipfel“ (offiziell: UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung) in Rio de Janeiro (Brasilien) beschließt unter anderem das erste Klimaabkommen.

**Juni 1994** Nach dem Ende der Apartheid nimmt Südafrika nach 24 Jahren Ausschluss wieder seinen Sitz in der UN-Generalversammlung ein.

**Dezember 2001** UN-Generalsekretär Kofi Annan nimmt den Friedensnobelpreis für die UN in Empfang.

**November 2002** Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet die umstrittene Resolution 1441, die Irak zur Preisgabe seiner Massenvernichtungswaffen zwingen soll.

**März 2006** Gründung des UN-Menschenrechtsrats in Genf.

**Juli 2011** Der Südsudan wird der 193. UN-Mitgliedsstaat.

**September 2015** Bei der 70. UN-Generalversammlung verabschiedet gut 150 Staats- und Regierungschefs die Agenda für nachhaltige Entwicklung. me



»Die Legitimation leidet, wenn die UN nur ein Spiegelbild der Verhältnisse von 1949 sind.«

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD)



KURZ NOTIERT

**Linke gegen doppelte Beiträge bei Direktversicherungen**

Die Linke fordert ein Ende der doppelten Beitragszahlung auf Direktversicherungen und Versorgungsbezüge. In einem Antrag (18/6364) schreiben die Abgeordneten, seit 2004 unterlägen die aus einer Direktversicherung als Kapitallebensversicherung erbrachten Versorgungsbezüge der vollen Beitragspflicht zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Die Beiträge fielen oft auch dann an, wenn zuvor auf die erbrachten Versicherungsbeiträge schon GKV-Beiträge abgeführt worden seien. Das sei ungerecht. *pk*

**Cannabis als Medizin für schwer kranke Menschen**

Menschen mit schweren Erkrankungen müssen nach Ansicht der Fraktion Die Linke auch Zugang zu Cannabis haben. In einem Antrag (18/6361) heißt es, die Restriktionen beim Zugang zu Cannabis als Medizin seien ideologisch begründet. Es sei höchste Zeit, Cannabis anderen Arzneimitteln gleichzustellen, um Menschen mit schweren Erkrankungen mit Cannabis oder Cannabinoiden versorgen zu können. Cannabis fällt als Droge unter das Betäubungsmittelgesetz. *pk*

**Geheimdienst-Zugriff auf das Bundeszentralregister**

Die deutschen Nachrichtendienste sollen künftig erweiterte Zugriffsmöglichkeiten auf das Bundeszentralregister erhalten. Der Bundestag beschloss vergangenen Donnerstag mit Koalitionsmehrheit einen entsprechenden Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD (18/6186), Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke enthielten sich. Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz und der Militärische Abschirmdienst sollen demnach ab Mai 2018 den sogenannten „Ähnlichkeitsservice“ bei Abfragen mit unklaren Angaben nutzen können. *scr*

**Kinder-Unterhaltsrecht geändert**

Mit Stimmen der Koalitionsfraktionen und Bündnis 90/Der Grünen hat der Bundestag vergangenen Donnerstag eine Überarbeitung des Unterhalts- und Unterhaltsverfahrensrechts beschlossen. Die Linke enthielt sich. Geändert wird durch den Entwurf der Bundesregierung (18/5918, 18/6287) unter anderem die Berechnung des Mindestunterhaltes für Kinder. Das sogenannte vereinfachte Verfahren wird weiter vereinfacht. Entgegen des ursprünglichen Entwurfes soll das Verfahren auch weiter in Auslandsfällen angewandt werden. *scr*

**Seearbeitsgesetz für die Sicherheit der Seeleute**

Die Bundesregierung hat einen Entwurf (18/6162) für eine Änderung des Seearbeitsgesetzes vorgelegt. Dieses hat das Ziel, Seeleute besser gegen finanzielle Risiken in Gefährdungssituationen abzusichern, zum Beispiel bei einem Imstichlassen durch den Reeder. Grundlage für das Gesetz sind Vorgaben des internationalen Seearbeitsübereinkommens. Der Entwurf wurde vergangene Woche an die Ausschüsse überwiesen. *che*



US-Kampfdrohne bei einem Testflug. Die USA setzen diese Drohnen unter anderem in Afghanistan, Irak und Pakistan ein. Bei den Einsätzen sterben regelmäßig auch Zivilisten.

© picture-alliance/dpa

# Intensivkurs Drohnenkrieg

## NSA-AUSSCHUSS Ein ehemaliger US-Pilot liefert Einblicke in seinen Arbeitsalltag

Zwei Stunden waren verfloßen, als Konstantin von Notz offenbar begann, sich Sorgen zu machen. Er habe ja jetzt, wandte sich der grüne Abgeordnete an den Zeugen, eine ganze Zeitlang offenherzig über die vertraulichsten Dinge Auskunft gegeben: „Ist das ein rechtliches Problem für Sie? Müssen wir damit rechnen, dass Ihnen am Pariser Platz eine Kapuze über den Kopf gezogen wird?“ Immerhin: Der ehemalige NSA-Mitarbeiter Edward Snowden sitzt im russischen Exil, der Ex-Soldat Bradley Manning im Gefängnis. Sich mit den Geheimdienstinteressen der Vereinigten Staaten anzulegen, kann Folgen haben. Und auch Brandon Bryant ist aufs Schärfste verwirrt worden, als er Anfang 2011 der US-Luftwaffe den Rücken kehrt: Sieben Jahre lang müsse er striktes Stillschweigen über seine Tätigkeit bewahren, wurde ihm bedeutet. „Sieben Jahre oder Tod, das waren ihre Worte“, berichtete Bryant am vergangenen Donnerstag dem 1. Untersuchungsausschuss („NSA“).

**»Die Leute, die diese Einsätze durchführen, werden misshandelt.«**  
Brandon Bryant

lautet, inwieweit deutsche Behörden in den Drohnenkrieg der USA verstrickt sind, in „extralegale Tötungen“ mutmaßlicher radikalislamischer Freischärler aus der Luft. Der frühere Luftwaffen-Sergeant Bryant bescherte den Abgeordneten einen Intensivkurs darüber, was das ist, der Drohnenkrieg. Und was er mit den Menschen macht, die ihn führen. „Wir waren nicht sehr hoch angesehen. Alle anderen Flieger haben uns gehasst. Die Leute, die diese Einsätze durchführen, werden misshandelt. Letztlich nimmt man uns unsere Menschlichkeit.“ Die Luftwaffe habe ihm 109.000 Dollar geboten, um ihn zum Bleiben zu bewegen. Doch Bryant hatte genug, nach fünf Jahren und fünf Tagen im Drohneninsatz, so genau hat er die Dauer seiner Dienstzeit im Kopf. Er brachte es in diesen Jahren auf 6.000 Flugstunden und war an 1.626 Todesschüssen beteiligt, wie ihm seine Vorgesetzten zum Abschied bescheinigten. Seither ist Bryant als Kritiker der „geheimen Kriegführung“ seiner Regierung unterwegs.

**Es gab wenig Freiwillige** Vielleicht wäre es nie so weit gekommen, hätte er nicht nach dem High-School-Abschluss 2005 im heimatischen Montana einen Freund zum

Rekrutierungsbüro der Armee begleitet, wo ihm die Vorzüge einer Luftwaffenkarriere in leuchtenden Farben geschildert wurden. Die Armee finanziere die Ausbildung, man komme in der Welt herum: „Wenn man 19 Jahre alt ist, klingt das gut.“ Beim Aufnahmetest schnitt Bryant vorzüglich ab, eine Verwendung im Nachrichtendienst der Luftwaffe stand in Aussicht. Stattdessen landete er auf einem Stützpunkt in Nevada und geriet an einen Captain, der ihm eröffnete: „Okay, euer Job ist es, Menschen zu töten.“ Bryant protestierte. Er glaube nicht, dass er dazu in der Lage sei. Man habe ihm versichert, dass er beim Nachrichtendienst nie auf jemanden werde schießen müssen. „Bryant, du hast einen Eid geleistet“, war die Antwort. Als „Sensor Operator“ hatte Bryant die Kamera der Drohne zu steuern und die Ziele zu markieren. Neben ihm vor Bildschirmen und Monitoren „in einer isolierten Box“ saß der Pilot, dem es oblag, das Gerät in der Luft zu halten und gegebenenfalls den Abzug zu bedienen. In der Regel ein ausgebildeter Kampfflieger, der aus irgendeinem Grund strafversetzt war: „Es gab wenige, die freiwillig ins Drohnenprogramm gingen.“ Warum auch? Zwölf Stunden am Tag, sechs Tage in der Woche auf Bildschirme

**»Ich habe 12 Stunden am Tag zugehört, wie Menschen ihr Leben führen.«**  
Brandon Bryant

starrten: „Ich habe zugehört, wie Menschen auf der anderen Seite des Globus ihr Leben führen. Wie Frauen Wäsche waschen, Kinder spielen, Menschen Sex hatten auf dem Dach.“

**Zentrale in Ramstein** Über 100 Leute seien beteiligt, berichtete der Zeuge, um die Drohne fliegen zu lassen. Unter ihnen Pilot und Kopilot in der Box. Fünf „Screeper“, die die von der Drohne gelieferten Bilder zu beobachten und auszuwerten haben. Der Einsatzkoordinator, ein Funkaufklärer. Und irgendwo die Befehlsgabe, von denen die Drohnenpiloten als von ihren „Kunden“ zu sprechen pflegten. Und die deutsche Verstrickung? Das Thema, dem der Ausschuss nachspürt: „Deutschland ist der größte Verbündete der USA. Deutschland hat Einfluss darauf, in welche Richtung mein Land geht“, betonte Bryant. Nach seiner Erfahrung wäre der Drohnenkrieg in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten ohne Unterstützung von deutschem Boden aus gar nicht zu führen. Die wichtigste Signal-Relais-Station für diese Region sei die US-Luftwaffenbasis im rheinland-pfälzischen Ramstein. „Jede einzelne Dateninformation, die zu Fluggeräten und Mannschaften übertragen

wird, lief über Ramstein“, berichtete Bryant. Über ein transatlantisches Glasfaserkabel gelangen die Signale von dort in die USA. Bei jedem Dienstantritt musste Bryant erst in Ramstein anrufen, um sich zu vergewissern, dass die Leitung stand. Seine Vorgesetzten hätten ihm versichert, dass die Amerikaner in Ramstein nichts hinter dem Rücken der deutschen Regierung täten. Diese sei über die Bedeutung des Stützpunkts für den Drohnenkrieg im Bilde. Zu der Frage, ob der Bundesnachrichtendienst (BND) den USA möglicherweise Handynummern genannt hat, die dann bei Drohneneinsätzen Verwendung fanden, wusste der Zeuge aus eigenem Erleben nichts zu sagen. Er bestätigte freilich die enorme Wichtigkeit dieser Daten, um Ziele zu orten. Jede Drohne sei mit einem Gerät zur Erfassung des Mobilfunkverkehrs ausgestattet. Er selbst sei einmal am Besuch eines Hauses beteiligt gewesen, aus dem heraus mit einem als verdächtig identifizierten Handy telefoniert wurde: „Wenn die deutsche Regierung eine Mobilfunknummer kennt und an die USA weitergibt, kann man sie nutzen, um ein Individuum zu exekutieren.“ Bryant hat an Drohnenflügen über Afghanistan, Pakistan, Somalia, dem Irak und dem Jemen mitgewirkt. In diesen Einsatzgebieten galt jede männliche Person über zwölf Jahren als legitimes Ziel. Nur auf Frauen und Kinder, „Raben“ und „Krähen“ im Militärjargon, durfte nicht geschossen werden. *Winfried Dolderer*

Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**  
Jetzt auch als E-Paper.  
Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



## Fehler der Vergangenheit als Lehren für die Zukunft

### RECHTSTERRORISMUS Erneut soll sich ein Untersuchungsausschuss den vielen noch ungeklärten Fragen zum NSU widmen

Parteiübergreifend und allein mit dem Ziel der Aufklärung soll der neue Untersuchungsausschuss arbeiten, den der Bundestag zu den Verbrechen der rechtsradikalen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) einsetzen will. Das bekräftigten Abgeordnete aller vier im Parlament vertretenen Fraktionen am vergangenen Freitag in einem Pressegespräch. Der Ausschuss mit dem Namen „Terrorgruppe NSU II“ ist der dritte Untersuchungsausschuss in dieser Legislaturperiode und der zweite des Bundestags zu diesem Komplex. An dem Gespräch nahmen die vier Berichtserstatter zum Thema NSU aus dem Innenausschuss des Bundestages teil. Wie der CDU-Abgeordnete Clemens Binnering sagte, sei man gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen, dass sich die noch offenen Fragen dazu „nicht allein mit den Instrumenten des Innenausschusses klären“ ließen. Er verwies darauf, dass auch zu zeitlich noch viel weiter zurückliegenden Terrortaten wie der Ermordung von Gene-

ralbundesanwalt Siegfried Buback 1977 oder dem Oktoberfest-Anschlag 1982 bis heute vieles unklar sei. Man wolle jetzt „Zeit und Gelegenheit“ nutzen, so viel Licht wie möglich in den NSU-Komplex zu bringen. Als einen Schwerpunkt der Ausschusstätigkeit nannte Binnering die Vorgänge in Eisenach und Zwickau nach der Enttarnung der Terrorgruppe am 4. November 2011.

**„Totales Staatsversagen“** Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) schloss sich Binnerings Einschätzung an und sagte, zu keinem der zehn Morde, die dem NSU angelastet werden, könne man bisher „die abschließende Geschichte erzählen“. Die Verbrechenserie der Terroristen sei ein „Desaster“, das auch auf „totales Staatsversagen“ zurückgehe. Sie kritisierte, dass man im ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags, der von Januar 2012 bis zum Sommer 2013 tagte, bei Zeugen aus den Sicherheitsbehörden eine „Schwärmendemenz“ habe feststellen müssen. Sie verwies zudem auf Parallelen in der Gegenwart. So ähnelte die Radikalisierung der Pegida-Bewegung nach Paus Einschätzung gefährlich der NSU-Entstehungsgeschichte. Wie später auch die Grünen-Abgeordnete Irene Mihalic erinnerte

Pau an die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beim Staatsakt für die NSU-Opfer am 23. Februar 2012, in der die Regierungschefin den Angehörigen eine umfassende Aufklärung der Verbrechen versprochen hatte. Es sei eine „schwerwiegende Entscheidung“ gewesen, zu dem Thema einen weiteren Untersuchungsausschuss einzurichten, sagte die SPD-Abgeordnete Eva Högl. Auch sie verwies auf die aktuelle Situation, in der man eine gefährliche „Vernetzung

und Radikalisierung von Rechtsextremen“ feststellen könne. Es müsse auch von Seiten des Bundestags alles dafür getan werden, aus den NSU-Taten die richtigen Lehren zu ziehen. Högl gab bekannt, dass sich der neue Ausschuss im Gegensatz zu seinem Vorgänger auch die Möglichkeit offen halten wolle, V-Leute als Zeugen zu hören. Auch für Eva Mihalic von den Grünen ist das Agieren der V-Leute im Umfeld des NSU-Trios von hohem Interesse. In diesem Zusammenhang müsse zudem die Strate-

gie des Verfassungsschutzes im Umgang mit der rechtsradikalen Szene näher beleuchtet werden. Mihalic sieht ebenfalls eine Parallele zwischen der Radikalisierung der späteren NSU-Mitglieder und den aktuellen Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte. Zentrales Ziel sei es, alles dafür zu tun, damit sich so etwas wie die Verbrechen des NSU nie wiederholen könne.

**Erste Sitzung im Dezember** Einigen waren sich die vier Berichtserstatter auch darin, dass die politische Verantwortung für die Versäumnisse der Sicherheitsbehörden nicht erneut geklärt werden soll. „Noch mal Otto Schily, Günther Beckstein oder Volker Bouffier gäbe zu wenig her“, sagte Binnering. Das gemeinsame Interesse aller vier Fraktionen an weiterer Aufklärung bedeute aber nicht, dass politische Differenzen verschwänden. So gebe es weiterhin unterschiedliche Einschätzungen zu der Frage, ob der Verfassungsschutz und das Instrument der V-Leute reformiert oder ganz abgeschafft werden sollen, wie es die Linke fordert. Der Antrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses soll in der nächsten Sitzungswoche Anfang November ins Parlament eingebracht und in der Folgewoche beschlossen werden. Die erste Sitzung ist für Dezember geplant. *Joachim Riecker*



Pau von links, Binnering, Högl und Mihalic während der Pressekonferenz

© Melde



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Telekommunikations-Verkehrsdaten werden künftig zehn Wochen lang gespeichert.

© picture-alliance/dpa

# Unter Vorbehalt

## VORRATSDATEN Gesetz beschlossen, Klage angekündigt

Es ist nicht so, dass die Opposition nicht versucht hätte, die Neuauflage der Vorratsdatenspeicherung mit allen parlamentarischen Mitteln zu verhindern. Zwei Tage, bevor am vergangenen Freitag das Gesetzesvorhaben der Koalition (18/5088, 18/6391) in zweiter und dritter Lesung durch den Bundestag gebracht wurde, holte die Opposition im Rechtsausschuss gar die Geschäftsordnung raus. Vertreter von Linken und Grünen wollten über das Vorhaben gar nicht erst diskutieren. Der Tagesordnungspunkt sei zu kurzfristig angemeldet worden. Das sah die Koalition anders. Der Punkt blieb auf der Agenda.

Drei Stunden und 22 Tagesordnungspunkte später rief die Ausschussvorsitzende Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) schließlich die Vorratsdatenspeicherung auf. Wie üblich tauschten Koalition und Opposition ihre Argumente aus, als Halina Wawzyniak, rechtspolitische Sprecherin der Linken-Fraktion, plötzlich einen Geschäftsordnungsantrag stellte. Es sei weniger als die Hälfte der Mitglieder des Ausschusses anwesend, sie zweifle an der Beschlussfähigkeit. Bei SPD und CDU/CSU brach kurz hektik aus, Ausschussmitglieder, die bereits zu Sitzungen anderer Ausschüsse aufgebrochen waren, wurden kurzfristig zurückbeordert. Nach einigem Geplänkel zählte Künast dann aus, es reichte für die Koalition, der Ausschuss konnte beschließen. Ein Sozialdemokrat sprach von einem „unwürdigen Verfahren“.

In der Debatte im Plenum blieb die Geschäftsordnung indes außen vor. Nettigkeiten wurden trotzdem ausgetauscht: Die ablehnende Haltung der Opposition wurde zum „Täterschutz“ deklariert, Befürwortern wiederum wurde ideologische Faktenresistenz vorgeworfen; Geschichtsvergessenheit unterstellte man sich gleich gegenseitig. Inhaltlich blieb der verabschiedete Entwurf im Wesentlichen unverändert. Demnach sollen künftig anlasslos und verdachtsunabhängig Telekommunikations-Verkehrsdaten sämtlicher Bürger für zehn Wochen gespeichert werden. Ein Zugriff auf die Daten, die Telekommunikationsunternehmen im Inland speichern müssen, ist Strafverfolgern grundsätzlich nur bei bestimmten schweren Straftaten möglich. Die als be-

sonders sensibel angesehenen Standortdaten sollen bereits nach vier Wochen gelöscht werden. Daten, die bei der Nutzung von E-Mail-Diensten anfallen, sollen gar nicht erfasst werden. Inhalte der Kommunikation werden ebenfalls nicht gespeichert. Auf Antrag der Koalition wurde dem Gesetz noch eine Evaluationsklausel hinzugefügt. Demnach soll nach drei Jahren wissenschaftlich überprüft werden, ob das Gesetz überhaupt etwas taugt.

Davon ist insbesondere die Union schon jetzt überzeugt. Ziel sei es, deutlich mehr Straftaten aufzuklären, sagte Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU). Dafür müssten Ermittler verlässlich, aber nur in konkreten Fällen, auf Verkehrsdaten zugreifen können. Von Überwachung oder gar Generalverdacht könne also nicht gesprochen werden. Wer das tue, schüre Ängste, sagte die rechtspolitische Sprecherin der Unions-Fraktion. Es seien zudem nicht die „kritischen Geister“, die Bürger oder die Journalisten, die von einem Verzicht auf die Speicherpflicht profitierten, sondern die Kriminellen, beispielsweise Mörder, Bandendiebe und Konsumenten und Produzenten von Kinderpornographie.

Auch der rechtspolitische Sprecher der SPD, Johannes Fechner, betonte, dass Verkehrsdaten ein wichtiges Ermittlungsinstrument darstellen könnten, um Täter zu ergreifen, aber auch um Verdächtige zu entlasten. Der Eingriff in das Grundrecht auf informelle Selbstbestimmung sei auf das Notwendigste beschränkt worden. Im internationalen Vergleich falle die Regelung sehr restriktiv aus.

**Gerichtsfest?** Einig waren sich die Koalitionäre darüber, dass die nun gefundene Regelung gerichtsfest ist. 2010 hatte das Bundesverfassungsgericht die deutsche Regelung zur Vorratsdatenspeicherung gekippt, 2014 kassierte der Europäische Gerichtshof (EuGH) die grundlegende EU-Richtlinie. Durch Verkürzung der Speicherdauer, der noch kürzeren Frist für Standortdaten und eines Verwertungsverbot für die Daten von Berufsheimsträger sei sichergestellt, dass den Vorgaben „vollumfänglich“ entsprochen werde, sagte Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD). Volker Ullrich (CSU) merkte an, dass rechtlich noch mehr möglich gewesen wäre. Auch Winkelmeier-Becker verwies da-

rauf, dass Praktiker weitergehende Regelungen für sinnvoll erachtet hätten. Der Entwurf sei ein „Kompromiss“. Diesem Kompromiss folgten allerdings nicht alle SPD-Abgeordneten. Bei der namentlichen Abstimmung stimmten 43 von ihnen mit Nein, sieben weitere enthielten sich.

**Nicht erforderlich** Geschlossen gegen den Gesetzentwurf stimmten die Oppositionsfraktionen. Wawzyniak stellte für die Linken-Fraktion die Erforderlichkeit der Speicherpflicht in Frage. Diese sei nicht erwiesen, eine Schutzlücke bestehe auch nicht und deshalb habe der demokratische Rechtsstaat davon die Finger zu lassen. Nur weil „möglicherweise, unter Umständen, vielleicht“ mit Zugriff auf die Daten Straftaten aufgeklärt werden könnten, rechtfertigte dies noch nicht den Eingriff in die Grundrechte. Vielmehr würden die Bürger unter „Generalverdacht“ gestellt. Künast warf der Koalition vor, nur auf „Sicherheitsideologie“ zu setzen. Das gehe zu Lasten der Freiheit. Entgegen der EuGH-Entscheidung werde weiterhin verdachtsunabhängig gespeichert und auch der Schutz der Berufsheimsträger sei nicht gewährleistet. Es sei zudem naiv, zu glauben, dass die Daten im Inland sicher gespeichert werden könnten. Geheimdienste, auch die deutschen, könnten sich Zugang verschaffen.

Auch die in den vergangenen Wochen zunehmend kritisch in der Öffentlichkeit diskutierte Datenhehlerei war zwischen Opposition und Koalition umstritten. Maas betonte, dass gerade Journalisten nichts zu befürchten hätten, da sie in Wahrnehmung ihrer beruflichen Pflichten nicht unter den Tatbestand fielen. Der Vorwurf, mit dem Gesetz würden auch sogenannte Whistleblower verfolgt, sei unzutreffend, sagte der Justizminister. Die Hinweisgeber besäßen die betreffenden Daten völlig rechtmäßig, die Regelung greife gar nicht.

Vorbei ist die Debatte über die umstrittene Vorratsdatenspeicherung noch lange nicht. Was aus Sicht der Gegner Argumente und die Geschäftsordnung nicht stoppen konnte, soll nun das Grundgesetz und die Europäische Grundrechtscharta richten. So kündigten die Grünen an, gegen das Gesetz zu klagen.

Sören Christian Reimer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Gleichstellung der Lebenspartnerschaft

## RECHT Bereinigungsgesetz beschlossen. Opposition und SPD wollen Öffnung der Ehe

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD hat der Bundestag vergangenen Donnerstag nach zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/5901) zur Bereinigung des Rechts der Lebenspartner unverändert verabschiedet. Das Gesetz sieht zahlreiche, überwiegend redaktionelle Änderungen in Vorschriften des Zivil- und Verfahrensrechts sowie des sonstigen öffentlichen Rechts vor. Eingetragene Lebenspartnerschaften sollen dort Ehen gleichgestellt werden. In der Praxis relevant ist vor allem eine Änderung im Personenstandsgesetz. Demnach sollen Partner, die im Ausland eine Partnerschaft auf Lebenszeit begründen wollen, künftig von den Behörden eine Ledigkeitsbescheinigung ausgestellt bekommen können.

In der Debatte wurde erneut klar: Das Thema der Gleichstellung ist innerhalb der Ko-

alition weiter umstritten. Während die SPD auf eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare drängt, hadert die Unionsfraktion damit. Karl-Heinz Brunner (SPD) wies in der Debatte darauf hin, dass von ankommenden Flüchtlingen richtigerweise verlangt werde, die Gleichstellung Homosexueller in Deutschland zu achten. In der Rechtsordnung der Republik sei diese trotz vieler Fortschritte aber noch nicht erreicht. Das Bereinigungsgesetz sei „ein wichtiger, aber nicht der letzte und endgültige Schritt“, so Brunner. Von der Union forderte der Sozialdemokrat, die Wirklichkeit anzuerkennen, und sich einer Ehe-Öffnung nicht weiter zu verschließen. Sabine Sütterlin-Waack (CDU) zeigte sich überzeugt davon, dass in der Union noch nicht das Ende der Debatte erreicht sei. Allerdings machten es sich Bundesrat und Opposition zu einfach, wenn sie eine ein-

fachgesetzliche Öffnung der Ehe forderten. Dafür sei eine Grundgesetzänderung nötig, sagte Sütterlin-Waack.

Dem widersprach die Opposition. Harald Petzold (Die Linke) verwies auf eine Anhörung im Rechtsausschuss, in der die Mehrheit der Sachverständigen eine einfachgesetzliche Lösung für möglich gehalten habe. Der Regierungsentwurf beende die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare nicht, er sei daher abzulehnen. Dem schloss sich auch Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) an. Beck verwies auf den Gesetzentwurf seiner Fraktion (18/3031). Dieser würde in wesentlich mehr Vorschriften eine Gleichstellung erzielen. Überzeugen konnte er damit aber nicht. Mit Stimmen der Koalition wurde der Grünen-Entwurf abgelehnt. Das gleiche Schicksal ereilte einen Linken-Antrag (18/5205) zur Öffnung der Ehe. scr II

# Geschäftsherren-Modell in der Kritik

## KORRUPTION Union und Opposition hadern mit Neuregelung im Strafgesetzbuch

Der Bundestag hat vergangenen Donnerstag den Weg für eine Überarbeitung des Korruptionsstrafrechts freigemacht. Gegen die Stimmen der Opposition verabschiedeten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD nach zweiter und dritter Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung in geänderter Fassung (18/4350, 18/6389). Damit wird das Strafrechtsübereinkommen des Europarats über Korruption, ein dazugehöriges Zusatzprotokoll sowie der Rahmenbeschluss des EU-Rates zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor umgesetzt.

Vorgesehen ist etwa die Ausdehnung des Geltungsbereiches des deutschen Strafrechts. So sollen auch Auslandsstaten in Fällen der Vorteilsgewährung an Amtsträger erfasst werden. Zudem sollen einzelne Korruptions- und Bestechlichkeitsbestände nun auch in den Vortatensatz des Geld-

wäschetatbestands aufgenommen werden. Bestechlichkeitsvorschriften aus dem Nebenstrafrecht sollen darüber hinaus in das Strafgesetzbuch überführt werden.

In der Debatte wurde vor allem die Neufassung des Paragraphen 299 des Strafgesetzbuches kritisch gesehen. In ihm ist die Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr geregelt, die bisher dann strafbar sind, wenn damit der Wettbewerb verzerrt wird. Künftig soll sich die Strafbarkeit schon aus der Verletzung von arbeitsvertraglichen Pflichten oder Compliance-Vorschriften ergeben können.

Mit diesem als Geschäftsherren-Modell bezeichneten Ansatz werde es aber den Arbeitgebern anheimgestellt, zu definieren, was strafbar sei, ganz gleich, ob die betreffende Pflicht aus Sicht der Allgemeinheit schutzwürdig sei, kritisierte Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen). Jörn Wunder-

lich (Die Linke) äußerte sich ähnlich. Die Regelung sei zudem zu unbestimmt und nicht nachvollziehbar.

Auch Reinhard Gründel (CDU) stellte klar, dass er kein Freund des Geschäftsherren-Modells ist. Die Bundesregierung habe argumentiert, dass europarechtlich eine Umsetzungspflicht bestehe. „Auf die Richtigkeit dieser Aussage vertrauen wir“, sagte Gründel. Zudem sei im parlamentarischen Verfahren die Neuregelung eingeschränkt worden. So bedürfe es neben einer Unrechtsvereinbarung nun auch einem konkreten Handeln beziehungsweise Unterlassens, um die Strafbarkeit zu erfüllen. Die reine Vorteilsannahme reiche nicht aus.

Dirk Wiese (SPD) verwies auf die Ausdehnung der Strafbarkeit in Hinblick auf die Bestechung ausländischer Amtsträger. Dies sei wichtig, denn Korruption mache nicht an Grenzen halt. scr II

Anzeige

Schaffen Sie Verbindungen!  
**OECKL. Ihr Politik-Kontakter**



© fotomek - Fotolia.com

Schon an 2016 gedacht?

## OECKL.Deutschland 2016

ab Mitte Dezember 2015 im Handel

jetzt vorbestellen  
vertrieb@oeckl.de

OECKL.Bücher - Die Klassiker für Deutschland und Europa  
OECKL.CD-ROM - Die Datenbank fürs Büro  
OECKL.Online - Die Datenbank für PC, Tablet, Smartphone  
OECKL.Address - Für Ihre individuellen Mailings

Neu: wöchentlicher Newsletter unter [oekcl.de/news/newsletter-anmelden.html](http://oekcl.de/news/newsletter-anmelden.html)

Professionelle politisch-gesellschaftliche Kommunikation braucht die richtigen Kontakte:  
Die OECKL-Medien stellen die relevanten Akteure des öffentlichen Lebens vor in Deutschland und Europa



Bleiben Sie auf dem Laufenden

Parlamentsgezwitscher mit Twitter [OECKL\\_Politik](https://twitter.com/OECKL_Politik)



FESTLAND VERLAG

Postfach 20 05 61 53135 Bonn  
Tel. (02 28) 36 20 22  
Fax (02 28) 35 17 71  
E-Mail: [vertrieb@oekcl.de](mailto:vertrieb@oekcl.de)  
I-Net: [www.oekcl.de](http://www.oekcl.de)



Die Proteste gegen die von der Regierung geplante Krankenhausreform waren bunt, begründet und hartnäckig. In der Folge wurde der Gesetzentwurf noch einmal deutlich nachgebessert.

© picture-alliance/dpa

## Korrekturen in Sozialgesetzen

**SOZIALES** Hofabgabe, Ausbildungsförderung für geduldete Flüchtlinge, Bildungs- und Teilhabepaket und Grundsicherung im Alter – das alles passt auf den ersten Blick nicht zusammen. Auf den zweiten aber, denn Details dazu sind in den Sozialgesetzbüchern geregelt. Und die Bundesregierung hat nun einen Gesetzentwurf (18/6284) zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Vorschriften vorgelegt, der all diese Themen bündelt. In der vergangenen Woche wurde erstmals vom Bundestag debattiert. Der Entwurf sieht unter anderem vor, geduldeten Flüchtlingen, die eine Ausbildung machen wollen, den Zugang zu ausbildungsfördernden Leistungen zu erleichtern. Ferner werden im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe) die Nachweispflichten der Länder in Bezug auf die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung neu geregelt. Daten zum Bildungs- und Teilhabepaket sollen künftig öfter und detaillierter erhoben werden. Die NVA-Verletztenrente wird zugunsten der Wehrdienstleistenden in der DDR neu geregelt. Außerdem enthält der Entwurf Änderungen bei der Alterssicherung der Landwirte. Hier sollen unter anderem die Hinzuerwerbsmöglichkeiten während des Rentenbezugs verbessert werden. Dagmar Schmidt (SPD) betonte in der Debatte, das Bildungs- und Teilhabepaket erfülle derzeit seine Aufgabe, für bessere Bildung und Teilhabe armer Kinder zu sorgen, nicht. Matthias W. Birkwald (Die Linke) kritisierte, dass der Entwurf nichts für jene Rentner tue, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Jana Schimke (CDU) wertete den Entwurf als ähnlich bedeutend wie jenen zur Asylgesetzgebung. Friedrich Ostendorff (Bündnis 90/Die Grünen) forderte die Abschaffung der Hofabgabe als Bedingung für einen Rentenbezug der Landwirte. *Claudia Heine*

# Umstrittene Klinikreform

**GESUNDHEIT I** Die Linksfraktion plädiert für Krankenhäuser ohne jegliche Gewinnziele

Die heftigen Proteste von Ärzten, Pflegekräften, Klinikbetreibern und Gesundheitsexperten haben gefruchtet. Das Krankenhausstrukturgesetz (18/5372) der Regierung wird zugunsten der Kliniken deutlich nachgebessert, nachdem auch bei einer Expertenanhörung Anfang September die Defizite bloßgelegt worden waren. Sachverständige waren zu dem Schluss gekommen, dass mit der Gesetzesvorlage wesentliche Probleme der Häuser mit ihren insgesamt rund 1,2 Millionen Mitarbeitern nicht gelöst, sondern teilweise noch verschärft würden. Nun bekommen die Kliniken, kurz gesagt, erheblich mehr Geld und scheinen mit Abstrichen zufriedener zu sein. Der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Thomas Reumann, rang sich sogar erstmals ein Lob ab und merkte an: „Die vorgesehenen Änderungen schaffen die Voraussetzungen für eine breite Akzeptanz der Reform in den Krankenhäusern.“ Die Kuh wäre somit vom Eis, zumindest mit zwei Beinen. Hintenherum schlenkert sie allerdings noch erheblich, denn die Frage der Investitionskosten ist

weiter ungelöst. Die zuständigen Bundesländer kommen ihren Verpflichtungen seit Jahren nicht nach. Ein Investitionsstau in Milliardenhöhe ist die Folge. Reumann sprach von der „Schattenseite der Krankenhausreform“.

**Investitionsstau** Hier setzt auch die Kritik der Linksfraktion an, formuliert in einem Antrag (18/6326), über den die Abgeordneten am vergangenen Freitag erstmals berieten. Um den Investitionsstau aufzulösen, plädieren die Linken für eine Bundesbeteiligung, eine Art Anschubfinanzierung mit Anreizen für die Länder. Union und SPD sehen diese Lösung eher nicht und hoffen statt dessen auf Einsicht der Bundesländer, die auch Besserung versprochen hätten. Der Antrag, in dem auch die Abschaffung der Fallpauschalen (DRG) und ein Verzicht auf Gewinnziele der Kliniken gefordert werden, fand in der Debatte wenig Freunde. Sogar die Grünen bemängelten, die Vorlage komme spät und sei unkonkret. Die Bundesregierung nutzte die Aussprache zur Darstellung der unlängst erreichten Korrekturen im Entwurf für das Krankenhausstrukturgesetz (18/5372), das am

**»Wer Gewinne erzielen will, soll Staubsauber verkaufen.«**

Kathrin Vogler (Die Linke)

5. November zur Abstimmung steht. Wie Gesundheits-Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz (CDU) sagte, sollen die Kliniken im Vergleich zum Ursprungsentwurf jährlich rund 800 Millionen Euro mehr bekommen. Ab 2018 seien es bis zu 2,2 Milliarden Euro und ab 2020 rund 2,4 Milliarden Euro. Als Ersatz für den Versorgungszuschlag werde ein Pflegezuschlag in Höhe von 500 Millionen Euro gewährt. Auch die Tarifkosten würden oberhalb der Preiszuwächse refinanziert und die Kliniken damit entlastet. Programme für Pflege und Hygiene sollen mehr Qualität bringen. Sie sprach von einem ehrgeizigen Reformprojekt. Die Fallpauschalen würden dabei nicht abgeschafft, sondern weiterentwickelt. Es sei nicht vorgesehen, jetzt wieder den Rückwärtsgang einzulegen.

**Monopoly** Die Linke hält den Gesetzentwurf für völlig verfehlt. Die Linke-Abgeordnete Kathrin Vogler erinnerte an die heftigen Proteste gegen die geplante Klinikreform und sprach von berechtigter Empörung, Wut und Frust. „Wir erleben ein zynisches Monopoly, bezahlt wird mit der Gesundheitsversorgung der Menschen.“ Die gute Gesundheitsversorgung dürfe nicht verspielt werden. Aufgabe eines Krankenhauses sei es nicht, Gewinne zu erzielen, sondern die Bevölkerung zu versorgen. Reformen der Vergangenheit hätten zu maroden Häusern geführt und zu überar-

beiteten Pflegekräften. Sprecher aller Fraktionen räumten ein, dass die Lage in der Pflege besonders dramatisch ist. Harald Terpe (Grüne) sagte: „Ohne Zweifel liegt ein Pflegepersonalnotstand vor.“ Das zusätzliche Geld müsse nun in der Pflege ankommen. Auch seine Fraktionskollegin Maria Klein-Schmeink sprach von einer katastrophalen Pflegesituation nach dem starken Personalabbau der vergangenen Jahre. Die Politik müsse sich endlich diesem Problem stellen. Mit dem Nachbesserungspaket sei das auch anzunehmen. Die Reformen gingen aber nicht weit genug. Es werde ein deutlich größeres Pflegeprogramm benötigt. Marina Kermer (SPD) versprach, die Pflege am Bett werde gesichert.

**Veraltete Strukturen** Der SPD-Abgeordnete Edgar Franke versicherte, im Krankenhausbereich werde nicht gespart, sondern künftig erheblich mehr Geld ausgegeben für moderne Versorgungsstrukturen. In einigen Häusern gebe es noch Strukturen aus den 70er Jahren. Nun werde gezielt an der Qualität und Spezialisierung der Kliniken gearbeitet, weil die Patienten dorthin gingen, wo die Qualität garantiert sei. Franke betonte, in manchen Ballungszentren würden mittlerweile in der Zukunft nicht alle Krankenhäuser gebraucht, an anderer Stelle werde dafür ein Sicherstellungszuschlag gezahlt, um ein notwendiges Haus weiter betreiben zu können

und die flächendeckende Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Reiner Meier (CSU) sagte, die neuerliche Debatte zeige, wie sehr die Krankenhausreform die Menschen berühre. Gerade auf dem Land fragten sich derzeit viele Bürger, wie die Versorgung wohl künftig aussehen werde. Mit der jetzigen Krankenhausreform, das könne er guten Gewissens sagen, werde die flächendeckende und qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung im Land gestärkt. *Claus Peter Kosfeld*

### STICHWORT

#### Finanzierung von Krankenhäusern

- > **Duales System** Bundesländer und gesetzliche Krankenkassen teilen sich die Krankenhausfinanzierung: Die Länder tragen die Investitionskosten, die Kassen die Betriebskosten.
- > **Fallpauschalen** Kliniken werden mit diagnosebezogenen Fallpauschalen (Diagnose Related Groups/DRG) vergütet.
- > **Versorgungszuschlag** Damit werden Abschläge von Krankenhäusern ausgeglichen. Umfang: 500 Millionen Euro.

## Renten werden EU-mobil

**ARBEITSMARKT** Der Bundestag hat in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/6283) erstmals beraten, mit dem die EU-Mobilitätsrichtlinie umgesetzt werden soll. Die Richtlinie von 2014 sieht Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten vor. So sollen durch die Verbesserung des Erwerbs und der Wahrung von Zusatzansprüchen bei der betrieblichen Altersversorgung (BAV) Hindernisse bei der Übertragbarkeit von Betriebsrenten abgebaut werden. Der Gesetzentwurf sieht nun unter anderem vor, die Vorgaben der Richtlinie in das Betriebsrentengesetz zu übernehmen. Peter Weiß (CDU) freute sich, dass die BAV für Arbeitnehmer nun wieder interessanter werde, weil das Risiko, im Falle des Arbeitgeberwechsels Ansprüche zu verlieren, gemindert werde. Ralf Kapschack (SPD) betonte, auch für Mittel- und Kleinbetriebe müsse die BAV selbstverständlich werden. Das habe sich die Koalition auf die Fahne geschrieben, sagte er. Matthias W. Birkwald (Die Linke) begrüßte den Entwurf als Verbesserung für die in der EU mobilen Arbeitnehmer, die nun nicht mehr fürchten müssten, ihre Ansprüche zu verlieren. Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich überzeugt, dass gerade jüngere Arbeitnehmer von den Änderungen profitieren werden. *che*

## Wenn die Brücke zum Hotspot wird

**GESUNDHEIT II** Fachleute fordern eine verstärkte Suizidforschung und mehr Hilfsangebote

Psychologen und Mediziner setzen sich für eine bessere Suizidprävention ein. Es gebe Risikogruppen, die einer besonderen Zuwendung bedürften, erklärten Psychiaterfachverbände und Ärztevertreter vergangene Woche in einer Anhörung des Gesundheitsausschusses. Sie empfahlen den Ausbau der Präventionsangebote, eine gezielte Ansprache gefährdeter Menschen, eine bessere Kontrolle giftiger Substanzen und bestimmter Medikamente sowie eine verstärkte Suizidforschung und die Sicherung sogenannter Hotspots wie Brücken. In der Anhörung ging es um einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/5104) mit dem Ziel, Selbstmorde zu verhindern. Viele Menschen, die sich aus Verzweiflung, Vereinsamung oder fehlender Wertschätzung selbst töten wollten, suchten Hilfe, bekamen diese Hilfe aber oft nicht, heißt es in einem Antrag. Das Thema Suizid sei nach wie vor tabuisiert. So würden Suizidgedanken häufig nicht rechtzeitig erkannt. Die Sachverständigen mach-

ten deutlich, dass sie Handlungsbedarf sehen, obgleich die Zahl der Selbstmorde zurückgegangen ist, von 13.924 Fällen 1990 auf 10.076 Fälle 2013. Psychiater sehen dies als Folge der ausgebauten Anti-Depressionsprogramme, Krisendienste und Telefonseelsorge. Inzwischen deutet sich aber wieder eine Trendwende an, außerdem ist die Zahl der Suizidversuche um ein Vielfaches höher.

**Einsame Männer** Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) treten Selbstmordgedanken am häufigsten in psychosozialen Krisen und bei psychischen Erkrankungen auf, oft bei schweren Depressionen. Als Risikogruppen gelten Homosexuelle und Transsexuelle, Migranten und Flüchtlinge, junge Frauen, Menschen, die bereits eine Suizid-Krise durchgemacht haben, und alte, einsame Männer. Bei den über 70-Jährigen liegt die Suizidrate der Männer vier Mal so hoch wie die der Frauen. Die DGPPN forderte, der Zugang zu Hotspots müsse verhindert werden, etwa durch Verschaltung von Brücken, Eisenbahnlinien und Türmen. Oft seien Menschen mit Selbstmordabsicht auf bestimmten Stellen fixiert und ließen von ihrem Vor-

haben ab, wenn der Zugang erschwert sei. In der Anhörung regte eine Sprecherin des Verbandes zudem an, in Jobcentern Profis einzusetzen, die einschätzen könnten, ob jemand suizidgefährdet sei. Der Deutsche Caritasverband erklärte, das Wissen in der Bevölkerung über Erkennungsmerkmale und Vorkehrungen bei einer Suizidgefährdung sei gering. Die Relevanz des Themas werde unterschätzt. Immerhin gebe es mehr als doppelt so viele Suizidopfer wie Verkehrstote. Ein Caritas-Vertreter betonte in der Anhörung: „Wir reden nicht über ein Randphänomen.“ Nach Angaben der Fachleute sind auch Jugendliche gefährdet. Insofern sollten Aufklärungs- und Hilfsangebote bis in die Schulen reichen. In der Anhörung beklagten mehrere Sachverständige, dass erfolgreiche lokale Projekte zur Krisenprävention immer wieder aus Geldmangel eingestellt werden müssten. Hier sei eine Verstärkung wichtig, zumal mit wenig Geld viel erreicht werden könne. Ein Sprecher des Nationalen Suizidpräventions Programms für Deutschland (Naspro) forderte die Abgeordneten dazu auf, sich über Fraktionsgrenzen hinweg auf konkrete Initiativen zu verständigen, um die Zahl der Selbstmorde einzugrenzen. Es handle sich immerhin um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. *pk*

## Zwei neue Oppositionsführer

**LINKSFRAKTION** Mit der neuen Doppelspitze der Linken endet die Ära Gysi

Für die Fraktion Die Linke im Bundestag bricht zur Mitte der Legislaturperiode eine neue Ära an. Der bisherige Fraktionschef Gregor Gysi (67) übergab in der vergangenen Woche den Posten nach zehn Amtsjahren in Folge an seine Nachfolger Sahra Wagenknecht (46) und Dietmar Bartsch (57). Von einem politischen Traumpaar ist aber nicht die Rede, vielmehr resultiert die Doppelspitze auch aus dem schon länger andauernden Flügelstreit innerhalb der Linkspartei. Mit der Wortführerin der Parteilinken und dem pragmatisch reformorientierten Bartsch stehen nun Vertreter dieser beiden Lager an der Spitze der größten Oppositionsfraktion und werden künftig, so die Hoffnung Gysis, zu vernünftigen Kompromissen gezwungen sein. Wagenknecht stammt aus Jena und hat neben dem Studium der Philosophie und Li-

teratur mit einer volkswirtschaftlichen Arbeit einen Doktorgrad erworben. Die Frau des früheren Parteichefs Oskar Lafontaine gilt als dogmatische Linke, versierte Rednerin und ist seit 2009 Mitglied des Bundestages. Bartsch stammt aus Stralsund, ist ebenfalls promovierter Ökonom und schaffte es schon 1998 bis 2002 in den Bundestag. Seit 2005 ist er wieder durchgängig im Parlament vertreten. Bartsch hatte schon Anfang der 1990er Jahre in der Vorgängerpartei PDS herausgehobene Ämter inne und gilt innerhalb der Linken als sehr gut vernetzt. Anders als Wagenknecht, die Fundamentallopposition betreibt, setzt er darauf, dass seine Partei mit der SPD auf Bundesebene perspektivisch Regierungsverantwortung übernimmt.

Ob die Gegensätze in konstruktive Politik münden, bleibt abzuwarten. Die neue Führung erhielt bei der Wahl einen Vertrauensvorsprung von den Abgeordneten. Auf Wagenknecht entfielen 78,3 Prozent der Stimmen, Bartsch kam sogar auf 91,6 Prozent. Beide versicherten, sie hätten Differenzen ausgeräumt. „Diese Frontstellungen, die gibt es so in dieser Form nicht mehr“, sagte Wagenknecht. Und Gysi verkündete: „Ich bin ein Zweckoptimist und denke, sie werden es schaffen.“ *pk*



Wagenknecht und Bartsch sind neue Vorsitzende der Linksfraktion.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## Vorstoß für Milchbauern

**LANDWIRTSCHAFT** Die ernste wirtschaftliche Lage auf dem Milchmarkt veranlasst die Opposition zu handeln. In einem gemeinsamen Antrag (18/6206), der zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde, forderten Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen vergangene Woche Eingriffe durch die Bundesregierung, um die Rohstoffpreise zu stabilisieren. Die Forderung wurde mit Unverständnis seitens der Koalitionsfraktionen quittiert, die darin nur mehr Bürokratie, hohe Kosten und keine Verbesserung der Situation sahen. Dagegen setzten CDU/CSU und SPD einen eigenen Antrag zur Stärkung der Marktposition der Milchzeuger (18/4424). Dieser wurde angenommen.

„Immer mehr Milchbetriebe steigen aus der Produktion aus“, warnte Kirsten Tackmann (Die Linke). Die finanzielle Hilfe von 69 Millionen Euro in Form von Liquiditätshilfen aus Brüssel bezeichnete sie als „Sterbegeld“. Ein neues System der Anpassung der Milchmenge an die Nachfrage müsse eingeführt werden. Dass Milch zu billig sei, gestand auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) ein. „Wir ergreifen Maßnahmen zur Stabilisierung der Einkommen und des Marktes“, erklärte er und verteidigte die Liquiditätshilfen. Durch den Bund würden Landwirte dadurch einen Zuschuss erhalten. Der Weltmarkt würde dankbar alles aufnehmen, rief Friedrich Ostendorff (Bündnis 90/Die Grünen) Versprechen des Ministers in Erinnerung. Aber nun räche sich die wachstumsgetriebene Exportpolitik der Union, der der Absatzmarkt fehle. „Das alte System eines regulierten Marktes hat den Betrieben nicht geholfen“, stellte Wilhelm Priesmeier (SPD) fest. Es sei die Erkenntnis der vergangenen Jahrzehnte gewesen, Exporterstattungen streichen und Quoten aufgeben zu müssen. Nun verlange die Opposition die Rückkehr zu überholten Lösungsansätzen.

Auch Kees de Vries (CDU/CSU) schätzte die Vorschläge als unrealistisch ein. Das Einfuhrverbot für EU-Milchprodukte seitens Russlands und die wirtschaftliche Weltlage könne durch einen Verzicht auf Produktion nicht gelöst werden. Jan Eisel



Viele Flüchtlinge leben noch immer in Massenunterkünften, wie hier in einer Turnhalle in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern). Feldbetten bieten hier Platz für 60 Menschen. picture-alliance/dpa

### KURZ NOTIERT

#### Linke scheitern mit Antrag zu studentischem Wohnen

Die Linksfraktion ist vergangenen Donnerstag mit einem Antrag (18/4512) zur Wohnungsnot in Hochschulstädten gescheitert. Darin hatte sie eine Wohnheimoffensive für Studenten gefordert, um dauerhaft günstigen Wohnraum für Studenten zu schaffen. CDU/CSU und SPD lehnten die Initiative ab und verwiesen unter anderem auf die Zuständigkeit der Länder beim sozialen Wohnungsbau. Die Grünen enthielten sich der Stimme, weil sie einige Forderungen der Linken ablehnt, etwa eine generelle Erhöhung der BAföG-Leistungen. Einen gezielten Wohnungsbau für Studenten befürworteten die Grünen jedoch. joh

#### Klage gegen fehlerhafte UVP ab sofort möglich

Gemeinden und Privatpersonen können künftig gegen eine nicht durchgeführte oder fehlerhafte Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) klagen. Einstimmig nahm der Bundestag am vergangenen Donnerstag einen Gesetzentwurf (18/5927) der Bundesregierung an, mit dem das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz geändert wird. Die Koalition setzt damit ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 7. November 2013 („Altrip-Urteil“) um. Es beruht auf einer Klage der Gemeinde Altrip und einzelner Privatpersonen gegen das Land Rheinland-Pfalz wegen der geplanten Errichtung eines Hochwasserrückhaltebeckens. Die Kläger hatten beantragt, dass die vorausgegangene UVP mangelhaft gewesen sei. joh

#### Weniger Quecksilber und Cadmium in Batterien

Die Verwendung von Cadmium und Quecksilber in Batterien wird weiter eingeschränkt. Mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen passierte am vergangenen Donnerstag ein vom Umweltausschuss geänderter Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Batteriegelteses (18/6233) den Bundestag. Die Linke enthielt sich der Stimme. Ab sofort dürfen nur noch Knopfzellen mit einem geringen Gehalt an beiden Schwermetallen in Verkehr gebracht werden. Der Umweltausschuss hatte unter anderem bei der Pfandrückerstattung für Fahrzeugbatterien nachgebessert. Vertreter, die solche Batterien über das Internet oder in Katalogen anbieten, sind jetzt zu einer Rückerstattung bei Vorlage eines Entsorgungsnachweises verpflichtet. joh

# Riesige Lücken

## BAUEN Flüchtlingskrise verschärft Wohnungsmangel

Die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland steigt von Tag zu Tag - und mit jedem anerkannten Asylbewerber wächst der Bedarf an preiswerten Mietwohnungen. Problem ist nur: Diese Wohnungen sind vor allem in Wachstumsregionen und Hochschulstädten schon jetzt absolute Mangelware. Das Defizit ist so groß, dass Bundesregierung und Wohnungsbauverbände von 350.000 bis 400.000 Wohnungen jährlich sprechen, die in den kommenden fünf Jahren zusätzlich gebaut werden müssen.

Doch öffentliches Bauland ist rar in Deutschland, die Baukosten sind hoch und der Weg von der Baugenehmigung bis zur Fertigstellung einer Wohnung lang. Günstige Immobilien lassen sich also nicht mal eben aus dem Boden stampfen. Genau das muss aber endlich geschehen, forderten sieben Wohnungsbauexperten vergangene Woche in einem öffentlichen Fachgespräch des Bauausschusses. Da die ohnehin massiven Probleme auf dem Wohnungsmarkt durch den Zuzug der Flüchtlinge noch verstärkt würden, müsse nun „geklotzt und nicht geleckert“ werden, appellierte der Bundesdirektor des Deutschen Mieterbunds, Lukas Siebenkotte. Kai Warnecke vom Eigentümerverband Haus&Grund Deutschland sprach von einer „Mammutaufgabe“, die Bund, Länder und Kommunen zu bewältigen hätten. Die Experten warnten jedoch davor, Wohnungsbauprogramme speziell für Flüchtlinge aufzulegen. Maßnahmen sollten vielmehr allen einkommensschwachen Mietergruppen zugute kommen, „auch um Sozialneid vorzubeugen“, betonte unter anderem Ursula Kort-Weiber von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände. Um schneller Erstaufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsunterkünfte schaffen zu können, hat die Bundesregierung bereits Regelungen im Baugesetzbuch und dem Bauplanungsrecht gelockert und den Ländern mehr Geld zugesagt (siehe Stichwort).

Doch unklar bleibt, wo anerkannte Asylbewerber dauerhaft wohnen sollen. Andreas Ibel vom Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) prognostizierte, dass angesichts der zu erwartenden hohen Anerkennungszahlen von Asylbewerbern der Bedarf an dauerhaftem Wohnraum bereits Ende 2016 den Bedarf an temporären Unterkünften übersteigen wird. Er forderte deshalb, das Bauen in Deutschland wieder „einfacher“ zu machen. „Die Technik, die heute in vielen neuen Wohnungen zum Einsatz kommt, ist hochkomplex, teuer und weniger lange haltbar“, urteilte er. Außerdem sprach Ibel sich für eine befristete Aussetzung der Energieeinsparverordnung (EnEV) aus. Der durch die Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten und anderen provisorischen Unterkünften verursachte hohe CO<sub>2</sub>-Ausstoß stehe in keinem Verhältnis zu den geringen Einsparungen im Mietwohnungsneubau, begründete er seine Haltung. Axel Gedaschko vom Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen regte unter anderem eine Änderung der Musterbauverordnung an, um serielles Bauen in Deutschland zu ermöglichen. Mit dem Bau von standardisierten „Typenhäusern“ habe zum Beispiel Schweden gute Erfahrungen gemacht. Lukas Siebenkotte sprach von einem „enormen Nachholbedarf“ beim Wohnungsneubau, der kurzfristige Maßnahmen „unumgänglich“ mache. Dazu zählte er auch „die Beschlagnahme von leer stehendem Wohnraum“ Mietern von städtischen Wohnungen sollte allerdings nicht gekündigt werden, um dort Flüchtlinge unterzubringen. Dies wäre nicht nur rechtlich unzulässig, sondern auch „politisch verheerend“.

### »Flüchtlinge mit Bleiberecht sollten ganz normale Mieter werden.«

Kai Warnecke, Haus&Grund Deutschland

Auch der Architekt und Energieberater Roland Borgwardt riet davon ab, hohe Standards „vorschnell über Bord“ zu werfen. So sei die Unterbringung von Flüchtlingen in Industriegebieten in der Regel ungeeignet, da es dort häufig weder eine Verkehrsbindung noch eine soziale Infrastruktur gebe. Auch der Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen sei nicht gewährleistet. Bei der Einschränkung der Energiesparverordnung sollten zudem die negativen Auswirkungen auf den Klimaschutz gering gehalten werden. Borgwardt warnte insgesamt davor, dass die Absenkung von Qualitätsstandards hohe volkswirtschaftliche Folgekosten nach sich ziehen könnte. Er zeigte sich überzeugt: „Alles, was wir jetzt nicht tun, wird später ein sehr teurer Sanierungsfall.“ Johanna Metz

### STICHWORT

#### Maßnahmen der Bundesregierung

> **Finanzhilfen** Ab 2016 greift der Bund den Ländern beim sozialen Wohnungsbau stärker unter die Arme. Die Kompensationsmittel verdoppeln sich dann auf eine Milliarde Euro. Außerdem wird der Bund den Ländern schon jetzt 500 Millionen Euro für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern überweisen. Die Mittel sollten eigentlich erst 2016 fließen.

> **Baugesetzbuch** Bereits im November 2014 änderte die Koalition das Baugesetzbuch, um die Unterbringung von Flüchtlingen unter anderem in Gewerbegebieten zu erleichtern. Nun kann zu diesem Zweck auch von einzelnen Regelungen des Bauplanungsrechtes abgewichen werden. Außerdem gilt die Energieeinsparverordnung (EnEV2014) in ufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften nur noch eingeschränkt.

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Zugang zu genetischen Ressourcen

**Umwelt I** Trotz erheblicher Kritik der Opposition hat der Bundestag vergangenen Donnerstag den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwürfen zur völkerrechtlichen Ratifizierung (18/5219) sowie der nationale Umsetzung des Nagoya-Protokolls (18/5321) zugestimmt. Mit dem 2010 auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Biodiversitätskonvention angenommenen Nagoya-Protokoll soll der Zugang zu genetischen Ressourcen geregelt und ein fairer Verteilungsausgleich zwischen Herkunftsländern und Verarbeitungsstaaten erreicht werden. Insbesondere die Umsetzung des Nagoya-Protokolls in deutsches Recht wurde von Linken und Grünen kritisiert. Was mit dem Gesetzentwurf zur Umsetzung erfolge, „ist das Gegenteil von dem, was im Nagoya-Protokoll gefordert wird“, kritisierte

Steffi Lemke (Grüne). Das laut Entwurf eigentlich zuständige Bundesamt für Naturschutz (BfN) sehe sich selbst weder dazu in der Lage, den Vollzug des Nagoya-Protokolls zu gewährleisten, noch könne es die geforderte Beratung der nicht-kommerziellen Grundlagenforschung bieten, sagte Birgit Menz (Die Linke). Man habe den bei einer Expertenanhörung geäußerten Bedenken Rechnung getragen, hieß es indes von Seiten der Koalition. So werde die Stellenaussstattung im BfN einer jährlichen Evaluierung unterzogen, sagte Klaus-Peter Schulze (CDU). Außerdem seien einige Rechtsbegriffe konkretisiert und das Patentgesetz so geändert worden, „dass nachvollzogen werden kann, ob das biologische Material aus anderen Ländern legal erlangt wurde“, fügte Carsten Träger (SPD) hinzu. hau

### Sicherere Entsorgung von Atommüll

**Umwelt II** Die Entsorgung von Atommüll in Deutschland soll sicherer werden. Mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen nahm der Bundestag am Donnerstag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Atomgesetzes (18/5865) an. Die Linksfraktion enthielt sich der Stimme. Deutschland setzt damit die EU-Entsorgungsrichtlinie um, die unter anderem die Erstellung eines Nationalen Entsorgungsprogramms (NaPro) vorsieht. Die Koalition hat dieses bereits im Sommer vorgelegt (18/5980). In der Debatte lobten alle Redner, dass das geplante Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll, Schacht Konrad, nicht erweitert werden soll. Stattdessen soll die Endlagerkommission des Bundestages, die Mitte 2016 ihre Arbeit abschließen wird, darlegen, ob die Abfälle aus der Asse und der Urananreicherungs-

anlage Gronau eventuell auch zusammen mit den hochradioaktiven Abfällen gelagert werden könnten. Wie die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), betonte, seien damit Einwendungen gegen erste Entwürfe des NaPro berücksichtigt worden. Steffen Kanitz (CDU) bezeichnete das NaPro als „Herzstück der Entsorgungsstrategie in Deutschland“ und die Atomgesetz-Novelle als Beschluss von „historischer Qualität“. Für Eva Bulling-Schröter (Die Linke) sind indes grundsätzliche Fragen einer sicheren und dauerhaften Atommülllagerung weiterhin ungeklärt. Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) hob hervor, dass nur ein Nachfolgegremium der Endlagerkommission die Frage, ob beide Abfallarten am selben Standort gelagert werden können, beantworten könne. joh

### Vergaben nur noch elektronisch

**WIRTSCHAFT** Die Bundesregierung will das Vergaberecht völlig neu ordnen. Ziel der Modernisierung ist es, die Vergabeverfahren effizienter, einfacher und flexibler zu gestalten und die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen an Vergabeverfahren zu erleichtern, heißt es in dem von der Bundesregierung eingebrachten und vom Bundestag am Freitag an die Ausschüsse überwiesenen Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts (18/6281). Die Interessen mittelständischer Unternehmen sollen vorrangig berücksichtigt werden, indem öffentliche Aufträge in Form von Losen vergeben werden müssen. Eine Gesamtvergabe sei nur aus wirtschaftlichen und technischen Gründen möglich. Die durch die neuen EU-Vergaberichtlinien eröffneten Handlungsspielräume will die Bundes-

regierung nutzen. So sollen öffentliche Auftraggeber zukünftig mehr Möglichkeiten bekommen, soziale, umweltbezogene und innovative Vorgaben zu machen. Auftraggeber und Unternehmen sollen in jedem Stadium des Verfahrens grundsätzlich elektronische Mittel nutzen müssen. „Die elektronische Kommunikation betrifft insbesondere die elektronische Erstellung und Bereitstellung der Bekanntmachung und der Vergabeunterlagen, die elektronische Angebotsabgabe sowie die elektronische Vorbereitung des Zuschlags“, heißt es. Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen, müssen die geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen einhalten. Dies gilt besonders für die Regelungen in für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen und den Mindestlohn. hle

## Ein Fonds ist nicht nötig

### ATOM Opposition fordert Sicherung der Rückstellungen

Der Bund braucht keinen öffentlichen rechtlichen Fonds für die milliardenschweren Rückstellungen deutscher Energiekonzerne für die Kosten des Rückbaus der stillgelegten und noch stillzulegenden Atomanlagen sowie die Kosten der Endlagerung des Atommülls einzurichten. Dies beschloss der Bundestag vergangenen Freitag, in dem er Anträge der Fraktion Die Linke (18/1959) und Bündnis 90/Die Grünen

zentwurf zur Konzernhaftung vorbereitet. Außerdem habe die Regierung eine Kommission eingesetzt, so dass in den nächsten Monaten mit einem sicheren rechtlichen Rahmen zu rechnen sei.

Ralph Lenkert (Die Linke) ging davon aus, dass die Rückstellung der Konzerne in Höhe von 35 Milliarden Euro sowieso nicht reichen würde. Zudem bleibe den Konzernen noch genügend Zeit, das Geld auf die Seite zu schaffen und für andere Dinge zu verwenden. Deshalb müsse die Rückstellung in einem öffentlich-rechtlichen Fonds abgesichert werden. „Wir müssen verhindern, dass sich die Rückstellung in Luft auflöst“, sagte der Abgeordnete. Die Steuerzahler müssten dafür geschützt werden, in Verantwortung genommen zu werden.

**Konsens** Jens Koeppen (CDU) wies darauf hin, dass sowohl die Nutzung der Kernenergie als auch der Ausstieg aus der Kernenergie ein politischer Konsens gewesen sei. Es nütze niemandem, wenn die Konzerne jetzt zerschlagen würden, da sie noch für die erneuerbaren Energien gebraucht würden. Auch er wies auf den Stresstest hin, der gezeigt habe, dass die Rücklagen ausreichend seien.

Sylvia Kotting-Uhl von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sah das Ergebnis des Stresstests nicht nur positiv. Auch dort gebe es Hinweise, dass die Rücklagen nicht ausreichen würden. Auch das Nachhaftungsgesetz sei notwendig, schütze jedoch die Steuerzahler nicht vollkommen. „Der Staat darf nicht in die Haftung genommen werden“, betonte Kottings-Uhl. Es sei Aufgabe der Politik, nicht an der Seite der Konzerne, sondern an der Seite der Steuerzahler zu sein. Michael Klein



Atomkraftwerke vor dem Ende

(18/1465) auf eine Beschlussempfehlung (18/6382) des Ausschusses für Wirtschaft und Energie ablehnte.

Nina Scheer (SPD) hielt es in der Debatte für völlig unübersehbar, welche Folgekosten tatsächlich entstehen würden. So gebe es weltweit bisher keine Endlagerlösung. Nach dem Verursacherprinzip müssten jedoch die Konzerne für alle Folgekosten aufkommen. Die derzeitige Regierung habe schon etliches getan, um dafür zu sorgen, dass die Kosten nicht übertragen würden. So habe es einen Stresstest für die Konzerne gegeben und es werde ein Ge-

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**D**ie Hafens- und Seemannsromantik früherer Jahrzehnte ist längst Geschichte. Auf der See und zwischen den Häfen herrscht heute knallharter Wettbewerb. Und in diesem Wettbewerb schlagen sich die deutschen Unternehmen recht gut. Die wirtschaftliche Situation der deutschen Werften habe sich in den beiden vergangenen Jahren deutlich verbessert, stellt auch die Bundesregierung in ihrem als Unterrichtung (18/5764) vorgelegten Vierten Bericht über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland fest. Umsatz, Auftragswert und Beschäftigtenzahlen der deutschen Werften lägen deutlich über denen des Vorjahres. Der Bericht war Anlass für den Bundestag, am vergangenen Donnerstag eine maritime Bilanz zu ziehen.

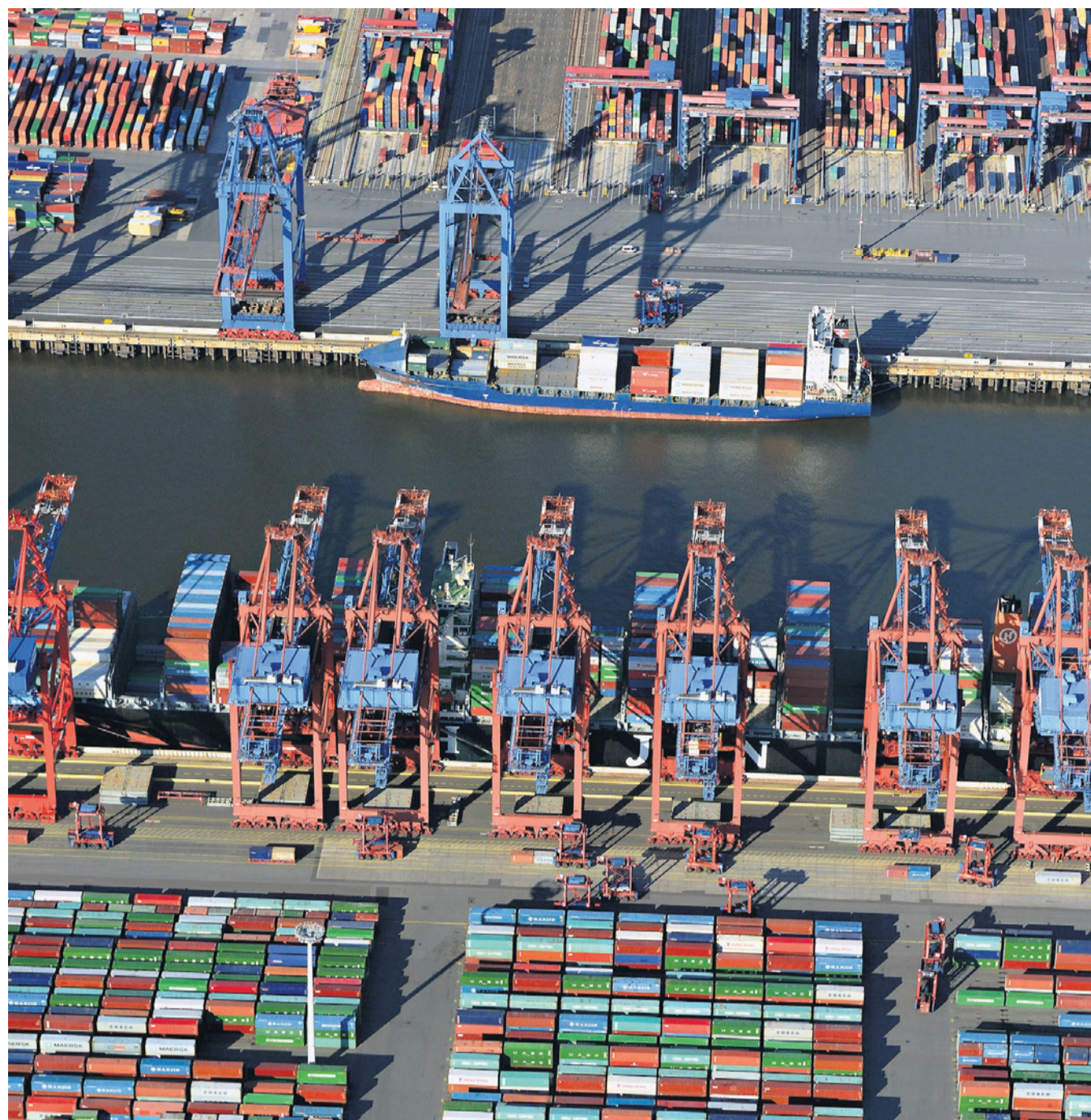
**Bedeutung bis zum Bodensee** Der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Uwe Beckmeyer (SPD), erklärte, die maritime Wirtschaft sei nicht nur für die Küstenregion von Bedeutung, sondern sie reiche von Flensburg bis zum Bodensee. Zulieferbetriebe würden sich in ganz Deutschland befinden. „Wir müssen unsere Technologieführerschaft in Deutschland sichern und ausbauen“, forderte Beckmeyer, der die Wirtschaft aufrief, stärker auf umweltfreundliche Technologien zu setzen. Johann Saathoff (SPD) sagte, ihm sei es nicht egal, ob sein Toaster über Rotterdam oder Hamburg nach Deutschland komme. Es gehe um 400.000 Arbeitsplätze und 30 Milliarden Euro Wertschöpfung pro Jahr in Deutschland.

Herbert Behrens (Linke) kritisierte den Arbeitsplatzabbau in der Branche. Nur noch 7.000 Seeleute würden unter deutscher Flagge fahren. Die Schifffahrtskrise sei nicht zu Ende. Die Bilanz der Wirtschaft sei in Wirklichkeit „vernichtend“, Reeder würden unter die Flaggen von Niedriglohnländern flüchten, und trotzdem würden sie subventioniert, zum Beispiel durch eine Lohnsteuerermäßigung für die Beschäftigten.

Die Frage sei, ob Deutschland Schifffahrtsnation bleiben solle, fragte Rüdiger Kruse (CDU). Er beantwortete die Frage mit einem klaren Ja. Wenn man Exportnation sein wolle, müsse man Logistiknation sein. Und es gebe keine Logistik ohne Schifffahrt, sagte Kruse. Er sprach sich dafür aus, auch Schiffsantriebe mit Flüssiggas (LNG) zu fördern. Damit sichere man nicht nur den Export, „sondern wir tun zugleich etwas für Klima und Umweltschutz.“

**Keine neuen Ideen** Die Politik für die maritime Wirtschaft trete seit Beginn der Schifffahrtskrise auf der Stelle, stellte Valerie Wilms (Grüne) fest. „Neue Ideen liefert die Koalition wirklich nicht“, sagte sie weiter. Die Koalition müsse den großen Wurf wagen, sonst gehe dieser Wirtschaftszweig unter. Es gebe regelmäßig Subventionen, ohne dass die maritime Wirtschaft ihre Zusagen einhalte. Es werde weiter ausgeflaggt. Die Koalition lasse sich nur das Geld aus der Tasche ziehen, kritisierte Wilms.

Die Koalition beschloss einen Antrag (18/6328), in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ein Gesamtkonzept für die Schifffahrt entwickeln und die Rah-



Für den schnellen Warenumschlag ist der Ausbau der Häfen wie hier in Hamburg von großer Bedeutung © picture-alliance/ZB/euronlufbild.de

# Das Tor zur Welt

**MARITIME WIRTSCHAFT** Häfen und Schifffahrt werden wichtiger

menbedingungen so gestalten, „dass der Schifffahrtstandort Deutschland und die deutsche Flagge wettbewerbsfähig werden“. Außerdem soll die Bundesregierung das Nationale Hafenkonzept fortschreiben, gemeinsam mit den Ländern eine Strategie zur Nutzung von Flüssiggas entwickeln und die Errichtung und den Betrieb eines deutschen Flüssiggasterminals (LNG-Terminal) zur Schaffung von Versorgungssicherheit im nationalen Interesse begleiten. Zur Förderung von Investitionen in den Neu- oder Umbau von Schiffen mit LNG-Antrieb soll ein Programm aufgelegt werden. Auch steuerliche Maßnahmen werden gefordert. Beide Fraktionen betonten in ihrem Antrag auch die Bedeutung der Schiffbau- und

Meerestechnik. Der Technologiestandort Deutschland soll im Bereich der Marine- und Werftindustrie gestärkt werden, und in der Offshore-Windindustrie soll es fairen und transparenten Wettbewerb geben. Gefördert werden sollen weitere Projekte zur Gewinnung von Meeresenergie aus Wellen, Strömung und Gezeiten. Außerdem sprechen sich die Fraktionen für den verstärkten Einsatz von Fähren mit Elektroantrieb aus.

**Exportabhängigkeit** Jeder zweite Arbeitsplatz in Deutschland hänge vom Export ab. Die maritime Wirtschaft habe daher eine große gesamtwirtschaftliche Bedeutung, schreiben die Fraktionen. 95 Prozent

des interkontinentalen Warenaustausches würden über den Seeweg abgewickelt, gleiches gelte für 60 Prozent der deutschen Warenexporte. Auch wenn Reedereien und Werften zumeist in Küstennähe angesiedelt seien, sei die maritime Industrie für ganz Deutschland von hoher Relevanz. „Ein Großteil der Zulieferbetriebe, beispielsweise in den Bereichen Anlagenbau, Werkstoffe, Elektrotechnik und Dienstleistungen, befinden sich in Mittel- und Süddeutschland“, heißt es in dem Antrag. Und die deutschen Seehäfen seien wichtige Ausgangspunkte in langen Lieferketten, die ungehindert funktionieren müssten. Auch die Bundesregierung würdigt in ihrem Bericht, der zur weiteren Beratung an

die Ausschüsse überwiesen wurde, die Entwicklung der Werftindustrie: Zwar sei der Auftragsbestand Ende 2014 im Vergleich zu 2013 von 49 auf 40 Schiffe gesunken, im Gegenzug sei jedoch der Auftragswert von 9,1 auf 10,8 Milliarden Euro gestiegen. Der Umsatz der Werften habe 6,4 Milliarden Euro (2013: fünf Milliarden Euro) betragen. Die Zahl der Beschäftigten sei um sechs Prozent auf 17.854 gestiegen. „Darüber hinaus verfügt die Werften Ende vergangenen Jahres über fünf Aufträge zum Bau von Plattformen für die Offshore-Windindustrie mit einem Volumen von 721 Millionen Euro“, stellt die Regierung erfreut fest. Diese Aufträge sind in der Schiffsbaustatistik nicht enthalten. Die Offshore-Windenergie sei eine wichtige Säule der Energiewende und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Damit gebe es neue Perspektiven für die deutsche Schiffsbaubranche, maritime Dienstleister und weitere Wirtschaftsbereiche.

**Schlüsselrolle** Die Bundesregierung attestiert der maritimen Wirtschaft eine „Schlüsselrolle für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes“. Die Häfen würden einen wichtigen Teil der Grundversorgung der deutschen Industrie sichern. Der Güterverkehr über See werde weiter zunehmen, prognostiziert die Regierung. Deutsche Reedereien würden mit 2.962 Handelsschiffen die viergrößte Flotte der Welt stellen. In der Sparte Containerschiffahrt liege die deutsche Flotte sogar an erster Stelle. Gemessen an ihrer Transportleistung sei die Schifffahrt der umweltfreundlichste Verkehrsträger.

Den deutschen Häfen wird bescheinigt, zu den „besten Umschlagplätzen der Welt“ zu zählen. Ohne die Leistungen der Häfen, die als Tor zur Welt gelten, wäre Deutschlands Rolle als eine der führenden Exportnationen der Welt nicht denkbar. Es wird erwartet, dass die Umschlagvolumina der 19 größten deutschen Seehäfen von 269 Millionen Tonnen (2010) auf 468 Millionen Tonnen im Jahr 2030 steigen werden. Dabei wird für die elf großen Nordseehäfen ein stärkeres Wachstum (drei Prozent jährlich) als für die acht Ostseehäfen (zwei Prozent jährlich) angenommen. Das höhere Wachstum der Nordseehäfen wird auf deren stärkere Bindung an die Märkte in Asien und Amerika sowie auf das überdurchschnittliche Wachstum der Containerverkehre zurückgeführt.

**Für die Elbvertiefung** „Damit die Häfen Hamburg und Bremerhaven weiterhin die größten Containerschiffe abfertigen und im Wettbewerb bestehen können, ist die Umsetzung der geplanten Fahrplänenanpassungen an Elbe und Weser erforderlich“, erklärt die Bundesregierung. Ebenfalls an die Ausschüsse überwiesen wurde ein Antrag der Grünen (18/6347), in dem eine Stärkung der Position des maritimen Koordinators gefordert wird. Das Amt des Koordinators wird von Beckmeyer ausgeübt. Außerdem soll es nicht mehr im Wirtschafts-, sondern im Verkehrsministerium angesiedelt sein. Dort würden das Maritime Bündnis bearbeitet, Entscheidungen über die Hinterlandverbindungen der Häfen getroffen und die Wasserstraßen verwaltet. Hans-Jürgen Leersch

## Mehr Geld für den Schiffbau

**HAUSHALT I** Für den innovativen Schiffbau sollen im kommenden Jahr 25 Millionen Euro zu Verfügung stehen. Das sind 10 Millionen Euro mehr als bisher vorgesehen. Dies beschloss der Haushaltsausschuss einstimmig bei den Beratungen des Regierungsentwurfs zum Haushalt 2016 (18/5500) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Zur Stärkung der maritimen Wirtschaft will der Bund gleichzeitig seinen prozentualen Anteil bei der Förderung des innovativen Schiffbaus von 50 Prozent auf zwei Drittel erhöhen. Somit beträgt die Kofinanzierung durch die Länder nur noch ein Drittel. Der Bund erwartet von den Ländern eine verbindliche Zusage, dass die Kofinanzierung durch sie gesichert wird, heißt es in dem Antrag.

Ebenso erhöhte der Ausschuss gegenüber dem Regierungsentwurf die Mittel für Forschung und Innovation für den Mittelstand um 4,99 Millionen Euro auf 543,47 Millionen Euro und die Beteiligung des Bundes an Auslandsmessen um 1,09 Millionen Euro auf insgesamt 82,39 Millionen Euro. Damit soll es vor allem kleineren und mittleren Unternehmen ermöglicht werden, sich an Messen im Ausland zu beteiligen. Die Änderungen gegenüber dem Regierungsentwurf, die alle von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD beantragt wurden, fanden im Ausschuss breite Zustimmung. mik

## Trockendock in Brunsbüttel

**HAUSHALT II** Die Schleuse Brunsbüttel am Nord-Ostsee-Kanal bekommt ein neues Trockendock. Dazu hat der Haushaltsausschuss bei den Beratungen des Regierungsentwurfs zum Haushalt 2016 (18/5500) des Etats des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur 21 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Weitere zehn Millionen Euro werden als weitere Planungsmittel für die Schleuse Schamebeck bereitgestellt. Damit erhöhten die Abgeordneten den Ansatz für Neubaumaßnahmen an Bundeswasserstraßen von 556 Millionen auf 587 Millionen Euro. 20 Millionen Euro stellte der Haushaltsausschuss erstmals für „Innovative Verkehrstechnologien“ bereit. Die Ausgaben sind unter anderem für den Aufbau eines Förderprogramms „Innovative Seehafentechnologien“ vorgesehen. Für die Fortschreibung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie und der Förderung der alternativen Kraftstoffinfrastruktur sollen im kommenden Jahr statt 10,5 Millionen Euro wie im Regierungsentwurf vorgesehen 18,5 Millionen Euro bereitgestellt werden. Diese Mittel sind vor allem für die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur in Häfen an Nord- und Ostsee vorgesehen. Zur Gegenfinanzierung der vom Ausschuss beschlossenen Mehrausgaben wurden 59 Millionen Euro beim Bundesesebahnmögen eingespart. mik

## Der Zoll wird umstrukturiert

**FINANZEN** Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuorganisation der Zollverwaltung (18/5294) findet bei den betroffenen Arbeitnehmerorganisationen keinen ungeteilten Zuspruch. Rundheraus positiv äußerte sich in einer Anhörung des Finanzausschusses in der letzten Woche allein der Vertreter der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ). Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi gab Zweifel an der Verheißung einer „Effizienzrendite“ zu Protokoll, die die Bundesregierung von der Umstrukturierung erwartet. Die Gewerkschaft der Polizei warnte sogar vor verfassungsrechtlichen Risiken, die sich aus der geplanten Eingliederung des Zollkriminalamtes in die neue Zollgeneraldirektion ergeben könnten.

Der Gesetzentwurf, den der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung behandelte, sieht die Bündelung aller Kompetenzen für das Zollwesen in einer zentralen Oberbehörde vor. Die neue Generalzolldirektion mit Sitz in Bonn soll die Aufgaben der bisherigen Bundesfinanzdirektionen Nord, Mitte, West, Südwest und Südost sowie des Zollkriminalamtes und der Zoll- und Verbrauchssteuerabteilung im Bundesministerium der Finanzen übernehmen. Die etwa 7.000 Mitarbeiter der Generalzolldirektion bleiben an den Standorten der bisherigen Mittelbehörden über das Bundesgebiet verteilt. Damit soll die Zollverwaltung in der Fläche präsent bleiben. wid

## Dann fließt der Strom unter der Erde

**WIRTSCHAFT** Akzeptanz von Energieleitungen soll verbessert werden. Kosten steigen

Die Lösung klingt so einfach. Statt überdimensionaler Strommasten und Höchstspannungsleitungen unmittelbar an Dörfern und an Städten vorbei werden die Kabel einfach in der Erde vergraben. Und schon kann der Strom ungehindert von den Windenergieanlagen an der Küste ins windarme Bayern fließen, wo in einigen Jahren die letzten Atommeiler abgeschaltet werden sollen. Dass die Idee gut, aber in der Praxis nicht ganz so einfach durchführbar ist, zeigte eine Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie in der vergangenen Woche. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD wollen mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus (18/4655, 18/5581) den Vorrang der Erdverkabelung für Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) einführen. Damit soll auf die Bürgerproteste gegen die geplanten Gleichstrom-Freileitungen von Norddeutschland nach Bayern und Baden-Württemberg Rücksicht genommen werden.

**Unterstützung** In der Anhörung unterstützte Tjark Bartels, Landrat des niedersächsischen Landkreises Hameln-Pyrmont, die Energiewende und die Notwendigkeit der „SuedLink“-Trasse von Norddeutschland nach Bayern. Durch den geplanten Vorrang für die Erdverkabelung sei eine hohe Akzeptanz zu erwarten. Für die Deutsche Umwelthilfe bezeichnete Peter Ahmels den Vorrang von Erdverkabelungen für HGÜ-Verbindungen in Siedlungsnähe als eine Verbesserung des Wohnumfeldschutzes. Außerhalb von Siedlungsgebieten seien Eingriffe in den Boden genau zu prüfen. „Wenn die Erdverkabelung keine bessere Lösung darstellt, muss auch weiter ei-



Unbeliebte Strommasten © picture-alliance/dpa

ne Freileitung möglich sein“, hieß es in der Stellungnahme der Umwelthilfe. In der Anhörung wurde deutlich, dass für die Erdkabel rund 25 Meter breite Schneisen geschlagen werden müssen. Von den Übertragungsnetzbetreibern wurde auf Zeitverzögerungen bei der Umpflanzung und auf Kostensteigerungen hingewiesen. So erklärte der Netzbetreiber TenneT, die für die Erdverkabelung von HGÜ-Leitungen notwendige Neuplanung könne zu einer Verzögerung von drei Jahren führen. Daher müssten Planung und Genehmigung von Leitungsbauprojekten erheblich beschleunigt werden. TenneT-Vorstand Lex Hartmann sprach in der Anhörung von einem „Genehmigungssumpf“ in Deutschland. Manche Projekte gingen auf das Jahr 2002 zurück. hle

Die Erdverkabelung im Drehstrombereich entspricht laut TenneT noch nicht dem Stand der Technik und müsse daher weiter in Pilotvorhaben an den Stand der Technik herangeführt werden. Auch die Kosten sind höher als bei Freileitungen. Nach Angaben des Netzbetreibers Amprion sind die Investitionskosten für Erdverkabelung bei der Drehstromtechnik etwa vier- bis zehnmals so hoch wie bei Freileitungen. In der Gleichstromtechnik liege der Faktor zwischen drei und acht. Am Beispiel der geplanten SuedLink-Trasse machte TenneT die bei einem Erdkabel-Anteil von 90 Prozent zu erwartenden Mehrkosten deutlich: Sie lägen bei acht bis neun Milliarden Euro statt bei drei Milliarden in der Variante mit Freileitungen. Amprion wies außerdem darauf hin, dass Kabelsysteme in der Höchstspannung sowohl bei Wechsel- als auch Gleichstrom eine deutlich höhere Nichtverfügbarkeit als Freileitungssysteme hätten. Je nach Fehlerereignis könne eine Reparatur mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Amprion-Vorstand Klaus Kleinekorte empfahl daher auch bei der Gleichstromtechnik zunächst Pilotvorhaben. TenneT-Vorstand Hartmann zeigte sich besorgt über die Beanspruchung des Stromnetzes: Man drohe nicht mit Blackout. Aber „wir sind überlastet. Die Risiken werden immer größer.“ Die Kosten für die Erdverkabelung würden an die Industrie weitergereicht, beklagte Thomas Mock (Hydro Aluminium). Diese Kosten könnten nicht eingepreist werden, weil die internationalen Wettbewerber diese Kosten nicht hätten. Der „Erdkabel-Effekt“ für ein Aluminium-Werk betrage bis zu 1,2 Millionen Euro. Eine Kostendeckelung sei bei der Erdverkabelung bisher nicht vorgesehen. hle

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Die Wirtschaft läuft robust

**KONJUNKTUR** Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach Ansicht von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) auf einem „robusten Wachstumskurs“. Gabriel sagte in der letzten Woche bei der Vorstellung der Herbstprojektion der Bundesregierung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Stützen der Konjunktur seien vor allem die Konsumausgaben der privaten Haushalte, die in diesem Jahr um 2,6 Prozent und im nächsten Jahr um 2,8 Prozent steigen sollen. Die Bundesregierung senkte ihre Wachstumsprognose für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2015 von 1,8 auf 1,7 Prozent, erwartet aber 2016 wieder ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 Prozent. Mit dem prognostizierten Wachstum von 1,7 Prozent sei man „wesentlich vorsichtiger“ als die führenden Wirtschaftsinstitute, sagte Gabriel. Die Institute hatten in ihrer Frühjahrsprognose ein Wachstum von 2,1 Prozent erwartet. Gabriel zeigte sich froh, dass die Regierung den eigenen Daten vertraute und sich nicht auf die sehr optimistischen Prognosen der Institute eingelassen habe. Ein Grund für den leichten Rückgang des Wachstums seien Probleme in den Schwellenländern. Die Zahl der Erwerbstätigen soll nach Angaben der Regierung im kommenden Jahr auf das Rekordniveau von 43,3 Millionen steigen, rund 270.000 mehr als in diesem Jahr. Gabriel freute sich über diesen Anstieg, der stärker als erwartet sei. Eine negative Wirkung des Mindestlohns sei nicht feststellbar, erklärte er. Die Arbeitslosenquote soll in diesem Jahr noch um 100.000 zurückgehen, im nächsten Jahr aber um 60.000 steigen. Grund ist nach Angaben des Ministers der starke Zustrom von Flüchtlingen. „Die, die zu uns kommen, können nicht in kurzer Frist in den Arbeitsmarkt integriert werden“, stellte Gabriel fest, der Bildung und

Ausbildung als Schlüssel für eine Verbesserung der Integration bezeichnete. Ein Sprecher der CDU/CSU-Fraktion lobte ebenfalls die robuste konjunkturelle Lage, die auch auf die gestiegene Beschäftigung und die gesunkenen Importpreise zurückzuführen sei. Zur Stärkung der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes regte ein Sprecher der Fraktion einen Integrationspakt an. Es kämen nicht nur Facharbeiter nach Deutschland. Um die positive Situation auch in Zukunft zu halten, sprach sich die SPD-Fraktion für mehr Investitionen aus. Funk- und Schlaglöcher müssten beseitigt werden, forderte ein Sprecher der Fraktion. Die Fördermittel für Fachkräfte müssten aufgestockt werden, damit die Integration gelingen könne. Die Linksfaktion zeigte sich enttäuscht über den ihrer Ansicht nach zu geringen Anstieg der Löhne, der sich seit 2010 gerade auf zwei Prozent summiere. Um die „verhaltene Lohnentwicklung“ zu beschleunigen, müssten „Lohnbremsen“ wie Werkverträge, Leiharbeitsverhältnisse und befristete Verträge herausgenommen werden. Der Sprecher kritisierte auch den immer weiter steigenden Leistungsbilanzüberschuss, dessen Höhe gegen EU-Regeln verstoße. Die Grünen bezeichneten Gabriels Äußerung zum Mindestlohn als „erfreulich“. Problematisch seien die aus der CDU/CSU kommenden Forderungen, Flüchtlingen nicht den Mindestlohn zahlen zu müssen. Die Bundesregierung schreibt in ihrem Bericht, auch der niedrige Wechselkurs des Euro trage zur Verbesserung der Exportperspektiven in diesem Jahr bei. Die deutschen Exporte sollen auch im nächsten Jahr zunehmen. Die privaten Wohnungsbauinvestitionen seien dank günstiger Finanzierungsbedingungen und der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Wachstumstütze. hle



**KURZ NOTIERT**

**Regionalverkehr wird neu finanziert**

Der Bundestag hat vergangene Woche bei Enthaltung der Linken der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat (18/6370) zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur dritten Änderung des Regionalisierungsgesetzes (18/3785, 18/3993, 18/4164, 14/4189) zugestimmt. Der Kompromiss zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung des Regionalverkehrs sieht vor, dass der Bund für das Jahr 2016 die sogenannten Regionalisierungsmittel auf acht Milliarden Euro erhöht. Mit diesem Geld finanzieren die Länder vor allem den für Pendler wichtigen Nahverkehr auf der Schiene. In den Jahren 2017 bis 2031 steigt der Bundeszuschuss jährlich um 1,8 Prozent. Die Länder weisen dem Bund regelmäßig die konkrete Verwendung der Gelder nach. Wie der Zuschuss zwischen den einzelnen Ländern aufgeteilt wird, soll eine Rechtsverordnung regeln, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Außerdem einigten sich Bund und Länder darauf, den Anstieg der Stations- und Trassenpreise im Schienenpersonennahverkehr der bundeseigenen Eisenbahnunternehmen künftig zu begrenzen. Dies soll in einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren umgesetzt werden. Die Änderungen treten am 1. Januar 2016 in Kraft. *mik*

**Reform bei Aufsicht über Abschlussprüfer**

Wer Abschlüsse großer Unternehmen erstellt, soll in Zukunft von der Abschlussprüferaufsichtsstelle beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle beaufsichtigt werden. Dies sieht der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der aufsichts- und berufsrechtlichen Regelungen der Richtlinie 2014/56/EU sowie zur Ausführung der entsprechenden Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 im Hinblick auf die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse (18/6282) vor, der am Donnerstag vom Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. *hle*

**Auch alte Heizkessel müssen Energielabel haben**

Verbraucher sollen motiviert werden, alte und ineffiziente Heizkessel durch neue und effiziente Anlagen auszutauschen. Diesem Ziel dient das am Donnerstag vom Deutschen Bundestag beschlossene Erste Gesetz zur Änderung des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes (18/5925, 18/6383). CDU/CSU und SPD stimmten zu, Linke und Grüne enthielten sich. Mit dem Gesetz wird der Anwendungsbereich des nationalen Effizienzlabels auf gebrauchte Heizgeräte erweitert. Bisher mussten nur neue Geräte das Öko-Etikett haben. *hle*

**Doppelbesteuerung mit Irland neu geregelt**

Der Bundestag hat vergangene Woche der Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Irland (18/5579), auf Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (18/6369) zugestimmt. Dabei geht es insbesondere um Veränderungen bei irischen Steuern sowie die Zuordnung von Steuerpflichten für Unternehmens-Betriebsstätten. *hle*



Bald geht die Arbeit los. Im kommenden Jahr will Volkswagen in Europa 8,5 Millionen Diesel-Fahrzeuge, davon 2,4 Millionen Pkw in Deutschland, in die Werkstatt rufen.

© picture-alliance/dpa

# Ungewisse Zukunft

## ABGAS-SKANDAL Opposition fordert Aufklärung durch unabhängige Kommission

Die Aktien im Keller, die Autokäufer verunsichert, die Mitarbeiter bei VW, aber auch bei anderen deutschen Autoherstellern und -zulieferern in Sorge um ihren Arbeitsplatz. 8,5 Millionen Diesel-Pkw müssen in die Werkstatt. Und überall Empörung darüber, was der VW-Konzern mit seinen Manipulationen bei Abgasen anrichtet hat. Auch im Deutschen Bundestag, der am Donnerstag über „Konsequenzen aus dem Abgasskandal bei Dieselfahrzeugen“ debattierte. Was aber diese Konsequenzen sein sollen, ob die Diesel-Technologie überhaupt noch eine Zukunft hat, darüber wurde dort ebenso heftig gestritten, wie über den Vorwurf der Kumpanei zwischen Bundesregierung und Autoindustrie, den Redner der Opposition erhoben.

**»Wer betrügt, der fliegt, und zwar diesmal aus dem Markt.«**

Anton Hofreiter (Grüne)

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter prophezeite zur Zukunft des VW-Konzerns in Abwandlung eines alten Slogans aus der Asyldebatte: „Wer betrügt, der fliegt, und zwar diesmal aus dem Markt.“ Nicht nur die Autoindustrie, sondern auch Aufsichtsbehörden hätten bisher die Emissionsgrenzwerte nicht ernst genommen und gewusst, dass der tatsächliche Aus-

stoß wesentlich höher ist als in offiziellen Test gemessen. Diese Grenzwerte seien aber festgelegt worden, um „unser Klima und die Gesundheit der Menschen in unseren Städten zu schützen“. Zu lange hätten Politiker sowohl aus der SPD wie auch aus der Union das Sagen gehabt, die von sich behaupteten hätten, Benzin liege ihnen im Blut, fuhr Hofreiter fort. Darüber sei die Autoindustrie großwahnsinnig geworden. „Eine Autoindustrie, die einfach bei Frau Merkel anrufen kann, und dann zerschießt Frau Merkel den bereits ausgehandelten Kompromiss zu CO<sub>2</sub>-Grenzwerten“, eine solche Autoindustrie sei „ein Riesenscheitern für unser Land“.

**Erfolge** Dem hielt der Parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium, Enak Ferlemann (CDU), entgegen, ungeachtet der unbestreitbaren Probleme seien große Erfolge beim Umwelt- und Klimaschutz zu verzeichnen. So seien die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Straßenverkehr in den vergangenen fünf Jahren um 25 Prozent zurückgegangen. Ausführlich führte Ferlemann die Maßnahmen auf, welche die Bundesregierung zur Aufarbeitung des VW-Skandals bereits ergriffen habe. So habe das Kraftfahrtbundesamt sofort nach Bekanntwerden der Vorwürfe von VW einen Plan angefordert, wie

es die künftige Einhaltung der Grenzwerte durch bereits ausgelieferte Fahrzeuge sicherstellen will, verbunden mit klaren Fristsetzungen. Am 15. Oktober, dem Tag der Debatte, sei dann eine rechtsverbindliche Anordnung ergangen, nach der Anfang 2016 mit dem Rückruf aller betroffenen Fahrzeuge zu beginnen sei. Caren Lay (Die Linke) erhob den Vorwurf, aufgrund von „Klüngelerei zwischen Autoindustrie und Politik“ seien jahrelange Hinweise von Umweltschutzverbänden sowie der EU über weit erhöhte Schadstoffausstoß von Fahrzeugen „unter den Tisch gekehrt“ worden. Grenzwerte seien in der Realität um bis zu 400 Prozent überschritten worden. Gerade im Interesse der Beschäftigten der Autoindustrie gehöre nun „die Wahrheit endlich auf den Tisch“. Lay forderte die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass nun nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Folgen von Manipulationen der Manager zu tragen haben. Bei den Familien Piëch und Porsche sei „einiges zu holen“, und „da sollten wir es uns auch holen“. Mit Kritik an der Autoindustrie sparte auch Arno Klare (SPD) nicht. Er sei enttäuscht gewesen, dass auf der jüngsten Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt das erste serieneife Brennstoffzellenfahr-

**»Es ist gut, dass sich die Kanzlerin um diese Arbeitsplätze kümmert.«**

Oliver Wittke (CDU)

zeug von Toyota vorgestellt worden sei und nicht von VW oder einem der deutschen Premium-Hersteller. Fast untergegangen sei aber wegen des VW-Skandals, dass sich in dieser Woche sechs Unternehmen in Deutschland zu einem H2-Mobility-Joint-Venture zusammengeschlossen haben. Sie wollten sicherstellen, dass es bis 2023 in Deutschland 400 Wasserstofftankstellen gibt. Um sauberen Technologien zum Durchbruch zu verhelfen, forderte Klare unter anderem eine Sonderabschreibung für Elektrofahrzeuge. Gegen die Einschätzung von Oppositionsrednern, die der Diesel-Technologie keine Zukunft mehr zusprachen, wandte sich Oliver Wittke (CDU). Bis die Elektro- oder Wasserstoffantriebe hundert Prozent des Automobilverkehrs übernehmen könnten, sei eine Weiterentwicklung des Diesel nötig. Kritik an Gesprächen der Kanzlerin mit Vertretern der Autoindustrie wies Wittke zurück: „Es ist gut, dass die Kanzlerin sich um diese Arbeitsplätze kümmert und diese Arbeitsplätze sichert.“ Zwei Anträge der Oppositionsfraktionen, die Gegenstand der Debatte waren, verwies der Bundestag zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse. Die Linke fordert in ihrem Antrag (18/6325) die Bundesregierung auf, aktiv darauf hinzuwirken, dass die

Folgen des organisierten Betrugs bei VW nicht auf die Mitarbeiter abgewälzt werden. Zudem soll die Regierung eine unabhängige Kommission beauftragen, einen umfassenden Bericht zum Abgasskandal zu erstellen. Das Umweltbundesamt soll der realen Fahrpraxis gerecht werdende Abgas- und Verbrauchstests aller in Deutschland zugelassenen Diesel-Pkw vornehmen. Schließlich soll die Bundesregierung für eine schnelle und vollständige Behebung der Mängel sorgen und eine Untersuchung zur Ermittlung der Steuerausfälle in Auftrag geben. Außerdem fordern die Abgeordneten von der Regierung die Luftreinhalte-Strategie auszuarbeiten und einen Gesetzentwurf für ein Unternehmensstrafrecht vorzulegen.

**Antrag** Die Grünen fordern (18/6334), die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie zu sichern. Dazu sollen die Ursachen des Skandals konsequent aufgearbeitet und größtmögliche Transparenz über Verbrauch und Emissionen hergestellt werden. Emissionsprüfungen für Diesel- und Benzinmodelle im realistischen Fahrbetrieb sollen eingeführt und die Abgas-Feldüberwachung des Umweltbundesamtes gestärkt werden. Die Fraktion fordert von der Regierung weiter, dafür zu sorgen, dass Gesundheit, Umwelt und Verbraucher geschützt werden, indem sie zügig Maßnahmen zur Verringerung der Luftbelastung durch Emissionen des Straßenverkehrs in Städten einleitet und einen Aktionsplan Luftqualität vorlegt. *Peter Stütze*

# Beim Erben bekommt der Staat zu wenig mit

## FINANZEN Der Generationenübergang großer Betriebsvermögen wird bevorzugt. Expertenkritik am Gesetzentwurf

Die Deutschen werden zu einem Volk von Erben. Immer weniger Kinder erben von einer großen Zahl verstorbener Verwandter. Bis zu 250 Milliarden Euro würden jedes Jahr vererbt, berichtete Professor Lorenz Jarass von der Hochschule RheinMain in einer Anhörung des Finanzausschusses vergangene Woche. Nur Vater Staat erbt verhältnismäßig wenig mit, könnte aber mehr Geld dringend für Bildung, Infrastruktur und Flüchtlingsintegration gebrauchen. Das Aufkommen der Erbschaftsteuer betrage nur 5,5 Milliarden Euro im Jahr, berichtete Jarass. Während Erben im Durchschnitt mit zwei Prozent besteuert werde, werde Arbeitsentgelt mit Steuer und Abgaben in Höhe von 40 Prozent belastet, also zwanzigmal höher als ein Erbe.

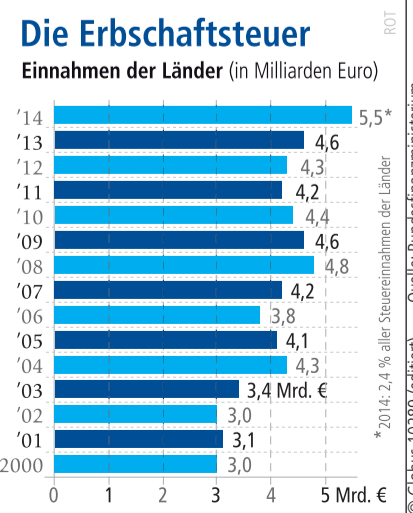
**Verschonungsregeln** Das Bundesverfassungsgericht hatte die geltenden erbschaftsteuerrechtlichen Regelungen vor allem wegen der Verschonung großer Betriebsvermögen verworfen. Die Bundesregierung legte daher den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (18/5923) vor, mit dem eine verfassungsgemäße Ausgestaltung der Verschonung betrieblichen Vermögens erreicht werden soll. Ziel ist es,

die vorhandene Beschäftigung in den übergehenden Betrieben weiterhin zu sichern. Der Entwurf sieht Verschonungen für Betriebsvermögen von der Steuer vor, wenn sie den Betrieb fortführen und die Lohnsummen über verschiedene Zeiträume halten, also die Beschäftigung sichern. Für Erben großer Betriebsvermögen gibt es Spezialvorschriften zur Steuererschonung oder zur Steuerreduzierung. Die Stiftung Familienunternehmen erklärte, was die Bundes-

regierung vorgelegt habe, reiche nicht aus, „wenn das Ziel des Erhalts und der Sicherung der Arbeitsplätze auch der großen Familienunternehmen tatsächlich erreicht werden soll“. In einem Beispiel rechnete die Stiftung vor, dass der Erbe eines Unternehmens mit einem Wert von 100 Millionen Euro erheblich mehr Steuern zu zahlen hätte als bisher. Damit würden den Betrieben Mittel für Investitionen entzogen.

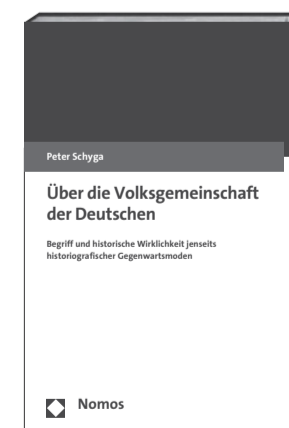
**Übertragung nicht möglich** Ohne die Verschonungsregelungen des alten Rechts wäre der Betriebsübergang eines Teils seines Unternehmens auf die nächste Generation nicht möglich gewesen, schilderte Professor Rolf Schnellecke (Schnellecke Group AG & Co. KG) seine persönlichen Erfahrungen. Unter den Bedingungen des heutigen Entwurfs könnte er die Übertragung nicht mehr vornehmen. Er kritisierte die „nicht mehr gegebene Planbarkeit und besonders „völlig unrealistische“ Vorschriften für die Bewertung von Unternehmen. Andere Sachverständige widersprachen der Argumentation der Wirtschaft. Rechtsanwalt Klaus Stähle erklärte: „Es gibt keinen objektiv belegbaren Grund, die Unternehmensnachfolge im Erbschafts- und Schenkungsfall dermaßen zu privilegieren.“ Wenn das Gesetz in dieser Form umgesetzt

werde, werde es beim Verfassungsgericht scheitern. Auch der frühere Finanzminister Carsten Kühl (SPD, Rheinland-Pfalz) sagte, die von den Bundesländern formulierten Bedenken würden erahnen lassen, „dass die Verfassungskonformität der jetzigen Vorlage keinesfalls als gesichert gelten kann“. Für Professor Joachim Wieland (Universität Speyer) verstößt der Gesetzentwurf durch die Überprivilegierung betrieblichen Vermögens gegen den allgemeinen Gleichheitssatz und hat „in der gegenwärtigen Form keine Chance auf Billigung durch das Bundesverfassungsgericht“. Auch Professor Roman Seer (Ruhr-Universität Bochum) bezweifelte die verfassungsgemäße Ausgestaltung des Entwurfs der Regierung. Unverständlich fand der Professor den Entwurf auch: „Was da drin steht, verstehe ich zum Teil nicht. Und ich bin Steuerrechtler.“ *Hans-Jürgen Leersch*



Anzeige

## Über die Volksgemeinschaft der Deutschen



**Über die Volksgemeinschaft der Deutschen**  
Begriff und historische Wirklichkeit jenseits historiografischer Gegenwartsmoden  
Von Dr. Peter Schyga  
2015, 197 S., brosch., 36,- €  
ISBN 978-3-8487-1369-1  
www.nomos-shop.de/22979

Die Volksgemeinschaft der Deutschen und ihre gewaltige, Vernichtung bringende Aufladung im Nationalsozialismus ist seit Jahren ein zentraler Gegenstand der deutschen Geschichtswissenschaft. Der Autor sucht nach inneren Triebkräften und decodiert den schwer fassbaren Begriff der „deutschen Volksgemeinschaft“.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



**AUFGEKEHRT**

**Auch das schaffen wir**

Die Bundesregierung bereitet sich offenbar auf das Szenario vor, dass Teile Deutschlands nicht mehr das Land von Angela Merkel (CDU) sein sollten. Wie aus einem streng vertraulichen Sitzungsprotokoll eines Geheimtreffens im Kanzleramt hervorgeht (liegt der Redaktion vor), hat sich Angela Merkel mit ihrem Kabinett, den Fraktionsvorsitzenden sowie den Regierungschefs von 15 Bundesländern auf einen Notfallplan geeinigt, sollte Sachsen im Fall eines Pegida-Sieges bei den kommenden Landtagswahlen den „Säxitz“ machen. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) plädierte mit enthaltener Zustimmung seines baden-württembergischen Amtskollegen Winfried Kretschmann (Grüne) dafür, den Freistaat Sachsen zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären. Bayern werde Asylbetrüger und Wirtschaftsfüchlinge in das ihnen kulturell näherstehende Thüringen abschieben. Unions-Fraktionschef Volker Kauder hingegen sprach sich vehement dafür aus, sächsischen Christen in jedem Fall Asyl zu gewähren. Mit 25 Prozent der vier Millionen Einwohner Sachsen stellen sie eine bedrohte Minderheit im überwiegend atheistischen Land dar. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt forderte Integrations- und Sprachkurse für die Flüchtlinge. Sinnvoll sei auch die Verteilung des Grundgesetzes in den verschiedenen Dialekten zwischen Vogtland und Oberlausitz. Als Skandal wies Sahra Wagenknecht (Linke) die Forderung von Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) zurück, Kaffee und Kuchen aus den Sachleistungen für sächsische Flüchtlinge zu streichen. Scholz hatte argumentiert, man dürfe keine unnötigen Fluchtanreize schaffen. *Alexander Weinlein*

**VOR 65 JAHREN...**

**Der Kanzler wird auch Chef**

**20.10.1950: Erster CDU-Bundesparteitag** Das Theater war am Abend des 20. Oktober 1950 bis auf den letzten Platz gefüllt – Vorhang auf für die Christlich-Demokratische Union: Über ein Jahr nach Gründung der Bundesrepublik bestand die CDU noch aus 16 selbstständigen Landesverbänden. Erst bei ihrem dreitägigen Parteitag, der an diesem Herbstabend im Odeon-



Im Odeon-Theater in Goslar fand der erste CDU-Bundesparteitag statt.

Theater in Goslar begann, gründete sich die Bundes-CDU. Der erste Akt des Parteitags unter dem Motto „Einigkeit und Recht und Freiheit“ war gleich staatstragend: Nach der Begrüßung durch den niedersächsischen CDU-Chef Adolf Gillien wurde die dritte Strophe des Deutschlandlieds gesungen – sie war damals noch nicht die offizielle Nationalhymne. Dann hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer das Wort: „Deutschland hat wieder eine Aufgabe: Es will seine ganze Kraft einsetzen für die Gestaltung Europas, für die Sicherung des Friedens“, erklärte der Christdemokrat vor den 386 Delegierten und den internationalen Vertretern verschiedener christdemokratischer Parteien. Der zweite Akt am 21. Oktober hatte seinen Höhepunkt mit der Wahl Adenauers zum ersten Bundesvorsitzenden der CDU, ohne Gegenkandidat und mit 302 Stimmen. Das „Statut der CDU“, das bereits zuvor von den Landesvorsitzenden unterzeichnet worden war, wurde unterdessen ohne Gegenstimme verabschiedet. Den dritten Akt des ersten Bundesparteitages prägte die Rede „Die CDU und die Wirtschaft“. Referent war Ludwig Erhard, der künftige Vater des Wirtschaftswunders. Großes Theater in Goslar. *Benjamin Stahl*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**ORTSTERMIN: AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG »ISRAELIS & DEUTSCHE«**



Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) erkundet mit Kuratorin Alexandra Nocke die Ausstellung im Paul-Löbe-Haus.

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

**Einzigartige Beziehungen**

„Intensiv ja, aber nicht normal.“ Es waren die Worte des israelischen Schriftstellers Amos Oz, die Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) heranzog, um die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zu charakterisieren. In Anbetracht des historischen Schicksals, das die Bundesrepublik und den jüdischen Staat verbinde, sei auch klar, „dass diese Beziehungen niemals normal sein werden und niemals normal sein dürfen“, sagte Lammert vergangene Woche bei der Eröffnung der Ausstellung „Israelis & Deutsche“ der Deutsch-Israelischen Gesellschaft im Paul-Löbe-Haus des Bundestages. Im 50. Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen fanden sich mehr als 100 Gäste ein, darunter der Botschafter Israels in Deutschland, Yakov Hadas-Handelsman. Das Orchester „Spring in the Negev – Friends in Music“ unter Leitung von Star-Dirigent Justus Frantz begleitete den Abend musikalisch mit einer Uraufführung des Stücks „Suspended Reality“ des israelischen Komponisten Gilad Hochman. Die Ausstellung würdigt die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen

beiden Ländern. „Die Beziehungen sind vielschichtig und facettenreich“, sagte die Kulturwissenschaftlerin und Kuratorin der Ausstellung, Alexandra Nocke. Das Verhältnis beider Länder lasse sich nicht geradlinig darstellen, es sei voller Ecken und Kanten, Höhen und Tiefen. Entsprechend fällt die Visualisierung der Exponate aus. Die Schautafeln sind praktisch wie schroffe Felsen in den Raum installiert. Gezeigt werden darauf teils bisher unbekannte historische Fotografien, Videoaufnahmen, literarische Quellen und Texte. Auch multimediale Elemente laden zum Entdecken ein. Die diplomatischen Beziehungen bilden, wie Nocke mit Verweis auf die Farben der Textfelder erläuterte, den „pinken Faden“ der Ausstellung. Doch auch das Zwischenmenschliche steht im Fokus. Porträtiert werde unbekanntere Akteure, zum Beispiel die Schauspielerinnen Marlene Dietrich und der Verleger Axel Springer. Für viele dieser „Überzeugungstäter“ sei die Vermittlung zwischen Deutschen und Israelis eine „Lebensaufgabe“ gewesen, machte der Präsident der Deutsch-Israelischen Ge-

sellschaft, Reinhold Robbe, deutlich. Mit der Ausstellung sei ein „wirklich großer Wurf“ gelungen. Dabei wird nicht nur das Positive dargestellt. Thematisiert werden auch Aspekte wie das vermeintliche Tabu der „Israelkritik“, antisemitische Parolen bei Demonstrationen und das eher kritische Israelbild der deutschen Bevölkerung – gerade vor dem Hintergrund des Nahost-Konfliktes. Das griff auch Botschafter Hadas-Handelsman auf, der zudem die Einzigartigkeit der deutsch-israelischen Beziehungen betonte. In Anbetracht der jüngsten palästinensischen Terrorwelle fehle es an öffentlichen Solidarität mit Israel – auch in Deutschland. „Die Welt schweigt“, sagte der Botschafter. *Sören Christian Reimer*

Die Ausstellung kann vom 16. Oktober bis 13. November besichtigt werden. Eine vorherige Anmeldung unter Tel. (030) 227-38883 oder info-ausstellung-plh@bundestag.de ist notwendig. Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.israelis-und-deutsche.de>

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 33-35 vom 10. August 2015, „Der Putin-Komplex“ auf Seite 1:** Der Artikel suggeriert schon durch die Wortwahl Negatives. Der Untertitel „In Deutschland gibt es zu viel Verständnis für die friedensgefährdende Politik Moskaus“ macht überaus deutlich, dass Menschen als „illoyal“ verunglimpft werden, die die friedensgefährdende Politik der US-dominierten Nato ablehnen und die Außenpolitik Putins „verstehen“. Dass solche Verunglimpfungen in der vom Deutschen Bundestag herausgegebenen Zeitung zu lesen sind, halten wir für unverantwortlich. Allein die Tatsache, dass in diesem Artikel die über 60 namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Le-

bens, die den Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen“ unterzeichneten, als „illoyal“ hingestellt werden, macht deutlich, dass hier eine

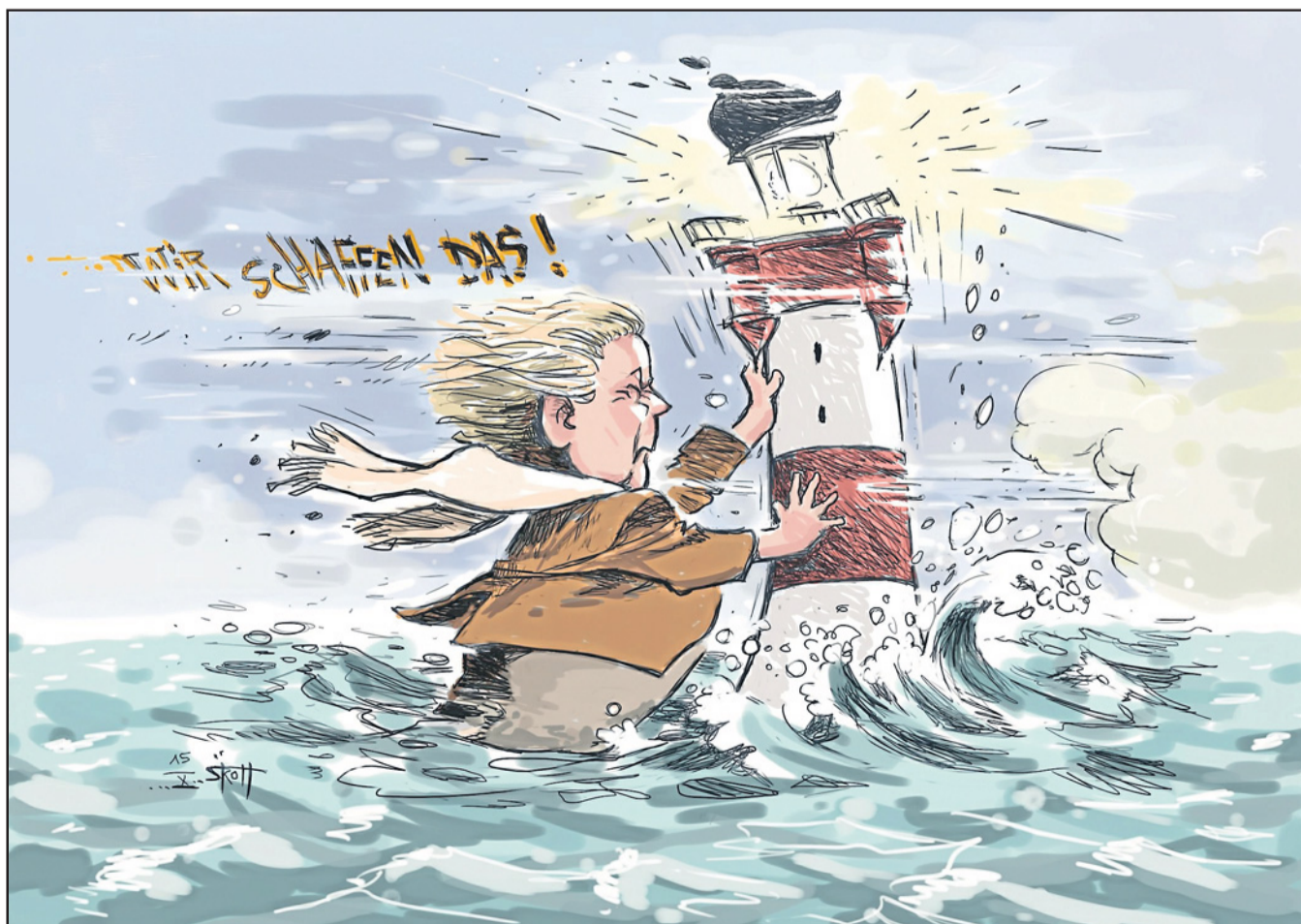
**PANNENMELDER**

Aus Hänschen wird Hans und nicht umgekehrt. Die Abgeordnete Marianne Schieder (SPD) weiß das und hat das Sprichwort: „Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr“ in der Bundestagsdebatte über funktionalen Alphabetismus korrekt zitiert. In *Das Parlament* – Nr. 41-42 wurde dieses Zitat dann falsch herum wiedergegeben. Also: erst Hänchen, dann Hans. Logisch.

absolut unsachliche Kritik an Personen geübt wird, die sich für eine friedliche Kooperation mit Russland zum Wohle Deutschlands aussprechen. *Helene und Ansgar Klein, Würselen*

**Zu „Das Parlament“ im Allgemeinen:** Per Zufall geriet ich an Ihre Zeitung und abonnierte sie sogleich. Ich sehe diese als wirkliche Bereicherung an. Auf die Zeitung freue ich mich sehr und werde sicherlich langjähriger Kunde bleiben. Eine Verschlechterung kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. *Hubert Samland, Hann. Münden*

**SEITENBLICKE**



**Klimapolitik im Fokus**

**EHEMALIGE** Gelingt in der französischen Hauptstadt Paris der ganz große Wurf? Von Ende November an findet dort die Klimakonferenz der Vereinten Nationen statt. Es gilt, eine Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll auszuhandeln. Worum es im Detail geht und was zu erwarten ist, das können Mitglieder der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments demnächst aus erster Hand erfahren. Die Vereinigung organisiert in Bonn für Dienstag, 17. November, eine Mitgliederversammlung, bei der unter anderem ein Gespräch mit Christiana Figueres, Chefin des UN-Klimasekretariats, vorgesehen ist. Zudem wird der ehemalige Botschafter Harald Ganns über den UNO-Standort Bonn referieren. Das „alte Abgeordnetenhochhaus“, das inzwischen Teil des UN-Campuses ist, wird ebenfalls besichtigt. *red*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 9. November.

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 2. – 6.11.2015

Hospizgesetz (Do)  
Sterbehilfe (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

**Antje Huber gestorben**

**NACHRUH** Am 30. September starb Antje Huber im Alter von 91 Jahren. Die Redakteurin und Studienleiterin an der Sozialakademie Dortmund trat 1948 der SPD bei und war von 1972 bis 1991 stellvertretende Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen. Von 1975 bis 1978 gehörte sie dem Bundesvorstand und von 1978 bis 1984 dem SPD-Präsidium an. Huber, von 1969 bis 1980 Direktkandidatin des Wahlkreises Essen III, war zunächst Finanzexperte ihrer Bundestagsfraktion und engagierte sich im entsprechenden Ausschuss. Von 1983 bis 1987 gehörte sie dem Auswärtigen Ausschuss an. Von 1976 bis 1982 amtierte sie als Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. In ihrer Amtszeit wurde 1979 das Gesetz zum Mutterschaftsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie und Kündigungsschutz eingeführt. Ende April 1982 trat sie aus Protest gegen Kindergeldkürzung zurück. Antje Huber habe mit ihrem Wirken das Leben in unserem Land mitgestaltet, schrieb Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Die Themen, denen sie sich widmete, seien heute noch aktuell und wichtige Entwicklungen in diesen Bereichen trügen auch ihre Handschrift. *Bernd Haunfelder*



Antje Huber starb Ende September

**PERSONALIA**

**>Kurt Vogelsang † Bundestagsabgeordneter 1972-1987, SPD**

Am 5. Oktober starb Kurt Vogelsang im Alter von 90 Jahren. Der Werkzeugmacher aus Bielefeld trat 1950 der SPD bei. 1952 wurde er hauptberuflicher Sekretär der IG Metall und gehörte von 1965 bis 1976 dem Bundesvorstand der Gewerkschaft an. Im Bundestag arbeitete Vogelsang überwiegend im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft mit, an dessen Spitze er von 1980 bis 1987 stand.

**>Meinolf Michels Bundestagsabgeordneter 1980-2002, CDU**

Am 2. November wird Meinolf Michels 80 Jahre alt. Der aus der Gemeinde Borgentreich-Grobeneder im Kreis Höxter stammende Landwirt engagierte sich seit 1964 in der Kommunalpolitik. Von 1969 bis 1974 war er ehrenamtlicher Bürgermeister von Grobeneder und von 1976 bis 1980 stand er an der Spitze der Stadt Borgentreich. Im Bundestag gehörte er in allen fünf Wahlperioden dem Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten an. Von 1991 bis 2003 war er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Westeuropäischen Union.

**>Franz Möller Bundestagsabgeordneter 1976-1994, CDU**

Am 2. November vollendet Franz Möller sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Ministerialdirigent aus Bad Honnef, von 1960 bis 1974 in der Bundestagsverwaltung tätig, trat 1965 der CDU bei. Von 1974 bis 1999 war er Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Möller, stets Direktkandidat des gleichnamigen Wahlkreises, engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, an dessen Spitze er von 1982 bis 1991 stand. Danach amtierte er bis 1994 als Justiziar der CDU/CSU-Fraktion. Von 1992 bis 2000 war er Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf.

**>Bernd Reuter Bundestagsabgeordneter 1980-2002, SPD**

Am 9. November wird Bernd Reuter 75 Jahre alt. Der Bauingenieur aus Nidderau im Main-Kinzig-Kreis amtierte dort von 1970 bis 1980 als Erster Stadtrat. 1965 trat er der SPD bei. Reuter gehörte dem Bezirksvorstand Hessen-Süd und dem hessischen SPD-Landesvorstand an. Im Bundestag engagierte er sich von 1980 bis 1998 im Petitionsausschuss sowie zuletzt im Innenausschuss.

**>Helmut Rohde Bundestagsabgeordneter 1957-1987, SPD**

Am 9. November vollendet Helmut Rohde sein 90. Lebensjahr. Der aus Hannover stammende Journalist trat 1945 der SPD bei und gehörte von 1975 bis 1983 dem SPD-Parteivorstand an. Von 1973 bis 1984 amtierte er als Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Rohde, stets Direktkandidat des Wahlkreises Hannover II, war von 1969 bis 1974 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und von 1974 bis 1978 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. In seine Amtszeit fielen die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes, der weitere Ausbau der Hochschulen sowie die Reform der Berufsbildung. Von 1978 bis 1983 war Rohde stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. *bmh*



Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD, Bundesminister des Auswärtigen:

## Die Vereinten Nationen werden mehr denn je gebraucht



Frank-Walter Steinmeier (\*1956)  
Bundesminister

Die Vereinten Nationen sind ein zugegebenermaßen nicht perfektes, aber unersetzliches Instrument für die gemeinsame Arbeit der Nationen an einer gerechteren und sicheren Weltordnung. – Dies sind nicht meine Worte, sondern die von Dag Hammarskjöld, Friedensnobelpreisträger, bekannt für seine häufig philosophischen, manchmal geradezu mystischen Weisheiten. Aber das, was wir hier über die Vereinten Nationen gehört haben, sind absolut pragmatische Worte, die damals nicht nur eine Lagebeschreibung waren, sondern die, gerade in dem Wissen um die Defizite der Vereinten Nationen, auch visionär waren.

Heute, Jahrzehnte später, brauchen wir – das sieht jeder – die Vereinten Nationen mehr denn je im Bemühen um Frieden in dieser so unfriedlichen Zeit. Perfekt werden die Vereinten Nationen nie sein. Umso größer muss unser Ansporn sein, sie besser zu machen. Es gibt keine Alternative; wir brauchen handlungsfähige Vereinte Nationen. Sie zu erhalten und immer wieder neu zu schaffen, dabei, meine Damen und Herren, sind wir alle gefordert.

Wie unendlich groß der Bedarf an gemeinsamem Handeln ist, war auf der diesjährigen Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York vor wenigen Tagen deutlich zu spüren. „70 Jahre Vereinte Nationen“ – das war die Überschrift. Aber es war keine Woche großer Empfänge mit Feierstimmung, sondern sie war eher geprägt von den intensiven, ern-

ten, manchmal auch verzweifelten Verhandlungen. Das alles ist kein Wunder: Mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht – so viele wie seit Gründung der Vereinten Nationen, seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Sie fliehen vor dem verheerenden Bürgerkrieg in Syrien, vor Konflikten und Gewalt im Krisenbogen von Libyen bis Afghanistan, vor religiösem Extremismus und Terrorismus, vor Barbarei des sogenannten „Islamischen Staates“. Zusätzlich machen sich Tausende auf den Weg aus Armut, Unterentwicklung und Mangel an Perspektiven, zunehmend viele aus Ländern, die von Dürre, Fluten und anderen Folgen des Klimawandels heimgesucht sind.

Kolleginnen und Kollegen, an den Antworten auf diese Herausforderungen werden sich am Ende die Vereinten Nationen messen lassen müssen. Ja, unsere Antworten müssen die Probleme an der Wurzel packen. Die Wurzel ist ganz ohne Zweifel Unfriedlichkeit an viel zu vielen Orten dieser Welt. Aber Frieden wird nicht durch die Vereinten Nationen verhindert. Bemühungen um Frieden scheitern oft deshalb, weil die Mitglieder der VN-Institutionen den Vereinten Nationen durch Verweigerung von Kooperation und monatelange Blockaden schlicht die Arbeitsfähigkeit und Autorität rauben. Deshalb sage ich immer all denjenigen, die sich täglich über die angebliche Schwäche der Vereinten Nationen aufregen und darüber lamentieren: Nicht die Vereinten Nationen sind es, sondern es sind die Mitglieder; die Vereinten Nationen können niemals stärker sein, als die Mitglieder es zulassen. – Insofern muss unser Appell an die Mitglieder der Vereinten Nationen gehen, meine Damen und Herren.

Natürlich: Das Hauptthema dieser Generalversammlungswoche – das bildete sich auch in der Berichterstattung ab, die hier stattgefunden hat – war Syrien. Auch im fünften Jahr findet das Morden dort kein Ende, und auch im fünften Jahr des Krieges hat die Weltgemeinschaft offensichtlich noch

keine Handhabe gefunden, dem Krieg ein Ende zu setzen.

Dieser Krieg mit mehr als 250 000 Toten und 12 Millionen Vertriebenen ist auf der einen Seite ganz ohne Zweifel eine große Tragödie. Er ist, wenn man es genauer betrachtet, aber auch geprägt von einer Chronik ausgelassener Chancen. Zwei Genfer Syrien-Konferenzen sind verstrichen, ohne dass wir eine Lösung gefunden haben. Ein Vorschlag des früheren UN-Vermittlers und Sondergesandten Kofi Annan ist zurückgewiesen worden, bevor er wirklich ernsthaft geprüft worden ist – ein Vorschlag, auf den heute alle liebend gern zurückkämen, wenn diese Möglichkeit noch bestünde. Der aktuelle Sondergesandte der Vereinten Nationen, Staffan de Mistura, findet bei vielen Staaten nur halbherzige Unterstützung.

Ich darf für mich hinzufügen: Ein bisschen ärgerlich finde ich den Ruf dieser Tage, der einem überall entgegenschallt, dass man mit Assad reden müsse. Nicht, dass ich es falsch finde, auch mit Vertretern des Regimes in Kontakt zu sein, um jetzt zu einer Lösung zu kommen – nur hätte ich mir diese Form von Unterstützung vor zehn Jahren gewünscht, als ich selbst zweimal in Syrien war und gesagt habe: Die Einordnung Syriens in die Achse des Bösen erscheint mir vorschnell. Ich weiß nicht, ob die Isolation Syriens am Ende wirklich das richtige Ergebnis bringt. – Es ist manchmal ärgerlich, wenn diejenigen, die damals gesagt haben: „Da darf man nicht hinfahren!“, heute, nach fünf Jahren Bürgerkrieg und 250 000 Toten, sagen: Jetzt muss man mit Assad reden. – Das hätte man auch anders haben können.

Tatsächlich – das will ich gerne zugeben – ist der Einstieg in politische Lösungen ausgesprochen schwierig. Er ist ganz ohne Zweifel durch das militärische Engagement Russlands der letzten Tage nicht einfacher geworden. Ich will noch einmal klar sagen: Der Kampf gegen ISIS und andere terroristisch-islamistische Gruppierungen ist notwendig, er muss geführt werden. Aber trotzdem wis-

sen bzw. ahnen wir doch alle miteinander: Am Ende wird der innersyrische Konflikt nicht auf dem Schlachtfeld gelöst werden. Vielmehr brauchen wir mindestens einen Einstieg in eine politische Lösung oder mindestens einen Einstieg in eine Entschärfung des Konfliktes. Und das kann niemand allein; da brauchen wir alle. Da brauchen wir vor allen Dingen die regionalen Partner, die Nachbarn wie die Türkei, wie den Iran, wie Saudi-Arabien. Wir brauchen Europa. Wir brauchen die USA. Aber angesichts der Lage, insbesondere der Lage der letzten Tage und Wochen, wissen wir auch: Es wird nicht ohne Russland gehen.

Der Einstieg muss nicht irgendwann gesucht werden, sondern er muss jetzt gesucht werden, und zwar solange in Syrien noch Institutionen bestehen, die verändert werden können. Was passiert, wenn Institutionen weg sind, kollabiert sind, das zeigt das Beispiel Libyen. Wir erleben jeden Tag, wie schwierig es ist, einen untergegangenen Staat wieder aufzubauen. Deshalb müssen wir jetzt handeln. Wir müssen jetzt den Einstieg finden in die Transformation Syriens, sprich: in die Bildung einer Übergangsregierung.

Leider hat die UN-Vollversammlung in New York nicht ausgereicht, um den entscheidenden ersten Schritt zu gehen. Zu groß waren die Differenzen, die es damals zwischen den USA und Russland gab, zu groß waren die Differenzen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Ich glaube, wir müssen jetzt beides tun: einerseits die USA und Russland dringend ermahnen, das jeweilige militärische Engagement nicht so zu gebrauchen, dass am Ende noch ein Konflikt zwischen den USA und Russland daraus wird, und andererseits müssen wir uns darum bemühen, helfen jedenfalls, Brücken zu bauen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, damit es vorstellbar wird, die regionalen Partner, die wir brauchen, alle an einen Tisch zu bringen. Dazu war ich am vergangenen Wochenende in Kuwait, einem Staat in der Golfregion mit 35 Prozent Schiiten, der gute Beziehungen zu beiden Seiten hat. Dazu werde ich am kommenden Wochenende auch im Iran und in Saudi-Arabien sein. Damit ist noch nicht gesagt, dass es irgendwelche Fortschritte gibt. Aber wenn man nach kleinen Zeichen der Hoffnung sucht: Es ist vielleicht ein gutes Zeichen, dass

gestern Abend zu lesen war, dass Russland den Ministerpräsidenten Medwedew zu politischen Gesprächen nach Washington schickt. Es scheint sich anzudeuten, dass man den Kontakt zu den USA in Sachen Syrien über das sogenannte militärische Deconflicting hinaus aufrechterhalten will.

Ich plädiere dafür – das habe ich auch in der vorvergangenen Woche bei den Vereinten Nationen getan –, jetzt keinen Stillstand zu organisieren, nicht zu warten, bis die Personen einer möglichen Übergangsregierung feststehen und akzeptiert sind. Vielmehr muss man jetzt beginnen; das heißt, man muss sich auf ein paar Prinzipien verständigen, die nicht umstritten sein dürften: Das ist erstens der Kampf gegen ISIS und als Ziel unserer Bemühungen vor allen Dingen der Erhalt der territorialen Integrität des syrischen Staates. Zweitens müssen wir dafür sorgen, dass Syrien in Zukunft ein säkularer Staat wird, ein Staat, der – drittens – Respekt vor den unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppierungen zeigt.

Den Stillstand verweigern heißt auch, alle Partner zu verpflichten, sich nicht nur an der Erarbeitung zukünftiger Resolutionen, die möglicherweise noch sehr lange in der Luft hängen, zu beteiligen, sondern bestehende Resolutionen umzusetzen, zum Beispiel die Resolution 2139 des UN-Sicherheitsrates, die ein Verbot von Fassbomben und die Forderung eines humanitären Zugangs beinhaltet. Daran jetzt zu arbeiten und das sicherzustellen, das muss auch in der gegenwärtigen Lage möglich sein.

Manche sagen in einer solchen Situation: Alles schön gesagt; aber es hat doch alles keinen Zweck, das wird ja eh nichts. – Diesen Satz habe ich während zehn Jahren Iran-Verhandlungen häufig genug gehört. Deshalb sage ich: Es

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

ist jedenfalls Außenpolitikern nicht erlaubt, diesen Satz „Das hat alles keinen Zweck“ zu sagen, sondern wir müssen darauf setzen, dass außenpolitische Bemühungen greifen, wenn man auf der richtigen Spur ist, die Beharrlichkeit behält, auch Energie und Konzentration nicht verliert, wenn man konsequent auf das Ziel hinarbeitet.

Die Verhandlungen mit dem Iran haben gezeigt, dass es manchmal viel zu lange dauert, aber auch, dass eine lange Dauer nicht bedeutet, dass Ziele nicht erreichbar sind. Ich glaube, dass wir mit dem Abkommen, das mit dem Iran in der Atomfrage geschlossen worden ist, immerhin eine Grundlage dafür geschaffen haben – das ist keine Garantie, aber immerhin eine Grundlage –, dass wir in Zukunft im Mittleren Osten vielleicht mehr Sicherheit haben statt weniger. Deshalb sage ich: Das wird nicht von selbst gehen; der Iran wird sich nicht von selbst ganz einfach verändern, sondern wir müssen jetzt die nächsten Schritte gehen. Deshalb habe ich gesagt: Die Verantwortung endet nicht mit der Unterschrift unter dem Abkommen, sondern die Verantwortung geht weiter. Wir treten in die nächste Phase, in der wir versuchen müssen, den Iran dazu zu bringen, vom Spoiler, vom Störer der Sicherheitsordnung im Mittleren Osten zu einem konstruktiven Mitarbeiter zu werden. Das ist die Aufgabe, die wir jetzt vor uns haben.

Wir können nicht über Syrien sprechen, ohne über die Nachbarstaaten zu reden. In Jordanien, im Libanon, in der Türkei wohnen die allermeisten Flüchtlinge; mittlerweile sind es 4 Millionen. Wir müssen diese Staaten und die Flüchtlinge selbst unterstützen, damit nicht eine Flüchtlingswelle die nächste auslöst. Die VN-Hilfsorganisationen leisten eine elementare Hilfe – unmittelbar und vor Ort. Doch die Unterfinanzierung der Programme – Sie wissen es; wir haben in diesem Hause darüber gesprochen –, gerade der UNHCR-Programme und des World Food Programme, war und ist dramatisch, so dramatisch, dass die täglichen Essensrationen auf 50 Prozent, auf die Hälfte, gekürzt worden sind. Das ist – ich glaube, das habe ich hier bereits gesagt – ein humanitärer Skandal. Wenn das so bleibt, dann darf man sich nicht wundern, wenn sich weitere Menschen aus dieser Region, aus den Flüchtlingslagern auf den Weg anderswohin und auch nach Europa machen. Deshalb müssen

wir die Situation in dieser Region verändern.

Wir haben die Zeit unserer G-7-Präsidentschaft genutzt. Wir haben nicht nur die G-7-Partner eingeladen, sondern auch einige Staaten rundherum, von denen wir den Eindruck hatten, dass sie Zusätzliches leisten können. Wir haben dazu eine sogenannte Geberveranstaltung in New York durchgeführt. Ich freue mich, dass wir zusammen mit den anderen Staaten, auch mit der Europäischen Union, 1,8 Milliarden Dollar für die VN-Hilfswerke mobilisieren konnten. 100 Millionen Euro davon kommen aus Deutschland. Das ist ein gutes und wichtiges Signal. Das hat andere ermutigt, Gleiches zu tun. Ich bedanke mich bei allen, die das unterstützt haben.

Richtig bleibt: Wir brauchen neben den akuten humanitären Antworten, die wir auch in Gestalt von Geld geben, auch längerfristige Antworten auf die Ursachen von Flucht und Migration. Auch dafür brauchen wir die Vereinten Nationen. In New York haben wir darüber diskutiert, welche Instrumente die VN eigentlich zur Verfügung haben, um Fluchtursachen zu bekämpfen und zur besseren Lastenteilung beizutragen. Wir werden diese Diskussion in gut zwei Wochen hier in Berlin fortsetzen. Ich werde mich dann mit Vertretern der VN-Hilfsorganisationen hier in Berlin treffen. Wir werden vor allen Dingen versuchen, die Zusammenarbeit mit Vertretern der Regionen zu erörtern, die heute Quelle von Armutswanderung sind. Deshalb werden wir vorrangig die afrikanischen Länder im Blick haben. Dies geschieht sehr bewusst in Vorbereitung des EU-Afrika-Gipfels, den wir in wenigen Wochen in Valletta, auf Malta, durchführen werden. Fluchtursachen bekämpfen wir immer da, wo wir schon präventiv handeln können, wo wir Konflikte im Keim erkennen und etwas dagegen tun können. Vorsorgende Außenpolitik nenne ich das. Das soll und sollte immer stärker Leitgedanke für Außenpolitik überall werden. Zivile Krisenprävention ist dafür das Stichwort. Das kann man auch an Haushaltsziffern festmachen. Das geht von der Stabilisierung von fragilen Staaten bis hin zu Projekten zur guten Regierungsführung.

Ich denke an unser Engagement, das wir gemeinsam mit der EU, das wir gemeinsam mit den Vereinten Nationen, zum Beispiel im Versöhnungsprozess in Mali, wahrnehmen. Ich denke auch an einen Bereich, der unterbesetzt ist

und für den es viel Nachfrage gibt: Mediation. Wir werden die Kapazitäten hier bei uns und damit auch für die Vereinten Nationen aufstocken. Ich habe einmal gesagt: Wir brauchen in dem Bereich so etwas wie eine schnelle Eingreiftruppe, die möglichst Erfahrung hat und zur Verfügung steht, wenn Konflikte im Anfangsstadium sind und noch geholfen werden kann, ohne dass es militärisch eskaliert.

Auch die Friedenssicherung gehört in diesen Kontext. Auch hier sind wir gefragt. Finanzielle Mittel werden natürlich gern genommen, aber ich habe auch den Ruf hier aus der Mitte des Parlaments vernommen, dass wir mehr tun müssen, als nur Geld zur Verfügung zu stellen. Ich bin in Gesprächen mit der Verteidigungsministerin, wie wir den Erwartungen der Vereinten Nationen gerecht werden können, zum Beispiel auch durch die Bereitstellung von Fähigkeiten, um die Missionen der Vereinten Nationen erfolgreicher zu machen. Deutschland hat, glaube ich, einiges dafür zu bieten: zivil, polizeilich und militärisch. Wir wollen gemeinsam, Außenministerium, Verteidigungsministerium und BMZ, dafür sorgen, dass die VN in diesen Bereichen mit diesen Fähigkeiten in Zukunft besser ausgestattet sein werden.

Zu unserem Einsatz für die Friedenssicherung gehören finanzielle und politische Hilfen – das habe ich eben gesagt –, aber eben auch eine ganz konkrete menschliche Dimension. Ich will – die Gelegenheit dazu haben wir nicht häufig – allen Deutschen, die in den und für die Vereinten Nationen ihren Dienst leisten, an dieser Stelle einmal ganz herzlich danken.

Wir können nicht jedem danken. Aber ich denke zum Beispiel an Martin Kobler, der jetzt einige Jahre in der größten und vielleicht schwierigsten Friedensmission im Kongo tätig war und demnächst vor neuen Aufgaben stehen wird. Er ist jemand, der herausragt. Dies gilt auch für Achim Steiner, der sich jahrelang mit Leidenschaft als Chef des UN-Umweltprogramms eingesetzt hat und ebenfalls vor neuen Aufgaben steht. Diese zwei stehen stellvertretend für viele andere in UN-Diensten. Wir wollen ihnen an dieser Stelle unseren Respekt zeigen.

Wenn wir über Menschen sprechen, dann, liebe Manuela, fragen wir Deutschen unsere Partner in den Vereinten Nationen auch gelegentlich: Welche Rolle spielen eigentlich Frauen bei der Friedenssicherung und bei der Konfliktlösung? Eines ist klar – ich glaube, nicht nur mir, sondern vielen –: Kein Konflikt wird dauerhaft zu lösen sein, wenn jeweils die Hälfte der Bevölkerung von solchen Be-

mühungen ausgeschlossen ist.

Deshalb war die Resolution 1325 zur Gleichberechtigung von Frauen bei Konfliktlösungen und Wiederaufbau ein Fortschritt, ein Meilenstein in den UN-Beratungen, der die Teilhabe von Frauen nicht nur in den Institutionen, sondern auch immer, wenn es konkret um Vermittlungslösungen geht, zukünftig sicherstellt.

Eleanor Roosevelt fragte in einer Rede vor über 50 Jahren: Wo fangen Menschenrechte an? – Ihre Antwort war damals: zu Hause, in der Nachbarschaft, an der Schule, in der Arbeitsstätte. Dort, so sagte Eleanor Roosevelt, müssen wir Menschenrechte schützen. Dort überall, so heißt es in unserer Verfassung, ist die Würde des Menschen unantastbar.

Deshalb: Ja, hier bei uns haben wir darauf zu achten, dass Menschenrechte nicht nur gelten, sondern auch im Alltag beachtet werden. Menschenrechte sind nicht nur Deutschenrechte. Das wissen ganz offenbar die vielen Freiwilligen, die sich hier im Lande in diesen Tagen aufopfernd um Flüchtlinge kümmern und denen wir ebenfalls an dieser Stelle ganz herzlich danken.

Aber nicht nur darum geht es, nicht nur um die Situation bei uns, sondern auch darum – vielleicht ist das nie deutlicher geworden als gerade in diesen Tagen –: Menschenrechte, Frieden und Sicherheit sind ganz offenbar nicht voneinander zu trennen. Wo Menschenrechte systematisch verletzt werden, wo Unterdrückung und Verfolgung herrschen, da liegt schon der Ursprung von Flucht und Vertreibung. Auch deshalb sind Menschenrechte für uns kein Randthema. Dafür setzen wir uns ein, ganz aktuell auch im Vorsitz des VN-Menschenrechtsrates, den der deutsche Botschafter Rücker, finde ich, in diesem Jahr durch wirklich schwierige Gewässer geleitet hat. Auch dafür meinen Respekt, meine Damen und Herren.

Die Anpassungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Vereinten Nationen, über die zu reden ist, werden viel davon abhängen, wie viel Repräsentanz sie gewährleistet und wie viel Legitimation sie aus der Repräsentanz der ganzen Welt in den Institutionen ableiten kann. Ich glaube, jedem ist klar: Die Legitimation leidet, wenn die Institutionen der Vereinten Nationen nur ein Spiegelbild der Verhältnisse der Jahre 1949, 1950, 1955 sind. Dies ist der Hintergrund, weshalb wir gesagt haben: Wir bestehen auf eine Reform der Vereinten Nationen, und wir wollen auch eine Reform des Sicherheitsrates. Wir wollen, dass die Arbeit des Sicherheitsrates transparenter wird, und wir unterstützen auch Initiativen, vor allen Dingen die unserer französischen Partner,

zur Begrenzung des Vetorechts. Ich glaube, das Vetorecht hat seine historisch begründete Funktion. Aber es kann schlichtweg nicht sein, dass dieses Privileg die gesamte Weltorganisation dazu verdammt, im Angesicht größter Verbrechen gegen die Menschlichkeit untätig zu bleiben. Das darf auf Dauer nicht so sein.

Die Vereinten Nationen haben sich gerade in der vorletzten Woche auch reformfähig hinsichtlich der Inhalte gezeigt. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, an der gearbeitet worden ist und auf deren Prinzipien man sich verständigt hat, ist ehrgeizig. Die Verständigung darauf ist gelungen, samt der damit verbundenen Finanzierungsinstrumente, samt der Überprüfungsmechanismen, die vom Generalsekretär vorgeschlagen worden waren. Ich kann versprechen: Deutschland wird eines der ersten Länder sein, die sich dieser Überprüfung der Einhaltung der Agenda 2030 unterwerfen werden.

Zum Ende möchte ich zur Gründung der Vereinten Nationen vor 70 Jahren zurückkehren – ein großartiger Moment, der in Deutschland allerdings auch Erinnerungen wecken muss. Denn die Charta der Vereinten Nationen war ja auch eine Antwort der Menschheit auf Krieg und Unmenschlichkeit, die von unserem, von diesem Land ausgegangen waren. Seither ist es Deutschland über sieben Jahrzehnte hinweg vergönnt gewesen, behutsam und schrittweise wieder ins Herz der internationalen Gemeinschaft hineinzuwachsen. Wir wissen, dass man dafür nicht nur innerlich Dankbarkeit zeigen muss, sondern dass dieses Hineinwachsen in die internationale Staatengemeinschaft auch Verantwortung bedeutet. Willy Brandt hat bei seinem Amtsantritt 1969 gesagt: Wir Deutschen wollen ein Volk guter Nachbarn sein. – Damals, im noch geteilten Deutschland, galt dieser Satz natürlich der Aussöhnung mit Polen, Frankreich und den anderen europäischen Nachbarn, all denen, die großes Leid von Deutschland erfahren hatten. Wenn heute syrische Familien hier in Berlin oder in all unseren Wahlkreisen von ihrem Schicksal, von Krieg und Vertreibung erzählen, dann bekommt dieser Satz eine etwas neue Bedeutung. Heute, wo die Welt zwar kleiner, aber die Krisen eher größer geworden sind, ist es, glaube ich, an der Zeit, aufs Neue zu bekräftigen: Wir Deutschen wollen ein Volk guter Nachbarn sein, für die nahen und die fernen gleichermaßen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

## Es ist absurd, dass neue Mauern hochgezogen werden



Dietmar Bartsch (\*1958)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Im Garten des UN-Hauptquartiers steht eine Skulptur. Sie alle kennen sie. Diese Skulptur – Schwerter zu Pflugscharen – verkörpert den Irrsinn, die Hoffnungen, die Gefahren und auch die Chancen eines ganzen Jahrhunderts. Ich will daran erinnern, dass „Frieden“ vor 70 Jahren das erste Wort war, als die Vereinten Nationen gegründet worden sind, und ich will daran erinnern – der Bundesaußenminister hat das zum Schluss gemacht; ich will das an den Anfang stellen –, dass die Vereinten Nationen auf den Trümmern eines Weltbrandes entstanden, der von deutschem Boden ausging. Das heute zu begehende Jubiläum ist deshalb zuallererst ein Anlass des Gedenkens. Allein der Zweite Weltkrieg forderte vermutlich über 75 Millionen Tote, darunter 28 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Völker der Sowjetunion und 6 Millionen Polen und Polen. Dem Vernichtungswahn deutscher Nazis fielen 6 Millionen jüdische Menschen, Zehntausende Sinti und Roma, Homosexuelle und viele mehr zum Opfer.

Als Folge dieser Katastrophe wurde die UN gegründet. Aus gutem oder schlechtem Grund zählte Deutschland nicht zu den Gründungsmitgliedern der UN. Und doch wurde Deutschland nicht aus der internationalen Gemeinschaft ausgeschlossen. Als die beiden deutschen Staaten 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden, hat Walter Scheel für die Bundesrepublik Deutschland versichert: Sie werden uns immer dort finden, wo es um die internationale Zusammenarbeit geht, um die Bewahrung des Friedens und um die Rechte des Menschen. Dem sollte Deutschland immer verpflichtet sein, war es aber nicht.

Ja, die UN haben vieles für Frieden und Menschenrechte und ge-

gen Hunger und Elend geleistet; aber auch 70 Jahre nach der Gründung der UN sind die Nationen nicht vereint. Millionen Menschen haben auch nach 1945 in Kriegen ihr Leben oder ihre Heimat verloren, und jeden Tag, jede Stunde werden es mehr. 1,2 Milliarden Menschen leben in absoluter Armut, Hunderte Millionen hungern, 60 Millionen sind auf der Flucht. Auf der anderen Seite gibt es in dieser Welt einen sozialen Reichtum. Staaten zerbrechen und verlieren jegliche Handlungsfähigkeit. Dem muss begegnet werden.

Der Bundesaußenminister hat an die Mitglieder appelliert, man könne vieles besser machen. Ja! Ein Mitglied ist im Übrigen die Bundesrepublik Deutschland, und die Bundesrepublik Deutschland wird der Charta der Vereinten Nationen nicht gerecht, wenn sie die Ursachen dieser Entwicklung und dieser Ergebnisse, die ich eben genannt habe, ignoriert oder sogar vertieft, anstatt sie zu bekämpfen. Das bedeutet zuallererst, dass wir keine Waffen und keine Soldaten mehr in alle Welt schicken.

Wir dürfen es auch keinen Tag länger zulassen, dass sich der Norden zulasten des Südens bereichert. Es ist doch unglaublich, einerseits die Rüstungsindustrie zu stärken, Rüstungsexporte vorzunehmen und etwa Nahrungsmittel nach Afrika zu exportieren, wodurch man die einheimische Landwirtschaft totkonkurriert, andererseits aber über das Flüchtlingsproblem zu fabulieren. Das ist unehrlich und auch ein Ergebnis der Politik der Länder des Westens – auch der der Vereinigten Staaten und der Deutschlands.

Wir als Deutschland sollten uns an dieser Politik, durch die Diktatoren zwar beseitigt werden, aber die keine Option für die Zeit danach kennt, nicht beteiligen. Wir sehen doch, was nach Saddam Hussein im Irak und nach Gaddafi in Libyen passiert ist. Mit Krieg und Gewalt kann man zwar Diktatoren beseitigen, aber weder Chaos noch Terror aus der Welt schaffen.

Mit destabilisierten Staaten werden keine Vereinten Nationen machbar sein.

Sie haben sehr umfangreich über Syrien und auch über den Irak geredet. Dort spielt sich eine Tragödie ab. Da wird ein brutaler Krieg geführt. Das wäre eigentlich die Stunde der Vereinten Nationen, des Sicherheitsrates und insbesondere auch der Vetomächte.

Es ist inakzeptabel, dass Russland dort in Syrien bombardiert, aber genauso inakzeptabel ist es, dass die Vereinigten Staaten und Frankreich immer nach Bedarf bombardieren. Diese Bomben werden keinen Frieden schaffen. Es ist ein totales Dilemma, wenn auf Syrien Bomben geworfen werden und nach Saudi-Arabien Bomber geliefert werden. Das ist doch inakzeptabel.

Dass die UN dort etwas leisten können, haben wir bei der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen mit Beteiligung von Russland und anderen gesehen. Ich unterstütze sehr, dass Deutschland humanistische Projekte der UN demonstrativ stärken sollte. Sie haben hier einiges genannt. Aber ich will auf die Dimension aufmerksam machen. Es ist doch nicht hinnehmbar, dass die weltweiten Militärausgaben 1.500 Milliarden Euro pro Jahr erreichen und dem Welternährungsprogramm im Moment das Nötigste fehlt, um die Flüchtlinge zu versorgen. Das ist nicht hinnehmbar.

Es ist im Übrigen eine Sünde gegenüber künftigen Generationen, wenn für die Klimaforschung weltweit lediglich 3 Milliarden Dollar ausgegeben werden und ein einziger großer Energiekonzern im selben Zeitraum den zehnfachen Gewinn eingefahren hat.

Jürgen Hardt, CDU/CSU:

## Es lohnt sich, auf die Vereinten Nationen zu setzen



Jürgen Hardt (\*1963)  
Solingen - Remscheid- Wuppertal II

Ich habe die letzten 30 Minuten gut aufgepasst. Ich habe vor allem die Kollegen der Linksfraktion beobachtet, als Herr

Insofern wäre es gut, wenn Deutschland seine Beiträge noch mehr erhöht. Wir haben dort einiges getan. Aber das ist letztlich zu wenig. Die Mittel für das Welternährungsprogramm, das Flüchtlingshilfswerk und das UN-Entwicklungsprogramm sollten deutlich aufgestockt werden.

Seit Jahren reden wir über die Selbstverpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Unser Anteil liegt aktuell bei 0,43 Prozent. Da muss jetzt gehandelt werden. Schließlich sollte die deutsche Politik stets der Erfahrung Rechnung tragen, dass hinter geschlossenen Grenzen keine offenen Gesellschaften wachsen können, auch nicht innerhalb einer Festung Europa, meine Damen und Herren. Wer wüsste es nicht besser als wir Deutschen, dass Mauern die Probleme der Welt nicht stoppen und schon gar nicht lösen können!

Es ist doch wirklich absurd, dass im Jahre 2015 genau dort Mauern hochgezogen werden, wo der Eisener Vorhang einst zuerst fiel. Und eine deutsche Regierungspartei hofiert den Architekten dieser Mauer. Das ist unglaublich.

Ich will auch deutlich sagen, dass die Bundeskanzlerin insoweit meinen Respekt hat, als sie sich dem Wettlauf um Abschottung und Unfreundlichkeit verweigert. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Sie muss sich gegen diejenigen wehren und denjenigen Einhalt gebieten, die auf Drohungen, Erpressung und Boykott setzen. Das ist doch die reale Situation in den Regierungsparteien.

Wir fordern die Bundesregie-

rung auf, eine Initiative für eine demokratische, soziale und friedenspolitische Reform der UN zu starten. Dazu haben wir in unserem Entschließungsantrag einiges dargelegt. Ja, mit einer Reform des UN-Sicherheitsrates, Herr Bundesaußenminister, sind wir einverstanden. Aber wir sollten auch dafür sein, dass Länder des Südens in den Sicherheitsrat aufgenommen werden und sie ein Vetorecht bekommen.

Wir sollten den UN-Wirtschafts- und Sozialrat in einen Weltwirtschaftsrat umwandeln und ihn so aufwerten, dass er Not und Elend wirklich wirksam bekämpfen und so die anstehenden Aufgaben angehen kann. Vor allen Dingen müssen wir die Vereinten Nationen real stärken und demokratisieren statt elitäre Zusammenschlüsse wie die G 7 unterstützen.

Ich habe am Anfang von dem Irrsinn gesprochen, den die Skulptur Schwerter zu Pflugscharen verdeutlicht. Wie anders soll man es nennen angesichts der Tatsache, dass dieses von der Sowjetunion damals gestiftete Denkmal zum Symbol der gesamtdeutschen Friedensbewegung gegen sowjetische und amerikanische Raketen innerhalb der DDR wurde und von der DDR-Führung verteufelt worden ist? Friedrich Schorlemmer ließ im September 1983 im Lutherhof zu Wittenberg ein Schwert zu Pflugscharen umschmieden. „Wir wollen Frieden mit den Mitteln des Friedens“, war sein Wort. Das, glaube ich, ist ein gutes Motto, auch für 70 Jahre Vereinte Nationen. – Ja, wir wollen Frieden mit den Mitteln des Friedens.

(Beifall bei der LINKEN)

Steinmeier seine Rede gehalten hat. Wir wurden Zeuge der 10 Prozent Uneinigkeit bei der Linken, die gemäß der Erklärung der neuen Spitze besteht. Herr Bartsch hat bei der einen oder anderen Passage demonstrativ geklatscht, und Frau Wagenknecht hat dann immer spontan entschieden, ob sie mitmacht oder nicht. Das fand ich bemerkenswert.

Es ist ja gut, dass in der Außenpolitik nicht alles ideologisch und dogmatisch gesehen wird, sondern dass wir uns den wirklichen Problemen und den Menschen zuwenden.

Eine Organisation, die sich dieser Aufgabe widmet, sind die Vereinten Nationen.

Wir blicken auf die Gründung der Vereinten Nationen vor 70 Jahren zurück. In der Präambel der am 24. Oktober 1945 in Kraft getretenen Charta wird als Ziel genannt, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“. Das war unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs unter dem Eindruck der beiden großen Kriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der alle massiv prägte. Alle, die zu der Konferenz in San Francisco zusammengekommen waren, hatten das selbst erlebt.

Als drei Jahre später noch die

Fortsetzung auf nächster Seite

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet wurde – das ist im Grunde das Kondensat von 300 Jahren Aufklärung und Menschheitsentwicklung von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und Verfassung bis hin zur Französischen Revolution –, war das ein epochaler Schritt. Wenn wir 70 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen versuchen, eine Bilanz zu ziehen, dann dürfen wir auf jeden Fall anerkennen, dass es gelungen ist, ein ganz entscheidendes Element der Diplomatie für die Menschheit zu schaffen. Ich glaube, es hat keine Organisation mehr für den Weltfrieden insgesamt getan als die Vereinten Nationen.

Aber wir müssen auch feststellen – das ist bitter und betrüblich und sollte uns nicht ruhen lassen –: 70 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 800 Millionen Menschen gehen hungrig zu Bett. 800 Millionen Jugendliche und Erwachsene weltweit können nicht lesen und schreiben; davon sind im Übrigen zwei Drittel Frauen, was zeigt, dass die Benachteiligung von Frauen in der Welt leider immer noch in den allermeisten Ländern dieser Erde Alltag ist.

60 Millionen Kinder haben keine Möglichkeit, zur Schule zu gehen. 700 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, und 2,5 Milliarden Menschen erfahren keine angemessene Gesundheits- und Sanitätsversorgung. Daraus ergibt sich die große Aufgabe, die die Völkergemeinschaft – allen voran die Vereinten Nationen – hat.

Fast immer sind die Ursachen für diese Missstände keine Naturkatastrophen, sondern von Menschen herbeigeführte Konflikte, die sich heute anders, als es die Gründer der Vereinten Nationen sich vielleicht vorgestellt haben, ganz oft innerhalb von Staaten abspielen. Es ist heute häufig sogar schwer zu identifizieren: Wer ist verantwortlich? Wer hat Macht und Einfluss? Wer ist Ansprechpartner, wenn es darum geht, von außen zu vermitteln und entsprechend einzugreifen? Wir sehen an der Komplexität des Syrien-Konflikts, welches Drama sich dort abspielt und dass wir als Vereinte Nationen ein Stück weit ohnmächtig gegenüber der Situation sind. Die UN-Resolution, die das Abwerfen von Bomben auf Zivilisten verbietet und den Zugang zu humanitärer Hilfe fordert, wird in Syrien nicht durchgesetzt, und sie

wird auch nicht dadurch durchgesetzt werden, dass die Vetonation Russland, die bei den Vereinten Nationen eine solche Resolution mitgetragen hat, jetzt Assad unterstützt. Das Dilemma ist also offensichtlich.

Deshalb müssen wir mit einer Reform der Vereinten Nationen und mit unseren Bemühungen vorankommen, unseren Beitrag zur Entwicklung der Welt im Rahmen der Vereinten Nationen zu leisten. Ich finde es gut, dass Deutschland Initiativen unterstützt – der Minister hat es angesprochen –, die die fünf Vetomächte im Sicherheitsrat davon überzeugen sollen, auf ihr Vetorecht zu verzichten, wenn es ganz konkret um Menschenrechtsverletzungen und darum geht, Machthaber vor Gericht zu bringen, die Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben. Es gibt ja einzelne Vetomächte, die auch für eine freiwillige Selbstbeschränkung offen sind. Ich mache mir aber keine Illusionen und glaube nicht, dass es gelingen wird, das Vetorecht aus der Charta herauszustreichen; aber ich glaube schon, dass auf diesem Wege ein erster Schritt hin zu einer Öffnung möglich ist.

Ich bin auch der Meinung, dass wir in Deutschland gut beraten

sind, aktiv an einer Reform der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats mitzuwirken. Dazu gehört für mich auch, dass wir als Deutsche bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und zu sagen: Jawohl, wir nehmen ständig unsere Aufgaben wahr und erfüllen unsere Verpflichtungen – nicht nur dann, wenn wir Mitglied im Sicherheitsrat sind.

Ich finde, es ist ein relativ schnell abzustellender Missstand der Vereinten Nationen – den möchte ich offen ansprechen –, dass alle wichtigen Hilfswerke offensichtlich unterfinanziert sind, sodass sie im Falle, dass sie ganz konkret und ganz besonders gefordert sind, ein Stück weit von der Hand in den Mund leben müssen. Wir erleben es jetzt beim Flüchtlingshilfswerk und beim World Food Programme, und wir haben es im letzten Jahr bei der Gesundheitsversorgung im Zusammenhang mit Ebola erlebt.

Ich würde mir erstens wünschen, dass wir zu einem Mechanismus kommen, bei dem wirksame Maßnahmen gegen die Staaten möglich sind, die ihren Verpflichtungen, in diese Hilfswerke einzuzahlen, nicht nachkommen. Und ich würde mir zweitens wünschen, dass wir einen Mechanismus fin-

den, der dazu führt, dass die Chefs dieser Hilfswerke nicht erst nach Ausbruch einer Krise wochenlang Geld sammeln müssen, sondern sofort konkret mit ihrer Arbeit beginnen können. Ich glaube, dass da eine entsprechende deutsche Initiative, die ja auch eingeleitet wurde, einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Es lohnt sich, auch im 21. Jahrhundert auf die Vereinten Nationen zu setzen. Es lohnt sich, dass Deutschland dem Prinzip folgt, dass wir uns dann international engagieren, wenn es dafür eine völkerrechtliche Grundlage und eine entsprechende Unterstützung der Vereinten Nationen gibt. Es lohnt sich auch, dass sich Deutschland sowohl in die zivilen als auch in die robusten Mandate, welche die Vereinten Nationen beschließen, mehr einbringt. Ich würde mir wünschen, dass wir in diesem Haus die große Einigkeit, die wir jeweils bei der Unterstützung dieser Politik hatten, auch in den nächsten 70 Jahren Vereinte Nationen aufrechterhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Tom Koenigs, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## UN-Friedensbemühungen müssen politischer werden



Tom Koenigs (\*1944)  
Landesliste Hessen

Aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges und aus dem Grauen sind die Vereinten Nationen hervorgegangen, zunächst mit der Charta, dann mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Der Geist dieser beiden Dokumente prägt noch heute die Vereinten Nationen. Er prägt auch alle, die für die Vereinten Nationen arbeiten, in den Organisationen der Vereinten Nationen, in den Missionen, und zwar internationale wie nationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Geist von Eleanor Roosevelt, der ersten Vorsitzenden der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, ist in der UN-Family präsent. All die, die da einmal gearbeitet haben, haben gemerkt, dass das bis zu den fernen Orten ausstrahlt, in denen die Vereinten Nationen tätig sind, auch auf die Soldaten und natürlich die Zivilisten, nationale und internationale.

Von den Prinzipien, die damals festgelegt wurden, auf die sich die Staaten damals geeinigt haben, zehren wir noch heute. Wer weiß, ob sich die jetzt 193 Regierungen heute noch einmal auf einen derartig fundamentalen Wertekodex einigen könnten. Glücklicherweise haben wir diese Werte und teilen diese Werte.

Die Vereinten Nationen stehen für den Anspruch, für die Hoffnung, für die Utopie der Menschheit in Bezug auf Frieden und Menschenrechte. Sie zeigen aber auch in ihren Dokumenten und Berichten die Wirklichkeit. Die Bemühung, diesen Anspruch mit der Wirklichkeit zusammenzubringen bzw. die Wirklichkeit an diesem

Anspruch zu messen, zeichnet diese Weltorganisation aus. Deshalb sind die Vereinten Nationen heute, wo die Krisen überhandnehmen, wichtiger denn je.

60 Millionen Flüchtlinge, die Syrienkrise, das Erstarken des Terrorismus, die ungebremste Aufrüstung, Rüstungsexporte, Klimawandel und Ebola: Das sind Probleme, die man nur gemeinsam lösen kann. Ohne starke Vereinte Nationen werden wir diesen globalen Herausforderungen nicht gerecht. Wir brauchen die Vereinten Nationen, und die Vereinten Nationen brauchen uns. Der Außenminister hat richtigerweise gesagt, dass die Vereinten Nationen nur so stark sind, wie wir sie machen.

Man kann immer darüber meckern, dass die Vereinten Nationen dieses oder jenes nicht hinbekommen und so uneins sind. Aber tun wir wirklich alles, um sie einig zu machen?

Ich finde, eine ganz markante Komponente ist, dass sich alle wichtigen Dokumente, beispielsweise die Summit Documents, aber auch jedes Mandat auf die Allgemeine Erklärung der Men-

schenrechte zurückbesinnen. Ein starkes menschenrechtliches Mandat in allen Aktivitäten und Organisationen ist wichtig, und sich darauf immer wieder zu beziehen, ist auch wichtig. Das ist in Teilen bei den 17 Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen, die in der Agenda 2030 verankert wurden, gelungen. Die Vereinten Nationen haben die Legitimation für solche Beschlüsse und auch die Möglichkeit, an der Umsetzung mitzuarbeiten. Aber die Arbeit müssen die einzelnen Staaten machen.

Die Probleme der Vereinten Nationen sind ja nicht neu. Schon Monate nach der Gründung begann der Konsens der Siegermächte zu bröckeln, und bei der Suez-Krise war der Sicherheitsrat blockiert. Aber es ist nicht so, dass sich in einer solchen Situation nichts machen ließe. Dag Hammarskjöld hat die Generalversammlung zu einer Sondersitzung zusammengerufen und hat es fertiggebracht, eine Mission auf den Weg zu bringen. Sage und schreibe 48 Stunden nach dem Beschluss des Mandats standen die ersten Friedensstruppen der ersten Friedensmission UNEF bereit. Das waren Zeiten!

Heute gelingt es selbst Jahre später noch nicht einmal, Missionen wie in Darfur oder im Kongo auch nur annähernd entsprechend der geplanten Kapazitäten auszustatten. Die Entsendung verläuft schleppend. Das Personal stammt

immer aus denselben Ländern, zumeist aus Südasiens und Afrika. Die Ausstattung ist veraltet. Obwohl alle Friedensmissionen zusammengenommen mit insgesamt 100.000 Soldaten die größte aktive Armee der Welt darstellen, machen die Aufwendungen dafür nur ein halbes Prozent der weltweiten Militärausgaben aus. Trotzdem gelingt es nicht, die notwendigen Truppen zusammenzubringen.

Vor zwei Wochen hat Obama selbst – der Außenminister hat es erwähnt – zu einem Gipfel betreffend die Friedensmissionen eingeladen, der Außenminister war auch da. Ziel war es, auch neue Staaten dazu zu bringen, Truppen zu entsenden und Missionen zu unterstützen. Deutschland hat ein paar Ausbilder zugesagt. Unser Polizeikontingent, das bisher aus 19 Polizisten in allen Missionen bestand, soll um 45 Polizisten erweitert werden. Damit stellen wir gerade einmal ein halbes Prozent der insgesamt 13.000 Polizisten. Damit liegt Deutschland irgendwo hinter Guatemala. Da geht mehr, und da muss auch mehr passieren.

Wir wollen, dass Deutschland die Vereinten Nationen in der Außen-, der Entwicklungs- und der Sicherheitspolitik und auch als Plattform für die zentralen politischen Diskussionen nutzt und stützt.

Nun kommt die Sicherheitsratsreform. Da heißt es, Deutschland brauche einen Sitz. Gleichzeitig

wird gesagt, Europa brauche einen Sitz. Europa ist mit zwei ständigen und zwei nicht ständigen Sitzen gut vertreten. Wenn wir uns wenigstens mit Frankreich einigen würden, hätten wir diesen Sitz. Aber der deutsche Wunsch spaltet Europa. Die G-4-Initiative, Südamerika, Ostasien und vor allem Afrika besser zu vertreten, hätte viel mehr Kraft, wenn wir nicht pro domo reden würden.

Der Einsatz für Indien, Japan, Brasilien und Südafrika wäre dann

viel glaubwürdiger. Die Initiative hilft, die Initiative ist nötig. Vorschläge, die vorhanden sind, sollten unterstützt werden, notfalls zusammen mit den kleineren Staaten, den sogenannten Mittelmächten, die ideologisch nicht so fixiert sind, genauso wie das damals Dag Hammarskjöld gemacht hat. Leider setzen sich zurzeit die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates nur da ein, wo es entweder ihren Zielen dient oder es wenigstens ihren Zielen nicht zuwiderläuft. Die Initiati-

ve von Frankreich, wenigstens in den Fällen der groben Menschenrechtsverletzung, des Völkermords und der Kriegsverbrechen auf das Veto zu verzichten, ist erwähnt worden. Und da muss man dann alle versammeln, um Legitimität zu erzielen, selbst wenn man die Blockierer im Einzelfall vielleicht nicht sofort erreicht. Auch das zahlt sich aus.

Der Generalsekretär hat dieses Dilemma aufgegriffen und einen guten Bericht zur Zukunft der Frie-

densmissionen verfasst. Dessen Umsetzung sollte sich Deutschland nach Kräften widmen. Die wichtige Botschaft: Die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen müssen politischer werden. Mehr Prävention, weniger Reaktion, mehr Mediation und weniger Zwang. Denn darum geht es letztlich: Der politische Prozess, der den Konflikt beendet oder sein Ausbrechen verhindert, die Verhandlungen, die auf Versöhnung setzen und die die Menschenrechte an die erste Stelle setzen –

das ist eine menschenrechtsgeleitete internationale Politik, so wie wir sie wollen. Hochpolitisch, schlagkräftig und unbequem – so hat Dag Hammarskjöld die Vereinten Nationen gesehen und gestaltet. So müssen sie auch bleiben. Dazu brauchen die Vereinten Nationen unsere, Ihre, unser aller Unterstützung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

## Völkerrecht wird zur Leitschnur der internationalen Politik



Rolf Mützenich (\*1959)  
Wahlkreis Köln III

als die Bundesrepublik Deutschland vollwertiges Mitglied in den Vereinten Nationen geworden ist, gesagt hat:

Manche Kritik an den Vereinten Nationen klingt bitter, zynisch, ist fast von jubiliertem Pessimismus – so, als hoffe man heimlich, dass die Schwächen der Organisation Idee und Ziel widerlegten. Doch Rückschläge auf dem Weg zu einem Ideal beweisen nicht notwendig, dass jenes Ideal falsch war, sondern oft nur, dass der Weg besser sein könnte.

Umso mehr freue ich mich, dass die Bundesregierung und der Außenminister die Vereinten Nationen in den Mittelpunkt der Außenpolitik gestellt haben. Ich bin auch dankbar, dass die Koalitionsfraktionen heute einen gemeinsamen Antrag über das vorlegen, was wir besser machen können und was wir uns in den nächsten Jahren vorgenommen haben.

Es gehört zur Wahrheit mit dazu: Die Charta ist eine Richtschnur, aber sie ist auch widersprüchlich. Wie sollte es anders sein? Wenn man auf dem Weg zu einer großen internationalen Politik ist, so steht auf der einen Seite die Souveränität, aber auf der anderen Seite steht auch – aus wohlverstandenen Eigeninteresse – die Abtretung von Rechten, um insbesondere an der Lösung gemeinsamer Probleme mitzuarbeiten.

Es gilt also das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Aber wir sehen Staatszerfall in immer mehr Staaten auf der Welt, während an anderer Stelle die territoriale Integrität aufrechterhalten wird. Das Prinzip der Nichteinmischung korrespondiert mehr und mehr mit der Frage der menschlichen Sicherheit. Ich bin froh, dass auch das Ziel menschlicher Sicherheit heute zu einer wertegeleiteten Außenpolitik in diesem Bereich gehört.

Dennoch sage ich: Wir dürfen die Vereinten Nationen nicht überfordern, und wir müssen insbesondere anerkennen, welche Leistungen sie erbracht haben. Es gibt viele deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Vereinten Nationen. Es gibt insbesondere viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus aller Welt, die im Dienste der Vereinten Nationen verletzt wurden oder sogar ums Leben gekommen sind. Das gehört zur bitteren Wahrheit. Umso dankbarer bin ich, dass wir in Deutschland zum Beispiel mit der Bundeszentrale für politische Bildung, aber auch mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zwei wichtige Institutionen haben, die jungen Menschen auch die Idee der Vereinten Nationen nahebringen.

Wenn ich über Widersprüche rede, die natürlich auch in der internationalen Politik vorhanden sind, so gilt es, auch einem Vorwurf zu begegnen, der besagt: Es ist falsch, dass man die Vereinten Nationen immer wieder an der Staatsfixiertheit misst. Ich finde das dennoch richtig: Die Vereinten Nationen sind ein Staatenbund. Wir wissen aufgrund der historischen Entwicklung in Europa: Es braucht funktionierende Staaten, um Frieden im Inneren, aber auch Frieden im Äußeren zu erreichen. Auch deswegen treten wir für funktionierende Staatlichkeit ein. Das Gewaltmonopol des Staates ist nicht alles. Es muss eingebunden sein in Rechtsstaatlichkeit und demokratische Legitimation; aber das gehört genauso zur Konstituierung der Vereinten Nationen wie soziale Gerechtigkeit, die Fähigkeit zum Kompromiss und, wie der Bundesaußenminister gesagt hat, gutes Regieren. Das ist hart erstritten worden in Deutschland und in Europa. Wenn wir über die Vereinten Nationen reden, ist es immer wieder wichtig,

darüber nachzudenken.

Ein ganz wichtiges Prinzip hat die Charta der Vereinten Nationen aufgegriffen: Politik muss regional abgeduldet werden. – Deswegen sind wir so dankbar, dass wir eine europäische Idee unter dem Dach der Vereinten Nationen umsetzen können; denn dass von Europa Frieden ausgeht, hat in den letzten Jahrzehnten anderen Ländern manches erspart. Genau das, Friedenserhalt, ist die Idee, um die wir letztlich tagtäglich kämpfen.

Meine Damen und Herren, es ist das Privileg eines Abgeordneten, diplomatisch nicht so zurückhaltend sein zu müssen wie der Außenminister. Lassen Sie mich deswegen ganz offen sagen: Ich habe es bedauert, dass weder der russische Präsident noch der amerikanische Präsident in der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Misturas Arbeit gewürdigt haben und daran auch nicht angeknüpft haben; denn ein solches Anknüpfen wäre ein Hoffnungszeichen für Frieden oder zumindest für die Abwesenheit von Krieg in Syrien gewesen. Insofern bin ich sehr dankbar, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen de Mistura beauftragt und ermutigt hat – ich bekräftige das auch von dieser Stelle aus –, weiterzuarbeiten. Wir Deutschen, wir deutschen Parlamentarier unterstützen ihn weiterhin bei dieser sehr wertvollen Arbeit.

Ich würde gerne Folgendes betonen – es gehört nun einmal zu den Schwerpunkten der Politik von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, zu versuchen, dies auf Ebene der Vereinten Nationen zu verankern –: Abrüstung ist ein Pfeiler dieser Politik. Der Kollege Koenigs hat die Linke eben durchaus zu Recht daran erinnert, dass sie die Vernichtung der Chemiewaffen hier eben nicht mit unterstützt hat, sondern dass sie leider dagegengestimmt hat. Aber diese Vernichtung war ein Auftrag der Vereinten Nationen, genauso wie es ein Auftrag der Vereinten Nationen gewesen ist, über das Mandat über Verhandlungen mit dem Iran zu entscheiden. Das Ganze war vonseiten der Vereinten Nationen abgeduldet. Wir waren froh, dass wir, Deutsch-

land, uns an verantwortlicher Stelle sowohl bezüglich der Vernichtung der Chemiewaffen als auch bezüglich der Verhandlungen mit dem Iran beteiligen konnten.

Ich möchte den Außenminister nicht nur ermutigen, das Abrüstungsthema im Bereich der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa noch stärker zu bearbeiten, ich würde ihn auch gerne bei dem ermutigen, was der Koalitionsvertrag der drei Parteien bzw. beiden Fraktionen zu der völkerrechtlichen Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme sagt. Auch das ist eine ganz wichtige Herausforderung. In den letzten Monaten sind gerade von Deutschland aus Anstrengungen unternommen worden. Das war genauso ein konkreter Beitrag zu Abrüstung und Rüstungskontrolle. Der gesamte Bundestag sollte das unterstützen.

Ich würde gerne noch an einen Punkt erinnern, der bisher keine große Rolle gespielt hat, der jedoch genauso für das Habenkonto der Vereinten Nationen zählt: Das Völkerrecht ist mehr und mehr Leitschnur der internationalen Politik geworden. Die internationalen Gerichtshöfe schlichten entweder durch Vermittlung oder durch Rechtsgutachten Streitfälle und entwickeln das Völkerrecht fort. Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ist ein phänomenaler Fortschritt im Bereich der Vereinten Nationen.

Die Vereinten Nationen sind nicht alles, schon gar keine Weltregierung. Für eine aus den Fugen geratene Weltordnung sind sie gleichwohl ein Mittel zur Konfliktbearbeitung. Daran können wir mit Stolz und Entschlossenheit mitarbeiten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Marieluise Beck (Bremen) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch die Abgeordneten Andreas Nick (CDU/CSU), Edelgard Bulmahn (SPD), Florian Hahn (CDU/CSU) und Jürgen Klimke (CDU/CSU).

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

## Europa muss zusammenrücken, nicht auseinanderdriften



Angela Merkel (\*1954)  
Bundeskanzlerin

Der Zusammenhalt Europas ist auch 58 Jahre nach Verabschiedung der Römischen Verträge nicht selbstverständlich, sondern er ist ein kostbarer Schatz. Er wird – auch das lehrt die Erfahrung der letzten 58 Jahre – immer wieder auf die Probe gestellt, manchmal sogar auf eine sehr harte Probe. Und doch ist dieser Zusammenhalt Europas so wie damals vor 58 Jahren auch heute unverzichtbar, um die drängenden Fragen, denen wir gegenüberstehen, zu beantworten.

Denken wir dabei zunächst an die unverändert große Aufgabe, die europäische Staatsschuldenkrise nicht einfach irgendwie, sondern dauerhaft und nachhaltig zu überwinden, also so, dass Europa nach der Krise stärker ist als vor der Krise. Es ist erst wenige Wochen her, dass die Lage in Griechenland uns alle in Atem hielt und täglich die Hauptschlagzeilen prägte. Mittlerweile scheint das fast schon Ewigkeiten zurückzuliegen. Dennoch dürfen wir natürlich in unseren Bemühungen nicht nachlassen, die Reformprozesse in Europa auf der Grundlage nationaler Eigenverantwortung und europäischer Solidarität fortzusetzen, vorneweg in den von der Krise ganz besonders betroffenen Staaten.

Wir dürfen auch nicht nachlassen – da sind wir längst nicht am Ende –, die Gründungsfehler der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu beheben. Dazu müssen wir weiter daran arbeiten, zum Beispiel die wirtschaftspolitische Koordinierung in

Europa zu verbessern und zu intensivieren. Denn die gemeinsame Währung steht wie keine zweite Entscheidung des europäischen Einigungsprozesses auch dafür, wie und wie stark wir weltweit unsere Werte und Interessen behaupten können, und dies gerade in einer Zeit schwierigster außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen.

Das gilt ganz besonders mit Blick auf die Lage in der Ukraine. Wir werden weiter an der Umsetzung der Minsker Vereinbarung arbeiten, gemeinsam mit Frankreich – im Normandie-Format – und in enger Abstimmung mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern.

Dazu gehört auch, dass unser Vorgehen bei den gegen Russland verhängten Sanktionen an die Umsetzung eben genau dieses Minsker Abkommens gekoppelt ist und bleibt.

Der seit September weitgehend eingehaltene Waffenstillstand, der begonnene Abzug schwerer und leichter Waffen und ganz besonders die Absage der Wahlen bzw. die Verschiebung des Wahltermins in den Gebieten der Separatisten sind der Hoffnungsschimmer, der sich realisiert und von dem ich im Februar, als wir die Minsker Vereinbarung abgeschlossen haben, gesprochen habe.

Ich spreche immer noch von einem Hoffnungsschimmer – nicht mehr, aber auch nicht weniger ist es –, aber das bietet uns jetzt die Chance, endlich auch auf dem Weg zu einer politischen Lösung voranzukommen. Der unabdingbare Schlussstein von Minsk ist der vollständige Abzug aller sich illegal in der Ukraine aufhaltenden Truppen und Söldner sowie die vollständige Kontrolle der Ukraine über ihre eigene Grenze. Unser Ziel ist und bleibt die Wiederherstellung der freien Selbstbestimmung der Ukraine und ihrer territorialen Unversehrtheit.

Meine Damen und Herren, auf dem heute beginnenden Europäischen Rat werden wir auch über den weiteren Prozess zum Referendum in Großbritannien sprechen. Es versteht sich von selbst,

dass wir dabei konstruktiv mit der britischen Regierung zusammenarbeiten werden. Das habe ich bei meinem Besuch am letzten Freitag auch dem britischen Premierminister David Cameron noch einmal zugesichert. Aber es versteht sich von selbst, dass es Unverhandelbares gibt, dass es Errungenschaften der europäischen Integration gibt, die nicht zur Disposition gestellt werden können, wie etwa das Prinzip der Freizügigkeit und das Prinzip der Nichtdiskriminierung. Auch das habe ich natürlich deutlich gemacht.

Jetzt wird es vor allen Dingen an der britischen Seite liegen, in den kommenden Wochen ihre inhaltlichen Vorstellungen noch einmal zu präzisieren. Ich bin überzeugt davon, dass wir am Ende einen tragfähigen Kompromiss finden können. Ich wünsche mir Großbritannien weiterhin als aktiven Partner in einer starken Europäischen Union.

Denn gerade in Anbetracht der großen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, die wir zu meistern haben, brauchen wir ein Europa, das näher zusammenrückt, statt ein Europa, das auseinanderdriftet.

Kein anderes Thema macht in diesen Tagen so deutlich, wie groß die Herausforderung ist, die Europa angesichts der vielen Menschen zu bestehen hat, und wie stark diese uns fordert. Deshalb müssen wir eine europäische Antwort auf die Frage finden, wie Europa auf Herausforderungen wie Krieg und Verfolgung in unserer Nachbarschaft reagiert. Es ist nicht übertrieben, diese Aufgabe als historische Bewährungsprobe Europas zu bezeichnen. Es ist klar, dass die Bewältigung dieser Bewährungsprobe nur gelingen kann, wenn wir parallel an vielen Stellen und auf allen Ebenen ansetzen: national, in den Kommunen, den Ländern, beim Bund genauso wie in Europa und global in der Außen- und Entwicklungspolitik. Denn es gibt ihn nicht, den einen Schalter, den wir zur erfolgreichen Bewältigung dieser Herausforderung einfach umlegen könnten, und dann wäre es geschafft.

Abschottung im 21. Jahrhundert ist angesichts des Internets ebenfalls eine Illusion. Sie wäre weder für Deutschland noch für die Eu-

ropäische Union als Ganzes eine vernünftige Alternative. Also: Nur gemeinsames Handeln aller Ebenen ist der Weg, der den Anforderungen unserer globalisierten und digitalisierten Zeit gerecht wird und mit dem wir es schaffen werden, diese historische Bewährungsprobe zu meistern. In den letzten Wochen haben wir hierbei einiges erreicht, jedenfalls viel mehr als in vielen Monaten und Jahren zuvor. Denken wir nur an das Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs am 23. April dieses Jahres, das keine wirklich weitreichenden Beschlüsse zustande gebracht hat. Damals gab es umfangreiche Kritik. 800 Menschen waren im Mittelmeer umgekommen. Nur wenig war als Schlussfolgerung zu sehen.

National sind viele ganz zentrale innenpolitische Maßnahmen in dem jetzigen Gesetzespaket enthalten, das dem Bundestag heute zur Entscheidung vorliegt und das in enger Abstimmung mit den Ländern erarbeitet wurde. Ich möchte mich bei allen bedanken, die daran mitgewirkt haben. Es zeigt, dass unser Land nicht nur in Finanzkrisen schnell, flexibel und im Geiste des Miteinanders reagieren kann – Bund, Länder, Städte und Gemeinden –, sondern dass wir, wenn es um alles geht – auch um Kern und Inhalte unserer Grundwerte, also um unsere deutsche und europäische Verfasstheit –, in der Lage sind, zu handeln. Das ist eine gute Botschaft an die Menschen.

Ich will hier nur die wesentlichen Stichworte nennen, die unser Gesetzespaket vorsieht. Das sind die Verpflichtungen des Bundes zur finanziellen Unterstützung der Länder und Kommunen, so die Einführung von Pauschalbeträgen, die sich nach der Zahl der tatsächlich aufgenommenen Personen und nach der Dauer der Bearbeitung der Anträge richten. Es sind die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die Förderung bei der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die Erleichterung des Zugangs zu Integrationskursen, zur Sprachförderung und zum Arbeitsmarkt für Menschen mit guter Bleibeperspektive und die Beschleunigung der Verfahren für Menschen mit geringer Bleibeperspektive, auch um sie anschließend deutlich schneller in ihre Heimatländer zurückführen zu können. Weiter sind es die Einstufung von Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten, die laufende Verbesserung der Ausstattung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, damit Asylanträge künftig schneller bearbeitet und entschieden wer-

den können. Die Verringerung der Anreize, die dazu führen können, dass Menschen aus rein finanziellen Gründen nach Deutschland kommen, bedeutet beispielsweise, dass wir in den Erstaufnahmeeinrichtungen vor allem Sachleistungen zur Verfügung stellen.

Das waren einige der Punkte, die wir heute beschließen werden und die wichtig und ein Beispiel für schnelles Handeln sind.

So kann man sagen: Es ist Bund und Ländern gemeinsam gelungen, ein gutes nationales Gesamtpaket zu vereinbaren, und ich werbe heute um Ihre Zustimmung. Ich sage ganz offen: Sich zu enthalten, ist aus meiner Sicht in einer solchen Frage keine Option, die den Menschen im Lande hilft.

Mit diesem in kürzester Zeit erarbeiteten Paket verbessern wir zum 1. November dieses Jahres, also in weniger als einem Monat, die Voraussetzung dafür, dass diejenigen, die aus wirtschaftlicher Not zu uns kommen und sich daher zu Unrecht auf unser Grundrecht auf Asyl berufen, unser Land schneller als bisher wieder verlassen, damit diejenigen, die tatsächlich vor Krieg und Verfolgung zu uns geflohen sind, sehr viel besser und effizienter als bislang Hilfe von uns allen bekommen.

Der Bund und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben, glaube ich, durch die Entscheidung, gerade die finanziellen Leistungen des Bundes zu erhöhen, deutlich gemacht: Wir alle halten dies für eine nationale Kraftanstrengung, für eine nationale Gesamtaufgabe. Und das ist auch richtig so.

Gerade um denjenigen zu helfen, die länger bei uns bleiben – wobei ich auch noch einmal darauf hinweisen möchte, dass nach der Genfer Flüchtlingskonvention der Aufenthaltsstatus für Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten erst einmal auf drei Jahre beschränkt ist und dann geschaut wird, ob sich die außenpolitischen Bedingungen verbessert haben –, ist es wichtig, dass wir ein Gesetzespaket geschaffen haben, mit dem auch die Integration schneller und besser stattfinden kann, und zwar auf der Grundlage unserer Verfassung, auf der Grundlage unserer Werte und auf der Grundlage unserer Gesetze.

Meine Damen und Herren, so wichtig, so richtig und so unverzichtbar alle Maßnahmen unseres Gesetzpaketes auch sind – ihnen werden im Übrigen weitere folgen; wir reden im Augenblick über die Umsetzung von zwei EU-Richtlinien inklusive der Option eines Transitverfahrens im Landgrenzenbereich –, so richtig bleibt

**Wir alle halten dies für eine nationale Kraftanstrengung**

es, dass all diese Maßnahmen auf nationaler Ebene bei weitem nicht ausreichen werden, um die historische Bewährungsprobe zu bestehen, von der ich vorhin sprach. Dafür braucht es mehr, und dafür braucht es vor allen Dingen ein gesamteuropäisches Vorgehen. Ich habe dafür beim letzten Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs am 23. September geworben, der Bundesinnenminister hat das beim letzten Innenministertreffen am 8. und 9. Oktober getan. Ich habe dafür in der vergangenen Woche zusammen mit dem französischen Präsidenten François Hollande im Europäischen Parlament geworben. Genau dafür werde ich mich heute beim regulären Treffen des Europäischen Rates mit aller Entschiedenheit einsetzen.

Ganz konkret wird es heute in Brüssel darum gehen, die Umsetzung der am 23. September getroffenen Beschlüsse zu überprüfen und, wo notwendig, neue Maßnahmen anzustoßen. Ich danke ausdrücklich dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, der mehrere konkrete Maßnahmenpakete vorgelegt hat, die wichtige Schritte beinhalten und in die richtige Richtung weisen.

Wir erleben so direkt wie nie, dass in unserer globalisierten Welt Kriege, Konflikte und Perspektivlosigkeit, die es vermeintlich nur sehr weit von uns entfernt gibt, immer häufiger bis vor unsere Haustüren gelangen. Die wichtigste Ursache für die aktuelle Flüchtlingsbewegung nach Europa ist und bleibt der Krieg in Syrien. Um die Situation in diesem von Terror und Gewalt so furchtbar gequälten Land zu stabilisieren und langfristig zu befrieden, brauchen wir natürlich einen Prozess des politischen Dialogs, der auch Russland und andere internationale Akteure, auch regionale Akteure, einbezieht.

Um auch das gleich zu sagen: All das braucht einen langen Atem, vielleicht sogar einen sehr langen. Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien vor über vier Jahren mussten wir erleben, dass viele Millionen Menschen flüchten. Das ist einfach nur deprimierend. Wir müssen auch konstatieren: Alle bisherigen diplomatischen Bemühungen haben nicht den geringsten Erfolg gebracht, und nichts – auch das will ich nicht verschweigen – macht uns derzeit Mut, dass sich an der desolaten Lage des Landes, dessen Menschen von Assad und IS gleichsam in die Zange genommen werden, schon in allernächster Zeit etwas Entscheidendes zum Guten wenden könnte.

Sollen wir es dann also gleich sein lassen? Sollen wir erst gar nicht versuchen, weiterzumachen? Sollen wir aufgeben? Nein, das

kann keine vernünftige Option sein. Deshalb wählen wir sie auch nicht. Wir wollen vielmehr in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft unseren ganz bescheidenen Teil dazu beitragen, dass der Prozess eines politischen Dialogs in Gang gesetzt werden kann. Dem diene die Reise des Bundesaußenministers nach Kuwait, dem dient die Reise des Bundesaußenministers in den nächsten Tagen nach Iran und Saudi-Arabien, dem dient auch meine Reise in die Türkei.

Wir verstärken gleichzeitig unsere Bemühungen, immer auch die Länder zu unterstützen, die im Moment den weit überwiegenden Teil der Flüchtlinge aus Syrien bei sich beherbergen und dies auch weiter tun werden. Das sind allen voran die Türkei, der Libanon und Jordanien. Diese Länder verdienen größte Anerkennung für die Hilfe, die sie für die Menschen leisten, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien geflohen sind, und sie verdienen unsere Unterstützung, meine Damen und Herren, und zwar ganz konkret.

Das verlangt, dass wir uns finanziell stärker als bisher engagieren. Deshalb haben wir auf dem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs am 23. September dazu aufgerufen, den vor Ort tätigen Hilfsorganisationen 1 Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Die EU-Institutionen haben rasch gehandelt. Im Eilverfahren hat der Rat bereits zusätzlich 200 Millionen Euro aus dem diesjährigen EU-Haushalt genehmigt; dem hat gestern Abend auch das Europäische Parlament zugestimmt. Im kommenden Jahr soll dann die humanitäre Hilfe aus dem EU-Haushalt um zusätzliche 300 Millionen Euro aufgestockt werden. Deutschland hat darüber hinaus seinen eigenen Beitrag bereits um 100 Millionen Euro erhöht. Und ich sage zu: Sollte sich herausstellen, dass diese Zusagen gerade mit Blick auf den anstehenden Winter nicht ausreichen, um die Lebensmittelleistungen wieder zu erhöhen, dann werden wir weitere Mittel einsetzen.

Denn je besser es uns gelingt, menschenwürdige Bedingungen und Lebensperspektiven in der Nähe der Heimatstaaten der Flüchtlinge wiederherzustellen, desto weniger werden sich Menschen gezwungen sehen, den gefährlichen Weg nach Europa auf sich zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ohne Zweifel: Eine Schlüsselrolle in dieser Situation spielt die Türkei; denn mit über 2 Millionen Schutzsuchenden trägt sie derzeit die Hauptlast der Fluchtbewegung aus Syrien. Die meisten Kriegsflüchtlinge, die in die Europäische Union kommen, reisen über die Türkei ein. Wir werden die Flücht-

lingsbewegung daher nicht ordnen und eindämmen können, ohne mit der Türkei zusammenzuarbeiten. Das beinhaltet, dass wir der Türkei für die Versorgung der Flüchtlinge und für die humanitäre Hilfe größere Unterstützung zuteilwerden lassen. Das beinhaltet auch, dass wir bei der Grenzsicherung und bei der Bekämpfung krimineller Schlepperbanden zusammenarbeiten; denn es ist nicht hinnehmbar, dass die schmale Meeresrinne, die zwischen der türkischen Küste und den griechischen Inseln und damit zwischen zwei NATO-Partnern liegt, im Augenblick von Schleppern beherrscht wird.

Zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Türkei hat die Europäische Kommission einen Aktionsplan vorgelegt, den wir nun rasch mit der Türkei vereinbaren müssen; gestern war der stellvertretende Kommissionspräsident Timmermans in der Türkei. Die Bundesregierung unterstützt diese Bemühungen zusätzlich durch den deutsch-türkischen Migrationsdialog, zu dem morgen die ersten Gespräche stattfinden werden. Ich werde am Sonntag nach Istanbul reisen, um mit den Vertretern der Türkei über die Ergebnisse des heute beginnenden Europäischen Rates zu sprechen.

Meine Damen und Herren, ich verstehe, dass manche von uns besorgt sind, ob es Europa in den Beratungen mit der Türkei gelingt, nicht nur aktuelle Interessen in der Flüchtlingsfrage zum Ausdruck zu bringen, sondern immer auch unsere Werte zu behaupten. Führen wir uns dazu vor Augen: Mit der Türkei finden Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union statt. Es gilt – das ist selbstverständlich – das Prinzip: Pacta sunt servanda, Verträge werden eingehalten. Die Verhandlungen der EU mit der Türkei werden ergebnisoffen geführt. Daran hält sich die Bundesregierung, daran halte auch ich mich.

In diesem Geiste habe ich in der Vergangenheit alle meine Gespräche mit der Türkei geführt, und so wird es auch am Sonntag wieder sein. Am Sonntag werden alle Fragen – wie die Lage in Syrien, Visa-freiheit, sichere Herkunfts- und Drittstaaten, der gemeinsame Kampf gegen Terrorismus und die Situation der Menschenrechte in der Türkei – auf den Tisch kommen. Wir dürfen jedoch nicht den Fehler machen, jetzt nur noch auf die Fluchtbewegungen über die Türkei in Richtung Europa zu schauen, so wie wir, wenn wir ehrlich sind, im Frühling – also noch vor wenigen Monaten, jedenfalls viel zu lange – nur auf die Fluchtbewegungen über Italien in Richtung Nordeuropa geschaut haben.

In einer globalisierten Zeit müs-

sen wir alles mit allem im Zusammenhang betrachten. Deshalb werden wir auch die Zusammenarbeit mit den vielen anderen Transit- und Herkunftstaaten verstärken, insbesondere in Afrika. Mitte November werden wir mit den dortigen Partnerstaaten auf Malta zu einem EU-Afrika-Gipfel zusammenkommen, von dem wir konkrete

und spürbare Fortschritte erwarten; der Europäische Rat wird auch dieses Treffen heute vorbereiten. Wir arbeiten darauf hin, dass die Europäische Union 1,8 Milliarden Euro für eine bessere Bekämpfung von Fluchtursachen in Afrika zur Verfügung stellt. Dabei geht es um die Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven für die dort lebenden Menschen, aber auch um die Stärkung der Kapazitäten der afrikanischen Staaten im Kampf gegen kriminelle Schlepperbanden.

Aber nun noch einmal zurück zur Europäischen Union: Dies umfasst auch, dass wir entschieden weiter daran arbeiten müssen, die Lage an den Außengrenzen der Europäischen Union besser in den Griff zu bekommen. Mit der Entscheidung für Dublin haben wir die Kontrolle im Wesentlichen an die europäischen Außengrenzen verlegt. Das war ein Vertrauensvorschuss, den wir gegeben haben. Wir müssen heute konstatieren, dass diese Kontrolle an den Außengrenzen nicht funktioniert. Deshalb muss sie stärker auf die europäische Gemeinsamkeit gestellt werden, deshalb muss sie effektiver gemacht werden, deshalb müssen wir Personal zur Verfügung stellen. Die Kommission hat bis zu 1 100 Personen angefordert. Gemeldet haben wenige Mitgliedstaaten, unter anderem Deutschland, unter anderem Österreich; aber ich erwarte – das muss Ergebnis dieses Europäischen Rates sein –, dass alle ihren Beitrag dazu leisten. Das ist selbstverständlich.

Dazu gehört, dass wir die europäische Grenzschutzagentur Frontex stärken. Die Mitgliedstaaten müssen, wie gesagt, ihr Personal entsenden. Frontex lebt davon, dass Mitgliedstaaten Personal zur Verfügung stellen. Die Meldungen sind enttäuschend; ich sagte es schon.

Dazu gehört, dass wir Hotspots einrichten. Die ersten Arbeiten haben begonnen. An diesen Hotspots an der Außengrenze sollen Flüchtlinge – das wissen Sie –, die in Europa ankommen, unmittelbar untergebracht, registriert und auf ihre Schutzbedürftigkeit überprüft werden. Wir haben im Kreise der Staats- und Regierungschefs

vereinbart, dass die Hotspots bis Ende November voll funktionsfähig sein sollen. Die ersten Einrichtungen – es gibt wenige, aber es gibt immerhin Fortschritte – haben inzwischen in Italien und Griechenland ihre Arbeit aufgenommen. Deutschland trägt zum Aufbau der Hotspots bei, indem wir Italien und Griechenland personell und materiell unterstüt-

zen. Auch hier sage ich: Das wird nur gelingen, wenn wir das als eine gesamteuropäische Aufgabe verstehen.

Die sogenannten Hotspots sind sozusagen der Ausgangspunkt einer fairen Verteilung in Europa. Wir haben nach kontroversen Diskussionen und auch einer kontroversen Abstimmung die Verteilung von 160 000 Flüchtlingen beschlossen. Die Umsetzung dieses wichtigen Beschlusses der Justiz- und Innenminister hat begonnen. Ende letzter Woche wurden die ersten Flüchtlinge aus Eritrea von Italien nach Schweden gebracht. Es werden weitere folgen, die von Griechenland nach Luxemburg gebracht werden.

Ich weiß, das ist nur ein erster, kleiner Anfang; aber damit ist der Rahmen gesetzt. Seit dem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs im September 2015 sind hierzu wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. Ich bleibe unverändert – und das ist die Meinung der ganzen Bundesregierung – davon überzeugt, dass wir einen dauerhaften und verbindlichen Verteilungsmechanismus in Europa benötigen, genauso wie ihn die Europäische Kommission vorgeschlagen hat. Deshalb werden wir weiter daran arbeiten. Da wird noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sein; aber wir werden nicht nachlassen.

Neben der fairen und solidarischen Verteilung ist ein weiteres ganz wichtiges gesamteuropäisches Thema die Rückführung von Menschen, die keinen Anspruch auf Schutz in der Europäischen Union haben. Die Rückführungsquote in der Europäischen Union lag im letzten Jahr bei unter 40 Prozent. Das ist alles andere als zufriedenstellend; da müssen wir besser werden. Aber – ich habe mir die Zahlen sehr genau angeguckt – Deutschland liegt hier nirgends an der Spitze. Deshalb müssen vor allen Dingen wir besser werden; unser nationales Maßnahmenpaket trägt ja genau dazu bei.

Ich habe bereits im Europäischen Parlament gesagt, dass das Dublin-Verfahren in der Praxis nicht funktioniert. Deshalb ist es gut und richtig, dass die Europäi-

### Die sogenannten Hotspots sind der Ausgangspunkt einer fairen Verteilung in Europa.

sche Kommission angekündigt hat, im Frühjahr kommenden Jahres einen Vorschlag zur Änderung von Dublin vorzulegen. Wir werden uns auch mit eigenen Vorschlägen daran beteiligen.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Themen,

die wir heute beim Europäischen Rat in Brüssel besprechen werden, machen einmal mehr deutlich, wie sehr wir ein Europa brauchen, das sich solidarisch verhält, statt gesamteuropäische Herausforderungen zu Problemen einzelner Mitgliedstaaten zu erklären. Ein

Europa, das in einer globalisierten Welt seiner Verantwortung gerecht wird, weil es seine Werte und Interessen weltweit behaupten will, das muss ein solidarisches Europa sein. Alles andere wird scheitern.

Ein Europa, das diese Solidarität annimmt und auch lebt – das

wird noch ein mühevoller Prozess; aber ich glaube, dass wir erfolgreich sein können –, ein solches Europa, das auf dieser Grundlage arbeitet, wird auch stärker aus dieser Krise hervorgehen, als es in diese Krise hineingegangen ist. Ich werde mich heute beim Europäi-

schen Rat dafür einsetzen und bitte um Ihrer aller Unterstützung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Rüdiger Veit (SPD) – Beifall bei der SPD sowie des Abg. Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dr. Sahra Wagenknecht, DIE LINKE:

## Die Fluchtursachen müssen beseitigt werden



Sahra Wagenknecht (\*1969)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es gibt Werte, die man mit Blick auf die großen Traditionen von der Antike bis zur Aufklärung mit gutem Grund und im besten Sinne als europäische Werte bezeichnen kann. Demokratie, Solidarität und auch Gerechtigkeit gehören dazu. Wie wenig die Europäische Union mit solchen Werten zu tun hat, zeigt sich in der Flüchtlingskrise besonders krass. Europäische Einigkeit besteht gegenwärtig eigentlich nur darin, mehr in die Abschottung der EU-Außengrenzen zu investieren – ein Konjunkturprogramm für die Stacheldrahthersteller und für die Schleusermafia statt einer verantwortungsvollen europäischen Flüchtlingspolitik. Ich finde, das ist ein Armutszeugnis für Europa.

Natürlich weiß jeder, dass die Lösung nicht darin liegt, die vielen Millionen verzweifelten Menschen, die weltweit auf der Flucht vor Krieg, vor Bürgerkrieg und vor Terror sind, in die EU oder gar nach Deutschland zu holen. Aber gerade deshalb wäre es endlich an der Zeit, über die Beseitigung von Fluchtursachen nicht nur zu reden, sondern auch real etwas dafür zu tun, dass es auf dieser Welt weniger Krieg, weniger Bürgerkrieg und weniger Terror gibt.

Sagen Sie jetzt nicht, das liege nicht in Ihrer Macht. Die Vereinigten Staaten haben ihre Öl- und Gaskriege immer mit Beteiligung europäischer Länder geführt. US-Drohnen morden mit logistischer Unterstützung aus Deutschland. Die Saudis führen ihren Krieg im Jemen unter anderem mit deut-

lichen Waffen. Es ist doch zutiefst verlogen, über die Beseitigung von Fluchtursachen zu reden und gleichzeitig die Waffenexporte ausgerechnet nach Saudi-Arabien zu verdreifachen. So bekämpft man Fluchtursachen nicht, sondern so macht man glänzende Geschäfte mit ihnen.

Deshalb muss ich Ihnen sagen: Solange Sie Waffenexporte in Spannungsgebiete nicht endlich verbieten, ist das ganze Gerede über die Bekämpfung von Fluchtursachen vollkommen unglaubwürdig. Darüber hinaus brauchen wir endlich eine eigenständige europäische Politik gegenüber den Vereinigten Staaten, gerade wenn sie sich als oberster Feldwebel dieser Welt aufspielen und bomben und töten, wo immer es ihnen passt. Ohne den Irakkrieg gäbe es den „Islamischen Staat“ nicht, der heute in Syrien wütet. Das jüngste Kriegsverbrechen in Kunduz mit 22 zivilen Toten, Ärzten und Patienten, zeigt erneut den ganzen Zynismus dieser angeblichen Antiterrorkriege. Genau diese Kriege mit ihren Tausenden zivilen Opfern sind es doch, die den Hass säen, auf dem der islamistische Terror gedeiht.

Deshalb unterstützen wir es durchaus, dass Sie, Frau Merkel, eben noch einmal für eine politische Lösung für Syrien plädiert haben. Ich denke, es gibt keinen anderen Weg. Auch der IS, der sich in Städten mit Tausenden zivilen Einwohnern versteckt, lässt sich nicht mit Bomben stoppen, und zwar weder mit amerikanischen noch mit russischen.

Wenn man den IS stoppen will, dann muss man ihn von Waffenlieferungen und Finanzen abschneiden. Eines der Länder, die in der Vergangenheit genau das Gegenteil getan haben und immer noch tun, die den IS also direkt und indirekt unterstützt haben, ist allerdings die Türkei, und ausgerechnet die soll jetzt unser großer Partner in der Flüchtlingskrise werden, ausgerechnet Erdogan, der sein eigenes Land durch die Aufkündigung des Friedensprozesses mit den Kurden an den Rand eines

Bürgerkrieges führt. Ich finde, es ist eine humanitäre Bankrotterklärung, mit einem Regime zu paktieren, das Journalisten, Kurden und Gewerkschafter verfolgt. Frau Merkel, sagen Sie deshalb Ihre Türkei-Reise ab. So kurz vor den Wahlen ist sie nichts anderes als direkte Wahlkampfhilfe für Erdogan.

Natürlich ist es wichtig, dass die Lager vor Ort, in denen sich ungleich mehr Flüchtlinge aufhalten als in der gesamten EU, besser ausgestattet werden. Das erreichen wir aber doch nicht dadurch, dass wir uns für Erdogans Machtpolitik einspannen lassen, sondern indem wir Hilfsorganisationen wie die Welternährungsorganisation der UN besser ausstatten, damit sie ihre Aufgaben dort erfüllen können. Ich muss sagen: Sie können doch nicht im Ernst glauben, dass Sie mit einer zusätzlichen Milliarde, die die EU jetzt in Aussicht gestellt hat, die Lebensbedingungen von etwa 10 Millionen Flüchtlingen, die es derzeit in und um Syrien gibt, wirklich verbessern können. Wer so etwas erzählt, der ist doch einfach unseriös.

Inzwischen ist davon auszugehen, dass in diesem Jahr über 1 Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Die Willkommenskultur, die große Teile der Bevölkerung in den letzten Wochen und Monaten an den Tag gelegt haben, ist wirklich bewundernswert. Es ist jetzt aber auch langsam an der Zeit für eine Verantwortungskultur der Politik, und zwar vor allem der Bundespolitik, die damit beginnen muss, dass man sich den vorhandenen Problemen stellt, statt sie kleinzureden.

Die hundertste Wiederholung Ihres „Wir schaffen das“, Frau Bundeskanzlerin, hilft dem Bürgermeister einer Gemeinde unter Haushaltsnotstand, der eine winterfeste Unterbringungsmöglichkeit für die Flüchtlinge braucht und schon überlegt, in welchen anderen Bereichen er dafür kürzen muss, nicht. Wir erleben zurzeit doch ein eklatantes Staatsversagen, und jetzt rächt es sich, dass die politischen Weichen in diesem Land seit vielen Jahren in die falsche

Richtung gestellt wurden. Es ist doch nicht erst seit dem Zuzug der Flüchtlinge so, dass bezahlbarer Wohnraum gerade für diejenigen fehlt, die kein dickes Portemonnaie haben. Das ist seit vielen Jahren so. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Kommunen durch Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen finanziell ausgehungert wurden, sodass viele unter diesem Druck eben ihren Wohnungsbestand verkauft haben. Das ist doch eine Realität.

Genauso ist es nicht erst seit dem Zuzug der vielen Flüchtlingskinder so, dass in diesem Land Lehrer fehlen. Schon seit vielen Jahren werden Lehrerstellen abgebaut, weil die Verkleinerung des öffentlichen Dienstes natürlich immer das leichteste Mittel ist, um im Korsett der Schuldenbremse klarzukommen.

Einige von Ihnen reden hier von Leitkultur, aber Sie schaffen es noch nicht einmal, zu verhindern, dass wegen des Lehrermangels immer mehr Deutschstunden ausfallen und viele Kinder die Schule verlassen, ohne jemals einen Zugang zu Thomas Manns Der Zauberberg oder Goethes Faust gefunden zu haben.

Dieses Bildungselend, die Wohnungsnot und auch den riesigen Niedriglohnssektor gab es schon, bevor die Flüchtlinge kamen, aber natürlich werden diese Probleme jetzt ins Extremste verschärft. Die Stimmen, die den ohnehin schon lückenhaften Mindestlohn weiter aufweichen wollen, werden immer lauter. Das heißt, die Zuwanderung soll jetzt auch noch für Lohndumping missbraucht werden. Ich finde das unerträglich. Das muss verhindert werden.

Wir brauchen stattdessen dringend bessere Sicherungen gegen Lohndrückerei. Wir brauchen ein groß angelegtes öffentliches Wohnungsbauprogramm. Wir brauchen eine massive Aufstockung der Bildungsausgaben. Wer jetzt immer noch meint, dieses Problem ließe sich dadurch lösen, dass man die Budgets ein bisschen umschichtet, der hat, finde ich, den Ernst der Lage nicht begriffen.

Natürlich können wir es schaffen. Deutschland ist ein reiches Land. Aber dann muss man eben auch den Mut haben, sich das Geld bei den Reichen zu holen und nicht bei den Armen.

Allein die 500 reichsten Familien in Deutschland haben ein Privatvermögen in Höhe von über 600

Milliarden Euro. Die zehn reichsten Familien kassieren zusammen Dividenden in Höhe von 2,4 Milliarden Euro im Jahr.

Aber statt solch unverschämten Reichtum höher zu besteuern, lassen Sie es zu, dass die Kosten für die Flüchtlinge als Argument dafür erhalten müssen, warum wir unsere Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas nicht ordentlich bezahlen können. Sie lassen es zu, dass Mietern in kommunalen Wohnungen gekündigt wird, um Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen. Wissen Sie nicht, was Sie damit anrichten?

Frau Merkel, Sie haben mehrfach Ihre Aussage wiederholt, dass Sie Menschen in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen wollen. Aber ganz abgesehen davon, dass das freundliche Gesicht mit den geplanten Internierungslagern an der Grenze zu einer ziemlich hässlichen Grimasse zu werden droht, fragen sich auch viele: Wo war und wo ist Ihr freundliches Gesicht gegenüber Menschen in Notsituationen hier im Land? Wo ist Ihr freundliches Gesicht gegenüber denen, die von Jobcentern gedemütigt und in miese Billiglohnjobs gedrängt werden? Wo ist Ihr freundliches Gesicht gegenüber der alleinerziehenden Mutter, die ihre Kinder nur noch dank des Angebots der Tafeln satt bekommt? Wo ist Ihr freundliches Gesicht gegenüber der wachsenden Zahl von Menschen, denen nach einem langen Arbeitsleben Armut im Alter droht? All diese Notsituationen lassen Sie seit vielen Jahren zu – mit einem ziemlich ungerührten Gesicht.

Ich erinnere Sie daran, wie viel Geld Sie über Nacht bereitgestellt haben, als deutsche Banken ins Taumeln gerieten. Heute taumeln in Deutschland Städte und Gemeinden, aber Sie hantieren mit Kleinbeträgen. Ich sage Ihnen: Wer selbst von Zukunftsangst gequält wird, der ist selten bereit, anderen mit offenen Armen eine Perspektive zu bieten.

Nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung wahr, statt zuzulassen, dass AfD, Pegida und Co. dort ernten gehen, wo Sie Spannungen und Überforderung gesät haben, sonst – das muss ich Ihnen sagen – wird mir angst und bange, wenn ich daran denke, wie dieses Land in ein oder zwei Jahren aussehen wird.

(Beifall bei der LINKEN)



Thomas Oppermann, SPD:

## Die Krise kann Deutschland nicht alleine meistern



Thomas Oppermann (\*1954)  
Wahlkreis Göttingen

Frau Wagenknecht, auch in Ihrer ersten Rede als neu gewählte Fraktionsvorsitzende ist es Ihnen nicht gelungen, mich mit Ihren Ausführungen zu überzeugen. Ich möchte Ihnen trotzdem zu Ihrer Wahl gratulieren. Viele Menschen verändern sich, wenn sie ein solches Amt ausüben. Das wünsche ich auch Ihnen von ganzem Herzen.

Meine Damen und Herren, auf dem heutigen Europäischen Rat müssen die Staats- und Regierungschefs den nächsten großen Schritt zur Bewältigung der Flüchtlingskrise gehen. Diese Krise kann Deutschland auch zusammen mit Österreich und Schweden nicht allein bestehen. Dazu brauchen wir die Hilfe von ganz Europa.

Finanzminister Wolfgang Schäuble hat aus italienischen und französischen Zeitungen zitiert, Deutschland habe mit seiner Entscheidung, die Flüchtlinge aus Ungarn aufzunehmen, die Ehre Europas gerettet. Es ist gut, dass uns die Aufnahme von Flüchtlingen überall viel Respekt einbringt, aber nach meinem Verständnis ist es nicht die Aufgabe Deutschlands, Europas Ehre zu retten. Europa kann seine Ehre nur selber retten.

Ein erster Schritt dazu war der Beschluss über die Verteilung von 120 000 Flüchtlingen und die Errichtung von Hotspots in Griechenland und Italien. Dem müssen jetzt weitere Schritte folgen. Das heißt für mich zuallererst: Europa muss an vorderster Stelle stehen, wenn es darum geht, die Fluchtursachen zu beseitigen. Viele Menschen fliehen zu uns, weil es in den Flüchtlingslagern im Nahen Osten nicht mehr genug zu essen gibt. Das können wir schnell ändern. Wir müssen den Ländern, die den größten Teil der Flüchtlinge aufnehmen, mit aller Kraft helfen.

Ich möchte Frank-Walter Stein-

meier danken: Aufgrund seiner Initiative wurde in New York vereinbart, dass die Etats des Welternährungsprogramms und des UN-Flüchtlingshilfswerks um 1,8 Milliarden Dollar aufgestockt werden. Das ist ein guter Anfang.

Aber ich finde, auch die EU muss mehr Mittel mobilisieren, als es auf dem letzten Gipfel vereinbart wurde. Das geht allerdings nur, wenn die EU ihren Haushalt auf den Prüfstand stellt. Er scheint mir völlig aus der Zeit gefallen zu sein. Man kann ihm in keiner Weise ansehen, dass sich diese Welt total verändert hat. Im Jahr 2016 gibt die Europäische Union 150 Milliarden Euro aus, 40 Prozent davon für Agrarsubventionen. 34 Prozent fließen in die Strukturfonds. Für Migration und Entwicklungshilfe gibt es dagegen nur Kleckerbeträge.

Meine Damen und Herren, wir brauchen einen Haushalt, der der weltpolitischen Rolle und Bedeutung Europas gerecht wird, und das heißt für mich: mehr Geld für wirtschaftliche Zusammenarbeit und mehr Geld für die Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Die zweite große Aufgabe Europas ist die Sicherung der europäischen Außengrenzen. Die Freizügigkeit bzw. die Reisefreiheit, um die uns viele Menschen in der ganzen Welt beneiden, wird nur dann erhalten bleiben, wenn es gelingt, die EU-Außengrenzen zu sichern. Wenn die EU-Außengrenzen offen bleiben, wird Schengen fallen, und das müssen wir unbedingt verhindern.

Sichere Außengrenzen bedeuten keineswegs die Abschottung von Europa. Ganz im Gegenteil: Deutschland wird auch in Zukunft viele Flüchtlinge aufnehmen. Aber das muss in einem geordneten Verfahren geschehen, an dem sich alle Länder Europas beteiligen.

Mittelfristig brauchen wir ohnehin ein europäisches Asylverfahren, ein Verfahren, in dem nicht nationale, sondern europäische Gerichte entscheiden. Wir brauchen gemeinschaftliche europäische Standards für Asylbewerber. Denn das, was wir derzeit erleben, ist die Nationalisierung des Asylrechts. Das überfordert einige wenige Länder, und das spaltet am Ende ganz Europa.

Für eine bessere Flüchtlingspolitik brauchen wir die Kooperation mit der Türkei. Wir alle wissen, dass die Ausgangslage nach dem furchtbaren Terroranschlag in Ankara und nach dem Kriegseinsatz

Russlands in Syrien nicht einfacher geworden ist. Trotzdem müssen wir mit allen Beteiligten reden. Daran führt kein Weg vorbei.

Ich finde es richtig, dass die Bundeskanzlerin am Sonntag in die Türkei fährt, und ich bin sicher – das hat sie eben auch klargemacht –, dass sie dort auch die richtigen Worte findet. Nur eine rechtsstaatliche und demokratische Türkei kann ein starker Partner für Europa sein.

Meine Damen und Herren, die ersten Reaktionen der Deutschen auf die vielen Flüchtlinge waren offene Herzen und Optimismus. Fast jeder zweite Deutsche hat mittlerweile entweder für die Flüchtlinge gespendet oder ist in irgendeiner Weise selbst aktiv geworden. Das ist das größte zivilgesellschaftliche Engagement, das wir in unserem Land je erlebt haben. Dafür möchte ich allen, die dabei mitgemacht haben, ganz herzlich danken.

Aber neben diesem anhaltenden Engagement haben sich auch viele Ängste und Sorgen in der Mitte unserer Gesellschaft entwickelt. Und die müssen wir ernst nehmen.

Ich war in der vergangenen Woche mit den Kollegen Jürgen Trittin und Fritz Güntzler bei einer Bürgerversammlung in Friedland. In Friedland leben im Augenblick auf 700 Plätzen 3.000 Flüchtlinge. Zu dieser Bürgerversammlung kamen 450 Menschen. Die haben ihre Sorgen auf den Tisch gepackt. Da war von Überforderung die Rede, von Müll auf den Straßen, von Bedrohungssituationen und Regelverletzungen.

Ich bin aber am Ende trotzdem optimistisch aus dieser Veranstaltung herausgegangen; denn es gab überhaupt keine Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit. Und das Ergebnis spricht am Ende auch für sich. Der Bürgermeister hat zugesagt, dass er die Straßenlaternen nachts nicht mehr abdimmt. Das stärkt das subjektive Sicherheitsgefühl. Die Polizei hat zugesagt, dass sie die Präsenz im Lager erhöht, sodass sie bei Konflikten schnell eingreifen kann. Und wir waren uns alle einig, dass wir Flüchtlinge mit Sprachkenntnissen und sozialer Kompetenz viel stärker in die Flüchtlingshilfe einbinden müssen. Was ich sagen will, ist: Man kann etwas gegen Ängste unternehmen.

Wir dürfen die Menschen nicht wegen ihrer Ängste abstempeln. Wir dürfen die Probleme nicht

verschweigen, sonst wenden sich die Bürger von der Politik ab und gehen zu Pegida. Und das müssen wir unbedingt verhindern, meine Damen und Herren!

Das Motto „Wir schaffen das“ ist ein guter Appell an die ehrenamtlichen Helfer; aber der Satz darf jetzt keine bloße Durchhalteparole werden. Jetzt muss der Staat seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Vom „Wir schaffen das“ müssen wir jetzt übergehen zum „Wir machen das“. Das erwarten die Menschen von uns.

Ich bin deshalb froh, dass wir heute gemeinsam ein Asylpaket verabschiedet werden. Dazu gibt es – und das ist gut – in beiden Koalitionsfraktionen Entscheidungen ohne Gegenstimmen. Wir sind uns einig, dass die Flüchtlinge mit Bleiberecht schnell integriert und die ohne Bleiberecht schnell zurückgeführt werden sollen. Wir sind uns einig, dass die Geschwindigkeit, mit der die Flüchtlinge zu uns kommen, deutlich verringert werden muss. Auch wollen wir bessere Kontrollen an der Grenze. Aber Grenzhafelager für Tausende von Flüchtlingen werden mit uns nicht zu machen sein.

Davon bin ich genauso wenig überzeugt wie von der Idee, ausgerechnet den integrationswilligen Asylbewerbern die Sozialhilfe zu kürzen.

Im Übrigen glaube ich, dass es uns im Augenblick nicht hilft, wenn wir jeden Tag eine neue Idee zur Diskussion stellen. Wir sollten uns vielmehr darauf konzentrieren, das, was wir beschlossen haben, auch tatsächlich umzusetzen.

Um das zu schaffen, war es richtig, dass die Bundeskanzlerin die Flüchtlingsfrage zur Chefsache gemacht und Peter Altmaier als Gesamtkoordinator bestellt hat. Seine wichtigste Aufgabe ist es, vor dem Wintereinbruch dafür zu sorgen, dass alle Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf bekommen, dass wir in diesem Winter keine Obdachlosigkeit von Flüchtlingen in Deutschland haben. Das ist eine große Herausforderung. Dafür wünsche ich ihm ganz persönlich eine glückliche Hand.

Die noch viel größere Herausforderung ist aber natürlich die Integration von Hunderttausenden Flüchtlingen mit Bleiberecht. Das ist keine Frage des Krisenmanagements, sondern eine Daueraufgabe für die nächsten 10 oder 15 Jahre. Sie wird die Politik in Deutschland grundlegend verändern. Ich will das an drei Beispielen aufzeigen:

Das erste Beispiel bezieht sich auf den Bereich Bildung. Schätzungen zufolge kommen allein in diesem Jahr 325.000 schulpflichtige Kinder nach Deutschland. Aufgrund der seit Jahren sinkenden

Schülerzahlen haben die Länder in erheblichem Umfang Schulkapazitäten abgebaut. Ich würde es als einen ganz schweren Fehler ansehen, wenn wir jetzt die zusätzlichen Schüler aufnehmen, indem wir die Klassen vergrößern und am Ende die Unterrichtsqualität für alle Schülerinnen und Schüler im Lande verschlechtern. Das darf nicht passieren, meine Damen und Herren! Deshalb brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung. Das werden die Länder allein nicht bewältigen können. Ich sage ganz klar: Mit dem Kooperationsverbot betreffend Bund und Länder wird das auch nicht gehen.

Wenn wir sagen: „Wir brauchen eine Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen bei der Integration“, dann passt ein Kooperationsverbot dazu in keiner Weise. Die beiden Dinge gehören nicht zusammen. Ich glaube, dass die Flüchtlingskrise auch eine große Chance bietet, den Reformstau in diesem Land anzugehen, nicht nur bei der Bildung, sondern auch in anderen Bereichen. Wir dürfen keine Angst vor den Kosten der Integration haben. Deutschland hat nach Japan die älteste Bevölkerung aller Industrieländer. 50 Prozent der Flüchtlinge sind jünger als 25 Jahre. Das ist eine riesige Chance. Deshalb muss diese Krise auch genutzt werden, Probleme zu lösen, die wir sonst nur hätten schwer lösen können.

Zweites Beispiel: Wohnen. Wohnungsnot hatten wir schon, bevor die vielen Flüchtlinge gekommen sind. Nun kommt zu der alten Wohnungsnot in den Ballungszentren die neue Wohnungsnot der Flüchtlinge hinzu. Jetzt stellen wir fest: Wir müssen beides angehen. Wir werden praktisch durch die Flüchtlinge gezwungen, auch die alte Wohnungsnot zu beseitigen, und zwar in einer viel höheren Geschwindigkeit, als wir uns das bisher gedacht haben. Jedem ist klar, dass wir schnell handeln müssen. Die Flüchtlinge können nicht jahrelang in Notunterkünften belassen werden; das wäre ein sozialer Sprengsatz. In Notunterkünften kann Integration nicht gelingen. Klar ist aber auch: Beim Wohnungsbau müssen wir darauf achten, dass es keine Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und Mietern gibt, die schon lange eine bezahlbare Wohnung suchen.

Mein letzter Punkt. Integration kann nur gelingen, wenn die Neuankommlinge unsere Grundwerte und Regeln kennen und akzeptieren. Deshalb haben wir die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes in arabische Sprache übersetzen lassen und verteilen sie in Flücht-

Fortsetzung auf nächster Seite

lingswohnheimen, verbunden mit der Aufforderung, mit uns ins Gespräch zu kommen. Die Menschenrechte, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie Religions- und Meinungsfreiheit, all diese Rechte gelten ohne Wenn und Aber. Nur wer das akzeptiert, kann einen Platz in unserer Gesellschaft finden.

Ich bin übrigens optimistisch, dass das den meisten gelingen

wird; denn die meisten Flüchtlinge sehnen sich nach einem Leben in Freiheit, nach einem Leben ohne korrupte Verwaltung und nach einem Leben ohne religiöse Fanatiker; davon haben sie bislang genug kennengelernt. Aber die Werte sind nicht nur für die Flüchtlinge verbindlich, und Ordnung brauchen wir nicht nur an unseren Grenzen, sondern auch in der Mitte unserer Gesellschaft. Zur

Wirklichkeit in unserem Land gehört leider, dass Flüchtlingsheime brennen, Andersdenkende verfolgt werden sowie rassistische und rechtsextreme Hassbotschaften im Internet verbreitet werden. Ich finde es unerträglich, dass hierzulande Bürgermeister und Landräte mit Gewalt bedroht werden, nur weil sie sich um Flüchtlinge kümmern.

Ganz schlimm finde ich die Ra-

dikalisierung der Pegida-Bewegung in Erfurt und Dresden. Herbert Prantl hat in der Süddeutschen Zeitung zu Recht geschrieben: „Die Hetze auf der Dresdener Pegida-Demo ist der Begleitchor zu den Gewalttaten gegen Flüchtlingsunterkünften.“ Ich meine, dass die Polizei nicht dulden darf, wenn bei solchen Demonstrationen zu Straftaten aufgerufen wird. Die Bürgerinnen und Bürger dür-

fen bei all den Turbulenzen und Verwerfungen, die jetzt auf uns zukommen mögen, nicht das Gefühl haben, dass wir die staatliche Ordnung preisgeben und darauf verzichten, die Schwächeren in dieser Gesellschaft zu schützen; darauf müssen wir achten. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Der Umgang ist eine gesamteuropäische Aufgabe



Katrin Göring-Eckardt (\*1966)  
Landesliste Thüringen

In der vergangenen Woche haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, etwas Richtiges getan. Sie haben die Flüchtlingspolitik zur Chefinsache gemacht; das ist konsequent, nachdem Sie nicht als Beschwörung, sondern aus Überzeugung gesagt haben: „Wir schaffen das“, während Ihr Innenminister weiterhin den Eindruck erweckt hat: Ich will es gar nicht schaffen. In Zeiten, in denen jeder Landrat schnelle Unterstützung braucht, macht sich ein Innenminister Gedanken darüber, warum Flüchtlinge eigentlich noch Geld für ein Taxi haben. Ich will Ihnen das sehr klar sagen: Wenn jemand, nachdem er zwischen 1 000 und 5 000 Euro für fünf, sechs, sieben, acht oder neun Schlepper bezahlt hat, hier ankommt und weiß, dass hier seine Familie oder Verwandte oder Freunde wohnen, zu denen er gehen könnte, dann hat er wahrscheinlich in der Not und in der Hoffnung auf Sicherheit auch noch die Euros, um mit dem Taxi durch Deutschland zu fahren. So eine Diffamierung halte ich für Stimmungsmache, die uns in dieser Situation überhaupt nicht hilft.

Das gilt auch für Sie, Herr

Schäuble, der Sie der Meinung waren, man sollte doch jetzt bitte einmal die Unterstützungsleistung für die Flüchtlinge, die eine Integration wollen und die bei uns Deutsch lernen wollen, kürzen. Sie wissen genau, dass das verfassungsrechtlich gar nicht geht. Deswegen auch hier: Warum solche Stimmungsmache? Wofür ist sie eigentlich notwendig, meine Damen und Herren?

Frau Wagenknecht, eines kann ich Ihnen nicht ersparen: Auch nachdem Sie heute, für mich zum ersten Mal hörbar, Herrn Putin kritisiert haben, muss ich Ihnen leider sagen, dass es mich aufregt, dass Sie hier eine Feststellung nach dem Motto treffen: Wer in Deutschland arm ist, wird auch schnell rechtsextrem. – So geht es nicht. Ich kenne ganz viele Menschen in Deutschland, die verdammt wenig Geld haben, die aber helfen, helfen, helfen. Nein, es geht darum, Zusammenhalt in der Gesellschaft zu schaffen, und nicht darum, Stimmung gegen andere zu machen und die einen gegen die anderen aufzubringen. Das gilt für alle Seiten.

Ich finde: Ja, wir müssen uns Gedanken um die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger machen, wir alle gemeinsam. Aber wir sollten nicht Ängste und Neid verstärken. Wir sollten doch Zutrauen ausstrahlen. Gerade die Union sollte Zutrauen ausstrahlen. Mich wundert es sehr, dass die CDU/CSU ausgerechnet in dem Moment in eine Identitätskrise gerät, in dem auf der einen Seite christliche Werte und auf der anderen Seite ökonomische Interessen zusammenkommen. Empathie und Ökonomie – das könnte doch Ihre Stunde sein. Kommen Sie doch heraus aus der Angstecke. Nehmen Sie es in die Hand, und sagen

Sie mit Überzeugung und mit Engagement, von mir aus sogar mit Enthusiasmus: Ja, wir machen jetzt Politik, und wir kriegen das hin, liebe Bürgerinnen und Bürger.

Ich bin fest überzeugt: Unser Land ist nicht überlastet, sondern es ist auch nach Monaten, nachdem die Zahl der Anträge sprunghaft angestiegen ist, nicht ausreichend leistungsfähig. Das ist der Punkt. Wir können es und müssen es leistungsfähig machen. Die Frage ist nicht, ob wir es schaffen, sondern wie wir es schaffen, wer sich darüber Gedanken macht und wo der große Plan ist. Ich glaube, dass wir wirklich in einer Situation sind, in der es sehr darauf ankommt, dass die Menschen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik haben können.

Wenn es nicht gelingt, dieses Vertrauen herzustellen, dann werden wir weiter große Pegida-Demonstrationen haben. Wenn wir uns zum Anwalt der Angst machen statt zum Anwalt der Bürgerinnen und Bürger, die wollen, dass es funktioniert, dann haben wir als politische Klasse in der Tat ein großes Problem.

Ja, das ist eine große Herausforderung für Europa. Wir sind das stärkste Land in Europa, und wir werden die Hunderttausende, die auf der Flucht sind, nicht auf arme und fragile Staaten abwälzen können. Da hilft übrigens auch kein schmutziger Deal mit Herrn Erdogan. Die Vereinbarungen mit der Türkei helfen den Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak und der Türkei nicht. Sie sind ein Wahlkampfgeschenk für Herrn Erdogan, für einen Präsidenten, der die Pressefreiheit abschafft, der unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung Kurden bombardiert. Herrn Erdogan muss man klar sagen, was europäische Werte sind. Ja, man kann der Türkei bei der Aufnahme von Flüchtlingen helfen, aber nicht um den Preis eines Rabatts bei der Frage der Menschen-

rechte.

Der Umgang mit den Flüchtlingen ist und bleibt eine gesamteuropäische Aufgabe, eine Aufgabe, die erst in Ansätzen entwickelt ist. Vor zwei Jahren haben die Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben zur Aufnahme festgelegt. Die Umsetzung ist bis heute nicht passiert. Wir brauchen eine gerechte Verteilung. Der Vorschlag der EU-Kommission ist kein Allheilmittel, aber er ist zumindest einmal ein erster Schritt. Doch Achtung: Die Verteilung rein nach Statistik statt nach Sinnhaftigkeit schafft nur neue Probleme. Manche Flüchtlinge haben besondere Sprachkenntnisse, andere haben Familie in Europa. Es geht hier weiterhin um Menschen und nicht um Nummern. Auch das müssen wir berücksichtigen, wenn wir es gut schaffen wollen, und darum muss es ja wohl gehen.

Die Auffangstationen, die sogenannten Hotspots, in Italien, in Griechenland laufen auf gut Deutsch – Herr Kauder, das ist Ihnen ja immer besonders wichtig – Gefahr, vom Hotspot ganz schnell zum Brennpunkt zu werden. Frau Merkel drängt ja dazu, diese Zentren einzurichten. Aber dann muss man bitte einmal wissen, wozu sie eigentlich da sein sollen. Sind diese Hotspots eigentlich dazu da, um zu registrieren, eine erste Notaufnahme vorzunehmen, oder sind sie eigentlich dazu da, um Ingeheimnahme und Abschreckung zu organisieren? Diesen Unterschied müssen wir machen, und wir müssen wissen, wofür sie da sind. Es wird nicht funktionieren – auch nicht mit Hotspots –, die europäischen Grenzen auf eine neue Art dichtzumachen. Frau Merkel, Sie haben ja gesagt: Das Dublin-System ist obsolet. Ja, dann erkennen Sie das bitte auch an, und dann sagen Sie: Das System wird nicht mehr funktionieren, wir brauchen da wirklich ein neues.

Wenn man sich die Situation in den Nachbarländern anschaut, stellt man fest – ich habe das hier schon gesagt –: Immer noch hat das World Food Programme nicht genügend Geld zur Verfügung. Immer noch leben die Menschen in den Unterkünften im Libanon und in Jordanien in einer katastrophalen Situation. Da hilft es

nicht, nur ein Bekenntnis abzugeben. Da hilft es nur, eine Geldüberweisung vorzunehmen. Hier muss wirklich Druck ausgeübt werden, damit das am Ende auch passiert. Das ist übrigens noch nicht die Bekämpfung von Fluchtursachen. Fluchtursachen bekämpft man ganz bestimmt nicht wie Herr Putin mit seiner Intervention zugunsten von Assad, die die Lage in Syrien noch weiter verschlimmert. Eine militärische Antwort auf ein humanitäres Problem ist immer falsch. Das gilt auch für die Mission im Mittelmeer.

Diese Mission heißt jetzt „Sophia“, und sie soll die Schlepper bekämpfen. Aber solange wir keinen anständigen Weg nach Europa haben, machen wir das Geschäft der Schlepper mit, und das sollten wir nicht wollen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt: Wir schaffen das. – Das war der erste Schritt. Jetzt geht es um Kraft; jetzt geht es um Mühe; jetzt geht es um Haltung. Ich hoffe sehr, dass das auch in der Unionsfraktion endlich und in Gänze so gesehen wird. Ich hoffe, dass sich diese Haltung, die ich nun wirklich für eine absolut christliche halte, auch ausweist in dem, was wir sagen, und in dem, was wir tun. Dazu gehört die Ehrlichkeit, über Probleme zu reden; viele sind hier angesprochen worden. Dazu gehört es, zu sagen, was es kosten wird, wie viele Lehrer, wie viele Sozialarbeiter, wie viele Wohnungsbauer wir brauchen werden. Dazu gehört es, ehrlich zu sagen: Ja, es wird an vielen Stellen in Deutschland erst einmal eng werden; aber wir haben eine gemeinsame Perspektive.

Sorgen wir dafür, dass der rechte Mob, der auf der Straße ist, mit seiner Angstmache in der Ecke steht. Wir als demokratische Kräfte müssen sagen: Die Menschen, die hierherkommen, werden Neubürgerinnen und Neubürger sein, und wir werden mit ihnen zusammenleben, und wir werden alles dafür tun, dass diese Gesellschaft Zusammenhalt organisiert und erlebt und dass wir mit Überzeugung und Kraft gute Politik machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Harald Petzold (Haveland) [DIE LINKE])

Volker Kauder, CDU/CSU:

## Die europäische Handlungsfähigkeit steht auf dem Spiel



Volker Kauder (\*1949)  
Wahlkreis Rottweil - Tuttlingen

Der Anlass für die heutige Debatte und die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin ist eine Sitzung des Europäischen Rates heute und morgen. Da steht natürlich in erster Linie die Frage „Was tut Europa in einer der größten Herausforderungen in der Nachkriegsgeschichte?“ auf der Tagesordnung. Wir alle wissen: Bei allem, was wir national tun – darauf werde ich noch kommen –, werden wir diese Herausforderung nicht allein von Deutschland aus, sondern nur in und mit Europa bewältigen können.

Der Umgang mit dieser Situation – das muss jeder in Europa wissen – entscheidet auch darüber, ob die Menschen noch Vertrauen in Europa setzen und hier eine Zukunftsperspektive sehen. Europa muss wissen: Wenn jetzt keine richtige Antwort kommt, dann werden sich viele fragen, welchen Sinn Europa überhaupt noch hat. Deshalb ist es richtig, was die Bundeskanzlerin vorhin gesagt hat. Man muss alles daransetzen, dass sich Europa dessen auch bewusst ist.

Es kommt jetzt darauf an, dass Europa erkennt, dass man nicht im Kleinteiligen groß sein kann, aber im Großen kleinteilig bleibt. Das ist die entscheidende Herausforderung, um die es nun geht. Da wünschen wir Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, natürlich viel Erfolg und Überzeugungskraft.

Dazu gehört auch, dass sich Europa in der Flüchtlingspolitik noch einmal neu sortiert. Die Sicherung der Außengrenzen und Dublin III funktionieren im Augenblick nicht richtig. Vielleicht muss man auch sagen: Schengen kann nur funktionieren, wenn jeder seine eigene Außengrenze sichert. Solange es um ein paar Tausend Flüchtlinge geht, mag dies jeder kleinere Staat mit Außengrenze schaffen, aber wenn es um

Hunderttausende geht, zeigt sich, dass dies nicht zu machen ist.

Deswegen dürfen wir – dazu brauchen wir eine klare Aussage – die Sicherung der Außengrenzen nicht allein in nationalstaatliche Verantwortung geben, sondern da trägt Europa eine gemeinsame Verantwortung. Dazu muss sich Europa bekennen. Das wird natürlich Geld kosten. Aber ich kann gut nachvollziehen und verstehen, dass Länder wie Italien, Griechenland und andere, die eine Außengrenze haben, sagen: Den Deutschen fällt es leichter, über die Sicherung von Schengen zu sprechen, weil sie keine Schengen-Außengrenze haben. Darauf antworte ich: Wir sind bereit, mitzuhelfen, dass Europa seine Außengrenzen sichern kann, dass dies auch in Zukunft so geschieht, wie es notwendig ist.

Auch darüber muss gesprochen werden, Frau Bundeskanzlerin. Da ist, salopp gesagt, höchste Eisenbahn geboten, damit in der Welt klar wird: Europa ist bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Europa ist aber auch bereit, die beschlossene Sicherung der Außengrenzen durchzuführen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, darüber zu reden, dass wir den Ländern, die erste Anlaufstellen sind – Italien, Griechenland –, bei der Registrierung und Unterbringung von Flüchtlingen helfen.

In Richtung der Grünen sage ich: Ich habe wenig Verständnis, wenn man – der Begriff „Hotspot“ ist wirklich nicht besonders toll, vielleicht fällt einem da auch ein verständlicherer Name ein – die Erstaufnahmeeinrichtungen als Anstalten diffamiert. Nein, das sind notwendige Maßnahmen, um den Flüchtlingsstrom koordinieren zu können. Deswegen unterstützen wir – ich denke, die Regierung und die Koalition insgesamt – den Aufbau solcher Erstaufnahmeeinrichtungen in Griechenland und in Italien mithilfe der EU.

Wenn der Satz richtig ist, dass Politik mit dem Betrachten der Wirklichkeit beginnt, dann ist es doch völlig klar – wenn man sich diese Wirklichkeit anschaut –, dass die Türkei, wie die Bundeskanzlerin zu Recht formuliert hat, eine wesentliche Rolle spielt. Jetzt kann man sagen: Die Türkei spielt zwar eine wichtige Rolle – wenn sie ihre Aufgabe nicht so wahrnimmt, wie wir glauben, dass sie wahrgenommen werden muss, dann wird das Chaos riesengroß –, aber egal; wir reden nicht mit denen. – Dies ist

aber eine Form von Politikverweigerung, der wir uns nicht anschließen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es ist doch wirklich bemerkenswert mutig, wenn die Bundeskanzlerin sich in aller Öffentlichkeit an dieses Rednerpult stellt und sagt: „Ich werde, weil es notwendig ist, mit der Türkei reden. Aber es wird kein Thema ausgeblendet. Das geht bis hin“ – wie formuliert worden ist – „zur Situation der Menschenrechte.“ Da kann ich nur sagen: Respekt, wenn man so etwas öffentlich formuliert – und weiß, dass dies im Zweifel auch Erdogan hört –, weil man weiß, dass man diese Aufgabe anpacken muss. Auch dafür wünschen wir viel Erfolg.

Es ist aber nicht nur eine große Herausforderung in Europa, sondern es ist auch eine große Herausforderung in unserem Land. Darüber ist schon mehrfach gesprochen worden, und darüber werden wir auch beim nächsten Tagesordnungspunkt sprechen, bei dem es um das Asylpaket geht. Ich bin froh, dass wir diese Vereinbarungen haben treffen können, auch mit den Bundesländern.

Bei manchem, das wir jetzt erreicht haben, haben wir uns vor einigen Wochen noch gar nicht vorstellen können, dass es erreicht werden könnte. Deshalb kann ich nur sagen: Wir sind handlungsfähig – ein entsprechendes Signal geben wir auch –, aber wir verschließen uns auch nicht den Fragen der Kommunen und der Menschen. Wir reden mit den Menschen und den Vertretern der Kommunen über das, was getan werden muss.

Beispielsweise haben wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für heute Nachmittag die Landräte sowie die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte eingeladen – unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Weit über 200 werden da sein. Wir werden mit ihnen reden und ihnen sagen, was wir jetzt auf den Weg bringen. Manche Forderung, manche kritische Anmerkung ist zu einem Zeitpunkt gemacht worden, als dieses Paket noch gar nicht verabschiedet war und es natürlich auch noch nicht wirken konnte. Darüber werden wir mit den Menschen reden. Ich finde, es ist notwendig, dass man mit den Leuten redet und ihnen auch sagt: Das und das haben wir vor. – Wir dürfen die Katastrophenstimmung nicht immer weiter verstärken, sondern müssen sa-

gen: Wir haben Möglichkeiten, zu handeln, um die Dinge zu verbessern.

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen – da gebe ich Ihnen recht –, ist wichtig, damit so Sachen wie die Radikalisierung bei Pegida nicht noch weiteren Zulauf bekommen. Ich teile die Kritik. Was dort geschehen ist, geht überhaupt nicht. Galgen zu zeigen, Schilder dranzuhängen, das ist in einer Demokratie unwürdig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber man darf auf keinem Auge blind sein. Ich fand auch nicht in Ordnung, was die TTIP-Gegner gemacht haben. Eine Guillotine aufzubauen, das ist um kein Haar besser, als einen Galgen zu zeigen. Beides geht nicht. Beides muss auch klar angesprochen werden.

Ich bin einigermaßen überrascht und auch ohne Verständnis, wenn ich von den ganzen Dingen höre, die mit dem World Food Programme und dem UNHCR zu tun haben. Wie viele andere habe ich Flüchtlingslager im Nahen und Mittleren Osten besucht und mir dort ein Bild verschafft. Dabei hatte ich eindruckliche Begegnungen mit Menschen, die aus dem Süden Syriens kamen, also nicht aus der Gegend um Aleppo herum, mit einfachen Menschen, die mir mittels Dolmetscher gesagt haben: Wir sind Fellachen, kleine Bauern. Wir können nicht lesen, wir können nicht schreiben. Deswegen glauben wir nicht daran, dass eine Zukunft in Europa für uns einfach sein würde. Wir möchten gerne wieder in unser Land, nach Syrien zurück, wenn dort der Bürgerkrieg zu Ende ist. Deswegen sind wir hier an der Grenze zu Syrien – in Jordanien beispielsweise.

Wenn diese Menschen aber nun erfahren, dass ihnen die Rationen für Essen und die Mittel, die notwendig sind, um das tägliche Leben zu fristen, von 36 Dollar auf 16, 15 und dann auf unter 10 Dollar gekürzt werden, machen sie sich natürlich auch Gedanken, ob sie es unter diesen Umständen drei Jahre aushalten können oder nicht. Wenn man also etwas als Skandal bezeichnen kann, dann ist das ein Skandal, was da in den Flüchtlingslagern passiert.

Deswegen erwarte ich, Frau Bundeskanzlerin, dass auch das heute Abend im Europäischen Rat angesprochen wird und die Regierung einmal nachfassen, wann das Geld nun zur Verfügung gestellt worden ist. Frau Wagenknecht, Sie haben kritisiert, dass man nur 1 Milliarde Euro gebe. Ich will Ihnen dazu einmal sagen: „Sie müssen genau hinhören“, und sollten nicht nach dem Motto verfahren: Ideologisch höre ich das, was ich will. – Es ist ausdrücklich gesagt worden: Das Geld, was nötig ist, um ordentliche Existenzen für die

Flüchtlinge zu sichern, wird auch gegeben. Es bleibt nicht bei der 1 Milliarde, wenn sich herausstellen sollte, dass mehr nötig ist. Das machen wir dann schon.

Aber ich will wissen, warum es so lange braucht, bis das Geld ankommt. Wenn die EU Geld gegeben hat – darunter 100 Millionen Euro von Deutschland –, jetzt 350 Millionen Euro und dann 1 Milliarde Euro, warum braucht es dann so lange, bis das Geld ankommt? Dazu kann ich nur sagen: Neben der konkreten Aufgabe, die wir hier haben, ist natürlich die Bekämpfung von Fluchtursachen eine wichtige Aufgabe. Es wird aber nicht möglich sein, in kurzer Zeit alle Fluchtursachen zu beseitigen. Aber eine Fluchtursache für die Menschen in den Flüchtlingslagern ist auf jeden Fall dann gegeben, wenn sie den Eindruck haben, mit ihnen werde nicht anständig umgegangen. Hier kann man schnell Abhilfe schaffen; das kann schon morgen geschehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und das erwarten wir auch.

Wir haben mit dem Paket, das nachher beraten und verabschiedet wird, gezeigt, dass wir in diesem Land, wenn die Aufgaben groß sind, auch verantwortlich handeln können. Wahrscheinlich ist es schon so, Kollege Oppermann, dass man, wenn man vor einer bestimmten Aufgabe steht, auch spürt, welche Verantwortung man hat. Und deswegen, weil sie die Verantwortung spüren, sind grüne Oberbürgermeister in Baden-Württemberg und ein grüner Ministerpräsident bei diesem Paket dabei. Die Grünen hier im Bundestag sind in der Opposition. Okay. Ich erinnere mich aber noch sehr gut daran, dass wir als Union, als wir in der Opposition waren und es um große Aufgaben in der Außenpolitik ging, gesagt haben: Da machen wir mit. Auch wenn die SPD und die Grünen regieren, machen wir da mit, um zu zeigen, dass wir zusammenstehen. – Das hätte ich eigentlich in dieser Situation von Ihnen erwartet.

Vielleicht sind ja meine Informationen nicht ganz richtig. Deswegen will ich mich korrigieren und sagen: Das erwarte ich von Ihnen. Es steht viel auf dem Spiel: dass sich Europa in einer schwierigen Zeit als handlungsfähig erweist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch die Abgeordneten Norbert Spinrath (SPD), Hans-Peter Friedrich (CDU/CSU), Manuel Sarrazin (B90/Die Grünen), Gunther Krichbaum (CDU/CSU) und Thorsten Frei (CDU/CSU).

Debatte zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz / 130. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 15. Oktober 2015

Dr. Thomas de Maizière, CDU, Bundesminister des Innern:

## Nicht nur Sorgen verstehen, sondern auch handeln



Thomas de Maizière (\*1954)  
Bundesminister

Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf treffen wir wichtige Entscheidungen für unser Land. Das ist die größte und umfassendste Änderung des Asylrechts seit Anfang der 90er-Jahre. Wir beschleunigen die Asylverfahren. Wir erklären Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern. Wir wollen, dass in Deutschland aussichtslose Asylanträge gar nicht erst gestellt werden. Wir verpflichten die Flüchtlinge – nicht die Länder – zur Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung; das entlastet auch die Kommunen. Wir setzen auf eine konsequente Rückführung der Menschen ohne Bleibeperspektive. Wer unser Land nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel verlassen muss, wer seinen Pass wegwirft, um einer Abschiebung zu entgehen, dem streichen wir die bisherigen Leistungen. Es gibt mehr

Sachleistungen statt Bargeld. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die eine Seite.

Das Gesetzespaket hat aber auch eine andere Seite, und die ist genauso wichtig. Wir bekennen uns zur Aufnahme und Integration der schutzbedürftigen Flüchtlinge. Wir öffnen früher die Integrationskurse für Menschen mit Bleibeperspektive. Wir wollen, dass die, die bleiben – jedenfalls in den nächsten Jahren –, früher in Arbeit kommen. Sprache und Arbeit sind die besten Mittel zur Integration. Wir erleichtern und vereinfachen eine rasche und vernünftige Unterbringung.

Zu all dem kommen umfangreiche finanzielle Hilfen in Milliardenhöhe für Länder und Kommunen, auch für den sozialen Wohnungsbau. Wir gehen also neue Wege, um dieser großen Herausforderung gerecht zu werden. Das ist ein großes Paket und ein großer Schritt, und ich bedanke mich für die breite Zustimmung.

Die Regelungen betreffen viele einzelne Schicksale, unterschiedliche Schicksale. Sie betreffen zum Beispiel einen jungen Mann aus Eritrea, der vor einer Diktatur und dem Wehrdienst geflüchtet ist. Sie betreffen einen syrischen Akademiker mit Familie, und sie betreffen einen älteren Mann aus Afghanistan, der weder lesen noch schreiben kann. Sie betreffen eine junge jesidische Frau, die so gerade eben vor dem Terror des „Islamischen Staates“ geflüchtet ist. Sie betreffen auch einen Antragsteller aus Albanien, der schon zum zweiten oder dritten Mal einen Asylantrag stellt, weil er hier arbeiten möchte. Die Maßnahmen betreffen also Menschen mit unterschiedlichen Biografien, unterschiedlichen Lebenswegen. Wir werden mit diesem Gesetz vielen Menschen helfen können, aber eben nicht jedem. Asyl- und Flüchtlingspolitik heißt auch, unterschiedliche Schicksale unterschiedlich zu behandeln.

Meine Damen und Herren, ich habe den Präsidenten des Bundeskriminalamts damit beauftragt, gemeinsam mit den Bundesländern erstmals ein Lagebild zur Kriminalität in und um Aufnahmeeinrichtungen sowie über Straftaten, begangen von Flüchtlingen, zu erstellen. Dieses Lagebild werden wir dann vorstellen. Es soll einer Legendenbildung in die eine oder andere Richtung entgegenwirken und mit Fakten Klarheit und Ehrlichkeit in dieser Debatte herbeiführen.

Ich will gar nicht auf die Taxikosten eingehen, sondern auf einen ganz anderen Punkt, wo wir einen grundlegenden Meinungsunterschied haben. Wenn man das, was Sie sagen, nämlich dass es verständlich ist, dass ein Flüchtling mit seiner Familie kommen möchte, zu Ende denkt, kommt man zu dem Schluss: Dahinter steckt der Anspruch, dass es jedem Flüchtling in Deutschland das Recht gibt, sich seinen Wohnsitz auszuwählen. Da bin ich anderer Meinung.

Wenn der Asylantrag abgelehnt ist, muss der Betroffene unser Land verlassen. Wenn der Asylantrag angenommen wird, dann kann er bleiben. Aber in dieser Phase der Aufnahme müssen wir darauf bestehen, dass die Lasten in Deutschland gleich verteilt werden und dass der Flüchtling dahin geht, wohin er im Rahmen der Verteilung geschickt wird – und nicht in den Ort seiner Wahl. Realitäten zu verschweigen, hilft niemandem. Das würde manchen Bürger eher in die Arme der Extremen treiben, als wenn solche Sorgen auch ausgesprochen werden.

Ich kritisiere genauso und massiv die steigende Anzahl von Angriffen auf Asylbewerberunterkünfte und Straftaten im Zusammenhang mit diesen. Diese Entwicklung ist erschreckend und beschämend. Menschen, die Flüchtlinge hassen, hassen in Wahrheit auch unser Land, und Menschen, die Galgen zeigen, verlassen – neben der Tatsache, dass sie sich strafbar machen – jeden Boden für Dialog in unserem Land. Ich

glaube, wenn wir vor sechs Monaten oder sogar noch vor zwei Monaten so etwas vorgeschlagen hätten, hätten wir sicherlich nicht eine solche Zustimmung bekommen. Ich sage das besonders mit Blick auf die Länder mit grüner Regierungsbeteiligung. Realität schafft Mehrheiten. Das ist nun einmal so in der Politik, und das ist auch richtig so.

In den letzten Wochen werde ich fast jeden Tag gefragt, wie hoch die Zahl der Flüchtlinge sein wird und ob es eine Obergrenze gibt. Ich glaube, eine Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Das wird dieser Aufgabe nicht gerecht. Die Herausforderung zeigt ihren Umfang erst auf dem gemeinsamen Weg. Jede neue Zahl würde umgedeutet, um nach innen die Sorgen zu vergrößern und um nach außen mehr Menschen in Kriegsgebieten vorzutauschen, sie würden geradezu eingeladen nach Deutschland, was natürlich nicht stimmt. Wir haben viel zu tun mit den Menschen, die zu uns kommen. Wir stellen uns dieser Aufgabe mit großer humanitärer und administrativer Verantwortung. Aber dass wir Menschen aus Krisengebieten geradezu einladen, nach Deutschland zu kommen, trifft einfach nicht zu.

Ja, es geht auch um Veränderung. Das Zusammenleben mit so vielen Flüchtlingen einerseits und das Aushalten harter Maßnahmen andererseits, das ist neu für die einen wie für die anderen. Die Flüchtlinge müssen unsere Gesetze und Gewohnheiten akzeptieren und einhalten. Das mag für manche auch eine Veränderung bedeuten. Aber das ist nötig. Es gibt nur einen zentralen Bereich, wo wir uns nicht verändern wollen und verändern werden: bei der Achtung unseres Grundgesetzes, bei der Wahrung unserer Grundwerte sowie bei Respekt und Anstand im Zusammenleben. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu diesem Gesetzespaket.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Das vorliegende Gesetzespaket ist eine Gemeinschaftsleistung, und zwar länderübergreifend.**



Im Zwiegespräch während der Debatten zur Flüchtlingskrise: CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder und seine Grünen-Amtskollegin Katrin Göring-Eckardt

Jan Korte, DIE LINKE:

## Schwache nicht gegen Allerschwächste ausspielen



Jan Korte (\*1977)  
Landesliste Sachsen-Anhalt

Gleich zu Beginn – sicherlich zur Freude der CSU – ein Zitat der Bundeskanzlerin: Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze. Das gilt auch für die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen.

Ich tue das selten, aber ich kann der Bundeskanzlerin hier nur recht geben. Asyl und Grundrechte kennen keine Kontingente. Dafür haben Sie meine volle Zustimmung. Ich will aber auch sagen: Das ist kein revolutionärer Satz der Bundeskanzlerin. Das ist eigentlich eine humanistische Selbstverständlichkeit und nichts anderes als die Wiedergabe des Grundgesetzes. Das muss man so einordnen.

Es ist schon bezeichnend, dass diese Selbstverständlichkeit in den Reihen der CSU zum völligen Austicken führt. Ja, sie ticken völlig aus: Söder, Herrmann, Seehofer. Es gibt kein Halten mehr. Ich will es deutlich sagen – auch an die Adresse der Bundeskanzlerin –: In diesem Fall haben Sie die Unterstützung der Linken gegen die Extremisten in Ihren eigenen Reihen. Darauf können Sie sich voll und ganz verlassen.

Allerdings steht das vorangestellte Zitat in einem eklatanten Widerspruch zu dem, was Sie – auch Sie, Frau Bundeskanzlerin – heute vorlegen. Die Dauer der Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung für geflüchtete Frauen, Kinder und Familien von drei auf sechs Monate verpflichtend zu erhöhen, ist inakzeptabel. Es sind Menschen, und Menschen haben das Recht, menschenwürdig untergebracht zu werden.

Es soll des Weiteren ein Zurück zu Sachleistungen geben. Das ist nicht nur viel teurer und bürokratischer. Das entmündigt vielmehr Menschen. Wir dürfen nicht vergessen: Es geht um Menschen. Was Sie heute vorgelegt haben, ist da-

her inakzeptabel.

Ich will noch etwas erwähnen: Das Kosovo soll ein sicheres Herkunftsland sein. Darf ich kurz daran erinnern, dass wir hier jedes Jahr einen Bundeswehreinmarsch im Kosovo beschließen sollen, weil es dort so unsicher ist? Fällt Ihnen irgendetwas auf? Das ist doch unlogisch. Das ist Ideologie und nichts anderes. Das lehnen wir ab.

Dann begehen Sie einen offenen Verstoß gegen ein klares Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit Blick auf die Leistungskürzung. Das kann doch nicht sein. Es gibt ein aktuelles Urteil dazu, und Sie gehen einfach darüber hinweg. Auch das ist nicht zu akzeptieren und wird von uns klar abgelehnt.

Der Kollege Klaus Ernst hat hinsichtlich der Transitzone eben wunderbar sachlich im Disput mit dem Kollegen Friedrich argumentiert. Was ist das für ein Gerede? Wenn man das wirklich macht, dann schafft man Massenhaftanstalten und dann macht es nach Ihrer Logik nur Sinn, wenn die Grenzen komplett geschlossen und neue Mauern gebaut werden. Das ist das Ende der europäischen Idee, das Ende von Schengen. Helmut Kohl hält es nicht aus, was Sie mit Europa machen, um auch das einmal klar zu sagen.

Ich will meine Kritik gerecht verteilen. Ich würde mir auch von der SPD und Sigmar Gabriel bei all diesen Fragen wenigstens einmal, in einem Punkt eine klare Haltung wünschen. Sagen Sie, wo Sie in dieser Debatte stehen. Wo stehen Sie eigentlich?

Eine Anmerkung auch zu den Grünen. In Hessen und in Baden-Württemberg – das waren die Schlüsselländer – gab es die Chance, das Vorhaben der Koalition zu verhindern. Die wurde leider nicht ergriffen. Ich freue mich im Übrigen, dass Thüringen und Brandenburg dem in dieser Form am Freitag im Bundesrat nicht zustimmen werden.

Ich will noch einmal die Bundeskanzlerin zitieren – das ist heute schon mehrfach geschehen –, und zwar ihren Satz: Wir schaffen das. – Die entscheidende Frage ist: Was wollen wir schaffen? Diese Frage müssen wir diskutieren und beantworten. Eigentlich bietet die Situation, in der wir jetzt sind, die große Chance für eine soziale, weltoffene und demokratische Modernisierung der Bundesrepublik, für eine Öffnung der Bundesrepublik und für eine wirkliche

Integrationspolitik.

Erstens. Die Kommunen waren vor der Ankunft der Flüchtlinge völlig unterfinanziert, sie sind es jetzt genauso. Neu und gut für alle wäre es, in dieser Zeit endlich die Finanzierung der Länder, des Bundes und der Kommunen neu zu regeln, damit die Misere ein Ende hat. Das wäre gut für alle.

Zweitens. Der soziale Wohnungsbau wurde vor der Ankunft der Flüchtlinge kurz und klein frickassiert. In elf Jahren wurden 1 Million Sozialwohnungen abgebaut. Neu und gut für alle wäre es, jetzt massiv in den sozialen Wohnungsbau zu investieren.

Drittens. Es gäbe jetzt die große Chance, endlich das Bildungssystem in diesem Land zu reformieren und mit dieser Kleinstaaterei Schluss zu machen. Neu und gut

für alle wäre ein Topbildungssystem in der ganzen Bundesrepublik. Das ist die richtige Antwort, die wir geben müssen.

Viertens. Egal ob Flüchtling oder Nichtflüchtling, natürlich brauchen wir eine Reregulierung des Arbeitsmarkts. Neu und gut für alle, ob für Inländer, Ausländer oder Flüchtling, wäre ein Verbot der Leiharbeit – das steht an –, wären ein vernünftiger Lohn und ein Mindestlohn von 10 Euro für alle, ohne jegliche Ausnahme. Das wären die richtigen Antworten, die man jetzt geben müsste.

Ich will noch kurz etwas zum Flüchtlingssoli anmerken, den es angeblich geben müsse, wie es durch die Gazetten geisterte, was im Zweifel von der CSU – ich weiß es aber nicht – kam. Dazu will ich sagen: Wenn jemand einen Flüchtlingssoli zahlen sollte, dann ist das die deutsche Rüstungsindustrie. Die sollte zahlen, und das Geld sollte direkt an den UNHCR überwiesen werden. Das wäre richtig.

Ich habe einige Punkte aufgezählt, die aufzeigen, was man kurzfristig machen könnte. Dazu

gehört auch – das ist kurzfristig machbar – ein Verbot von Rüstungsexporten; das ist die richtige Antwort.

All das könnte man tun. Diese kleinen Punkte, die eine soziale, weltoffene Modernisierung in diesem Land darstellen könnten, würden übrigens dazu führen, dass am Ende aus dem ganzen Krisengerede ein großer Aufbruch, sozial, demokratisch, weltoffen, entstehen könnte. An dessen Ende könnte eine massive Steigerung der Lebensqualität durch eine angegebene Binnenkonjunktur und Solidarität stehen. Was wir jetzt brauchen, ist nicht das, was Sie vorgelegt haben. Was wir jetzt brauchen, ist eine neue Ära der Solidarität, der Mitmenschlichkeit, eine klare Haltung gegen Rassismus. Es gibt auch eine Gefahr aus der Mitte.

Namens der Linken sage ich: Die Linke wird niemals zulassen, dass die Schwachen gegen die Allerschwächsten ausgespielt werden. Dagegen werden wir aufstehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Eva Högl, SPD:

## Verfahren müssen verkürzt werden



Eva Högl (\*1969)  
Wahlkreis Berlin-Mitte

25 Jahre nach der deutschen Einheit und 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist Deutschland für Menschen aus allen Teilen der Welt ein Land der Hoffnung, des Friedens, des Schutzes und der Sicherheit, und darauf können wir sehr stolz sein.

Diesen Gedanken hat dieser Tage Wolfgang Thierse formuliert. Ich finde, er hat recht. Ungefähr bis zu 10.000 Menschen kommen jeden Tag nach Deutschland. Sie fliehen vor Krieg, vor Terror, vor Verfolgung, vor Not und Elend. Ich sage es in dieser Debatte ganz deutlich: Wir helfen Menschen in Not. Wir geben ihnen Schutz, und wir geben ihnen Sicherheit.

Deutschland ist ein starkes Land. Wir sind weltoffen. Wir sind reich. Wir heißen die Menschen hier willkommen, und wir sind hilfsbereit. Außerdem ist unser Arbeitsmarkt in einer guten Verfassung. Hinzu kommt – auch das gehört in diese Debatte –, dass wir Einwanderung brauchen. Deswegen sage ich ganz klar: Ja, wir schaffen das. Trotzdem müssen wir sehr klar und deutlich die Frage beantworten: Was schaffen wir, wie schaffen wir das, und wer schafft das? Damit wir das schaffen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Deshalb ist das Asylpaket, das wir heute hier beraten und hoffentlich auch verabschieden, ein richtiger und wichtiger Beitrag.

In diesem Asylpaket steckt eine ganze Reihe von Maßnahmen, die dazu beitragen, dass wir die Menschen, die zu uns kommen, schnell registrieren, gut unterbringen und menschenwürdig versorgen, dass wir die Verfahren kurz und stramm führen und dass wir die Menschen, die hier keine Perspektive haben, die hier keinen Schutz bekommen können, wirksam zurückführen. Auch das gehört dazu, auch das gehört in dieses Paket. Alle anderen, die die Perspektive haben, in unserer Ge-

sellschaft bleiben zu können, sollen eine Zukunft in Deutschland bekommen. Ich möchte zwei Punkte aus diesem Paket herauspicken, die besonders wichtig sind. Der eine Punkt betrifft das Thema „Verfahren verkürzen“. Es ist absolut menschenunwürdig, dass die Personen, die jetzt hierherkommen – sie kommen in großer Zahl –, monatelang darauf warten müssen, dass sie registriert werden, dass sie ihr Anliegen vortragen können, dass sie überhaupt einen Antrag stellen können, und dann monatelang oder sogar jahrelang darauf warten, dass eine Entscheidung getroffen wird. Deswegen müssen wir die Verfahren verkürzen. Es ist richtig, dass die Menschen so lange in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben, bis die Verfahren abgeschlossen sind. Das ist ein wichtiger und richtiger Beitrag zur Verkürzung der Verfahren. Zweiter Punkt. In dem Asylpaket steckt ganz viel zum Thema Integration. Auch das ist ein ganz wichtiger Baustein. Viele der Menschen, die zu uns gekommen sind und noch kommen, werden länger oder auch für immer bei uns bleiben. Deswegen ist es so wichtig

Fortsetzung auf nächster Seite

tig, dass sie schnell unsere Sprache lernen, dass sie ihre Qualifikationen verbessern, dass sie einen Arbeitsplatz finden, dass sie eine Ausbildung machen und eine Wohnung bekommen, dass sie sich mit unseren Werten und unserer Kultur vertraut machen und dass wir gemeinsam mit ihnen das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gestalten. Damit investieren wir in die betroffenen Menschen, aber auch in unsere gesamte Gesellschaft. Das ist wichtig.

Ein weiterer Aspekt ist ebenfalls ganz wichtig: Wir machen Politik für alle Menschen hier in Deutschland und in Europa. Wir denken bei unserer Politik für Wohnungs-

bau und Integration, für Arbeitsmarkt und Ausbildung auch an alle anderen: an die Rentnerinnen und Rentner, an die Obdachlosen, an die Familien, an die Alleinerziehenden und an Arbeitslose.

Wir machen Politik für alle, und das ist ganz entscheidend. Diese Botschaft geht auch von diesem Asylpaket aus. Natürlich wissen wir: Wir müssen, wenn wir helfen wollen, auch helfen können. Das heißt, dass dauerhaft nicht 10 000 Menschen jeden Tag nach Deutschland kommen können. Deshalb sind wir uns im Deutschen Bundestag einig, dass wir die Zuflucht begrenzen müssen.

Aber wir antworten darauf nicht

damit, dass wir die Grenzen schließen, wir senken nicht unsere Standards für die Menschen, die zu uns kommen, und wir antworten auch nicht mit Abschreckung, sondern wir antworten mit menschenwürdiger Politik. Wir wollen die Fluchtursachen bekämpfen. Dazu ist heute Morgen schon viel gesagt worden, was ich nicht wiederholen möchte.

Aber ich möchte noch etwas sagen, was ich für ganz entscheidend halte: Es geht um Europa. Meiner Meinung nach ist das Thema „Flüchtlinge und Zuwanderung“ eine Bewährungsprobe für Europa. Ich will es ganz deutlich sagen: Schengen ist wichtiger als

der Euro. Wenn wir die zentrale Errungenschaft Europas nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, nämlich die offenen Grenzen und die Freizügigkeit, das, was Europa für die Bürgerinnen und Bürger ausmacht, preisgeben, nur weil wir nicht in der Lage sind, eine gute und vernünftige Flüchtlingspolitik zu machen, dann wäre das wirklich ein Skandal.

Deswegen muss unser Engagement in Richtung Europa gehen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe in Europa. Wir brauchen gleiche Standards, einheitliche Verfahren, eine gerechte Verteilung, eine solidarische Finanzierung, und, ja, wir brauchen auch besser gesicher-

te Außengrenzen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Asylpaket richtig und wichtig. Ich bitte darum, dem heute zuzustimmen und es so zu verabschieden. Es ist ein wichtiger Schritt, wenn auch nicht der letzte; es bleibt noch viel zu tun.

Wir stehen vor einer großen Herausforderung. Das ist ein tolles Wort, ich weiß, aber ich meine es ganz ernst. Wir kapitulieren nicht davor, sondern gehen diese Herausforderung engagiert und beherzt im Sinne der Menschen an, die zu uns kommen und hier Schutz suchen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Konstantin von Notz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Wir können das schaffen, wenn wir an einem Strang ziehen



Konstantin von Notz (\*1971)  
Landesliste Schleswig-Holstein

Derzeit erreichen Deutschland mehr Flüchtlinge als jemals zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie kommen zweifellos aus sehr unterschiedlichen Gründen, aber die überwältigende Mehrheit von ihnen kommt nach dramatischer Flucht und in größter Not. In dieser Zeit gibt es in Deutsch-

land Zehntausende von Menschen, die nicht lange fragen, was dieses Land, sondern was sie selbst für Flüchtlinge tun können. Hauptamtliche und Ehrenamtliche, Junge und Alte, sie alle leisten vorbildliche und großartige Arbeit, oftmals bis an den Rand der Erschöpfung. Diesen Menschen gebührt zunächst einmal unser aller Dank.

Jetzt erwartet man zu Recht Antworten von uns, aus dem Deutschen Bundestag. Wir sehen in dem heute vorliegenden Paket zwar durchaus gute Instrumente, aber leider auch zahlreiche schlechte, verfassungsrechtlich problematische und vielfach einfach untaugliche.

Wir sagen Ja zu einer strukturellen und dauerhaften finanziellen Entlastung der Länder und Kommunen. Wir sagen Ja zu überfälligen Verbesserungen im Asylrecht,

dazu, 16- und 17-Jährige endlich nicht einfach wie Erwachsene zu behandeln. Wir sagen Ja zu einem einfacheren Planungsrecht, das hoffentlich möglichst viele Flüchtlinge vor dem kommenden Winter aus den Zelten holt.

Aber wir sagen Nein zu dem nutzlosen und verfassungsrechtlich problematischen Konstrukt der sicheren Herkunftsstaaten. Wir sagen Nein dazu, Asylsuchende länger in Erstaufnahmeeinrichtungen festzusetzen; das ist unpraktisch, und es verhindert die Integration, die wir doch gerade wollen. Wir sagen Nein zu immer weiteren Anspruchseinschränkungen im Asylbewerberleistungsgesetz; da verweise ich auf die klare Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Herr de Maizière, gerade haben Sie von der Achtung gegenüber dem Grundgesetz gesprochen. Das gilt auch für Sie.

Wir lehnen eine immense Bürokratisierung durch Sachleistungen ab, die Flüchtlingen und den Helferinnen und Helfern das Leben zusätzlich erschwert und immense Kosten erzeugt. Das alles sind bürokratische Placebos, die uns in der derzeitigen Situation einfach nicht weiterhelfen.

In Abwägung der positiven und der negativen Argumente werden wir uns heute bei dem von Ihnen vorgelegten Gesamtpaket enthalten.

Tatsächlich effektive Maßnahmen liegen aber längst auf dem Tisch: Anerkennung und Rechtssicherheit für die Asylsuchenden, die seit Jahren bei uns leben; die überfällige Abschaffung der Vorrangprüfung, die ausgerechnet von der SPD verhindert wurde, Frau Högl – herzlichen Glückwunsch! –; unbürokratische Aner-

kennung derjenigen aus Staaten mit hohen Anerkennungsdaten; entschlossene Maßnahmen für Integration, vor allen Dingen eine Bildungsoffensive. All das schlagen wir seit langem und heute erneut vor, und all das ignorieren Sie noch immer. Das ist einfach zu wenig, meine Damen und Herren.

Statt Entschlossenheit und Geschlossenheit in der CDU/CSU-Fraktion Meuterei auf der Bounty. Aus Kreisen ausgerechnet der Fachpolitiker der Union wurde offen mit – ich zitiere – „Regierungsabwahl“ gedroht. Regierungsabwahl! Man muss es sich einmal vorstellen! Diese Drohung soll offensichtlich von Ihren eigenen massiven Versäumnissen ablenken.

CSU und CDU tragen seit zehn Jahren die Verantwortung für die Innen- und auch für die Flüchtlingspolitik in diesem Land. Um dies zu kaschieren und um ein dringend erforderliches Einwanderungsgesetz zu verhindern, riskieren Sie lieber das politische Ende Ihrer eigenen Bundeskanzlerin. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

Früher hieß konservativ sein: auch Verantwortung übernehmen in schwierigen Zeiten. – Heute haben wir einen Innenminister, der ohne irgendeine Faktenbasis über taxifahrende Flüchtlinge schwadroniert, um allen Ernstes den Eindruck zu erwecken, Herr de Maizière, er habe mit der katastrophal schlechten Ausstattung des BAMF, mit der unakzeptabel langen Verfahrensdauer und mit dem ganzen Chaos der letzten Monate nichts zu tun. Das ist absurd. Das ist peinlich, Herr de Maizière. Man kann nur hoffen, dass der Chef des Bundeskanzleramts es besser und sachbezogener angeht als Sie.

Und Horst Seehofer? Der macht seit Wochen die unsocialen, unchristlichen, antieuropäischen Po-

sitionen der „neuen Rechten“ hof-fähig. Ich sage Ihnen: Das wird Ihnen noch leidtun, meine Damen und Herren. Nun will er – Herr Seehofer – die eigene Bundesregierung verklagen – vor dem Bundesverfassungsgericht. Das ist nur noch grotesk, meine Damen und Herren. Unfassbar!

Ich möchte der Bundeskanzlerin an dieser Stelle sagen: Ich habe, auch im Sinne meiner Partei und Fraktion, vieler Leute dort, durchaus Respekt für Ihre bisherige Haltung in der Flüchtlingsfrage. Aber wer solche Koalitionspartner hat, der muss sich fragen, ob er für die größte Herausforderung unserer Geschichte seit der Wiedervereinigung tatsächlich gewappnet ist.

Wenn 24 Stunden nach der Regierungsabwahldrohung von Herrn Uhl die irrsinnige Forderung, die Türkei ernsthaft zu einem sicheren Herkunftsstaat zu machen, übernommen wird, dann erweckt das schlicht den Eindruck der Erpressbarkeit, Herr Kauder. Wenn die Autorität erodiert wie am Dienstag in der Sitzung Ihrer Bundestagsfraktion, wenn in der Partei Putsch in der Luft liegt wie gestern Abend offenbar in Schkeuditz, dann fehlt das Vertrauen, das Sie dringend brauchen. Ich sage Ihnen: Sie müssen das in Ihren Reihen klären; denn wir brauchen eine Haltung – eine Haltung! –: die Bundesregierung, dieses Parlament und das ganze Land. Wir brauchen Geschlossenheit und Mut. Wir brauchen ein klares Ja zur Einwanderungsgesellschaft und zur Integration. Wir können das schaffen. Wir können das schaffen, aber nur, wenn alle, die es schaffen wollen, an einem Strang ziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Kaum gewählt und schon voll im Einsatz: Die neue Linken-Fraktionsspitze Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vergangenen Donnerstag © dpa

**Früher hieß konservativ sein: Verantwortung übernehmen in schwierigen Zeiten.**

Nina Warken, CDU/CSU:

## Es braucht einen langen Atem für eine Lösung



Nina Warken (\*1979)  
Landesliste Baden-Württemberg

Lieber Kollege von Notz, ganz klar ist mir nicht geworden, wie wir es eurer Ansicht nach schaffen wollen, wenn die grüne Fraktion sich enthält. Seit vielen Wochen und Monaten diskutieren wir über das Thema Flüchtlinge. Gemeinsam haben wir bereits zahlreiche Reformen auf den Weg gebracht, um die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen und die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen. Vieles hat sich verändert. Wir sprechen heute von einer der größten Flüchtlingskrisen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Doch eines hat sich nicht geändert: unsere feste Überzeugung, dass unser Asylsystem nur funktionieren kann, wenn die geltenden Regeln von allen Beteiligten eingehalten werden.

Mehr denn je stellt sich heute im Angesicht der nicht nachlassenden Flüchtlingsströme nach Deutschland die Frage: Was ist ein gerechtes Asylsystem? Je nachdem, wohin man in diesem Hohen Haus schaut, wird es verschiedene Antworten darauf geben. Ich möchte mich daher auf vier Kernpunkte konzentrieren, die wir wohl fast alle teilen. Ein Asylsystem ist dann gerecht, wenn es denjenigen Schutz bietet, die vor politischer Verfolgung, Krieg, Plünderung und Vergewaltigung aus ihrer Heimat fliehen.

Ein Asylsystem ist dann gerecht, wenn es seine Kapazitäten für diejenigen zur Verfügung stellt, die den Schutz wirklich benötigen. Es ist gerecht, wenn es verlässlich und anerkannt ist: verlässlich für unsere internationalen Partner, für die Schutzsuchenden und – das wird häufig vergessen – anerkannt durch die eigene Bevölkerung.

Ein Asylsystem ist aber auch nur dann gerecht, wenn es den Verfolgten eine angemessene menschenwürdige Aufnahme und die Chance zur Integration bieten

kann.

Seit Anfang September – das wird sicherlich niemand hier bestreiten – befinden wir uns bei der Flüchtlingsfrage im Ausnahmezustand. Wir erleben einen massiven Zustrom von bis zu 10 000 Asylbewerbern am Tag, die alle registriert, versorgt und untergebracht werden müssen. Die hauptamtlichen und die ehrenamtlichen Helfer leisten in diesen Tagen großartige Arbeit und manchmal schon Übermenschliches: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden, Polizisten, Soldaten und die vielen Helfer vom THW, vom Roten Kreuz, von den freiwilligen Feuerwehren und vielen weiteren Organisationen, wie sie zum Beispiel auch heute auf den Zuschauertribünen Platz gefunden haben. Dafür möchte ich ihnen herzlich danken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der aktuellen Lage verstehe ich, wenn es in Landkreisen, Städten und Gemeinden, aber auch bei freiwilligen und hauptamtlichen Helfern heißt: Wir können diese Massen nicht mehr bewältigen. – Genauso verstehe ich die Sorgen und Bedenken der Menschen bei uns im Land, wenn es gilt, auf einmal 1 000 Flüchtlinge innerhalb weniger Stunden in einer kleinen Gemeinde unterzubringen, wie zum Beispiel im Fall von Hardheim in meiner Heimatregion.

Für mich steht fest: Wir dürfen unsere Kommunen und die Helfer nicht grenzenlos belasten. Wir brauchen dringend geordnete Strukturen und Verfahren. Deshalb ist es von fundamentaler Bedeutung, dass wir mit der heutigen Debatte und ihren rechtlichen Folgen ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger senden, dass wir die Sorgen ernst nehmen und unserer Verantwortung nachkommen, Herr der Lage zu sein. Es ist deshalb richtig, dass wir mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz eine konsequente Trennung einhalten zwischen den Schutzbedürftigen und denen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, eine Trennung, die sich wie ein roter Faden durch unser komplettes Asylsystem ziehen muss.

Wir haben nun in diesem Sinne ein Gesamtpaket auf den Weg gebracht, durch das die Verfahren beschleunigt werden, Anreize reduziert werden sowie die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten und die Integration von Asylbewerbern mit Bleibeperspek-

tive erleichtert werden. Ein wichtiger Baustein dabei ist, dass nun alle Balkanländer als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden, weil dort keine systematische Verfolgung droht. Damit können nun auch Anträge von Asylbewerbern aus Albanien, dem Kosovo und Montenegro schneller bearbeitet werden. Antragsteller aus sicheren Herkunftsländern müssen zudem künftig bis zum Ende des Asylverfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine weitere Voraussetzung für ein geordnetes Verfahren und ein faires Asylsystem ist die Beseitigung von Fehlanreizen. Ein wichtiger Anreiz für die Menschen, die in unser Land kommen, ohne schutzbedürftig zu sein oder obwohl sie bereits in einem anderen Land Schutz gefunden haben, sind die Geldleistungen, die bei uns gewährt werden. Diese mögen manchem gering erscheinen, übersteigen jedoch oft die Monatslöhne in den Heimatländern der Menschen um ein Vielfaches. Es ist deshalb das richtige Signal, dass die Auszahlung von Geldleistungen längstens einen Monat im Voraus erfolgen darf. In den Erstaufnahmeeinrichtungen soll der Bargeldbedarf künftig, soweit möglich, durch Sachleistungen ersetzt werden. Ich möchte an dieser Stelle eindringlich appellieren, diese Regelung auch konsequent umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sinne der Akzeptanz des Asylsystems sind auch die vorgesehenen Einschränkungen im Leistungsbezug. Nimmt ein vollziehbar Ausreisepflichtiger, bei dem das Ausreisdatum und die Reisemöglichkeit feststehen, die Ausreise nicht wahr, steht ihm nach dieser Frist bis zur Ausreise nur noch ein Anspruch auf Deckung des Bedarfs an Ernährung und Unterkunft einschließlich Heizung sowie Körper- und Gesundheitspflege zu. Gleiches gilt für Geduldete, bei denen eine Abschiebung aus selbst zu vertretenden Gründen nicht möglich ist. Diese Einschränkungen stehen – das hat auch die Anhörung ergeben – im Einklang mit dem Grundgesetz und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Bei diesen Asylbewerbern ist nämlich nicht von einem dauerhaften Aufenthalt und daher von einem geringeren Bedarf zur Deckung der Kosten für die Lebensführung auszugehen. Nachholbe-

darf besteht bei der Abschiebung der Ausreisepflichtigen. Nach wie vor klaffen die Zahl der abgelehnten Asylbewerber und die Zahl der Abschiebungen weit auseinander. Aber auch hier sage ich: Wir müssen die Akzeptanz und die Berechenbarkeit unseres Asylsystems beibehalten. Dazu gehört, dass wir unsere Regeln endlich konsequent durchsetzen und damit auch abgelehnte Asylbewerber zügig wieder nach Hause schicken.

Alles andere ist angesichts der Lage in den Kommunen nicht mehr zu vermitteln. Auch hier machen wir mit dem Gesetz unsere Hausaufgaben und geben den Ländern entsprechende Instrumente an die Hand. So dürfen Abschiebungen künftig nicht mehr angekündigt werden. Mit der bislang gängigen Praxis wurden viel zu häufig diejenigen geschützt, die sich ihrer Abschiebung durch Untertauchen entziehen wollten.

Jetzt liegt der Ball im Feld der Länder. Für die gilt: Kommen Sie Ihrer Pflicht nach, und verweisen Sie diejenigen schneller des Landes, die kein Recht haben, hier zu sein, und die lediglich die Kapazitäten für die tatsächlich Schutzbedürftigen blockieren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn uns dies alles gelingt und unser Asylsystem akzeptiert, berechenbar und fair bleibt und wir ein geordnetes Verfahren haben, dann bin ich mir sicher, dass wir auch die wichtigste Aufgabe erfolgreich bewältigen: die Integration der zu uns kommenden Menschen. So sorgen wir mit dem Gesetzespaket, etwa mit der Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive, dafür, dass sich diese Menschen bei uns im Land schneller eine eigene Zukunft aufbauen können. Gleichzeitig gebe ich dem Bundesinnenminister recht, wenn er betont, dass Integration keine Einbahnstraße sein dürfe. Nicht nur wir müssen Integrationsangebote und eine gelebte Willkommenskultur schaffen, sondern auch umgekehrt

erwarten wir von den Flüchtlingen, dass sie unsere Werte und unsere Gesetze achten und annehmen. Eines muss auch gesagt werden: Wer sich zum Beispiel von Frauen das Essen nicht reichen lässt oder sich weigert, mit ihnen zusammen einen Deutschkurs zu besuchen, den werden wir, egal wie sehr wir uns bemühen, nicht integrieren können, und der sollte sich fragen, ob wir das richtige Land für ihn sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das vorliegende Gesetzespaket ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Wenn der Flüchtlingsstrom weiter anhält, werden jedoch weitere Maßnahmen folgen müssen. Bundespräsident Gauck hat es vor kurzem auf den Punkt gebracht: Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich. – Letzteres ist uns sehr wohl bewusst. Deshalb sollten wir bereits heute über weitere Schritte nachdenken, wie etwa die Möglichkeit, Asylverfahren auch direkt an der Grenze durchzuführen. Wie auch Bundeskanzlerin Merkel heute betont hat, können wir die Flüchtlingskrise nicht allein in Deutschland lösen. Wir brauchen eine faire Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Europas.

In der gegenwärtigen Situation gibt es nicht die eine Lösung. Wir brauchen eine ganze Reihe von Maßnahmen. Einige davon können wir sofort in Angriff nehmen, für andere brauchen wir einen langen Atem. Auf nationaler Ebene gehen wir mit dem Gesetzespaket den richtigen Schritt und geben den Ländern gute Instrumente in die Hand. Ich fordere diese nochmals auf, sie zu nutzen. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, rufe ich zu: Stimmen wir dem Gesetz mit breiter Mehrheit zu, und senden wir ein Signal nicht nur an die Flüchtlinge, sondern vor allem auch an unsere Bürgerinnen und Bürger!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Flüchtlinge warten vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales in Berlin.

Sevim Dagdelen, DIE LINKE:

## Die Menschenwürde ist kein Fehlanreiz



Sevim Dagdelen (\*1975)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Liebe Frau Kollegin, weil Sie von „Fehlanreizen“ gesprochen haben, möchte ich hier eines doch einmal betonen: Die Menschenwürde ist kein Fehlanreiz. Auch Menschen, die nach Deutschland kommen und deren Asylantrag

abgelehnt wird, haben ein Recht darauf, hier in Menschenwürde zu leben. Das garantiert unser Grundgesetz. Der Schutz der Menschenwürde und des Grundgesetzes sollte eigentlich auch Ihnen wie uns allen hier oberste Verpflichtung sein.

Heute steht eine historische Abstimmung an. Nach dem Asylkompromiss im Jahr 1992 ist dies der gravierendste Angriff auf das Grundgesetz und auf das Recht auf Asyl. Es ist ein schwarzer Tag für das Asylrecht. Diesmal sind es leider nicht nur Union und SPD, die die Axt an die Restbestände dieses Grundrechtes legen, sondern es sind leider – ich bedauere das aus tiefstem Herzen – die grün mitregierten Länder Baden-Württemberg und Hessen. Ich finde, auch eine Enthaltung, liebe Kol-

leginnen und Kollegen, ist angesichts dieser massiven Eingriffe in die rechtsstaatlichen Garantien, in dieses Recht auf Asyl, ein Armutszeugnis. Das sollten Sie sich noch einmal überlegen.

Dieser Gesetzentwurf atmet lediglich den Geist der Abwehr und der Abschreckung. Deshalb wird er nur dazu führen, dass Flüchtlinge schlechter gestellt werden. Er atmet auch den Geist der Abschottung. Wir Linke weisen ihn deshalb scharf zurück, weil wir der Auffassung sind, das Grundrecht auf Asyl und das Grundgesetz dürfen nicht zum Steinbruch der Abschottungspolitik werden.

Sie reden immer von Integration. Dabei bringen Sie hier ein Regelwerk auf den Weg, das Integration verhindert. Welchen

integrationspolitischen Nutzen soll es denn haben, dass Menschen hier sechs Monate lang nicht arbeiten dürfen? Welchen integrationspolitischen Nutzen soll es denn haben, dass Menschen sechs Monate lang zwangskaserniert werden sollen?

Znd welchen integrationspolitischen Nutzen soll es haben, dass Menschen nur noch Sachleistungen bekommen?

Sie wissen, dass das nicht zur Integration der Menschen führen wird. Das ist auch Ihr Kalkül, meine Damen und Herren. Sie wollen diese Abschreckung, und Sie wollen diese Ausgrenzung und Schlechterstellung der Flüchtlinge. Das ist einfach schändlich, meine Damen und Herren.

Wir brauchen Integration statt Abschreckung und Ausgrenzung der Schutzsuchenden. Deshalb hat mein Kollege Korte richtig gesagt: Wir brauchen ein soziales Integrationsprogramm, mehr

Lehrer, mehr öffentlichen Wohnungsbau, mehr Ärzte, mehr Krankenhäuser statt Entrechtung und Ausgrenzung von Flüchtlingen.

Angesichts der Bombardierung kurdischer Gebiete durch Erdogan und die AKP und angesichts dieses furchtbaren Bombenanschlags und der Verfolgungswelle in der Türkei, angesichts des Krieges gegen den eigenen Teil der

**Wir brauchen Integration statt Abschreckung und Ausgrenzung der Schutzsuchenden.**

Bevölkerung von Erdogan: Möchten Sie diesen Terrorunterstützer, der den IS und andere islamistische Terrormilizen bewaffnet – das wissen Sie auch –, zum sicheren Herkunftsstaat erklären? Das ist doch wirklich schäbig, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Es ist schäbig und schändlich. Hören Sie damit auf! Bekämpfen Sie die Fluchtursachen und paktieren sie nicht mit der personifizierten Fluchtursache Erdogan!

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Barbara Hendricks, SPD, Bundesministerin für Umwelt und Bau

## Der Winter kommt, es darf keine Zeit verloren werden



Barbara Hendricks (\*1952)  
Bundesministerin

Wir erleben gerade eine Situation, die unsere Gesellschaft im Ganzen fordert. In der Hoffnung auf Frieden und eine Zukunft vertrauen sich vor Krieg und Hoffnungslosigkeit geflüchtete Menschen uns an. Es ist unsere menschliche Pflicht, sie aufzunehmen und willkommen zu heißen. Es ist unsere politische Verantwortung, Sorge zu tragen, dass aus Fremden Nachbarn werden können.

**Wir erleben gerade eine Situation, die unsere Gesellschaft im Ganzen fordert.**

Es geht jetzt vor allem um pragmatische Schritte, um konkrete Maßnahmen, die den Menschen wirklich helfen, ganz egal, ob sie hier geboren sind oder erst seit kurzem bei uns leben. Unsere Politik muss in diesem Sinne jetzt auch sicherstellen, dass für alle Menschen Wohnraum oder – sofern noch kein endgültiger Wohnraum vorhanden ist – vorübergehende Unterkünfte zur Verfügung stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns die Realität betrachten. Der Winter steht nun wirklich unmittelbar vor der Tür, die Temperaturen bewegen sich schon jetzt um den Gefrierpunkt.

Das heißt, wir haben keine Zeit zu verlieren. Alle Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf. Wir sind – das wissen wir alle – ein starkes Land.

Wir sind bei allen Schwierigkeiten, die ich nicht kleinreden will, durchaus in der Lage, diesem überlebenswichtigen Bedürfnis der Menschen gerecht zu werden. Das muss, wird

und kann unser Land auch wirklich leisten.

Wir brauchen – erstens – kurzfristige Lösungen für neue Unterkünfte und Erstaufnahmeeinrichtungen. Mein Haus hat seinen Beitrag zu dem vorliegenden Gesetzestext mit weitgehenden Änderungen im Bauplanungsrecht geleistet, insbesondere um die Situation in den Kommunen zu verbessern. Mit unseren Regelungsvorschlägen machen wir in sämtlichen Gebietsarten – in Bauungsplangebiet, im nicht beplanten Innenbereich und im Außenbereich – sowohl Erstaufnahmeeinrichtungen als auch Gemeinschaftsunterkünfte zulässig.

Im Übrigen haben wir eine Art Generalklausel vorgelegt: Wenn auch mit allen bereits genannten Erleichterungen dringend benötigte Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte nicht rechtzeitig bereitgestellt werden können, ermöglichen wir auch generelle Abweichungen von den Vorschriften des Baugesetzbuches.

Wir müssen – zweitens – den Wohnungsneubau in Deutschland kräftig ankurbeln. Viele Menschen, die zu uns kommen –

das wissen wir –, werden auf Dauer oder zumindest für eine Reihe von Jahren bleiben. Sie werden sich, wie viele Deutsche auch, auf die Suche nach gutem und bezahlbarem Wohnraum machen. Ich sage hier ganz klar: Wir werden dabei nicht zulassen, dass der Eindruck entsteht, dass für Flüchtlinge gebaut wird und für Einheimische nicht. Das kann nicht sein. Unser Ziel ist und bleibt dauerhafter bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Wir investieren deshalb 2 Milliarden Euro zusätzlich und damit insgesamt 4 Milliarden Euro bis zum Jahr 2019 in den sozialen Wohnungsbau. Ich freue mich, dass die Länder die zweckentsprechende Verwendung der Mittel zugesagt haben.

Der Bund wird den Kommunen zudem weitere Immobilien und Liegenschaften schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau überlassen. Ich setze mich darüber hinaus für steuerliche Anreizinstrumente ein. Hierzu stehe ich bereits mit dem Bundesfinanzminister im Dialog. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir hier gemeinsam mit den Ländern schon sehr bald zu einem guten Ergebnis kommen werden.

Grundsätzlich gilt: Wir brauchen die Länder und Kommunen genauso wie private Investoren

und Flächenvermarkter. Alle geeigneten Flächen müssen für den Wohnungsneubau aktiviert werden. Und wir brauchen mehr private Investitionen in den Wohnungsneubau.

Niemand kann allerdings mit Sicherheit vorhersagen, ob die Maßnahmen ausreichen oder ob wir nicht in einigen Monaten weitere Schritte beraten müssen. Denn wir alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wohnen ist kein Luxus; Wohnen ist nichts, worauf ein Mensch, und sei es auch nur vorübergehend, ein-

mal so verzichten könnte. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Dem Rechnung zu tragen, ist eine gesamtgesellschaftliche Pflicht, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir nur gemeinsam lösen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch die Abgeordneten Claudia Roth (B90/Die Grünen), Andrea Lindholz (CDU/CSU), Manuela Schwesig (SPD), Nadine Schön (CDU/CSU) und Burkhard Lischka (SPD).



leicht  
erklärt!

# Die Vereinten Nationen

Seit 70 Jahren gibt es sie



## Was sind die Vereinten Nationen?



Vor 70 Jahren wurden die Vereinten Nationen gegründet.

Die Vereinten Nationen sind eine Gruppe.

Zu ihr gehören fast alle Länder auf der Welt.

„Vereint“ heißt ungefähr: zusammen oder zusammen-arbeiten.

„Nation“ ist ein anderes Wort für Land oder Staat.

Die Vereinten Nationen sind also eine Gruppe, in der die Länder von der Welt zusammen-arbeiten.

Die Abkürzung für Vereinte Nationen ist: VN.

Viel öfter liest man aber die Abkürzungen: UN oder UNO.

Sie kommen vom englischen Namen der Gruppe.



## Die Gründung von den UN



Vor ungefähr 1-Hundert Jahren gab es einen großen Krieg.

Er hieß: Der 1. Welt-Krieg.

In dem Krieg kämpften viele Länder.

Es gab viele Tote.

Und viel Zerstörung.

Der Krieg war also sehr schlimm.

Deshalb haben nach dem Krieg Politiker auf der ganzen Welt gesagt:

So einen Krieg soll es nie wieder geben.

Darum haben viele Länder auf der Welt eine Gruppe gegründet.

Und zwar im Jahr 1920.

Der Name der Gruppe war: Der Völker-Bund.





Die Aufgabe vom Völker-Bund war:

Die Länder von der Welt sollten Streitigkeiten friedlich regeln.

Und keinen Krieg mit-einander anfangen.

Darauf sollte der Völker-Bund aufpassen.



Der Völker-Bund konnte neue Kriege aber nicht verhindern.

Denn:

- Einige wichtige Länder haben nicht mit-gemacht.
- Die Länder haben sich nicht immer an die Regeln vom Völker-Bund gehalten.



Es gab wieder einen großen Krieg.

Und zwar: Den 2. Welt-Krieg.

Er endete im Jahr 1945.

Danach sagten viele Politiker wieder:

Die Länder sollen ihre Streitigkeiten friedlich regeln.

Und allen Menschen auf der Welt soll es besser gehen.

Darum muss es eine neue Gruppe geben.

Und sie muss besser arbeiten als der Völker-Bund.

Darum gründeten sie die Vereinten Nationen.

Und zwar im Jahr 1945.

## Die Ziele von den UN



In den Vereinten Nationen sind heute die meisten Länder von der Welt.

Und zwar genau: 193.

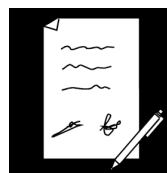
Auf der Welt gibt es ungefähr 2-Hundert Länder.

Wichtige Ziele von den UN sind zum Beispiel:



- Auf der ganzen Welt soll es Frieden geben.
- Die Länder sollen als Freunde zusammen-leben.
- Und sie sollen Probleme zusammen lösen.
- Es soll keine Armut auf der Welt geben.
- Jeder Mensch soll genug zu essen haben.
- Jedes Kind soll zur Schule gehen können.
- Die Länder sollen Krankheiten bekämpfen.
- Und sie sollen die Umwelt schützen.

Die wichtigsten Regeln für die UN haben die Politiker aufgeschrieben.



Und zwar in der: Charta der Vereinten Nationen.

Das Wort „Charta“ spricht man: Ka-ta.

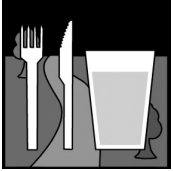
Eine Charta ist so etwas Ähnliches wie ein Vertrag.

## Erfolge von den UN

Die UN haben in den vergangenen Jahren viel geschafft.

Zum Beispiel:

- Nach großen Unglücken haben sie viele Menschen mit Essen versorgt.
- Sie haben vielen Flüchtlingen geholfen.
- Bei vielen Streitigkeiten haben sie für Frieden gesorgt.



Die UN achten auch darauf: Auf der ganzen Welt sollen die Menschen-Rechte gelten.

Menschen-Rechte sind besondere Rechte.

Jeder Mensch auf der Welt sollte sie haben.

Es ist zum Beispiel ganz egal:

- welches Geschlecht er hat,
- welche Hautfarbe,
- welche Religion
- oder wie reich er ist.

Menschen-Rechte sind zum Beispiel:

- Jeder hat das Recht, dass ihn niemand verletzt.
- Jeder hat das Recht auf seine eigene Meinung.
- Jeder hat das Recht, zur Schule zu gehen.



Wichtig ist auch ein anderer Vertrag von den UN.

Er heißt in schwerer Sprache: Genfer Konventionen.

Eine „Konvention“ ist ein Vertrag, den mehrere Länder unterschrieben haben.



Die Genfer Konventionen regeln, wie man Menschen behandeln soll. Und zwar: In einem Krieg.

Zum Beispiel Soldaten. Das sind Menschen, die in einem Krieg kämpfen.

In den Genfer Konventionen steht zum Beispiel:

- Verletzte Soldaten müssen gepflegt werden. Auch wenn sie zum Gegner gehören.
- Niemand darf Mit-Arbeiter von Hilfs-Diensten angreifen. Zum Beispiel Leute vom Roten Kreuz.
- Manchmal nimmt man in einem Krieg Soldaten vom Gegner gefangen. Dann muss man sie gut behandeln.

## Misserfolge von den UN

Die UN haben also viele gute Dinge geschafft.

Aber sie haben nicht alle ihre Ziele erreicht.

Zum Beispiel:

- Es gibt noch immer viele Kriege.
- Sehr viele Menschen haben noch immer nicht genug zu essen.
- Noch immer sterben jedes Jahr viele Menschen an Krankheiten.



## Gründe für Misserfolge

Die UN sind keine Regierung für die ganze Welt.

Das heißt zum Beispiel:

Sie können fast keine Regeln machen, an die sich alle Länder halten müssen.





Es gibt nur eine Ausnahme.

Und zwar:  
Den UN-Sicherheits-Rat.

Das ist eine Gruppe in den UN.

Der Sicherheits-Rat  
besteht aus 15 Ländern.

Er soll für Frieden auf der Welt sorgen.

Dafür kann er Regeln beschließen,  
an die sich  
alle UN-Länder halten müssen.

Aber:

Im UN-Sicherheits-Rat gibt es  
5 Länder mit einem besonderen Recht.

Und zwar: Die USA, China, Russland,  
Frankreich und Groß-Britannien.

Wenn der Rat eine Regel beschließen  
will, dürfen sie widersprechen.

So können sie jede Regel verhindern.

Das machen diese Länder sehr oft.

Dadurch kann der Sicherheits-Rat  
nicht so viel machen,  
wie er gerne möchte.



## Verschiedene Meinungen

Die UN haben also  
schon viele gute Dinge getan.

Aber es könnte noch besser gehen.

Deswegen sind sich  
viele Menschen nicht einig,  
ob die UN sinnvoll sind.

Manche Menschen sagen:

Man könnte die UN auch abschaffen.

Denn sie erreichen ja  
nicht alle ihre Ziele.



Viele Menschen sagen aber:

Die UN sind wichtig.

Auch wenn sie  
nicht alle ihre Ziele erreichen.

Denn sie haben trotzdem  
viel Gutes getan.

Und sie können noch mehr Gutes tun.

Die UN sind sehr wichtig für die Welt.

Darum haben sie  
ihren eigenen Fest-Tag.

Und zwar den 24. Oktober.

Denn seit dem 24. Oktober 1945 gilt  
die Charta der Vereinten Nationen.

Darum feiern die UN in diesem Jahr  
ihren 70. Geburtstag.



Weitere Informationen in leichter  
Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache  
übersetzt von:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache:  
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:  
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung  
„Das Parlament“ 43-45/2015

Die nächste Ausgabe erscheint am  
9. November 2015